



Europäisierung von unten?
Beobachtungen zur EU-Integration
Südosteuropas

KLAUS ROTH (HRSG.)

forost Arbeitspapier Nr. 44

März 2008

Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (*forost*)

Redaktion: Katerina Gehl / Helga Schubert

Übersetzungen: Katerina Gehl

ISBN 978-3-9810703-8-5

ISSN 1613-0332

forost wird gefördert vom

Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

© **forost, München**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Forschungsverbunds Ost- und Südosteuropa ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Geschäftsstelle gestattet.

Inhalt

Europäisierung von unten? Das 'Projekt Europa' in seiner Wahrnehmung und Wirkung in Südosteuropa <i>Klaus Roth, München</i>	5
„Europa“ als fremde Kultur. Bulgarische Europäisierungsdiskurse im 19. und frühen 20. Jahrhundert <i>Katerina Gehl / Petăr Petrov</i>	11
Nationale Identität und Wahrnehmung von Europa in Griechenland: Ansichten aus einem "alten" südosteuropäischen Mitgliedsland <i>Jutta Lauth Bacas, Athen</i>	27
Die bulgarische EU-Integration: eine Chance für die Jugend? <i>Tanya Chavdarova, Sofia</i>	43
Kleinunternehmer in Bulgarien im Prozess des EU-Beitritts: Erwartungen und Erfahrungen <i>Ivanka Petrova, Sofia</i>	69
Property Relations and Market Agriculture in Bulgaria in its Accession to the European Union <i>Milena Benovska-Săbkova, Sofia</i>	83
Confronting Expert Knowledge and Local Experience: Peasants and Farm Directors Facing EU Regulations <i>Cerasela Voiculescu, Bucharest</i>	97
Für 20 Leva und eine Flasche Schnaps: Der Schnaps im Leben des bulgarischen Dorfes <i>Radost Ivanova, Sofia</i>	115
Progressing Cross-Border Securitisation: Managing Individuals, Business and the State at the Romanian-Serbian Border in the Post-Accession Period <i>Cosmin-Gabriel Radu, Bucharest</i>	125
forost-Arbeitspapiere	145

Europäisierung von unten? Das 'Projekt Europa' in seiner Wahrnehmung und Wirkung in Südosteuropa

Klaus Roth, München

Die Europäische Union hat 2007 ihr fünfzigjähriges Bestehen gefeiert. Vor mehr als fünfzig Jahren, nach dem Ende der zweiten großen europäischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts, fassten verantwortungsbewusste Politiker den weitsichtigen Entschluss, die Länder Europas nach Jahrhunderten von Konflikten und Kriegen, von Hegemonien und Fremdherrschaften zu einigen und Europa zu einer Zone des Friedens und des Wohlstands zu machen. Den Gründungsvätern war allerdings bewusst, dass ihr Elite-Projekt der "Europäisierung von oben" angesichts der vergifteten Beziehungen zwischen vielen Völkern und Gruppen nur dann gelingen konnte, wenn es auch von den Völkern selbst rezipiert und akzeptiert wird, wenn es also auch zu einer "Europäisierung von unten" kommt oder, wie es einer der Gründungsväter einmal sagte, der europäische Gedanke Eingang in die "Köpfe und Herzen der Menschen" findet.

Während die politischen und ökonomischen Ziele in den "alten" EU-Ländern weitgehend erreicht worden sind und auch die neuen Mitglieder in diesem Bereich gute Fortschritte machen, sieht es bei der soziokulturellen und mentalen "Europäisierung von unten" weniger erfreulich aus, und das sogar in den "alten" EU-Ländern. Vor diesem Hintergrund war die zentrale Frage der *forost*-Tagung in Marburg und Gießen¹, wie dieser Prozess in den neuen Beitrittsländern verläuft. Der vorliegende Band vereinigt jene Tagungsbeiträge, die sich mit den südosteuropäischen EU-Mitgliedern befassen.

Die Antwort auf die für die Zukunft Europas und vor allem der EU entscheidende Frage nach der "Europäisierung von unten" ist weder einfach noch ist sie einheitlich. Die Erweiterung der EU erfolgte in Wellen, und für die Länder jeder dieser Wellen stellte sich die Situation anders dar. So hatten die Völker der sechs Gründungsstaaten bereits fünfzig Jahre Zeit, sich mit den konkreten Maßnahmen Brüssels wie auch dem "europäischen Gedanken" auseinanderzusetzen und die Leistungen und Vorzüge der Einigung zu genießen, ja sie als selbstverständlich zu nehmen. Vielleicht ist es eben diese Selbstverständlichkeit, die viele Menschen blind gegenüber den immensen Vorteilen werden und zunehmend nur die negativen Seiten des "zentralistischen Bürokratismus" Brüssels sehen ließ. Doch selbst die beiden negativen Verfassungs-Referenden in Frankreich und den Niederlanden können – trotz ihres offenkundigen Charakters als Protest "von unten" – nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU von der Mehrheit der Bürger in diesen Ländern akzeptiert wird.

¹ Die Tagung "Europäisierung von unten". Das 'Projekt Europa' in seiner Geschichte, Wahrnehmung und Wirkung im östlichen Europa" fand vom 27. bis 29. September 2007 am Herder-Institut in Marburg sowie an der Universität Gießen statt. Sie wurde ausgerichtet vom Bayerischen Forschungsverbund *Forost*, dem Herder-Institut Marburg, dem Johann Gottfried Herder-Forschungsrat, der Fachkommission Volkskunde des Herder-Forschungsrats und dem Gießener Osteuropa-Zentrum (GiZO).

Ähnliches gilt auch für jene Länder, die in den 1980er und '90er Jahren beitraten, allerdings mit der bemerkenswerten Ausnahme Griechenlands, in dem bis heute eine anti-europäische Grundhaltung verbreitet ist. Wie ist dieser Unterschied in der Akzeptanz der EU zu verstehen? Die EU, so wie sie vor fünfzig Jahren konzipiert und in Verträgen festgeschrieben wurde, gründet ausschließlich auf jenen Werten und Normen, Rechts- und Wirtschaftsprinzipien, Staatsstrukturen und Gesellschaftsordnungen, die sich im Laufe von Jahrhunderten im westlichen Teil Europas herausgebildet hatten. Diese in den Römischen Verträgen und im *acquis communautaire* festgelegten Grundprinzipien waren für alle neuen west- und nordeuropäischen EU-Mitglieder relativ unproblematisch. Für Griechenland hingegen, das zwar für sich beansprucht, die "Wiege Europas" zu sein, das aber ein deutlich anderes historisches Schicksal als West- und Mitteleuropa hat, warfen sie gravierende Probleme auf. Mit den spezifischen Problemen, die sich vor allem aus der 500jährigen Zugehörigkeit zum Osmanischen Reich für die EU-Integration des Landes ergeben, befasst sich der Beitrag der Ethnologin Jutta Lauth Bacas.

Die Probleme Griechenlands in (und mit) der EU sind insofern relevant, als sie möglicherweise indikativ sind für einige Länder der beiden Beitrittswellen von 2004 und 2007, durch die die EU um zwölf Länder des östlichen und südöstlichen Europa erweitert wurde. Abgesehen von Zypern und Malta sind es alles Länder, deren historische Entwicklung ganz entscheidend geprägt wurde durch fast ein halbes Jahrhundert Sozialismus, durch ein politisches System also, dessen Grundwerte und politischen Grundlagen denen der EU nahezu diametral entgegengesetzt waren. Die beiden jüngsten Mitgliedsländer, Bulgarien und (teilweise) Rumänien, unterscheiden sich nun von allen anderen neuen Mitgliedsländern dadurch, dass sie ein doppeltes historisches Erbe tragen, nämlich sowohl die historische Erfahrung von fünf Jahrhunderten Fremdherrschaft als auch die schwere Bürde von Sozialismus und Transformation. Zu fragen ist also, ob und inwieweit diese schwere doppelte Belastung die EU-Integration der beiden Länder beeinflusst.

Aus diesen historischen Voraussetzungen und der Tatsache, dass die Länder des östlichen und südöstlichen Europa sich in das "gemachte Bett" der Europäischen Union legen mussten, ergibt sich, dass ihre Bevölkerungen eine erheblich größere Anpassungsleistung erbringen mussten und müssen. Die Anpassung wurde durch die Tatsache, dass der EU-Beitritt schon bald nach der Wende zum erklärten Ziel der neuen (alten) politischen und wirtschaftlichen Eliten wurde, keineswegs erleichtert. Zwar war die Stimmung in der Bevölkerung fast aller Länder hinsichtlich des EU-Beitritts sehr positiv, wollte man doch nach Jahrzehnten der Zugehörigkeit zum "Ostblock" so schnell wie möglich "zurück nach Europa", doch ließen die politischen und wirtschaftlichen Eliten ihre Völker weitgehend im Unklaren darüber, welche generellen rechtlichen, ökonomischen und sozialen Folgen die EU-Mitgliedschaft und welche konkreten Auswirkungen sie auf ihr Leben und ihre Alltagswelt haben wird. Anders gesagt: Nach dem Abklingen der Beitritts-Euphorie traf die reale EU-Integration viele Menschen in Ost- und Südosteuropa, unvorbereitet wie sie waren, fast wie ein Schock. Es war ein Schock, der sich in fast allen Ländern entlud in Form krisenhafter Symptome, für die die Politik inzwischen den Begriff "Post-Beitritts-

Syndrom² geprägt hat. "Europa" bzw. "Brüssel" wurde und wird verantwortlich gemacht nicht nur für zahlreiche Preissteigerungen und Steuern sowie für Schließungen von Firmen, die nicht den EU-Standards entsprechen: Nachdem man sich gerade von der Vorherrschaft einer "Union" befreit hatte, wurde – und wird – die Politik der Europäischen Union in mehreren Ländern vielmehr auch als Angriff auf die nationalen Interessen, auf die eigene Kultur und Identität wahrgenommen³. Die eigenwillige Politik der vorigen polnischen Regierung war wohl vor allem vor diesem Hintergrund zu verstehen, und auch in den 2007 beigetretenen Ländern kam es zu überraschenden Reaktionen. In Rumänien etwa lösten die EU-Vorschriften zum Schweineschlachten landesweite Proteste aus, und ähnliche Auswirkungen hatte in Bulgarien die Einführung der EU-Alkoholsteuer auch auf hausgebrannten Schnaps⁴, was in beiden Ländern als Angriff auf die eigene Kultur und Lebensweise empfunden wurde.

Die von der EU geforderte Europäisierung in Form der 'EU-isierung'⁵, also der Anpassung an die normativen Vorgaben der EU, kann vor allem im südöstlichen Europa auch deswegen nicht im gleichen Maße voranschreiten wie in anderen Teilen Europas, weil 'Europäisierung' – als tatsächlicher Prozess und als Begriff – hier eine Vorgeschichte hat, die bis ins frühe 19. Jahrhundert zurückreicht und mit recht ambivalenten stereotypen Vorstellungen verbunden ist. Seit jener Zeit steht 'Europäisierung' einerseits gleichbedeutend für Modernität und Fortschritt, für Industrialisierung und Urbanisierung, andererseits aber auch für die fast hegemoniale Übermacht des 'Westens'; man denke nur an das Wort vom 'West-Ost-Gefälle'. 'Europäisierung' stand im gesamten östlichen und südöstlichen Europa aber primär für ein neues Paradigma und Modell des Lebens, das in nahezu jeglicher Hinsicht als erstrebenswert angesehen wurde. Dies galt zunächst und in erster Linie für die Eliten, vor allem für die bürgerlichen Schichten des östlichen Europa, doch übte die westliche Moderne eine so große Faszination aus, dass sie rasch von nahezu allen Sozialschichten als Vorbild akzeptiert und rezipiert wurde. Sicher, es gab manche Vorbehalte und Widerstände, doch ist es angemessen, diesen historischen Prozess als eine "Europäisierung von unten" aufzufassen.

'Europa' konnte aber nur dann wirklich zum Motor des ökonomischen, rechtlichen und sozio-kulturellen Wandels werden und die Alltagswelten nachhaltig transformieren, wenn seine innere Logik und Wertegrundlage rezipiert und internalisiert wurde, es also auch zu einer 'mentalen Europäisierung' kam. Die Voraussetzungen für eine solche 'mentale Europäisierung' waren in den Ländern des östlichen Mitteleuropa weit günstiger als in dem durch Jahrhunderte der Fremdherrschaft belasteten Südosteuropa, wo die Europäisierung vielfach

² Diesem Problem widmete sich in Berlin am 7.–8. November 2007 die Tagung „Der EU-Erweiterungsprozess und das 'Post-Beitritt-Syndrom'. Extremismus, Populismus und politische Kultur bei den neuen EU-Mitgliedsstaaten“, die von der Südosteuropa-Gesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde organisiert war.

³ S. hierzu das Forost-Arbeitspapier Nr. 37: Wolfgang Koschmal (Hg.): *Europabilder und Europametaphern*. München 2006. Vgl. auch Nr. 41: Anne V. Wendland: *Wie wir die Karten lesen. Osteuropäische Fragen an Europäische Geschichte und Europäische Einigung*. München 2007.

⁴ Diesem Thema ist der Beitrag der bulgarischen Volkskundlerin Radost Ivanova gewidmet, die nicht an der Marburger Tagung teilgenommen hat.

⁵ Siehe zu diesem Problem H. Schubert (Hg.): 'Europäisierung'. Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs. München 2006 (Forost Arbeitspapiere Nr. 38).

nur eine oberflächliche war und bis zum 2. Weltkrieg nur die schmalen bürgerlichen Schichten erreicht hatte⁶. Den sozialistischen Ländern des östlichen Mitteleuropa fiel daher nach der politischen Wende die "Rückkehr nach Europa" leichter als den Ländern Südosteuropas, zu deren Tragik es zudem gehört, dass durch die kommunistischen Regimes genau die am meisten europäisierten bürgerlichen Schichten entmachtete, vertrieben oder liquidiert wurden. Zerstört wurden damit auch die durch sie aufgebauten zivilgesellschaftlichen Strukturen, mit deren erneutem Aufbau sich die neuen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien heute besonders schwer tun.

Die Parallelen zwischen der historischen und der heutigen Europäisierung liegen auf der Hand, doch ebenso offenkundig sind auch die Unterschiede. So groß der Wunsch im südöstlichen Europa ist, wieder zu 'Europa' zu gehören, und so attraktiv die heutige 'Europäisierung' in Form der EU-Integration ist, so ist doch nicht zu übersehen, dass sie die noch immer in der Krise der Transformation steckenden und von ihren politischen Eliten kaum darauf vorbereiteten Menschen überfordert, dass die Veränderungen tiefer als erwartet normativ in ihr Alltagsleben eingreifen – und dass sie dies zum Teil in einer Weise tun, die Ängste um den Verlust der eigenen Kultur und Identität auslöst. War die historische Europäisierung ein offener und un gelenkter Prozess, hinter dem keine zentralen steuernden und intervenierenden Institutionen standen, so ist die heutige 'EU-isierung' ein klar rechtlich definierter, politisch gesteuerter und mit Sanktionen bewehrter Prozess, der mehr als eine nur äußerliche Anpassung verlangt.

Die Frage ist, ob eben diese Natur der EU-Integration in den Ländern des südöstlichen Europa nicht wieder jene *defensiven Mechanismen* und *Bewältigungsstrategien* reaktiviert, die sich die Menschen in den Zeiten der Fremdherrschaft und dann des Sozialismus notgedrungen für ihr Überleben aneigneten. Und eine weitere, sich daraus ergebende Frage ist, ob die Länder die Grundprinzipien und Vorgaben der EU in der intendierten Form realisieren oder ob sie eigene, "unorthodoxe" Wege der "Europäisierung von unten" beschreiten. Das Beispiel Griechenlands lässt hier einige Überraschungen erwarten. Für die Völker des südöstlichen Europa bleibt 'Europa' in diesem Sinne eine immense Herausforderung. Denn trotz des durch die EU (und die Globalisierung) ausgelösten modernisierenden Wandels und der realen Transformation der Alltagswelten bleibt offen, ob und wann das "Elite-Projekt Europa" dort auch im gleichen Maße rezipiert und akzeptiert werden wird wie im westlichen Europa, es also auch dort zur einer wirklichen "Europäisierung von unten" kommt.

Der vorliegende Band vereint acht Beiträge von FOROST-Mitarbeitern und von Gästen. Mit dem Beitrag von *Katerina Gehl* und *Petăr Petrov* „'Europa' als fremde Kultur. Bulgarische Europäisierungsdiskurse im 19. und frühen 20. Jahrhundert" wird einleitend die *historische* Dimension und damit zugleich die Problematik der 'Europäisierung' Südosteuropas behandelt, und zwar anhand der bulgarischen Rezeption einer Komödie von Gustav Freytag⁷. In den übrigen

⁶ Vgl. hierzu K. Roth: Bürgertum und bürgerliche Kultur in Südosteuropa. Ein Beitrag zur Modernisierungstheorie. In: Ueli Gyr (Hg.), *Soll und Haben. Alltag und Lebensformen bürgerlicher Kultur*. Zürich 1995, 245-260.

⁷ Dieser Aspekt ist umfassend behandelt in dem Band von Petăr Petrov, Katerina Gehl, Klaus Roth (Hg.): *Fremdes Europa? Selbstbilder und Europa-Vorstellungen in Bulgarien (1850-1945)*. Berlin: LIT 2007.

Beiträgen geht es dann um die *gegenwärtigen* Prozesse der Integration in die Europäische Union, bei denen dem Beispiel Griechenlands, das bereits 1981 der EU beitrug, eine möglicherweise wichtige Vorbildrolle zukommt. Zumindest legt der kritische Beitrag von *Jutta Lauth Bacas* "Nationale Identität und Wahrnehmung von Europa in Griechenland: Ansichten aus einem 'alten' südosteuropäischen Mitgliedsland" diese Vermutung nahe, die von einigen der anderen Beiträge bestätigt zu werden scheint.

Die auf neuesten Feldforschungen beruhenden Beiträge zu Bulgarien und Rumänien beleuchten besonders solche sozialen Gruppen, die in besonderem Maße durch den EU-Beitritt ihres Landes betroffen sind und die letztlich die "Europäisierung von unten" tragen sollen. Die Soziologin *Tanja Chavdorova* geht in ihrem Beitrag "Die bulgarische EU-Integration: eine Chance für die Jugend?" der Frage nach, ob sich bulgarische Gymnasiasten eher für das Bleiben oder das Weggehen entscheiden. Es ist eine Frage, die angesichts des immensen *brain drain* gerade aus Bulgarien und Rumänien eine elementare Bedeutung für die Zukunft beider Länder hat. Den die bulgarische Wirtschaft dominierenden Kleinunternehmern wendet sich hingegen die Volkskundlerin und Betriebsethnologin *Ivanka Petrova* zu. Auf der Basis umfassender Forschungen in Kleinunternehmen kommt sie in ihrem Beitrag "Kleinunternehmer in Bulgarien im Prozess des EU-Beitritts: Erwartungen und Erfahrungen" unter anderem zu dem Ergebnis, dass – ähnlich wie in Griechenland – bei einem Teil der Unternehmer durchaus jene defensiven Strategien des Umgehens von EU-Normen und Vorschriften virulent sind.

Das Gelingen der EU-Integration ist gerade in Ländern mit so starkem Agrarsektor wie Rumänien und Bulgarien in hohem Maße von der EU-Agrarpolitik sowie besonders von den Transferzahlungen aus Brüssel abhängig. Drei Beiträge präsentieren erste Erfahrungen, die im Agrarbereich nach einigen Monaten EU-Mitgliedschaft in beiden Ländern gemacht wurden. Die Ethnologin *Milena Benovska-Săbkova* geht in ihrem Beitrag "EU Transfers and Bulgarian Agriculture" der wichtigen Frage nach, wie klimatisch und ökonomisch unterschiedlich ausgestattete Orte und Regionen Bulgariens auf die EU-Agrarpolitik reagieren und die Transferzahlungen nutzen, und in ganz ähnlicher Weise untersucht *Cerasela Radu-Voiculescu* in ihrem Beitrag "Romanian Peasants and Farm Managers Facing EU Regulations" den Umgang rumänischer Bauern und Manager von Agrarbetrieben mit den verschiedenen Maßnahmen, die die rumänische Regierung auf Grund der EU-Agrarpolitik ergreift. Auffällig ist in beiden Ländern die Diskrepanz zwischen den Zielen der EU und den lokalen Bedingungen einer Landwirtschaft, die 45 Jahre sozialistische Überformung hinter sich hat. Die Vorteile der EU-Politik werden allerdings sehr wohl genutzt, während die Nachteile, etwa in Form von Gesetzen und Vorschriften, gerade in der ländlichen Bevölkerung auf scharfen Protest stoßen und, wie *Radost Ivanova* in ihrem Beitrag "Für 20 Leva und eine Flasche Schnaps. Der Schnaps im Leben des bulgarischen Dorfes" am Beispiel der mit dem EU-Beitritt eingeführten Alkoholsteuer zeigt, die Menschen landesweit dazu bringt, Zuflucht zu nehmen zu ihren eingeübten defensiven Strategien gegenüber "denen da oben" – ja dass die EU-Politik teilweise geradezu eine Stärkung gewisser traditioneller Muster des Verhaltens bewirkt.

Die EU-Osterweiterung und ganz besonders die Erweiterung des Schengen-Raums bringen die Notwendigkeit mit sich, dass die neuen EU-Mitglieder ihre

Beziehungen zu ihren Nachbarn teilweise neu definieren müssen. Einige Grenzen wurden geöffnet, während andere Grenzen mit traditionell engen Nachbarschaftsbeziehungen in der Grenzregion zu scharf gesicherten EU-Außengrenzen wurden, beispielsweise die rumänisch-serbische Grenze. Den veränderten Bedingungen der Bewohner an dieser Grenze widmet sich der abschließende Beitrag des Soziologen *Cosmin Radu* "Progressing Cross-Border Securitisation: Managing Individuals, Business and the State at the Romanian-Serbian Border in the Post-EU-Accession Period", der in der Grenzregion Feldforschung betrieben und den Umgang der Behörden sowie der Bewohner der Region mit dem neuen Grenzregime untersucht hat.

Die Integration in die Europäische Union, so können die Beobachtungen zusammengefasst werden, kam für die darauf schlecht vorbereiteten Gesellschaften der neuen südosteuropäischen EU-Mitgliedsländer frühzeitig. In Übereinstimmung mit den Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission vom Juni 2007⁸ zeigen unsere Forschungen, dass es in einzelnen Bereichen durchaus positive Entwicklungen gibt, dass die EU-Integration aber Probleme aufwirft, die deutlich über jene der ostmitteleuropäischen Länder hinausgehen. Eine über die rein äußerliche Rezeption hinausgehende Aneignung der für die EU konstitutiven Werte, Normen und Rechtsprinzipien stellt für die Gesellschaften angesichts ihres historischen Erbes eine erhebliche Herausforderung dar. Die in Jahrhunderten Fremdherrschaft und Jahrzehnten Sozialismus eingeschliffenen defensiven Strategien und z.T. problematischen sozialen Verhaltensweisen, etwa die Dominanz privater Netzwerke und das Fehlen öffentlichen Vertrauens⁹, werden durch die Maßnahmen der EU zum Teil noch verstärkt. Sie schwächen sich, wie das langjährige EU-Mitglied Griechenland zeigt, im Alltagsverhalten nur sehr langsam ab.

⁸ http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/docs/bulgaria_report_de.pdf sowie http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/docs/romania_report_de.pdf

⁹ Cf. K. Roth (Hg.): Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern. Ethnologische und soziologische Untersuchungen. Berlin: LIT 2007, sowie Ders. (Hg.): Sozialkapital – Vertrauen – Rechtssicherheit: Postsozialistische Gesellschaften und die Europäische Union. Berlin: LIT 2008.

„Europa“ als fremde Kultur. Bulgarische Europäisierungsdiskurse im 19. und frühen 20. Jahrhundert¹

Katerina Gehl / Petăr Petrov

Europäisierungsdebatten in Bulgarien

„Europäisierung“ oder „Verwestlichung“ sind Begriffe, die Historiker und Kulturwissenschaftler synonym zu „Modernisierung“ verwenden, um die Richtung der im 19. und 20. Jahrhundert verlaufenden Aufholprozesse auf der Balkanhalbinsel zu beschreiben². Geografisch ein Teil Europas, stand die Region in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht aber viele Jahrhunderte lang außerhalb „Europas“, bedingt durch die Zugehörigkeit zum orthodoxen Christentum (und teilweise zum Islam) und zum Osmanischen Reich. Die bereits im frühen Mittelalter einsetzende Entfremdung zwischen den Kirchen von Rom und Konstantinopel hat sich zu einer allgemeinen (politischen, kulturellen) Entfremdung zwischen Ost und West entwickelt, die auch die Einstellungen zur Modernisierung, also zur Verwestlichung, in der Neuzeit bestimmte. Im 19. Jahrhundert war die südosteuropäische „Altkultur“ in hohem Maße von Konservatismus geprägt, besonders in den Bereichen der Sozialbeziehungen, der Verhaltensweisen, der Werte und Normen. Ein weiteres prägendes Merkmal war die gesellschaftliche und wirtschaftliche „Rückständigkeit“ der Region gegenüber dem Westen, etwa das Fehlen eines Bürgertums sowie zivilgesellschaftlicher Strukturen, woraus die Vorstellung von einer „nachholenden“ Entwicklung/Modernisierung resultiert³.

Die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und verstärkt seit der Befreiung in Bulgarien ausgelösten Modernisierungsprozesse bedingten die Einführung unzähliger Innovationen westeuropäischer Provenienz. Die „Europäisierung“ bzw. die Hinwendung zu westeuropäischen kulturellen Formen verlief parallel zur kulturellen „De-osmanisierung“, d.h. zur Abwendung von der osmanischen Kultur. In der bulgarischen Modernisierungsdiskussion wurden beide Seiten als „Fremde(s)“ konzeptionalisiert. Die Vertreter der sich erst ab etwa 1830 herausbildenden kleinen und heterogenen Elite verstanden sich als Volksaufklärer und nahmen je nach persönlichen und politischen Präferenzen eine be-

¹ Der Beitrag ist hervorgegangen aus dem von K. Roth geleiteten Projekt „Imagining Europe: Europa-Vorstellungen und ihre Inszenierung in Theater und städtischer Populärkultur an der südöstlichen Peripherie Europas im 19. und frühen 20. Jahrhundert“ im Rahmen der DFG-Forschergruppe „Kulturelle Inszenierungen von Fremdheit im 19. Jahrhundert“ (2001–2006).

² S. Matl 1959, Roth 1988: 219, Stavrianos 1963. Stavrianos fasst die mit der Französischen Revolution ausgelöste „Westernization“ als einen globalen Prozess auf, in dem die „Verwestlichung“ des europäischen Südostens eine regionale Variante der weltweiten Entwicklung ist.

³ Zu den stukturprägenden Merkmalen des Balkanraums s. ausführlich Sundhaussen 1999, Roth 1988, 1989, 1998.

fürwortende, ablehnende oder gemäßigte Stellung in der großen Debatte über die aus Westeuropa kommenden Einflüsse und Neuerungen ein⁴.

Die Verfechter begeisterten sich ohne Einschränkungen für alles Westeuropäische, verherrlichten öffentlich und lautstark jede Neuerung und sprachen sich gegen russische und orientalische Sitten aus. Ein Beispiel hierfür ist ein Artikel, der auf der Titelseite der in Istanbul herausgegebenen bulgarischen Zeitung „Turcija“ vom 1.3.1869 erschien und unter dem Titel „Die neue Zivilisation“ folgendes verkündete: „Die Zivilisation ist nirgends als in Westeuropa zu finden“, „Wissenschaft und Schrifttum leuchten nirgends als im Westen“; die Völker müssen sich der „unermesslichen Wohltaten der europäischen Zivilisation“ bewusst werden, sie „nachahmen“ und von ihnen „profitieren“. Die Jugendlichen sollen im Westen studieren, „um die wahrhaftigen und nützlichen Kenntnisse zu erwerben, die unser Land braucht und die sie als fruchtbare Saat zu streuen vermögen werden“. Man solle sich „dem Licht zuwenden, den Weg zur Rettung durch die Zivilisation einschlagen, die uns erneuern wird, und lasst uns dem eingeschlafenen Osten den Rücken kehren, der uns sonst in seinem Sarg mit vergraben würde.“ Den krassen Gegensatz dazu bildete die Fraktion der Russophilen unter dem Einfluss russischer Panlawisten. Sie begegnete der europäischen Moderne mit Misstrauen und Ablehnung und plädierte für die Bewahrung überlieferter kultureller Formen und patriarchaler Sitten, die ein eigenes Gegenmodell zur europäischen Moderne bilden sollten. Die Feindseligkeit einiger Europäisierungskritiker gegenüber den westlichen Einflüssen bzw. dem „Europäismus“ – das damals geläufige Wort für Europäisierung – reichte bis hin zu Vergleichen mit ansteckenden Krankheiten wie Pest, Cholera oder Syphilis (s. Petrov/Gehl 2007: 27-29, 42-43).

Eine gemäßigte, d.h. mittlere Haltung zwischen den beiden Extremen nahmen jene Vertreter der Elite ein, die eine durchdachte Aneignung nur jener westlichen Muster forderten, die für die bulgarischen Verhältnisse sinnvoll und nützlich seien. So hielt Petko Slavejkov den „Europäismus“ für „eine gute Sache“, wenn er sich nicht als ein äußeres, oberflächliches „Nachäffen“ vollzog. Seine Kritik richtete sich gegen jene Bulgaren, „die sich europäisch geben, ohne europäisch zu denken und ohne eine Ahnung vom Europäischen zu haben“, also gegen die Übernahme westlicher Sitten bei mangelnder Bildung⁵. „Wir leben in Europa, sind aber keine Europäer, wir zogen die europäischen Kleider an, haben jedoch den Umhang der Unwissenheit noch nicht abgelegt – das ist die Wahrheit. [...] Mit unseren Kleidern, mit unseren lächerlichen Ansprüchen auf den Europäismus sind wir vorerst nichts als ein Anachronismus in Europa“, schrieb er 1866⁶. Generell wurde die Konsumorientierung bzw. die ausschließlich auf die sichtbare Sphäre konzentrierte Nachahmung westlicher Muster kritisiert als symbolische oder Fassadenmodernisierung, die vor allem auf die Übernahme von sozial abgrenzenden Luxusgütern mit Prestigewert bedacht war, ohne an der Organisation, den Werten und Normen der westlichen Gesellschaften interessiert zu sein. Wie die Slawophilen wies auch das

⁴ Ausführlicher über die bulgarischen Europäisierungsdiskurse bis 1878 schreiben Daskalov 1998: 9-24, Genčev 1979: 384-414, bes. S. 404 ff.; s. auch Petrov/Gehl 2007.

⁵ Zu Slavejkovs Europäisierungskritik s. Petrov/Gehl 2007: 29-43, bes. S. 40 und 42.

⁶ In seinem kurzen Essay „De sme i kak sme“ [Wo und wer sind wir], zitiert aus: Petko Slavejkov. Izbrani proizvedenija [Ausgewählte Werke], Bd. 2. Sofia 1956, S. 134.

gemäßigte Lager stets auf die Schattenseiten der Moderne hin und setzte „der Unzucht der Zivilisation“ die Reinheit der patriarchalen Sitten entgegen. Der Wissenschaft, Bildung, Kunst, Literatur, der wirtschaftlichen und technischen Prosperität, der materiellen Kultur zollten sie zwar Respekt, fürchteten jedoch die sozialen Verhältnisse, Sitten und die Moral, die sie als eine Bedrohung für die sittlichen „Tugenden“ der Bulgaren empfanden.

Die Koexistenz divergenter Haltungen blieb auch nach der Befreiung bestehen. Juliana und Klaus Roth (1996) untersuchten die unterschiedliche Bewertung des europäischen Einflusses in literarischen Werken von „Modernisten“ und „Konservativen“ in der Periode zwischen der Staatsgründung 1878 und dem Ersten Weltkrieg und stellten fest, dass die Unterschiede in den ursprünglich gegensätzlichen Stellungnahmen um so geringer wurden, je weniger fassbar (immateriell) ein neues kulturelles Element war. Die Unterschiede in der Bewertung von Neuerungen der materiellen Kultur (etwa Einrichtungsgegenständen, Kleidung, Versorgung, Institutionen) wurden allmählich durch die Aufwertung und Akzeptanz der Neuerungen im Bereich der Verhaltensweisen, Umgangsformen, Sitten und Sozialbeziehungen ergänzt, während die Haltungen im Bereich der Subjektivationen (Werte, Normen, Ideen, Einstellungen) am meisten divergierten. Die Begeisterung stieß also an ihre Grenzen und es zeichnete sich eine ambivalente Haltung selbst unter den „Modernisten“ ab, „die sich in der Befürwortung der gegenständlichen Innovationen und äußerlichen Verhaltensformen und der Ablehnung gerade jener Verhaltens- und Werteinnovationen zeigte, die die Grundlage der europäischen Aufklärung und Modernisierung ausmachen“ (Roth 1996: 349-350). Dadurch ergaben sich sektorielle Diskrepanzen im Modernisierungsprozess: Die verschiedenen Bereiche der Kultur wurden mit unterschiedlicher Intensität und Geschwindigkeit an „Europa“ angeglichen, wobei manche Sektoren sogar Wandlungsresistenz aufwiesen (Roth 1988, 1989). Diese Diskrepanzen waren also die Folge der selektiven und partiellen Übernahme westeuropäischer Kulturelemente, wobei die Auswahl des Vorteilhaften und Kompatiblen stets in Relation zum bulgarischen Selbst getroffen wurde (Roth 1988: 225). Davon ausgehend stellte sich für uns die Frage, wie die Bulgaren konkret mit dem fremden kulturellen Angebot „Europa“ umgingen.

Die 'deutschen' Journalisten. Eine Fallstudie

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Angebots war das *Theater* als eine Institution, die sich in Bulgarien als Innovation zunächst selbst zu behaupten hatte und dazu noch die Funktionen erhielt, das Publikum zu erziehen sowie „Fremdes“ zu vermitteln und sinnlich erfahrbar zu machen. Die westeuropäische Institution Theater wurde gemeinsam mit ihren kulturellen Praktiken, theatralen Konventionen und Repertoires⁷ in den 1880er Jahren in den darauf „nicht vorbereiteten“ bulgarischen kulturellen Kontext verpflanzt, was Jahrzehnte dauernde Diskussionen und Polemiken bezüglich der Nützlichkeit und der Schädlichkeit dieser Einrichtung auslöste. Die Befürworter sahen das Theater

⁷ Die in den Jahren vor und nach der Wende zum 20. Jh. auf den Bühnen des Landes präsentierten Stücke waren zum allergrößten Teil aus dem europäischen Ausland genommen und ins Bulgarische übersetzt worden.

als eine erzieherische Anstalt, die unter anderem neue, moderne Vorbilder und Ideen vermittelte. Die Gegner erblickten darin eher eine der Schattenseiten westeuropäischer Moderne, etwa die Darstellung von Sittenverfall. Nach der endgültigen Etablierung des Theaters wurde diese Diskussion von einer neuen Debatte abgelöst, nämlich welche Theaterstücke bzw. Inhalte für das neugeborene Theaterpublikum geeignet seien. Die Haltungen diesbezüglich können auch als unterschiedliche Konzeptionalisierungen von „Europa“ aufgefasst werden, ebenso als gesellschaftspolitische Debatte darüber, ob und welches „Europa“ dem Publikum zu präsentieren sei. Bewertet wurde dabei nicht nur die literarische, sondern auch die sittliche Qualität der Stücke. Die gebildete Elite verstand sich dabei als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklungen und die Theatermacher wurden mit der Verantwortung betraut, dem Theater eine erzieherische Aufgabe zuzuweisen, die vor allem darin bestand, die „richtigen“ Stücke zu wählen und einen „positiven“ Einfluss auf die Gesellschaft auszuüben. Die vermittelten Inhalte sollten den Zuschauern nicht bloß Einblicke in fremde Welten ermöglichen, sondern ihnen neue Verhaltensmuster, erstrebenswerte Ideen, Normen und Werte vor Augen führen. Die Theaterbesprechungen in der Presse reflektierten die inszenierte „europäische Welt“. Somit wurde dem Theater eine wichtige Rolle bei der Herstellung und Gestaltung einer Zivilgesellschaft und einer städtisch-bürgerlichen Öffentlichkeit zugeteilt⁸.

Die für angemessen befundenen Namen von Dramatikern der Weltliteratur fanden sich schnell auch im bulgarischen Repertoire. Die Intellektuellen mit Fremdsprachenkenntnissen verfolgten die Neuerscheinungen und sorgten für literarischen Nachschub. Doch welches Schicksal war den importierten Stücken wirklich beschieden, nachdem sie die bulgarische Bühne erblickten? Am konkreten Beispiel der Komödie von Gustav Freytag „Die Journalisten“ (Uraufführung in Deutschland 1852) möchten wir aufzeigen, wie es dazu kam, dass ein neues „Produkt“, mit dem zunächst bestimmte Erwartungen verbunden, doch dann nicht erfüllt wurden, das wertende Etikett „fremd“ erhielt. Freytags „Journalisten“ waren noch Ende des 19. Jahrhunderts eines der erfolgreichsten und in der Saison 1898/9 sogar das meist aufgeführte Stück in Deutschland (Kreißig 1966: 120-123). Gleich in der darauf folgenden Theatersaison war es bereits auf der Bühne von „S|lza i smjah“ in Sofia, der einzigen angesehenen Theatertruppe in Bulgarien jener Zeit.

Zweieinhalb Monate vor der Aufführung auf der Sofioter Bühne berichtete die „Bulgarische Handelszeitung“ (27.8.1899), die bulgarische Übersetzung der Komödie von St. Belev befinde sich bereits im Druck. Der anonyme Autor der Meldung ging davon aus, dass „allein Freytags Name, zur Zeit ruhmreich nicht nur in seiner Heimat, die Garantie dafür liefert, dass unser Schrifttum um ein wertvolles Werk bereichert wird“. Anschließend schrieb der Journalist dem Stück einen zusätzlichen Vorzug zu, allerdings keinen literarischen, sondern einen sozialen, der auf die zeitgenössische bulgarische Realität bezogen war:

⁸ Mit dem Theater im bulgarischen Europäisierungsdiskurs und seinem Stellenwert in der Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit setzt sich Wolf 2003, 2007, 2007a auseinander. Zur Öffentlichkeit in Bulgarien im 19. und frühen 20. Jahrhundert s. den Sammelband „Öffentlichkeit ohne Tradition“ (Heppner/Preshlenova 2003), besonders die Beiträge von Heppner und Mitev.

„Bedenkt man auch die Zügellosigkeit unserer Zeitungssitten, kommt Freytags Komödie einer aktuellen Notwendigkeit entgegen.“

Um eben diese Funktion nachvollziehen zu können, die zu erfüllen vom deutschen Stück erwartet wurde, sollte ein Blick auf die erwähnten journalistischen Gepflogenheiten an der Schwelle zum 20. Jahrhundert gewagt werden. Zu dieser Zeit hatten die bulgarischen Zeitungen ausschließlich politischen Charakter. Die größten Zeitungen waren Organe der vielen durch die Zersplitterung größerer Parteien entstandenen Parteien, die um die Verteilung von Machtpositionen und hohen Ämtern Konkurrenzkämpfe führten. Die Unterschiede zwischen ihnen basierten nicht so sehr auf divergierenden Ideen, sondern vielmehr auf persönlichen Führungsambitionen und partikulären Gruppeninteressen. Daher waren auch die politischen Konfrontationen stark personalisiert. Aus diesem Grund und auch wegen nur geringer Unterschiede in den Ansichten verfielen die Medienpolemiken zwischen den Parteien und somit auch der Mediendialog zwischen den Zeitungen selbst der Kleinlichkeit und wurden auf persönlicher Ebene ausgetragen. Statt Argumentationen herrschten Beleidigungen und Verleumdungen, Anschuldigungen, unbegründete Behauptungen und Gerüchte über den politischen Gegner vor. Die Journalistensprache war vulgär und vom Straßenjargon nicht zu unterscheiden; sie enthielt Flüche, Zynismen, boshafte Adjektive und Vergleiche. Für die jeweiligen politischen Gegner stellte man eine ganze Galerie tierischer Gestalten zusammen: Ungeziefer, Zecken, Kröten, Ziesel, tollwütige Hunde oder allgemeiner „nichtswürdige Tiere“, und die Zeitungen beschimpften einander als „alte Furzerinnen“ und „Klosetts“. Die Einschränkung der „Zügellosigkeit“ und der „Bierkutscher-Flüche“ in der Presse war eines der Ziele, die man mit dem 1887 verabschiedeten Gesetz für die Presse vergeblich zu erreichen suchte⁹.

Von Freytags Komödie erwartete man folglich eine zivilisatorische Wirkung und schrieb ihr vor allem einen sozialen Nutzwert zu. Die Theaterbeschäftigten waren sich sicher, ein „richtiges“ Stück gefunden zu haben: Es betraf ein in Bulgarien brisantes Thema und konnte gleichzeitig ein positives Beispiel für westliche Sitten und Gepflogenheiten vor Augen führen. Es sollte ein Modell liefern, nach dem Zeitungen zu produzieren waren. Das heißt, die meinungsbildende Instanz Theater sah sich dafür prädestiniert, den Zeitungsmachern einen Impuls zu geben und ihnen für ihre eigenen meinungsbildenden Aktivitäten die Richtung zu weisen.

Neben der als im Druck befindlich angekündigten Übersetzung von St. Belev entstand eine weitere von T. Bogdanov, die als Vorlage für die Theateraufführung diente¹⁰. Das heißt, die Präsenz des Stückes in Bulgarien sollte nicht nur in zwei Übersetzungen, sondern gleichzeitig in unterschiedlichen Varianten die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich ziehen. Die gleichzeitige Entstehung zweier Übersetzungen zeugt vom großen Interesse und somit auch von der großen gesellschaftlichen Wirkung, die man von der Komödie erwartete. Sie können auch als eine zweifache Versicherung der Wirksamkeit bzw. der Übermittlung der Botschaft betrachtet werden.

⁹ Zur journalistischen Praxis in Bulgarien im 19. Jh. s. Boršukov 2003, Daskalov 2005: 476-479, Topenčarov 1963: 122-138, 210-213, 242-245, 257-187, 525-526, 549-551.

¹⁰ Aus unbekanntem Gründen wurde keine der Übersetzungen veröffentlicht. In der Bibliothek des Nationaltheaters in Sofia ist das Bühnenmanuskript nicht erhalten.

Die neue Theatersaison rückte näher und die Zeitungen machten auf die „Journalisten“ aufmerksam. Sogar in einer äußerst knappen und mageren Repertoireübersicht räumte die Zeitung „Nov vek“ (22.9.1899) Platz für eine Bewertung des Stückes ein: Es sei nämlich „die schönste Komödie der deutschen Literatur“. Auch die Theaterdirektion bemühte sich, möglichst viel Publikum anzulocken. Der „Bulgarischen Handelszeitung“ vom 9.11.1899 zufolge war die Premiere am 8. November „sehr gut besucht“. Die Zeitung führt dies auf die „getroffenen unüblichen Maßnahmen“ zurück. Das hauptstädtische Publikum sei nämlich „ein paar Tage früher darüber informiert“ worden. Es bleibt unklar, ob der Journalist hier eine besondere Werbekampagne meint oder viel eher die übliche Praxis ironisiert, die Stücke erst am Tag ihrer Aufführungen in den Zeitungen anzukündigen, während dies im Falle der „Journalisten“ ausnahmsweise einige Tage früher geschehen war¹¹. Doch damit waren die guten Nachrichten über das Stück auch schon erschöpft und die Zeitung begann auszu- teilen: „Die Publikumserwartungen wurden nicht in dem Maße erfüllt, wie es das verdient hätte nach all den getroffenen Vorbereitungen [dem geweckten Interesse], ihm Hoffnungen zu machen.“ Die Übersetzung sei „nicht ganz so gelungen“¹², und die Aufführung „zäh, es fehlt jene Lebhaftigkeit, die man vom Stück verlangte.“ An dieser Stelle macht der anonyme Kritiker eine für seine Leser wie für unsere Interpretation wichtige Bemerkung: „doch dafür können nicht die Schauspieler verantwortlich gemacht werden, die ihr Bestes gaben“¹³.

Offenbar waren die Übersetzung und die Darbietung nicht die entscheidenden Faktoren, die „die Nerven des Publikums strapazierten.“ Doch was dann? Eine Antwort hält der Kritiker selbst parat: „Freytags ‚Journalisten‘ halten sich in einer rein deutschen Umgebung auf, würden aber einen größeren Erfolg [beim bulgarischen Publikum], den sie zweifellos auch verdienen, erst nach einiger Zeit ernten, wenn sie von jenen unserer Theaterbesucher unmittelbar verstanden werden, die jetzt [noch] nicht die *fremden*, in diesem Fall deutschen, Lebensbedingungen kennen. Wir würden sogar sagen, dass der Übersetzer viel besser getan hätte, wenn er seine Übersetzung ‚Die deutschen Journalisten‘ betitelt hätte, dies wäre nämlich viel korrekter gewesen.“ Das Stück blieb also sogar von den Schauspielern unverstanden, die entsprechend auch zu keiner adäquaten Darstellung imstande waren. Doch auch den Kritikern bereitete die Komödie gewisse Schwierigkeiten, wie die Autorin einer Rezension in der Zeitschrift „Bălgarski pregled“ (1899) gesteht: „Da das Stück ziemlich kompliziert ist, bin ich zweimal in die Aufführung gegangen, bevor ich nun über die Darstellung urteile“¹⁴.

Die zweite und letzte Aufführung der „Journalisten“ am 14. November rückte das Stück auch nicht in ein besseres Licht. Ein Rezensent der „Bulgarischen Handelszeitung“ (16.11.1899) charakterisierte es als „in die Länge gezogen, eingeschlafen, seelenlos“, so dass sogar die Türen und Fenster des Bühnenin-

¹¹ Ankündigungen der Premiere finden sich in den Tageszeitungen vom 6. und 7. November.

¹² Hier führt der Autor Beispiele für falsch übersetzte deutsche Wörter und Ausdrücke und für das schlechte stilistische Niveau des bulgarischen Textes an. Ausführlicher wurde die Übersetzung in der „Bulgarischen Handelszeitung“ vom 16.11.1899 sowie in anderen Zeitungen und Zeitschriften kritisiert.

¹³ Der Autor behauptet das nochmals an einer anderen Stelle im Text.

¹⁴ Abgedruckt in Toševa 1999: 540.

terieurs zu gähnen begonnen hätten vor dem spärlichen Publikum¹⁵. Nicht so bildhaft, aber ausführlicher fiel die Kritik in der Zeitung „Bǎlgarija“ (19.11.1899) aus: „Das ist weder eine Komödie noch ein Drama, sondern eine langweilige Reihe von Monologen und Dialogen, einer langweiliger als der andere, die zwanghaft, künstlich kombiniert sind. 5-6 Szenen folgen aufeinander und der Zuschauer fragt sich immer noch: wo ist die Verbindung und welchen Sinn hat all das, was auf der Bühne gelabert wird? Verschiedene Personen gehen rein und raus und einzig dieses Rein- und Rausgehen hindert den Zuschauer daran, einzuschlafen. [...] ‚Die Journalisten‘ ist ein in höchstem Maße langweiliges Stück, das unserer Meinung nach aus dem Repertoire der Truppe geworfen gehört.“ Und hier macht der Kritiker mit dem Pseudonym Theatral die bereits bekannte, die Schauspieler von jeglicher „Schuld“ freisprechende Bemerkung: „Die beteiligten Schauspieler setzten all ihre Mühe darauf, dieser eingeschlafenen Komödie etwas Leben einzuhauchen.“ Im Unterschied zum ersten Kritiker findet Theatral aber den Grund für den Misserfolg nicht im Unverständnis seitens des Publikums und der Schauspieler, sondern in der Unwissenheit und Unfähigkeit von Freytag selbst: „Wenn der Autor mit dieser Komödie vorgehabt hat, den Wahlkampf allgemein ins Lächerliche zu ziehen, so wagen wir zu behaupten, dass er diese seine Aufgabe äußerst ungeschickt gelöst hat. Denn um ein bekanntes Laster oder eine Schwäche der Gesellschaft bloßzustellen, muss diese(s) vor allen Dingen auf die Bühne gestellt und sozusagen in der ganzen Nacktheit gezeigt werden, damit die Lächerlichkeit dem Zuschauer von alleine aufgeht und ihm nicht in endlosen Monologen und Dialogen vorgelesen werden muss. Außer an einer Stelle [...] wird nirgendwo im ganzen Stück der Wahlkampf mit seinen vielfältigen Tricks gezeigt.“ Theatral zeigt sich von der mangelnden Bühnenaktivität und dem Fehlen politischer Intrigen, wie er sie in seiner Vorstellung trägt, gereizt. Mit derselben Begründung, allerdings in nur zwei Worten, stempelt die Zeitschrift „Letopisi“ (1899) das Stück als „langweilig, unglaubwürdig“ ab¹⁶. Die exakt gegenteilige Wirkung hatte das Stück in Deutschland. Jahrzehnte lang begeisterte sich die Kritik für seine „Frische und Lebendigkeit“. Was für die deutschen Kritiker als größter Vorzug des Stückes galt – es sei nämlich „keck“ und „reizend gehoben durch feinen Humor“ –, wurde in Bulgarien als dessen Mangel herausgestellt¹⁷.

Es finden sich nur zwei bulgarische Kritiker, die in ihren Überblicksartikeln über die Theateraufführungen der Saison Freytag und seine Komödie rehabilitieren und im Gegensatz zu ihren Kollegen die Schauspieler nicht von der Schuld am Scheitern des Stückes freisprechen¹⁸. Für Ilija Milarov¹⁹ gehören die „Konversationsstücke, in denen die Handlung auf dem geistreichen Dialog und dem eleganten, wohlherzogenen Tonfall der agierenden Personen basiert“, zu den

¹⁵ Den „schwachen Besuch“ erklärt der Theaterkritiker mit dem Umstand, dass die Aufführung auf einem Feiertag fiel, dem Tag vor Beginn der Weihnachtsfastenzeit.

¹⁶ Abgedruckt in Toševa 1999: 550.

¹⁷ S. Kreißig 1966: 121. Der Autor führt Beispiele für die Aufnahme des Stückes in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert an.

¹⁸ Šišmanova schreibt in Heft 3-4 der Zeitschrift „Bǎlgarski pregled“ von 1899 und Milarov in der Zeitung „Nov vek“ vom 7.2.1900. Die Abschnitte über „Die Journalisten“ sind in Toševa 1999 auf S. 540-541 und S. 562-563 abgedruckt.

¹⁹ Ilija Milarov (1859-1948) war während der Theatersaison 1899-1900 Mitglied des Verwaltungskomitees der Theatertruppe „Sǎlza i smjah“ und betätigte sich ansonsten als Autor, Übersetzer und Kritiker.

Hauptschwächen des bulgarischen Theaters. Beide Autoren weisen auf das Problem des Nicht-Verstehens und den daraus folgenden Misserfolg der Aufführungen hin. Lidija Šišmanova zufolge ist der Misserfolg darauf zurückzuführen, dass der im Stück dargestellte „äußerst spezielle Kreis deutscher Journalisten dem unsrigen gar nicht ähnelt und deshalb dem breiten Publikum nicht interessant ist.“ Die gleichen Argumente bringt auch Milarov: Das Stück „führt uns in die deutsche journalistische Welt ein, eine dem bulgarischen Publikum vollkommen unbekannte Welt“; die Zuschauer „wussten aber auch deshalb die Qualitäten des Werkes nicht zu schätzen, weil sich bei uns das Salonleben mit dem feinen Ton der Intelligenzschichten noch nicht entwickelt hat; es ist noch unbekannt und daher für unsere Schauspieler unverständlich.“ Šišmanova geht sogar noch einen Schritt weiter und spekuliert voller Ironie über die Verständnislosigkeit und das Staunen des bulgarischen Publikums: „In der Tat, diese Journalisten sind viel zu vornehm, geistig und physisch parfümiert und erinnern keineswegs an unsere ‚Schlammfabriken‘. Im Laufe von vier Akten wird kein einziger Fluch vernommen und das Publikum fragt sich staunend: was ist denn das für eine Presse und welche sind diese Dummköpfe, die nicht nur solche faden Zeitungen lesen, sondern sich zudem noch von ihnen beeindruckt lassen? Um eine Zeit zeigt sich der Oberst beleidigt von einer gegen ihn gerichteten Zeitungskritik. Hätten sie nur die erstaunten Physiognomien des Publikums gesehen, als es hörte, wovon er beleidigt war. Gott sei Dank, keiner hatte ihn Mörder oder Verbrecher genannt, auch hatte man die Ehre seiner Familie nicht verletzt. In der Tat begriffen nur sehr wenige im Saal diese übertriebene Empfindlichkeit.“

Doch mit ihrer Kritik am Niveau von Publikum und Schauspielern standen die beiden in diesem Fall allein da. Nicht einmal das Organ des Bulgarischen Lehrervereins „Săznanie“ – ein Meinungsträger der Intelligenzschicht also – hatte in seiner Besprechung vom 3.12.1899 mehr zu bieten als die kategorische Ablehnung der Komödie. Der Artikel verblüfft durch seine Mittelmäßigkeit und Widersprüchlichkeit: „Trotz der großen Werbung und der zudem guten schauspielerischen Leistung gefiel es [das Stück] niemandem. Das bulgarische Publikum mag so was nicht.“ Was genau es nicht mag, wird nicht weiter erörtert, es fällt allerdings ein Vorschlag an die Theaterbeschäftigten: „Es wäre gut, darauf Rücksicht zu nehmen, was unser Theaterpublikum wünscht. Dann würde das Theater mit größerem Erfolg seine erzieherische Aufgabe erfüllen.“ Mit der Empfehlung, den Publikumshorizont nicht zu überschreiten, wird aber die so genannte und angeblich so erwünschte erzieherische Rolle des Theaters ad absurdum geführt. Auch wird der ohnehin mäßige Optimismus des zu Beginn zitierten Kritikers in Frage gestellt, der zu hoffen wagte, irgendwann werde es soweit sein, dass die Bulgaren die „fremde“ Lebensart kennen lernen.

Der Horizont sollte also auf dem Erfahrungs- und Erwartungsniveau des Publikums bleiben, über das Šišmanova spekulierte. Und gerade darin erblickte der angesehene und über die Maßen autoritäre bulgarische Schriftsteller Ivan Vazov die Gelegenheit, auf genau diesem Niveau literarisch zu antworten und mit seinem Einakter „Ein Zeitungsschreiber?“ den Publikumswünschen entgegenzukommen. Datiert ist er vom 15.2.1900 und wurde Ende des Jahres, d.h. nur ein Jahr nach Freytags „Journalisten“, auf derselben Bühne aufgeführt²⁰.

²⁰ Das Stück erlebte in dieser Saison drei Aufführungen in Sofia: am 23.11., 30.11. und 27.12.1900.

Doch auch mit dieser Komödie zeigte sich die Kritik nicht zufrieden, diesmal jedoch fand sie das Niveau zu niedrig. Eine Rezension des Buches, die etwa einen Monat vor der ersten Aufführung in der Zeitschrift „Letopisi“ (15.10.1900) erschien, wirft dem Stück „Oberflächlichkeit“ und „fehlende Breite“ vor, und prophezeit ein enttäushtes Publikum. Die Prognose war jedoch falsch, der Kritiker hatte nämlich den Geschmack der Leser und Theaterbesucher überschätzt. Ein Überblicksartikel über das Theaterrepertoire teilt mit, Vazovs Komödie habe dem Publikum gefallen, das alle ausfälligen Bemerkungen über die Zeitungsleute mit Beifall begrüßt habe; auch weist der Kritiker darauf hin, dass sich die gedruckte Komödie im Vergleich zu den anderen bulgarischen Büchern sehr gut verkaufe²¹. Dass die Aufführung erfolgreich war, bestätigt auch eine Meldung in der Zeitung „Večerna pošta“ (26.4.1901), die über die von der Truppe unternommene Tournee in der bulgarischen Provinz berichtet; ihr zufolge sind ins Reise-Repertoire, das auch Vazovs Komödie beinhaltete, nur Stücke aufgenommen worden, die auf der hauptstädtischen Bühne gut angekommen waren.

Macht man es sich zur Aufgabe, zu ergründen, was Gustav Freytag „falsch“ bzw. was Ivan Vazov im Sinne des bulgarischen Publikums „richtig“ gemacht hat, bietet es sich an, beide Komödien zunächst inhaltlich miteinander zu vergleichen. Das Ergebnis sind frappante Ähnlichkeiten. Alles weist darauf hin, dass der bulgarische Dramatiker eine bulgarische Variante des Werkes seines deutschen Kollegen erstellt hat. Der Hauptkonflikt sowie mehrere Handlungsmotive sind ohne Zweifel von den „Journalisten“ übernommen. Man täte Vazov allerdings Unrecht, würde man ihm nicht auch einiges an kreativem Geist zugestehen. Und hier bietet sich ein weiterer Vergleich an, nämlich zwischen dem bulgarischen Einakter und der, wie sich gezeigt hat, recht ausführlich in der bulgarischen Presse dargelegten Kritik an Freytags „Journalisten“. Nach diesem Vergleich liest sich Vazovs Werk wie die literarisch eingefasste peinliche Befolgung einer Bedienungsanleitung: Wichtige Motive des deutschen Stückes wurden entliehen und unter besonderer Berücksichtigung der Kritik mit all den Details bespickt, deren Fehlen bei Freytag als Mangel empfunden worden war.

Bei Freytag wie bei Vazov geht es im Grunde um eine Liebesgeschichte, deren Krönung – die Hochzeit – zu scheitern droht aufgrund der Abneigung der Väter der Bräute gegenüber den sich journalistisch betätigenden Schwiegersöhnen inspe. Dass die deutsche Ida die Gefühle ihres Vaters respektiert und eine Heirat ohne seinen Segen nicht einmal in Erwägung zieht, kam den patriarchalen bulgarischen Sitten entgegen und fügte sich auch gut in die bulgarische Fassung ein. In beiden Stücken handelt es sich um zu den ersten der Stadt zählende Häuser, was der Grund dafür ist, dass die Familienoberhäupter des öfteren etwas über sich in den lokalen Zeitungen zu lesen bekommen und negative Kritiken die Stimmung beider Herren über die Maßen beeinträchtigen. Auch wird beiden Bräutigamen der Zutritt ins Haus ihrer Angebeteten verwehrt. Für die Rehabilitierung bzw. Ausweisung der Journalisten als anständige und verantwortungsbewusste Bürger kommt in beiden Stücken das gleiche Motiv zum Einsatz: Zeitungsredakteure retten Menschenleben. Und wie denn auch anders nicht zu erwarten – beide Komödien enden mit einer Versöhnung und es läuten die Hochzeitsglocken.

²¹ In: Periodičesko spisanie na Bălgarskoto knižovno družestvo v Sofija 62 (1902) 238.

Doch leicht erkennbar sind nicht nur die unmittelbar auffallenden Gemeinsamkeiten, sondern auch die ebenfalls von Vazov entliehenen, jedoch durch Elemente des vertrauten Kontextes „substituierten“ Passagen. Zu aller erst scheint er aber die mehrfachen Vorwürfe gegen Freytag beachtet zu haben, dem Stück fehle jede Lebhaftigkeit aufgrund der viel zu vielen in die Länge gezogenen Dialoge und Monologe, so dass er sich für einen Einakter voller kurzer Repliken und mit nur einem Monolog entschied (Vazov 1857: 138-139). Das nächste, was herbeigezaubert werden sollte, war eine klare Opposition; eine solche ist bei Freytag nämlich nicht vorhanden: Alle von ihm gezeichneten Journalisten-Typen weisen vorwiegend positive Züge auf und sind als Sympathieträger konzipiert; nicht einmal die konkurrierenden politischen Parteien agieren als Vertreter einer „schlechten“ und einer „guten“ Fraktion, so dass darin keinerlei Tendenz zutage kommt. Zur Langeweile der Zuschauer hatte außerdem sicherlich die Tatsache beigetragen, dass das deutsche Familienoberhaupt der Journalistenzunft zwar feindselig, jedoch keineswegs respektlos und verächtlich gegenübertritt. Um all diese als Schlaftablette auf das bulgarische Publikum wirkenden Faktoren zu reduzieren, schuf Vazov den Konflikt zwischen nicht bloß miteinander konkurrierenden, sondern einander bekriegenden Zeitungen, und zudem noch einen alten Herren, der jede Art von Presse verabscheut, die Anwesenheit keiner Journalisten und Zeitungen in seinem Haus duldet, und auch keine Zeitung mit bloßen Händen berührt: Dafür gebraucht er die Feuerzange, um den unerwünschten Eindringling aus dem Fenster oder ins Feuer zu werfen. Dass die Opposition auch auf politischer Ebene ausgetragen wird, ist nicht explizit erwähnt, doch diese wurde, wie die Schilderung der bulgarischen Presseverhältnisse gezeigt hat, als einem solchen Konflikt grundsätzlich immanent vorausgesetzt. Somit kreierte Vazov gleich zwei der bei Freytag vermissten „Schlammfabriken“: eine in der Person des bulgarischen Familienvaters und eine in der bloßzustellenden Zeitung bzw. Art von Journalismus. Auf diese Weise war das Problem mit dem allzu „feinen“, „eleganten und wohlerzogenen Tonfall“ unter den Protagonisten gelöst. Es fallen nicht nur Flüche und grobe Beleidigungen, es kommt auch zu zwei Schlägereien, die eine davon sogar lebensbedrohlich. Von „Vornehmheit“ oder „Parfümiertheit“ ist hier daher keine Spur, d.h. auch die bei Freytag vermisste Glaubwürdigkeit dürfte sich bei Vazov wieder eingestellt haben.

Einige Nebeneinanderstellungen miteinander korrespondierender Passagen aus den Stücken sollen das veranschaulichen. Oberst Berg ist zutiefst beleidigt von einer Zeitungskritik, die seine Zeitungsartikel verreißt. Es handelt sich an der Stelle um die Verletzlichkeit des Obersten, die vom bulgarischen Publikum nicht nachzuvollziehen war. Die betreffenden kritischen Sätze über den Aufsatz lauten: „Wir bedauern eine solche Unkenntnis“, „Es ist eine unverzeihliche Anmaßung“ und „Man kann zweifeln, ob die Naivität des Einsenders komisch oder traurig ist, jedenfalls hat er kein Recht mitzusprechen“ (Freytag 1966: 11). Die Sätze enthalten in der Tat keinen Fluch und keine Beschimpfung, doch damit nicht genug, kurz nach der Veröffentlichung bedauert sogar der Autor dieser Zeilen, etwas heftig gewesen und „nicht ganz so ruhig“ geblieben zu sein, wie er es gern gewünscht hätte. An einer anderen Stelle werden Anweisungen erteilt, wie ein Angriff in der Zeitung zu gestalten sei: „Gehen Sie ihm vornehm, aber tüchtig zu Leibe“, und vor allem „würdig, sehr würdig“ (S. 22-23).

Die Kritik in den bulgarischen Zeitungen war hingegen keineswegs auf Vornehmheit und Würde bedacht. Die Zeitungszitate in Vazovs Text sind vielmehr

auch für den unkundigsten Leser bzw. Zuschauer eindeutig als beleidigend einzustufen: Über den Familienvater hat die Zeitung geschrieben, er sei „dumm wie hundert Säue“ und ein „Verbrecher“ (Vazov 1957: 133); außerdem erlaubte sie sich einen derben Spaß mit seinem Namen Mišemorov (dt. Mäusetöter): „An die Aufmerksamkeit der Polizei! Der eingeschworene Feind der Mäuse Herr Mišemorov hat vor, die indische Pest in unsere Hauptstadt zu bringen. Seit einiger Zeit müssen die Passanten, die an Mišemorovs Haus vorbeigehen, ihre Nasen zuhalten wegen des Gestanks der Berge verwesender Mäuse, vergiftet und aufgestapelt vor Mišemorovs Tor – die tagtägliche Beschäftigung dieses Attila für die Mäusegattung“ (S. 134). Mišemorov führt weitere Beispiele für Beschimpfungen verschiedener Personen aus den Zeitungen an, etwa „Gauner“, „Dummkopf“, „Nichtsnutz“, „Pöbel“, die an zahlreichen Stellen im Text vorkommen. Solche direkten Beleidigungen gelten jedoch nicht nur bestimmten in der Öffentlichkeit stehenden Bürgern, die Zeitungen dienen auch als Arenen zur Austragung persönlicher Feindschaften unter den Journalisten. So liest einer von Vazovs Protagonisten voller Begeisterung über die bildhaften Ausdrücke vor, was eine Zeitung über den Redakteur eines Konkurrenzblattes schreibt: „Wir hatten eigentlich nicht vor, uns mit jenem Drecksmaul zu beschäftigen, das den schändlichen Namen Lazarov trägt [...] und mit einer Zeitung Schande über Bulgarien bringt; doch zum letzten Mal wollen wir die Nase dieses dummen Viehs mit Kren einreiben und noch etwas Pech in seine Hörner schütten. Dieser unglückselige Lazarov, der dümmer ist als eine Latsche und auf hundert Stunden Entfernung nach verwurmter Katze stinkt, hat es gewagt, uns mit der Ernsthaftigkeit einer alten Hure über Sittlichkeit zu belehren. Hey, mein Lieber, solche wie dich stecken wir in die Tasche“ (S. 136-137).

Neben der Art und Weise der persönlichen Angriffe in der Presse wären da noch die Schimpfwörter der beiden Familienoberhäupter über die Zeitungsmenschen einen Vergleich wert. Seine Wut packt Oberst Berg in Ausdrücke wie „ich muss an mich halten, dass ich nicht unhöflich werde“, wirft den Journalisten vor, bereit zu sein, zu „Teufeleien“ zu greifen sowie „Unwürdiges“ zu tun, bezeichnet von ihnen Gedrucktes als „nichtswürdig“, „Gemeinheiten“, „niederträchtig“, „offenbarer Meuchelmord“, „Gauunerei“; und die Journalisten selbst nennt er „unwürdiges Volk“, „feig, boshaft, hinterlistig“, eine „Bande“, und einmal ereifert er sich zu dem Fluch „Zum Teufel mit allen Journalisten!“²² Vazovs Mišemorov dagegen denkt nicht im Entferntesten daran, an sich zu halten, und zeigt sich durchgehend ausfällig: Die Zeitungen selbst, die er, wie schon erwähnt, nur mit der Feuerzange anfasst, zerreißt, verbrennt und aus dem Fenster wirft, um anschließend das Haus zu lüften, betitelt er als „Ekel“, „Unflat“, „Schlamm“, „Lügen“, „Müll“, „Lappen“, „Gestank“; zu den Journalisten fallen v.a. Tiervergleiche wie „Esel“, „Hundesohn“, „Vieh“, „Eselsohn“, aber auch „Übeltäter“, „Vagabund“, „Lump“; seine Weisheiten lauten: „Siehst du einen Zeitungsschreiber, sollst du wissen – er ist hinterhältig. Anständige Menschen schreiben keine Zeitungen. Wenn du Zeitungsschreiber sagst, heißt das Übeltäter“ (Vazov 1957: 133), oder: „Siehst du einen Zeitungsschreiber, lauf weg! Wer ihn wittert, dessen Nase fällt ab“ (S. 141).

Eine weitere Gegenüberstellung bietet sich an, nämlich die Art und Weise der Entstehung von Nachrichten und Zeitungen. In beiden Stücken kommen bei

²² Die zitierten Stellen finden sich in Freytag 1966: 6, 11, 86, 85, 95.

der Beschreibung die Journalisten selbst zu Worte. So wird bei Freytag ein Journalist von seinem Vorgesetzten angemault, „die abgedroschene Lüge“ über eine Seeschlange zum x-ten Mal durch die Spalten zu „wälzen“, woraufhin er ihm rät: „Erfinde deine eigenen Geschichten, wozu bist du Journalist? Mache ein kleines ‚Eingesandt‘, z.B. eine Betrachtung über Menschenleben im Allgemeinen, oder über das Umherlaufen von Hunden auf der Straße, oder suche eine haarsträubende Geschichte heraus, vielleicht einen Meuchelmord aus Höflichkeit, oder wie ein Hamster sieben schlafende Kinder tot gebissen hat, oder so etwas. – Es gibt so Vieles, was geschieht, und so ungeheuer Vieles, was nicht geschieht, dass es einem ehrlichen Zeitungsschreiber nie an Neuigkeiten fehlen darf“ (Freytag 1966: 20). Ähnliche Anweisungen gibt der gleiche Redakteur bezüglich eines als Füllmaterial dienenden Artikels über die Auswanderung nach Australien, von der abzuraten sei: „Schildern Sie Australien als ein nichtswürdiges Loch, durchaus wahrhaft, aber möglichst schwarz. – Wie das Känguruh, in einen Klumpen geballt, mit unbezwinglicher Bosheit dem Ansiedler an den Kopf springt, während ihn das Schnabelthier hinten in die Beine zwickt; wie der Goldsucher im Winter bis an den Hals im Salzwasser stehen muss, während er im Sommer durch drei Monate keinen Schluck zu trinken hat, und wenn er das alles übersteht, zuletzt von diebischen Eingeborenen aufgefressen wird. Machen Sie das recht anschaulich und ans Ende setzen Sie die neuesten Marktpreise der australischen Wolle aus der Times“ (S. 25). Mit diesen und noch ein paar ähnlichen, knapperen Passagen voller Witz und Selbstironie seitens der Journalisten erschöpft sich bei Freytag die unmittelbare Kritik an der Zunft.

Dem bulgarischen Autor kam es hingegen scheinbar nicht so sehr auf konkrete Themenbeispiele an, sondern wieder vielmehr auf die direkte und bildhafte Sprache, derer sich die Journalisten sowohl im Gespräch untereinander als auch in ihren Artikeln bedienen. Der Affekt steht an erster Stelle, es wird weder vor der buchstäblichen Gleichsetzung des Berufs mit Betrug Halt gemacht, noch vor Handgreiflichkeiten unter Kollegen. Einem „allzu vernünftige“ Artikel schreibenden Journalisten, der sich nicht auf das Niveau der Masse herab zu begeben, sondern die Masse an das höhere Niveau seiner Zeitung zu nähern wünscht, werden die unschlagbaren Argumente eines Kollegen entgegen geschleudert: Er solle seine Artikel kräftiger „würzen“, denn der bulgarische Leser liebe das „Würzige“, und man müsse für ihn in einer Sprache schreiben, die er versteht. Der konkrete Ratschlag lautet: „Bruder, schütte Pfeffer, Pfeffer, Pfeffer hinein! Bausche die Fakten auf, kräftige die Farben, wähle blumige Adjektive; streue epochale Lügen und kolossale Niederträchtigkeiten ein, und führe vor allem eine Skandalchronik ein. Unsere bulgarische Gesellschaft, ihre große Masse, will Pfeffer, Senf, aber englischen Senf für den Eintopf, um ihn mit Appetit hinunterzuschlucken, auch wenn er bloß aus Melonenschalen besteht“ (Vazov 1957: 147). Der Vergleich mit Pfeffer und Senf könnte übrigens durchaus auch von Freytag abgeschaut worden sein, denn genau dieselbe Kombination und in derselben Reihenfolge gehört zur Replik eines deutschen Journalisten, der die Mischung allerdings nicht lobt, sondern „zu scharf“ findet und das „böse Blut“ fürchtet. Und während seiner Tirade erzählt der kundige bulgarische Schreiber voller Stolz, wie er einen verhassten Kollegen in der Kneipe verprügelt habe, ihm „mit Fäusten und Tritten“ begegnet sei und beim nächsten Mal dasselbe vorhabe, denn solche könne man nur „anspucken“ oder schlagen. Und in der Tat, es gibt ein zweites Treffen, bei dem es jedoch

nicht nur bei den Fäusten bleibt: Der Kopf des Feindes wird zunächst mit dem Spazierstock bearbeitet, doch unerwartet zückt dieser einen Revolver und schießt auf den Angreifer.

Der geduldige und höfliche Zuhörer dieser Heldentaten, der als Zielscheibe von Beschimpfungen bereits erwähnte Lazarov, steht in der Komödie allein in Opposition zu allen anderen Figuren, den Anhängern der „Würze“. Dass sich ein Einzelner als Kontrastfigur von allen anderen Protagonisten abhebt, sollte wahrscheinlich das reale Zahlenverhältnis zwischen den seriösen, anspruchsvollen Journalisten und den „Schlammfabrikanten“ in der bulgarischen Gesellschaft widerspiegeln. Jedenfalls verkauft sich Lazarovs Zeitung schlecht. Beim einzigen Zitat, das den zurückhaltenden, gemäßigten Stil des Blattes verrät, gähnen gleichzeitig sowohl der Vorlesende als auch sein Zuhörer, woraufhin die Lektüre, kaum begonnen, rasch ihr Ende findet und der Kommentar lautet: „Das ist tot, tot“ (Vazov 1957: 136). Hier drängt sich der Vergleich mit dem schlafenden bulgarischen Publikum bei der Aufführung von Freytags „Journalisten“ sowie mit den mehrfachen Vorwürfen in der Kritik auf, das Stück sei „langweilig“ und „eingeschlafen“. Gewollt oder nicht schuf Vazov mit Lazarovs Person ein Äquivalent der „deutschen Journalisten“, indem er ihn als Rarität und fast utopische Gestalt präsentierte, allein stehend, unverstanden und fremd.

Doch inwiefern ist solch eine zum Einschlafen verleitende Figur geeignet, die belehrende Funktion im Stück zu übernehmen, wenn sie kaum zu Worte kommt und es außerdem niemand aushält, auch nur wenige Zeilen ihrer Artikel zu lesen, ohne zu gähnen? Die Kritik war bestrebt, die Komödie als Bloßstellung der bulgarischen Presse zu betrachten, z.B. „In ihr bemühte er [Vazov] sich, den ganzen Schlamm hinter den Kulissen unseres Zeitungslebens und unserer Zeitungssitten zu beschreiben“²³. Das tat er ja auch, allerdings ohne jede spürbare kritische Note: Bis auf den keineswegs überzeugenden Lazarov nimmt keine der Figuren, weder die Journalisten noch die Vertreter der so genannten ersten Häuser, Anstoß an diesen Sitten, im Gegenteil, alle bedienen sich desselben „Schlamm“ in ihrer Ausdrucksweise. Insofern kann man hier nicht von einem Tendenzstück sprechen, sondern vielmehr von einer reinen Abbildung bestehender Zustände bzw. von einer Bestätigung des Erfahrungs- und Erwartungshorizonts des Publikums. Das hatte offenbar der Kritiker von „Letopisi“ bemerkt, als er von „Oberflächlichkeit“ sprach und vergeblich mit einem enttäuschten Publikum rechnete.

Als misslungen bezeichnete ein nur mit den Initialen A. T. präsen- ter Kritiker das Stück. Auch er ging davon aus, dass Vazovs Idee in der Gegenüberstellung zweier gegensätzlicher Journalistentypen und in Lazarovs Triumph am Ende bestand, und machte sich daran zu erklären, wieso sie gescheitert sei: Der anständige Lazarov sei nämlich an keiner wichtigen Stelle der Komödie als Persönlichkeit aufgetreten, und obwohl er zu den Hauptfiguren gehören sollte, sei er von Vazov nur als eine für das Ende notwendige Figur dargestellt. Auch dem Kritiker ist der fehlende Kontrast bzw. die allzu schwache Präsenz des positiven Helden aufgefallen, und so lautet seine Schlussfolgerung, mit dem Stück habe Vazov einen Fehler begangen, denn was er uns zeige, sei eine

²³ Wie Anm. 20.

nichts zu hoffen lassende, unveränderte Pressezeitung voller „Lügen und Flüche“ sowie „Schlamm und Dummheiten“²⁴.

Ob es denn überhaupt Vazovs Absicht war, Kritik zu üben und zu belehren, sei dahingestellt. Was der Vergleich beider Journalisten-Komödien demonstriert, ist in erster Linie der Widerspruch zwischen dem im Vorhinein stets behaupteten Bedürfnis an neuen Erfahrungen, insbesondere an westeuropäischer Lebensart, an Erziehung und Kultivierung durch das Theater, und der gleichzeitig gänzlich fehlenden Bereitschaft dazu. Unbekannte Haltungen und Verhaltensweisen riefen bei Kritikern und Publikum gleichermaßen vor allem Enttäuschung und kategorische Ablehnung der fremden Muster hervor. Man wandte sich den vertrauten Inhalten zu, die die eigene Erfahrung bestätigten und die, wie sich zeigte, von Vertretern der Führungselite bereitwillig produziert wurden und den Publikumsgeschmack bedienten.

Das Scheitern der „Journalisten“ und der Erfolg von „Ein Zeitungsschreiber?“ sind auf einen Wertekonflikt, auf eine Inkompatibilität zurückzuführen. Einer der Hauptgründe dafür besteht in der in Südosteuropa schwachen Ausarbeitung, Ausdifferenzierung und Verfeinerung sozialer Verhaltensmuster, Manieren und Sitten, insbesondere der mangelhaften Regulierung des Affekthaushalts im Sinne von Norbert Elias, die in Westeuropa Emotionen zwar nicht verschwinden, aber dämpfen bzw. mäßigen ließ. In Südosteuropa wurde seit dem 19. Jahrhundert Zivilisation vor allem in Form gegenständlicher Elemente, und in viel geringeren Maße die Zivilisierung des Verhaltens und Denkens importiert und gefordert. Folge davon war das Fehlen von Hemmungen bei den Gefühlsausdrücken in der zwischenmenschlichen Interaktion, und zwar auch im öffentlichen Bereich sowie auch innerhalb der gesellschaftlichen Elite. Aufgrund der Neigung zu Emotionen statt zur Rationalität wurde nicht im Sinne gesellschaftlicher Konstruktivität gehandelt. Soziale Tatsachen wurden nicht rational, sondern fatalistisch wahrgenommen, als unabänderliche, stets wiederkehrende Gegebenheiten, deren Veränderung erst gar nicht in Erwägung zu ziehen war. Aufgrund seines etablierten, der Selbstkontrolle entwachsenen „Habitus des zivilisierten Menschen“ scheiterte „Europa“ zunächst als Vorbild für die Entwicklung der bulgarischen Öffentlichkeit.

Quellen

Gustav Freytag: Die Journalisten. Lustspiel in 4 Acten. Faksimiledruck nach der Ausgabe innerhalb der Gesammelten Werke von 1887. Göttingen 1966.

Ivan Vazov: Vestnikar li? [Ein Zeitungsschreiber?] In: Săbrani săčinenija v dvadeset toma [Gesammelte Werke in 20 Bänden], Bd. 16. Sofia 1957, 127-165.

Literatur

BORŠUKOV, Georgi 2003: Istorija na bălgarskata žurnalistika 1844-1877, 1878-1885 [Geschichte der bulgarischen Journalistik 1844-1877, 1878-1885]. Sofia.

DASKALOV, Rumen 1998: Meždu iztoka i zapada. Bălgarski kulturni dilemi [Zwischen dem Osten und dem Westen. Bulgarische kulturelle Dilemmata]. Sofia.

²⁴ In: Periodičesko spisanie na Bălgarskoto knižovno družestvo v Sofija, Bd. 61, 1900, S. 699-702.

- DASKALOV, Rumen 2005: Bălgarskoto obštestvo 1878-1939 [Die bulgarische Gesellschaft 1878-1939], Bd. 2. Sofia.
- GENČEV, Nikolaj 1979: Francija v bălgarskoto duhovno vāzraždane [Frankreich in der bulgarischen geistigen Wiedergeburt]. Sofia.
- HEPPNER, Herald, Roumiana Preshlenova (Hg.) 2003: Öffentlichkeit ohne Tradition. Bulgariens Aufbruch in die Moderne. Frankfurt/M.
- HÖPKEN, Wolfgang 2007: Die „fehlende Klasse“? Bürgertum in Südosteuropa im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Ulf Brunnbauer, Wolfgang Höpken (Hg.), Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und ethnologische Perspektiven. München, 33-70.
- KREIBIG, Horst 1966: Nachwort. In: Gustav Freytag. Die Journalisten. Lustspiel in 4 Acten. Faksimiledruck nach der Ausgabe innerhalb der Gesammelten Werke von 1887. Göttingen, 113-124.
- MATL, Josef 1959: Die Europäisierung des Südostens. In: Völker und Kulturen Südosteuropas. Kulturhistorische Beiträge. München: SOG, 218-236.
- PETROV, Petăr, Katerina Gehl 2007: „Die Kröte in der Krinoline.“ Europäisierungsprozesse in Bulgarien am Beispiel literarischer und publizistischer Modekritik (1850-1875). In: Petrov/Gehl/Roth (Hg.), 15-47.
- PETROV, Petăr, Katerina Gehl, Klaus Roth (Hg.) 2007: Fremdes Europa? Selbstbilder und Europa-Vorstellungen in Bulgarien (1850-1945). Berlin: LIT.
- ROTH, Juliana & Klaus 1996: Modernisierungsprozesse in der bulgarischen Gesellschaft im Spiegel der Populärliteratur (1880-1914). In: Narodna umjetnost 33: 325-355.
- ROTH, Klaus 1988: Wie „europäisch“ ist Südosteuropa? Zum Problem des kulturellen Wandels auf der Balkanhalbinsel. In: Nils-Arvid Bringéus u.a. (Hg.), Wandel der Volkskultur in Europa. Bd. 1. Münster, 219-231.
- ROTH, Klaus 1989: Osmanische Spuren in der Alltagskultur Südosteuropas. In: Hans Majer (Hg.), Die Staaten Südosteuropas und die Osmanen. München, 319-332.
- ROTH, Klaus 1998: Ethnokulturelle Gemeinschaft der Balkanvölker. Konstrukt oder Realität? In: V. Heuberger u.a. (Hg.), Der Balkan. Friedenszone oder Pulverfaß? Frankfurt/M, 63-78.
- STAVRIANOS, L. S. 1963: The Influence of the West on the Balkans. In: Charles & Barbara Jelavich (Hg.), The Balkans in Transition. Essays on the Development of Balkan Life and Politics since the Eighteenth Century. Berkeley, Los Angeles, 184-226.
- SUNDHAUSEN, Holm 1999: Europa balcanica. Der Balkan als historischer Raum Europas. In: Geschichte und Gesellschaft 25, 626-653.
- TOPENČAROV, Vladimir 1963: Bălgarskata žurnalistika 1885-1903 [Bulgarische Journalistik 1885-1903]. Sofia.
- TOŠEVA, Kristina u.a. (Hg.) 1999: Bălgarski teatăr 1880-1900. Dokumentalni materialii [Bulgarisches Theater 1880-1900. Dokumentarische Materialien]. Sofia.
- WOLF, Gabriele 2003: „Das Publikum besuchte zufrieden das Theater und staunte.“ Überlegungen zu Theater und Öffentlichkeit in Bulgarien um 1900. In: Heppner/Preshlenova (Hg.), 193-210.

WOLF, Gabriele 2007: „Was nicht nützlich ist, ist schädlich“. Theater und städtische Unterhaltungskultur im bulgarischen Europäisierungsdiskurs (zweite Hälfte 19. Jahrhundert). In: Petrov/Gehl/Roth (Hg.), 49-60.

WOLF, Gabriele 2007a: Das Theater als zivilgesellschaftliche Bildungsinstitution. Überlegungen zu „Zivilgesellschaft“ und „Zivilisierung“ in Bulgarien um 1900. In: Petrov/Gehl/Roth (Hg.), 61-80.

Nationale Identität und Wahrnehmung von Europa in Griechenland: Ansichten aus einem "alten" südosteuropäischen Mitgliedsland

Jutta Lauth Bacas, Athen

Zusammenfassung

Als erstes Land Südosteuropas erreichte Griechenland im Jahr 1981 die Vollmitgliedschaft in der EU sowie 2002 den Beitritt zur Euro-Zone. Die seitdem ablaufenden Prozesse der "Europäisierung" in Hellas betreffen ökonomische, politische und kulturelle Aspekte und werden in ihren komplexen Auswirkungen wissenschaftlich breit dokumentiert und analysiert. Der Beitrag behandelt vor allem auf die kulturellen Aspekte des Wandlungsprozesses in Hellas und untersucht, wie sich Wahrnehmungen und Bilder von „Europa“ und der EU historisch entwickelt und in den letzten fünfundzwanzig Jahren verändert und ausdifferenziert haben. Dabei sollen insbesondere die Ambivalenzen und Dichotomien in den Einstellungen von Griechen gegenüber „Europa“ herausgearbeitet und mit empirischen Beispielen aus meiner ethnologischen Forschung in Hellas illustriert werden.

1. Einleitung

Im Jahr 1981, also vor einem guten Vierteljahrhundert wurde Griechenland als erstes Land Südosteuropas zum Vollmitglied der EU, noch fünf Jahre vor dem Beitritt Spaniens und Portugals und mehr als fünfundzwanzig Jahre vor dem Beitritt Bulgariens, Rumäniens oder anderer osteuropäischer Länder. Damit können wir heute auf langjährige Erfahrungen und komplexe Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft in einem südosteuropäischen Land blicken, die in Hinblick auf die neuen Beitrittsländer im östlichen Europa sicher nicht uninteressant sind. Griechenlands EU-Mitgliedschaft blieb in diesem langen Zeitraum landesintern nicht unumstritten; diese diskursive Dynamik wird der Beitrag kurz nachzeichnen. Ein Vierteljahrhundert der Teilhabe an Verfahren und Mechanismen der EU hat enorme Veränderungen und Transformationsprozesse auf allen Ebenen der griechischen Gesellschaft in Gang gesetzt, die sowohl ökonomische als auch politische, sowohl soziale als auch kulturelle Dimensionen beinhalten. In meinem Beitrag werde ich mich als Ethnologin vor allem mit der kulturellen Dimension, mit der Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft und mit den Einstellungen und Verhaltensweisen in der griechischen Gesellschaft befassen¹. Die hier vorgelegte Darstellung und vertiefende Analyse beruht auf

¹ Mit kontroversen Einstellungen zur EU in Hellas befasst sich auch der Beitrag Lauth Bacas (2004), der ethnografische Beispiele aus dem ruralen Sektor Griechenlands präsentiert.

teilnehmender Beobachtung in Athen (im Jahr 2006) und auf der Interpretation von Handlungen und Szenen des lokalen Alltagslebens, in denen sich nach meiner Meinung untergründige Einstellungen und Vorstellungen über Europa im Handeln der Akteure manifestieren.

Der folgende Artikel gliedert sich in drei Abschnitte: Zuerst erfolgt ein Rückblick auf die griechische EU-Mitgliedschaft unter Hinweis auf einige turbulente Phasen im Verhältnis zwischen Hellas und der EU, der darauf aufmerksam macht, dass EU-Mitgliedschaft keinen Zustand, sondern einen dynamischen Prozess darstellt. Der zweite Teil befasst sich mit den spezifischen Einschätzungen, Wahrnehmungen und Reaktionen auf die EU-Mitgliedschaft in Hellas. Mittels ethnologischer Beobachtungsdaten aus dem griechischen Alltagsleben werde ich die These ableiten, dass sich der Umgang mit europäischen Standards und Normen im Land durchaus widersprüchlich gestaltet. Beispiele aus dem Bereich des griechischen Straßenverkehrs und Verkehrsverhaltens werden zeigen, wie soziale Akteure in Hellas es fertig bringen, europäische Standards und Normen gleichzeitig anzuerkennen *und* in der Praxis zu hintergehen und für sich abzulehnen. Im dritten und letzten Abschnitt des vorliegenden Artikels geht es um sozialwissenschaftliche Erklärungen dieses widersprüchlichen Verhaltens, bei dem die EU-Mitgliedschaft als Erklärungsfaktor nach meiner Meinung eine besondere Rolle spielt. Ich werde argumentieren, dass dichotome Einstellungen zur EU in Griechenland zwar durchaus historische Wurzeln haben, aber nicht trotz der EU-Zugehörigkeit, sondern gerade *wegen* der EU-Mitgliedschaft aufrecht erhalten bleiben. Damit wirft die Beschäftigung mit dem Fall Griechenlands grundsätzliche Fragen zum Konzept der Europäisierung als Prozess der graduellen Modernisierung und Anpassung an Standards der Europäischen Union auf, die ich abschließend zur Diskussion bringen möchte.

2. Rückblick auf die EU-Mitgliedschaft Griechenlands

Der Rückblick auf die EU-Mitgliedschaft Griechenlands setzt in einer ersten Phase nach den Römer Verträgen an. Bereits Ende der 50er Jahre begann ein Prozess der Annäherung Griechenlands an die damalige EWG, der 1959 zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Wirtschaftsunion führte (Iokimidis 1999: 171). Das Bemühen um engere Beziehungen des Landes zur EWG wurde jedoch während der Jahre der Militärdiktatur in Griechenland, d.h. von 1967 bis 1974, von beiden Seiten auf Eis gelegt (Clogg 1992: 168). Im Jahr 1975, ein Jahr nach der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Hellas, stellte der damalige Ministerpräsident Konstantinos Karamanlis einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (Tzermias 1997: 106). Die Aufnahmeverhandlungen wurden ein Jahr später aufgenommen, drei Jahre danach abgeschlossen, und am 1. Januar 1981 trat die Vollmitgliedschaft Griechenlands als erstem Balkanland in der Europäischen Gemeinschaft in Kraft (Lauth Bacas 2004: 8).

Zu diesem Zeitpunkt, sieben Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur, sprach man in Griechenland noch von Europa als einer geopolitischen Einheit „weit weg“. Wer das Land in westlicher Richtung verließ, der reiste „nach Europa“, das nach einheimischer Vorstellung jenseits der Adria lag. Der Historiker Richard Clogg wies darauf hin, dass in jener Terminologie eine Konzeption wiederlebte, mit der Griechen seit langem denjenigen Teil des Kontinents kenn-

zeichneten, welcher nicht zum Herrschaftsbereich des Osmanischen Reichs gehörte (Clogg 1992: 177). Dieses lokale Selbstverständnis, welches das Land ausgeschlossen von Europa sah, war noch weit verbreitet, als die Europäische Gemeinschaft Griechenland in ihre Reihen aufnahm. Dabei mag im Land nicht nur das Fortbestehen historischer Orientierungen aus der Osmanenherrschaft eine Rolle gespielt haben, sondern auch die bitteren Jahre der Militärjunta, während derer sich die Griechen von Europa abgeschnitten sahen.

Vor allem im ersten Jahrzehnt der Zugehörigkeit zur EG blieb die Mitgliedschaft unter den politischen Führern des Landes jedoch nicht unumstritten. Der erste Wahlkampf nach dem EU-Beitritt im Herbst 1981 wurde von den beiden Kontrahenten Konstantin Karamanlis und Andreas Papandreu mit hitzigen Schlagworten für und gegen die Mitgliedschaft geführt. Karamanlis, der in der EU-Zugehörigkeit eine Garantie für die Stabilität der demokratischen Strukturen des Landes sah, zog in den Wahlkampf mit der Parole: „Griechenland gehört zum Westen“ (Clogg 1992: 179). Sein Gegner Papandreu, der die anti-amerikanisch und in diesem Sinn anti-westlich gestimmte Wählerschaft gewinnen wollte², setzte dagegen: „Griechenland gehört den Griechen!“ (Clogg 1992: 179). Er versprach im Falle eines Wahlsiegs ein Referendum über die EG-Mitgliedschaft, obwohl er wahrscheinlich genau wusste, dass die griechische Verfassung die Ausrufung eines Referendums nicht in den Kompetenzbereich des Ministerpräsidenten legt (Clogg 1992: 181). Nachdem Papandreu mit seiner ausgeprägten populistischen Rhetorik die Nationalwahlen gewonnen hatte, wurde das Anliegen eines Volksentscheids jedoch stillschweigend in der Schublade versenkt.

Stattdessen übernahm Griechenland in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1983 satzungsgemäß die Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft. Es kam zu harten „Nachverhandlungen“ mit Brüssel (Ioakimidis 199: 169), bei denen Hellas als damals wirtschaftsschwächstem Mitgliedsland enorme Zugeständnisse gemacht wurden. Das Ergebnis der Verhandlungen war ein erhöhter Nettotransfer von Gemeinschaftsmitteln durch gleich mehrere Kanäle: den europäischen Landwirtschaftsfond (European Agricultural Guidance and Guarantee Fond, EAGGF), den Europäischen Strukturfond (Delors I bis III) und schließlich das Integrierte Mittelmeerprogramm. Zur Erinnerung an die Vereinbarungen um das Integrierte Mittelmeerprogramm sei vermerkt, dass dieses Programm auf Drängen Griechenlands beschlossen wurde, um die Nachteile für die „Altmitglieder“ nach Aufnahme der Neumitglieder Spanien und Portugal auszugleichen. Erst nach der Verabschiedung des Integrierten Mittelmeerprogramms stimmte Papandreu zu, dass Spanien und Portugal Mitgliedschaftsstatus erhielten (Axt 1997a). Als Zielgruppe des Integrierten Mittelmeerprogramms wurden 1985 die EU-Mitgliedsländer zur Zeit der Beschlussfassung definiert. Dies hieß im Klartext, dass Spanien und Portugal als neue Mitgliedstaaten keine Fördermittel aus diesem Fonds erhielten, während es vor allem Griechenland als altes Mitgliedsland war, das von den Zuflüssen des Integrierten Mittelmeerprogramms profitierte (Axt 1979b: 31). Ministerpräsident Papandreu konnte dieses Ergebnis innenpolitisch als seinen strategischen Erfolg präsentieren.

² In den Kreisen der sozialistischen Partei PASOK galten die USA als mitverantwortlich für die Diktatur in Griechenland (1967-1974), weil Washington die griechische Militärjunta anerkannt und finanziell unterstützt hatte.

Als Griechenland im Jahr 1988 erneut das Präsidium der EG einnahm, hatte Regierungschef Papandreou, der innenpolitisch seine Führungsposition mittlerweile ausgebaut und abgesichert hatte, in punkto EU-Mitgliedschaft eine hundertprozentige Kehrtwende vollzogen (Axt 1997b: 101). Er präsentierte sich als überzeugter Vertreter der europäischen Integration. Dieser Umschwung entsprach auch der allgemeinen Stimmungslage in Hellas, die sich an den regelmäßig durchgeführten Eurobarometer-Befragungen nachlesen lässt: War im Jahr 1981, dem Beitrittsjahr und der Phase des polarisierten innenpolitischen Klimas, nur eine Minderheit von 38% der befragten Griechen gegenüber der EU-Mitgliedschaft positiv eingestellt, so hatte sich zehn Jahre später das Blatt gewendet. Im Herbst 1991 erklärte sich eine Mehrheit von 73% der befragten Griechinnen und Griechen mit der EU-Mitgliedschaft ihres Landes einverstanden (Axt 1979b: 104). Der Politologe Heinz-Jürgen Axt spricht von einer neuen „Euro-phorie“ im Lande (Axt 1979b: 104), während eine andere Soziologin lakonisch vermerkt, dass sich im griechischen politischen Diskurs das Bild von Europäischen Gemeinschaft als „cash cow“ etabliert habe (Verney 1998: 224). Die Subventionszuflüsse machten sich in allen Regionen des Landes bemerkbar: Auf dem Land kam es durch die garantierten Abnahmepreise zu einer deutlichen Einkommenssteigerung bei den agrarischen Produzenten (Meyer-Bauer 2001), in den Städten wuchs die Bürokratie, deren Angestellte den Subventionsnachschub aus Brüssel sicherten und den Mittelfluss durch die Behörden an berechtigte oder genehme Empfänger dirigierten. Tatsache ist, dass Hellas in den 80er und 90er Jahren ein enormes Wirtschaftswachstum vor allem im tertiären Sektor erlebte, der das Gesicht des Landes grundsätzlich wandelte (Thomadakis 1995).

Unter Papandreous Nachfolger Kostas Simitis, der als europafreundlicher Modernisierer gilt und eine strikte Finanz- und Budgetkontrolle durchführte, erreichte Griechenland im Jahr 2001 die Voraussetzungen für einen Beitritt zur Währungsunion und führte zum Jahresbeginn 2002 die Umwandlung der Drachme in den Euro durch³. Die damit zusammenhängende Eindämmung der Inflation und die Geldwertstabilität wurden und werden von der Bevölkerung allgemein begrüßt. Nach der Einführung des Euro und nach der erfolgreichen Durchführung der Olympischen Spiele in Athen im Jahr 2004 sah sich Griechenland endgültig in den Kreis der europaweit geachteten Staaten aufgenommen. Dies unterstreicht auch eine Äußerung des damaligen Außenministers Georg Papandreou⁴, der zu Beginn des griechischen EU-Präsidiiums im Januar 2003 erklärt: „We may have begun as a Balkan country in Europe. Now we are a European country in the Balkans“ (Lauth Bacas 2004: 16).

³ Nach der Abwahl der PASOK-Regierung im Jahr 2004 gab es im In- und Ausland eine Debatte darüber, ob Griechenland sich mit geschönten Haushaltsdaten den Beitritt zur Euro-Zone „erschwindelt“ haben soll. Wirtschaftswissenschaftler weisen heute darauf hin, dass Eurostat mittlerweile offiziell die Korrektheit des von der Regierung Simitis angewendeten Abrechnungsmodus und der vorgelegten Haushaltsdaten bestätigt hat. Vgl. den Beitrag „Haushaltsdaten waren nicht geschönt“ von Prof. Tassos Giannitsis in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 02.10.2007.

⁴ George Papandreou ist der Sohn des PASOK-Gründers und ehemaligen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou und namensgleicher Enkel des griechischen Politikers Georgios Papandreou, der in den 60er Jahren Ministerpräsident war. Zum Politikerclan der Papandreou vgl. „Alles bleibt in der Familie“ von Michael Martens in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 16.09.2007, Nr. 37, S. 9.

Mit diesem kurzen Rückblick möchte ich unterstreichen, dass die Einschätzung der EU-Mitgliedschaft in einem Mitgliedsland einer Bewertungsdynamik von Annäherung, späterer Ablehnung und anschließender Anerkennung unterliegen kann. Wenn im Fall der neuen Mitgliedsländer wie etwa Bulgarien und Rumänien eine gewisse Ernüchterung oder Enttäuschung kurz nach dem EU-Beitritt beobachtet werden kann, zeigt das Beispiel Griechenlands, dass erst nach zehn Jahren der Vollmitgliedschaft eine Mehrheit der Bevölkerung die EU-Zugehörigkeit eindeutig begrüßt.

Dieser Rückblick lässt vielleicht auch vermuten, dass der mit der EU-Mitgliedschaft einhergehende Anspruch auf Europäisierung des Landes, auf eine weitergehende Modernisierung der nationalen Strukturen und ihre Angleichung an europäische Standards nach einem Vierteljahrhundert in Hellas ein unhinterfragtes und breit akzeptiertes Projekt darstellt. Im nächsten Abschnitt werde ich diese Vermutung prüfen und aufzeigen, wie gegensätzlich und teilweise widersprüchlich die spezifischen Reaktionen, die alltäglichen Deutungen und Bilder von Europa in diesem „alten“ Mitgliedsland wirklich aussehen.

3. Einstellungen zu Europa im Alltag betrachtet

Der folgende Abschnitt wird sich mit einigen Einschätzungen und Reaktionen „von unten“ auf die EU-Mitgliedschaft in Hellas befassen. Ich werde mich dabei weniger auf Umfragen wie die bereits erwähnten Eurobarometer-Befragungen beziehen, sondern einen anderen, einen ethnologischen Ansatz wählen, der mit Daten aus der teilnehmenden Beobachtung in Griechenland arbeitet. Ich interessiere mich bei meiner Untersuchung weniger dafür, was die Leute einem Interviewer sagen, sondern dafür, was sie alltäglich tun. Ich gehe dabei von dem Ansatz aus, dass in ihrem Alltagshandeln tiefer liegende Einstellungen und grundsätzliche Werte und Orientierungsmuster zum Ausdruck kommen. Aus einer „Perspektive des Alltagshandelns“ möchte ich einen Doppelcharakter, eine Dichotomie in den Reaktionen vor Ort aufzeigen und anhand konkreter Beispiele aus dem Athener Alltag zeigen, wie Leute in Griechenland es fertig bringen, europäische Standards und Normen einerseits klar zu kennen UND andererseits für sich als „wahre Griechen“ abzulehnen.

Ich habe zur Erläuterung meiner These einen spezifischen Sektor des alltäglichen Umgangs gewählt, welcher der unmittelbaren Beobachtung relativ leicht zugänglich ist (und Leserinnen und Lesern nach möglichen Besuchen in Hellas nicht ganz unbekannt ist), nämlich den Straßenverkehr.

Zunächst ist das öffentliche Straßennetz in Griechenland einer derjenigen Bereiche, in denen die Veränderungen der letzten zwanzig Jahre ganz deutlich abzulesen sind. Mit Hilfe von finanziellen Beteiligungen aus Brüssel konnten in den letzten zwanzig Jahren große Infrastrukturprojekte geplant und durchgeführt werden, welche die Qualität der Verkehrswege auf der Ost-West-Achse, d.h. von Patras nach Athen, sowie auf der Nord-Süd-Achse, d.h. von Thessaloniki nach Athen, wesentlich verbessert haben. Wer immer in den letzten Jahren nach Griechenland reiste, fuhr sicherlich mehr als einmal an hohen blauen Bautafeln mit dem gelben Sternenemblem der EU vorbei, die verkündeten, dass hier gerade der Straßenabschnitt X oder der Tunnel Z mit Mitteln aus einem EU-Struktur- oder Kohäsionsfonds errichtet werden. Ich nenne exempla-

risch den sechsspurigen Ausbau der Autobahn Athen-Korinth mit einer neuen Brücke über den Kanal von Korinth, die neu gebaute Ringstraße um Athen, die auch den neuen Flughafen in Spata an die Metropole anbindet, sowie den Brückenbau zwischen Rio und Antirio, der den Golf von Patras überspannt und wohl nicht zu Unrecht als architektonisches Meisterwerk gilt. Diese Infrastrukturprojekte werden von den Griechen in allen Landesteilen zweifelsohne geschätzt und die Leistung Brüssels bei der Finanzierung unbestritten anerkannt. Dazu ein Beispiel. Als die Ringstraße zum Athener Flughafen neu eröffnet worden war und ich damals mit einem Taxifahrer von der alten Nationalstraße in die neue Attika Road abbog, die zweispurig ausgebaut ist, mit Haltestreifen, Leitplanken, großzügiger Beschilderung, sagte der ältere Fahrer anerkennend zu mir: „Hier sind wir in Europa angekommen“. Dieses Beispiel soll zeigen, wie das Bild von Europa als einem sozialen Raum mit guten Straßen, moderner Infrastruktur, hohen Ausbaustandards in jedem einzelnen dieser Projekte präsent ist oder durch das Projekt selber erneut produziert wird.

Am Beispiel derartiger Modernisierungsprojekte lässt sich auch aufzeigen, dass die EU im Land vor allem als Geldgeber konzipiert wird. Im griechischen Alltagsverständnis gelten die EU-Subventionen als Gaben eines „reichen“ Sponsors, die mit finanziellen Mittel ein „armes“ Land fördert. Vergessen wird in dieser weit verbreiteten Sichtweise, dass die Maßnahmen und Verfahren der EU von jedem Land Eigenbeteiligung fordern, auch wenn das Land in seiner Gesamtheit Nettoempfänger von Fördermitteln ist. Mit den Eindrücken von neuen Straßen wird heutzutage in Hellas jedem Befrager von Eurobarometer oder einem anderen Umfrageinstitut in großer Einhelligkeit erklärt, wie vorteilhaft die Zugehörigkeit zur EU für das Land ist. Ohne einen Fragebogen in der Hand bekam ich dagegen von einem Rechtsanwalt (etwa 30jährig), der vor kurzem mit einer Spätmaschine am Flughafen Spata ankam, folgendes zu hören: „Mein Taxifahrer ist mit 150 km über die Autobahn in die City gerast, trotz des Tempolimits. Da wusste ich doch gleich, dass ich wieder in Griechenland angekommen war“. Mit anderen Worten: die Modernisierung der Verkehrswege wird offiziell begrüßt, doch das praktische Verhalten der Nutzer, hier ihr Fahrverhalten, wird oft nicht entsprechend modifiziert. Diese Kluft zwischen Meinungsbekundung und konkretem Alltagshandeln halte ich weder für einen Zufall noch für einen Einzelfall und möchte ihn im Folgenden weiter thematisieren.

Dazu ein paar weitere Zahlen. Parallel zum Ausbau und der Modernisierung des Straßennetzes hat sich die Zahl der zugelassenen Pkws in Griechenland in den letzten elf Jahren verdreifacht (mit 5.462.291 zugelassenen Fahrzeugen im Jahr 2006 und einer Wachstumsrate von über 200% seit 1995)⁵. Auf der Verkehrsfläche der Millionenmetropole Athen, deren Einwohnerzahl mit vier Millionen in den letzten zwei Jahrzehnten weitgehend konstant geblieben ist, zirkulieren mittlerweile täglich mehr als drei Millionen Autos, Busse, LKW sowie Motorräder. Statistisch gesehen hat somit eine vierköpfige Familie in Athen drei Fahrzeuge zur Verfügung. Da man die öffentlichen Verkehrsmittel wohl aus der Rechnung herausnehmen muss, hat jede Familie statistisch gesehen etwa zwei Fahrzeuge in Benutzung. Dies entspricht auch meiner Beobachtung, dass in vielen Familien Erst- und Zweitwagen oder Auto und Motorrad täglich

⁵ Bericht des griechischen Verbands IOBE 2007, zitiert in der Tageszeitung „Metropolis“ vom 21.9.2007

von Familienmitgliedern in Verkehr gesetzt werden. Einem Beobachter fällt auch auf, dass der Fahrzeugpark insgesamt moderner geworden ist, d.h. es kursieren immer weniger alte Autos und die Zulassung von Neuwagen steigt jährlich um 5,4%.

Dass mit den steigenden Zulassungszahlen ein steigendes Verkehrsaufkommen einhergeht, liegt unter anderem auch an einem verbreiteten Hobby Athener Autobesitzer und Motorradfahrer: beliebtes Freizeitvergnügen ist nicht etwa das Spazieren gehen, sondern das Spazieren fahren. Immer wieder verwandelt sich der Verkehr in der Landeshauptstadt in ein unbeschreibliches Chaos, weil die Kapazität der Verkehrswege in Attika an ihre Grenzen stößt. Das mit manchen Spazierfahrten verbundene stundenlange Stop-and-Go oder Kollisionen gelten als unvermeidliches Übel⁶, während andere Aspekte in den Augen der Automobilisten Fahrgegnuss bringen: das Erlebnis der neuen, breiten Straßen, die Teilhabe am modernen, mobilen Lebensstil, der Prestigegewinn durch Konsumption. Ein unbeteiligter Beobachter kann dabei nicht nur die Genugtuung der griechischen Automobilisten beobachten, in der westlichen Konsumwelt angekommen zu sein und an ihr aktiv zu partizipieren, sondern auch „unkonventionelles“, regelwidriges Fahrverhalten in allen Details. Man beobachtet im griechischen Straßenverkehr alltäglich und immer wieder

- Motorradfahrer oder ihre schicken Beifahrerinnen ohne Helm (die Helmpflicht wird als spezielle Schikane der Behörden angesehen),
- hinter dem Rücken des Fahrers durchgeführte Sicherheitsgurte (um ggf. das fahrzeuginterne Warnsystem auszutricksen),
- Kleinkinder auf dem Vordersitz eines PKW, auf dem Schoß der Mutter, und alle Familienmitglieder ohne Gurt,
- große Limousinen, die langsamere Wagen rücksichtslos rechts überholen (ein Fahrstil wie beim Auto-Skooter, aber bei Tempo 180).

Mit einem ethnologischen Interpretationsansatz lese ich diese sozialen Handlungen als einen *kulturellen Text*, als Statements von sozialen Akteuren, die einen tiefer liegenden, symbolischen Gehalt ausdrücken. Auf der einen Seite sind die genannten Verkehrsverstöße Regelbrüche, auch nach dem griechischen Gesetz, auf der anderen Seite tragen sie Nebenbedeutungen von Freiheit und betontem Individualismus in sich. Die wehenden Mähnen oder gestylten Haartrachten der Motorradfahrer ohne Helm drücken nach dieser Lesart einen individualistischen Freiheitswillen aus – und ihren Spott über den Obrigkeitsstaat griechischer Prägung. Mit dem vorschriftswidrig festgemachten Sicherheitsgurt signalisiert der Fahrer, dass er sich nicht in ein Korsett zwingen lässt. Und die Kleinfamilie mit ihrem Nachwuchs ohne Gurt auf dem Vordersitz versteht und zeigt sich als unverbesserliche Individualisten, die sich von niemanden etwas vorschreiben lassen⁷.

Diese Übertretungen geschehen, obwohl auch in Hellas Vorschriften und Verkehrsregeln gelten, die allgemeinen europäischen Standards entsprechen. Im

⁶ Über Verkehrsunfälle bei Vergnügungsfahrten siehe Petridou u.a. (1997)

⁷ Der Zwillingbruder des unkonventionellen Autofahrens ist das chaotische Parken in Athen: „Zugeparkte Bürgersteige, querstehende Motorräder, unpassierbare Fußgängerzonen“ moniert ein deutscher Auslandskorrespondent in Griechenland (Werner Höhler im Kölner Stadt Anzeiger vom 2.10.2007).

Juni 2007 wurde in Griechenland mit der neuen Straßenverkehrsordnung sogar ein Strafpunktesystem eingeführt, wie es Deutschland mit seiner Verkehrs-sünderkartei kennt. Diese Neuerung, verbunden mit der Herabsetzung der Promillegrenze, wurde in einer Athener Taverne von einem meiner Gesprächspartner wie folgt kommentiert: „DIE wollen UNS zu Europäern machen“.

Dieses Zitat weist nach meiner Meinung auf eine Dichotomie in den lokalen Reaktionen auf Europa hin: Die moderne Infrastruktur wird begrüßt, die neuen Verkehrsregelungen, vor allem die Grenze von 0,5 Promille, ganz klar als fremd, als aufgesetzt und „importiert“ angesehen. Hören wir noch einmal hin: „DIE wollen UNS zu Europäern machen.“ Hier wird in einem alltagsweltlichen, beiläufigen Kommentar ein konzeptioneller Gegensatz konstruiert zwischen uns/den Griechen und den anderen, die als „Europäer“ bezeichnet werden. Impliziert wird, dass der Sprechende in Athen keine Europäer, sondern als ein authentischer Grieche „anders“ ist. In diesem Gegensatzpaar wird das „europäisch sein“ negativ besetzt und mit Vorstellungen von Disziplin und Kontrolle verbunden, bzw. mit Selbstdisziplin und Selbstkontrolle. Vor allem das gesenkte Alkohollimit wird als fremdbestimmt und „importiert“ gesehen, nachdem es von den griechischen Gesetzgebern mit dem Verweis auf entsprechende Regelungen „in Europa“ gegründet worden war. In der öffentlichen Diskussion war diese neue Promillegrenze eine der meist debattierten Neuerungen, weil sie die Auto fahrenden Griechen mit der Weisung konfrontierte, freiwillig und ohne krank zu sein auf ein zweites, drittes, viertes Glas Wein oder Ouzo vor dem Autofahren zu verzichten. Der genannte Kommentar „DIE wollen UNS zu Europäern machen“ impliziert somit noch eine weitere Lesart: „Die wollen uns nicht mehr Griechen sein lassen“, als ob Selbstdisziplin zwar von einem entsprechend konditionierten Europäer zu erwarten ist, nicht jedoch von einem authentischen, „wahren“ Griechen.

In diesen und vergleichbaren Bemerkungen schwingt ein weiterer Unterton mit: Selbstdisziplin und Selbstkontrolle werden gemäß diesem Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster als Eigenschaften interpretiert, die das Resultat jahrelanger Beeinflussung, Erziehung und Indoktrination sein sollten, durch welche die persönliche Freiheit und Autonomie des Individuums eingeschränkt worden sei. Sicherheitsgurte oder Motorradhelme werden gemäß dieser Wahrnehmungsdynamik als Werkzeuge eines verlängerten Kontrollapparats gesehen, den es wann immer möglich zu hintergehen gilt. Tausende jugendlicher Motorradfahrer ohne Helm sehen sich als Verfechter eines authentischen Freiheitswillens, der sich durch keine obrigkeitstaatliche Gesetzgebung brechen lassen will. Die europäischen Ausländer oder Touristen, die den Gesetzen diszipliniert folgen, bei 38 Grad im Schatten einen Motorradhelm tragen, sich sogar auf dem Rücksitz ihrer Mietautos anschnallen oder vor einer roten Fußgängerampel bei leerer Straße stehen bleiben und warten, sind in den Augen dieser jugendlichen Nachfahren von Alexis Zorbas schlicht und einfach dumm.

Was hat das mit Bildern von Europa zu tun? Ich denke, in der abschätzigen Haltung gegenüber disziplinierten Verkehrsteilnehmern sind im Hintergrund auch Konzepte von Europa präsent und ablesbar. Nach meiner Meinung illustrieren diese Beobachtungen des Alltagshandelns und der Alltagsdiskurse eine andere Konzeption von Europa, die Kehrseite einer Medaille, bei der das „europäisch werden“ negativ besetzt ist und diszipliniertes, selbstkontrolliertes, mit

anderen Worten rationales Handeln als „ungriechisch“ oder als „europäisch“ abgelehnt und verspottet werden. Die Eurobarometer-Befragungen zur EU-Mitgliedschaft und meine Beobachtungsdaten widersprechen sich nicht, sondern verweisen auf eine Dichotomie, auf eine Doppelcharakter in den Einstellungen und Bildern von Europa in Griechenland: Auf der einen Seite wird die Zugehörigkeit zur Europäischen Union mehrheitlich positiv bewertet und Subventionen und Finanzhilfen der EU allgemein geschätzt. Auf der anderen Seite besteht im Alltagshandeln die Tendenz, eine Dichotomie zu konstruieren zwischen „uns Griechen“ und „den Europäern“, wenn es um regelgerechtes Verhalten, um andernorts übliche Standards von Disziplin, Selbstkontrolle oder Produktivität geht, die in Griechenland als fremd oder ungriechisch abgelehnt oder teilweise sogar verspottet werden. Um es ganz deutlich zu sagen: Es handelt sich bei dieser Verweigerung nicht um ein Ausbildungsdefizit. Die Konzepte und das Wissen um Verkehrsregeln, um rationales Handeln im Straßenverkehr sind in Griechenland so präsent wie Andernorts in Europa. Der Umgang mit diesem Regelwissen ist aber anders, es wird anders interpretiert: Nur die Deutschen halten sich immer schön brav an die Regeln, ein wahrer Grieche aber nicht und er ist stolz darauf, so lautet dieses alltagsweltliche Interpretationsschema. Gemäß dieser Logik bezieht so mancher Verkehrsteilnehmer sein Selbstbewusstsein aus der Tatsache, die Regeln schlau und gewitzt zu hintergehen, um die Polizei zu überlisten. Ein siebzigjähriger passionierter Fußgänger beschwerte sich bei mir über die hitzköpfigen jüngeren Fahrer in Athen: „die halten sich alle für Schlaumeier, für *manges*“⁸. Das Wort *mangas* entstammt der griechischen Umgangssprache und benennt ein „lautes, demonstratives selbstbewusstes Verhalten, das ... als unmoralisch abgelehnt wird, ... aber die Nebenbedeutung von Freiheit und betonter Männlichkeit in sich trägt“ (Kokot 1990: 162).

Von gelungenen Regelbrüchen im Straßenverkehr wird gern erzählt. In einem Athener Computergeschäft ergab sich im September 2007 eine Diskussion um Verkehrsverhalten mit dem Fahrer der Firma. Der Mittfünfziger erzählte mir (als Deutscher) von einem Messebesuch seines Sohnes in Hannover und berichtet beeindruckt, dass dem Sohn eine Menge Strafzettel für Falschparken und Schnellfahren (!) aus Deutschland nachgeschickt worden seien. „Was, die werden nach Athen nachgeschickt?!“, mischte sich ein anderer Angestellter erstaunt ein. Der Fahrer fuhr fort und kommentierte selbstsicher: „Dort in Europa wird eben alles überwacht; Polizeikontrollen überall. Hier könnte mir sowas nicht passieren. Ich fahre hier im Zentrum oft auf der Busspur (die von Verkehrskameras überwacht wird, A.d.V.). Aber ich habe das Nummernschild meines Lieferwagens mit einem Stück Klebeband abgeklebt. Wenn die Polizei mich anhält, sage ich einfach, das Band sei nach einer Paketlieferung zufällig hängen geblieben.“ Der zweite Angestellte schmunzelte anerkennend.

Soweit die Episode, in der ich in Übereinstimmung mit den griechischen Historikern Koliopoulos und Veremis (2002: 271) mehr sehe als „occasional lapses

⁸ Der soziale Typ des *mangas* (im Plural *manges*) wird von Kokot (1990) beschrieben und als Figur im urbanen Milieu der Hafentavernen von Athen und Thessaloniki historisch verortet. Laut Kokot ist der *mangas* „selbstherrlich, streitsüchtig und geht keiner Messerstecherei aus dem Weg“. Selbst wenn das spezifische soziale Milieu dieser urbanen Subkultur heute nicht mehr besteht, hat sich das männliche Ideal des *mangas* populärisiert und ist zum Bestandteil der heutigen städtischen Jugendkultur aufgestiegen.

of modern Greece into 'un-European' behavior und practices". Es scheint mir in der Erzählung etwas Grundlegendes zum Vorschein zu kommen: im Alltagsdiskurs artikulierte Vorstellungen von „Griechenland“ und „Europa“. Die beiden Entitäten werden, sobald es nicht um EU-Subventionen geht, als antipodisch konstruiert und wertend gegenübergestellt. Ich werde mich im letzten Abschnitt meines Artikels darum bemühen, diese Doppelgesichtigkeit bei den Konzepten von Europa sozialwissenschaftlich zu erklären. Bei dieser Erklärung geht es nicht nur um die Bilder von Europa, sondern auch um das Selbstbild der Griechen und die Konzipierung einer eigenen, der nationalen Identität in Hellas.

4. Konzeptionen nationaler Identität in Hellas

Im letzten Abschnitt meines Beitrags werde ich die These diskutieren, dass die widersprüchlichen Einstellungen zu Europa in Griechenland zwar historische Wurzeln haben, aber letztlich nicht trotz der EU-Zugehörigkeit, sondern gerade wegen der EU-Mitgliedschaft aufrechterhalten bleiben. Damit wirft die Beschäftigung mit dem Fall Griechenlands grundsätzliche Fragen zum Konzept der Europäisierung als einem Prozess der graduellen Modernisierung und Anpassung an Standards der Europäischen Union auf, die ich abschließend zur Diskussion bringen möchte.

Während Ökonomen das Wirtschaftswachstum in Griechenland nach dem EU-Beitritt weitgehend positiv beurteilen und auf die hohen Wachstumsraten des BSP in den letzten Jahrzehnten verweisen (siehe Lauth Bacas 2004: 16), fragen andere Stimmen nach der Qualität des Wachstumsprozesses. Als gravierende Nachteile sehen manche Kritiker das wenig entwickelte Umweltbewusstsein und gravierende Umweltschäden in Stadt und Land aufgrund der rasanten Wirtschaftsentwicklung (Theodossopoulos 2003). Auch griechische Soziologen erheben Einspruch und kritisieren die soziokulturellen Auswüchse der wirtschaftlichen Modernisierung: Sie bemängeln etwa als Kehrseite der Entwicklung ein unkritisches und kreditfinanziertes Konsumverhalten, das sich seit den 1990er Jahren in Griechenland verbreitet habe.

Der prominente griechische Soziologe Konstantinos Tsoukalas diagnostiziert bei seinen Landsleuten nach drei Jahrzehnten Wirtschaftswachstum einen „selbstsüchtigen Individualismus“, der sich hauptsächlich dem Eigenwohl und wenig dem Gemeinwohl verpflichtet fühle (Tsoukalas 1995: 195). Neben dieser betonten Konsumorientierung, so Tsoukalas, werde der griechische Staat und seine Organe noch dreißig Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur (1974) als negative Einheit wahrgenommen. Der heutige Staat gilt vielen Hellenen noch immer als suspekta Einrichtung, die es zu meiden, zu umgehen, auszunutzen oder auszutricksen gilt (Tsoukalas 1995: 198).

Andere Sozialwissenschaftler greifen historisch noch weiter aus und verweisen auf das lange Nachwirken von Mustern aus Zeiten der Osmanischen Herrschaft. Bis in die Gegenwart, so die Argumentation, wird die Einstellung der Griechen und Griechinnen zu ihrem Staat von politischen und kulturellen Traditionen mitbestimmt, die ihre Wurzeln in vierhundert Jahren der Osmanenherrschaft haben (Auernheimer 1996). So argumentiert der griechische Soziologe Nikos Mouzelis (1995), dass öffentliche Institutionen und staatliche Instanzen

den Griechen seit der Osmanenzeit bis in die Gegenwart als bürokratische Apparate gelten, denen es nicht um Dienst am einfachen Bürger, sondern um Kontrolle, Machterhalt und ganz handfest um Bestechungsgelder geht.

Diese Deutungsschemata haben sich im 20sten Jahrhundert in Griechenland nicht relativiert, sondern konsolidiert, argumentieren Landeskenner. Laut Nikos Mouzelis (1995) nehmen aufgrund der griechischen Nachkriegsgeschichte mit Bürgerkrieg, Restauration und Obristenjunta noch heute viele Griechinnen und Griechen zum Staat und seinen administrativen Vertretern eine miss-trauische und feindselige Grundhaltung ein. Gemäß dieser Einstellung wird von den Bürgern und Bürgerinnen des Landes jeder Versuch, durch die staatlichen Kontrollen zu schlüpfen, Behörden zu umgehen oder zu hintergehen, als Zeichen von Schläue interpretiert (Mouzelis 1995: 23); zur Illustration sei an die Episode mit den abgeklebten Nummernschildern erinnert. In diesem Sinn werden Gesetze und allgemein gültige Regeln für das Handeln im öffentlichen Raum bewusst ignoriert und es gilt als cleveres Draufgängertum, falsch zu parken, schwarz zu fahren, Geschwindigkeitsbegrenzungen zu ignorieren und dergleichen mehr, um die Obrigkeit zu hintergehen.

Der demonstrative Individualismus macht vor staatlichen Einrichtungen nicht halt und führt dazu, dass Behörden und Ämter a priori als schikanöse Apparate wahrgenommen werden. Eine weit verbreitet feindliche Haltung in Griechenland gipfelt darin, den Staat selber als Quelle von materiellen Zuwendungen und Subventionen zu funktionalisieren. Der Soziologe Tsoukalas (1995: 208) konstatiert, dass sich in Hellas ein Bild des Staates als eines öffentlichen Gemeinwesens etabliert habe, vom dem es so viel wie möglich zu nehmen und dem es so wenig wie möglich zu geben gilt. Während der griechische Staat in den Nachkriegsjahren noch wenig zu verteilen hatte und die Empfänger zudem auf einen politisch eng definierten Personenkreis beschränkt blieben, eröffnete die EU-Mitgliedschaft eine neue Dimension – mit dem Zugriff zu den Brüsseler Subventionen ergaben sich neue Geldquellen für eine tradierte "Mitnahme-Mentalität" (Lauth Bacas 2004: 19). In diesem Sinn, so möchte ich hier argumentieren, besteht ein Zusammenhang zwischen der EU-Mitgliedschaft des Landes und der Aktualisierung und Konsolidierung einer aus historischen Wurzeln gespeisten Haltung. Unter den spezifischen Rahmenbedingungen der EU-Mitgliedschaft, so meine These, wurde die überlieferte Mitnahme-Mentalität reaktiviert und – von Brüssel sicherlich unbeabsichtigt – durch die Griechen "europäisiert".

Sicherlich ließ sich in Hellas schon vor den 1980er Jahren ein "Trittbrettfahrertum" beobachten, wie der Soziologe Tsoukalas (1995: 210: "free-riding rationality") diese selbstsüchtige Haltung charakterisiert. Doch erst die EU-Mitgliedschaft eröffnete den Zugang zu Subventionen und finanziellen Beihilfen in großem Stil. Mit der Verabschiedung des Integrierten Mittelmeerprogramms und anderer Strukturprogramme der EU ergab sich in den 1980er und 90er Jahren die praktische Möglichkeit, Subventionszahlungen zu funktionalisieren. Während die Brüsseler Bürokratie ordnungsgemäß und nach Maßgabe zweckrationalen Handelns Subventionsanträge bearbeitete und sukzessive Finanzmittel als Strukturhilfen freigab, folgten manche der griechischen Partner einer anderen, weniger rechtmäßigen Logik: der einer egoistischen Nutzenmaximierung. Aus ethnologischer Perspektive erscheint es wenig verwunderlich, dass die Einstellung der griechischen Bürger zu ihrem Staat auf die EU als übergrei-

fende Einheit übertragen und die Strukturhilfen als Subventionsbrunnen gesehen wurden, aus dem es zu schöpfen galt. Diese Einstellung ist sicher nicht auf Hellas allein beschränkt, und lässt sich auch in anderen Mittelmeerländern beobachten. Der Europäische Rechnungshof kritisierte erst jüngstens in seinem Jahresbericht 2006, dass Griechenland, Italien und Spanien aufgefallen sind, weil ein Viertel der dort strichprobenmäßig überprüften Bauern mehr Olivenbäume als vorhanden bei der EU zu Subventionszahlungen gemeldet hatte. Dadurch hatten sie teilweise erheblich mehr Subventionen aus Brüssel ausgezahlt bekommen, als ihnen eigentlich zustand⁹. Trotzdem erscheint der Fall Griechenlands bei näherem Hinsehen als ein besonderer.

Ich sehe als einen der wenig diskutierten, aber beachtenswerten Effekte der EU-Mitgliedschaft, dass sich in Griechenland nach den 90er Jahren nicht nur ein markantes Wirtschaftswachstum vollzog und parallel dazu ein ausgeprägtes Konsumverhalten etablierte (siehe das Beispiel Automarkt), sondern sich bei den handelnden Akteuren gleichzeitig ein demonstrativer Individualismus als populäres Leitbild aktivierte und unter modernisierten Rahmenbedingungen konsolidierte. Dieser Individualismus trägt übertriebene und irrationale Züge, wenn in Einzelfällen nicht nur die Gesetze des Staates, sondern auch die Regeln rationalen Handelns ignoriert, abgelehnt oder willentlich überschritten werden.

Um das hier diskutierte Beispiel des Straßenverkehrs erneut aufzugreifen, sei nicht nur auf die Falschparker, Raser und Schwarzfahrer (ohne Führerschein, ohne Versicherung, ohne TÜV) im griechischen Straßenverkehr verwiesen, sondern auf die vielen Verkehrstoten in Hellas. So mancher ungestüme *mangas*, der sich nach dem Disco-Besuch volltrunken hinters Steuer setzt, um seiner Freundin zu imponieren, riskiert sein und ihr Leben¹⁰. Die Zahl der Unfalltoten in Hellas steigt in jeder Freitag- und Samstagnacht um ein Vielfaches¹¹. Jedes Jahr sterben auf Griechenlands Straßen mehr als 2000 Menschen, der statistische Durchschnitt der jährlichen Unfalltoten (2004) ist der höchste in den (alten) Mitgliedsländern. Die nüchternen Zahlen von EUROSTAT weisen aus, dass der Durchschnitt für Verkehrstote in der EU (vor der Erweiterung) bei 95 Personen auf 1.000.000 Einwohner liegt, in Griechenland jedoch auf 146 Unfalltote jährlich per 1.000.000 Einwohner hochschnellt (Angaben für das Jahr 2004)¹². In Griechenland bilden Verkehrsunfälle die Haupttodesursache für die Altersgruppe unter 40 Jahren, ein Drittel aller Todesfälle bei den 15-39jährigen sind auf Verkehrsunfälle zurückzuführen¹³. Unter Verweis auf solche oder andere negativen Auswirkungen eines demonstrativen Eigensinns lässt sich durchaus argumentieren, dass selbstsüchtiger Individualismus nicht nur den Interessen des Gemeinwohls entgegensteht, sondern unter Umständen dem *common sense* diametral widersprechende und antirationale Zü-

⁹ Siehe Bericht in der FAZ.NET vom 26.11.2007: „Rechnungshof: Europa verschwendet Milliarden“.

¹⁰ Zum Autofahren unter Alkohol und Drogeneinfluss in Griechenland siehe Athanaselis u.a. (1999).

¹¹ Über den „night-time death toll“ im griechischen Straßenverkehr siehe Plainis et.al. (2006).

¹² Statistische Angaben nach Michas u.a. (2006).

¹³ Zu den Statistiken über Verkehrstote in der EU im Vergleich zu Griechenland siehe Michas u.a. (2006) sowie Sanidas u.a. (2000).

ge annehmen kann. Wer die hier diskutierten Einzelfälle in einen größeren analytischen Kontext stellt, kann argumentieren, dass die wirtschaftliche Entwicklung und konsumorientierte Modernisierung eines gesellschaftlichen Teilbereichs (hier des Straßenverkehrs) nicht automatisch von der Durchsetzung moderner Standards und rationaler Verhaltensweisen begleitet wird. Das Beispiel des griechischen Straßenverkehrs zeigt deutlich, dass materielle Modernisierung mit der Perpetuierung überkommener Deutungsschema und der Popularisierung "vormoderner" Handlungsorientierungen (etwa des *mangas*) einhergehen kann. Blitzende Limousinen und modernisierte Verkehrswege lassen das Land für einen Besucher zwar "europäischer" erscheinen, bieten umgekehrt und als "Nebeneffekt" jedoch Mittel und Wege zum Reaktivieren eines ausgeprägten Individualismus seiner Akteure mit betont selbstsüchtigen und antirationalen Komponenten. Der Straßenverkehr und das Verkehrsverhalten ist dabei nur ein gesellschaftlicher Teilbereich, der hier gewählt wurde, weil er der unmittelbaren ethnologischen Beobachtung leicht zugänglich ist; weitere Untersuchungen in andere Bereichen (Wahlverhalten, Klientelismus, Korruption) könnten folgen.

Abschließend möchte ich die wesentlichen Erfahrungen und Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft in Hellas in den letzten 25 Jahren trotz aller Gefahren einer Verkürzung knapp zusammenfassen. Thesenhaft zugespitzt lassen sich die folgenden Hauptaspekte nennen:

- Ausbau der Infrastruktur und Wirtschaftswachstum
- Europäisierung der nationalen Gesetzgebung
- Wachstum des Binnenkonsums und Steigerung des Lebensstandards
- Reaktivierung eines lauten, demonstrativen Individualismus.

Damit sind auch die Widersprüche in der Entwicklung Griechenland als zehntes EU-Vollmitglied in den letzten 25 Jahren benannt. In Bezug auf die kulturellen Muster und Einstellungen zur EU sehe ich einen Doppelcharakter wirken. Zwar belegen Eurobarometer-Umfragen die mehrheitlich positive Bewertung der EU-Zugehörigkeit in Hellas. In Alltagsdiskursen macht sich jedoch bei "Kostas Normalverbraucher" noch eine andere Einstellung bemerkbar, gemäß der das ferne "Brüssel" als Subventionsbrunnen gesehen wird, aus dem es zu schöpfen gilt. Die Perpetuierung und Konsolidierung einer derartigen (historisch unter anderen Umständen entstandenen und überlieferten) Mitnahme-Mentalität nicht trotz, sondern gerade *wegen* der Aufnahme in die EU und der Partizipation an ihren Fördermechanismen scheint mir eine der weniger beachteten Nebenwirkungen der EU-Mitgliedschaft in Griechenland zu sein.

Damit wirft die Beschäftigung mit dem südosteuropäischen Mitgliedsland Griechenland grundsätzliche Fragen zum Konzept der Europäisierung als Prozess der graduellen Modernisierung und Anpassung an Standards der Europäischen Union auf, die ich abschließend zur Diskussion stellen möchte. Nicht nur der Rückblick auf ein Vierteljahrhundert der EU-Mitgliedschaft in Hellas hat deutlich gemacht, dass die Akzeptanz der EU in einem Beitrittsland einer Dynamik von Annäherung, Ablehnung und anschließender Anerkennung unterliegen kann. Wenn heute bei anderen neuen Mitgliedsländern eine gewisse Ernüchterung oder ein Post-Beitritts-Syndrom (Roth 2006: 9) beobachtet werden kann, so

illustriert Griechenland, dass erst zehn Jahre nach der Vollmitgliedschaft eine Mehrheit der nationalen Bevölkerung die EU-Zugehörigkeit einhellig begrüßt.

Das Beispiel Griechenlands zeigt zum zweiten, dass sich hinter der mehrheitlich positiven Einstellung und Haltung zur EU in der Bevölkerung eines Mitgliedslands eine kontroverse Mischung von unterschiedlichen oder dichotomen Vorstellungen und Konzeptionen verbergen kann. In Griechenland ließ und lässt sich ein Doppeltgesichtigkeit beobachten, bei der Zustimmung (und Begrüßung von EU-Subventionen) einerseits und andererseits Ablehnung (von zweckrationalen Verhaltensanforderungen, die als aufoktroiert empfunden werden) gleichzeitig und nebeneinander auftreten, wobei die positiven Einstellungen gegenüber den Interviewern von Umfrageinstituten artikuliert werden und die ablehnenden oder zwiespältigen Haltungen vor Ort in Alltagsdiskursen und im Alltagshandeln beobachtet werden können. In Bezug auf die Artikulation von Einstellungen, bei denen die EU als übergreifende Entität konzipiert wird, die es zur individuellen Gewinnmaximierung zu funktionalisieren gilt (Subventionsbrunnen), wurde ein Kontextzusammenhang postuliert. Gemäß dieser Überlegung scheint sich eine derartige (historisch unter anderen Umständen entstandene und tradierte) Mitnahme-Mentalität gerade *wegen* der Aufnahme in die EU und der Partizipation an ihren Subventionsmechanismen zu perpetuieren. Die Kernthese des vorliegenden Artikels lautet mit anderen Worten, dass die widersprüchlichen Einstellungen zur EU in Griechenland zwar durchaus historische Wurzeln haben, aber nicht trotz der EU-Zugehörigkeit, sondern gerade im Kontext der EU-Mitgliedschaft aufrecht erhalten bleiben. Die grundsätzliche Annahme einer Europäisierung als Prozess der graduellen Modernisierung und Anpassung an rationale Standards der Europäischen Union muss demnach unter Hinweis auf die in Griechenland erfolgte Reaktivierung eines demonstrativen, antirationalen Egoismus relativiert werden.

Literatur

- ATHANASELIS, S., A. Dona, S. Papadodima, G. Papoutsis, C. Maravelias, A. Koutselinis 1999: The use of alcohol and other psychoactive substances by victims of traffic accidents in Greece. In: *Forensic Science International* 102,2: 103-109.
- AUERNHEIMER, Gustav 1996: Griechenland und der Westen. Die Bedeutung politischer und kultureller Traditionen für die Gegenwart. In: *Südosteuropa* 45, 9/10: 669-689.
- AXT, Heinz-Jürgen 1997a: Greece's Accession to the EC and its Economic Consequences. A Comparative View. In: Heinz-Jürgen Axt (Hg.), *Greece and the European Union: Stranger among Partners?* Baden-Baden: Nomos, 23-43.
- AXT, Heinz-Jürgen 1997b: Financial Transfers and Security: Why Greece Favoured the Maastricht Treaty of the European Union. In: Heinz-Jürgen Axt (Hg.), *Greece and the European Union: Stranger among Partners?* Baden-Baden: Nomos, 99-133.
- CLOGG, Richard 1992: *A Concise History of Greece*. Cambridge: Cambridge UP.
- IOAKIMIDIS, P.C. 1999: Greece, the European Union and Southeastern Europe: Past Failures and Future Prospects. In: Van Coufodakis, Harry Psomiades, Andre Gerolymatos (Hg.), *Greece and the New Balkans*. New York: Pella, 169-191.
- KOKOT, Waltraud 1990: Männlichkeitsbilder und Männerbünde im städtischen Griechenland der zwanziger Jahre. In: Gisela Völger, Karin v. Welck (Hg.), *Männerbünde –*

- Männerbünde. Zur Rolle der Mannes im Kulturvergleich. Köln: Rautenstrauch-Joest-Museum Köln, 161-166.
- KOLIOPOULOS, John, Thanos Veremis 2002: Greece. The Modern Sequel: From 1831 to the Present. London: C. Hurst & Co.
- LAUTH BACAS, Jutta 2004: Greek Attitudes Towards EU Inclusion: Controversial Discourses of Belonging. In: *Ethnologia Balkanica* 8: 7-21.
- MEYER-BAUER, Dorothea 2001: Olivenbauern zwischen Expansion und Migration: Der Einfluss der europäischen Agrarpolitik auf das ländliche Kreta. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 41,2: 167-174.
- MICHAS, C., A. Arapaki, A. Baltouka, A. Alevizos, A. Mariolis 2006: Road traffic injuries in a two-speed Europe. In: *European Journal of Public Health* 17,1: 112f.
- MOUZELIS, Nicos P. 1995: Greece in the Twenty-First Century: Institutions and Political Culture. In: Dimitri Conostas, Theofanis Stavrou (Hg.), *Greece Prepares for the Twenty-First Century*. Washington, D.C: Woodrow Wilson Center Press, 17-34.
- PETRIDOU, E., H. Askitopoulou, D. Vourvahakis, Y. Skalkidis, D. Trichopoulos 1997: Epidemiology of road traffic accidents during pleasure travelling: the evidence from the island of Crete. In: *Accident Analysis and Prevention* 29,5: 687-93.
- PLAINIS, S., I. J. Murray, I. G. Pallikaris 2006: Road traffic casualties. Understanding the night-time death toll. In: *Injury Prevention* 12: 125-138.
- ROTH, Klaus 2006: Europäisierung: Zur Problematik eines Begriffs. In: Helga Schubert (Hg), *Europäisierung – Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs*. Forst Arbeitspapiere Nr. 38. München, 7-10.
- SANIDAS, E.E., K. E. Valassiadou, A. G. Kafetzakis, A. T. Yannopoulos, S. S. Vlazakis, H. E. Markogiannakis, S. Karniadakis, G. Alamanos, J. A. Melissas, D. D. Tsiftsis 2000: Organisation of a trauma registry in a regional Greek university hospital: the first two years experience. In: *European Journal of Surgery* 166: 13-17.
- THEODOSSOPOULOS, Dimitrios 2003: *Trouble with Turtles*. Oxford: Berghahn.
- THOMADAKIS, S. 1995: The Greek Economy and European Integration: Prospects for Development and Threats for Underdevelopment. In: Dimitri Conostas, Theofanis Stavrou (Hg.), *Greece Prepares for the Twenty-First Century*. Washington, D.C: Woodrow Wilson Center Press, 101-123.
- TSOUKALAS, Constantine 1995: Free Riders in Wonderland. Or: Of Greeks in Greece. In: Dimitri Conostas, Theofanis Stavrou (eds.), *Greece Prepares for the Twenty-First Century*. Washington, D.C: Woodrow Wilson Center Press, 191-219.
- TZERMIAS, Pavlos 1997: Politik im neuen Hellas. Kap. 5: Struktur und Probleme griechischer Politik. Die Kontroverse um den EU-Beitritt. Stuttgart: Francke, 101-138.
- VERNEY, Susannah 1998: Dual Vision: Divided Perceptions of Europe in the Political Party Debate on European Integration. In: Harald Heppner, Olga Katsiardi-Hering (Hg.), *Die Griechen und Europa: Außen- und Innenansichten im Wandel der Zeit*. Böhlau: Wien, 193-226.

Die bulgarische EU-Integration: eine Chance für die Jugend?

Tanya Chavdarova, Sofia

Die Untersuchung

Die Auseinandersetzung darüber, ob die Periode der postsozialistischen Transformation in Bulgarien ein Ende gefunden hat, ist noch immer nicht vererbt (Rajčev/ Stojčev 2004), da tritt das Land in eine andere, nicht minder dramatische Periode der Transformation und Adaptation an die Strukturen der Europäischen Union (EU), die das Interesse der bulgarischen Forscher stark auf sich zieht (s. Mitev 1999, 2005, Mantarova 2006, Mantarova/Zaharieva 2006). Das partielle Überlappen beider Perioden bedingte in Bulgarien wie in den anderen postsozialistischen Ländern eine spezifische Einstellung zu Europa als einer gewünschten, der gelebten sozialistischen Realität entgegengesetzten Welt (Brusis 2001: 197). Die Idee der *Rückkehr nach Europa* birgt in sich die Vermutung, das Land sei im Laufe seiner Geschichte und in seiner zivilisatorischen und kulturellen Orientierung Teil Europas gewesen, sei allerdings kraft unglücklicher historischer Umstände gewaltsam von Europa getrennt worden. Das postsozialistische Denken ist von einer diffusen und emotionalen Europa-Vorstellung gefärbt, die die Grenze zwischen Europa und der EU, zwischen der Mitgliedschaft in der EU oder einer anderen europäischen Organisation und der „Zugehörigkeit zur europäischen Kultur“ auszulöschen scheint.

Ist dieses Denken über Europa und die EU, das die bulgarische Gesellschaft so stark prägt, auch der jungen Generation eigen, oder schafft sie vielleicht selbst eine eigene Vorstellung? Welche Erwartungen bezüglich der gesellschaftlichen und ihrer eigenen Entwicklung verbinden die jungen Menschen mit dem EU-Beitritt Bulgariens? Dies waren einige der wichtigsten Fragen der empirischen Untersuchung, die sich der Wahl der Studienziele der bulgarischen Abiturenten widmete¹. Durchgeführt wurde sie im November-Dezember 2005, als Bulgariens Aufnahme in die EU immer noch als hypothetisch galt. Im Rahmen der Untersuchung wurden 65 halbstrukturierte Interviews mit bulgarischen Studienbewerbern aus Elite-Gymnasien der Städte Sofia, Plovdiv, Jambol und Šumen durchgeführt². Ziel dieser qualitativen Methode war es, die Besonder-

¹ Die empirische Untersuchung war Teil eines breiter angelegten deutsch-bulgarischen Forschungsprojekts zum Thema „*Studienerfolg ausländischer Studierender: Das Beispiel Bulgarien*“, koordiniert und finanziert vom Zentrum für Evaluation und Methoden der Universität Bonn. Die Feldforschung wurde von Mitarbeitern des Instituts für Soziologie an der Sofioter Universität „Sv. Kliment Ohridski“ und des Zentrums für anthropologische und ethno-soziologische Forschungen der Universität Plovdiv durchgeführt und von der Autorin koordiniert.

² Die Städte wurden nach zwei Kriterien ausgesucht: nach dem jeweiligen Status der Städte als Bildungszentren und nach ihrer wirtschaftlichen Prosperität. Angestrebt wurde der Vergleich zwischen stärker und schwächer entwickelten Bildungszentren einerseits, und zwischen wirtschaftlich stärker und schwächer entwickelten Zentren andererseits, d.h. Sofia und Plovdiv vs. Jambol und Šumen. Maßstab für die Bestimmung des *Elite-Charakters* der Schulen war die Höhe der niedrigsten Gesamtnote, mit der Schüler nach der 7. Klasse in den letzten fünf Jahren (2001-2005) an Gymnasien aufgenommen wur-

heiten der Berufswahl zu beleuchten unter besonderer Berücksichtigung des Prozesses der Entscheidung für einen Studienort: Bulgarien oder das Ausland. Von Interesse war die Art und Weise, wie diese Entscheidung und deren Bedeutsamkeit motiviert werden, ebenso die Herauskristallisierung der Dilemmata, vor denen sich die angehenden Studenten sahen. Der EU-Beitritt Bulgariens, dessen Bekanntgabe im Bericht der EK im September 2006 erwartet wurde, markierte den Beginn einer neuen Periode für das Land, der für unsere Befragten zeitlich mit dem Übergang von der Schule zum Studium zusammenfiel. Wie bewerten sie diesen Zusammenfall von persönlicher und gesellschaftlicher Wahl? Wie fügt sich die europäische Zukunft Bulgariens in ihre persönlichen Pläne ein? Das sind die wichtigsten Fragen, denen sich der vorliegende Aufsatz widmet. Es galt herauszufinden, inwiefern die EU-Integration Bulgariens von den Studienbewerbern als Chance für das Land, für die Generation und die einzelne Person wahrgenommen wird.

Die Europäisierung der jungen Generation – Identität und Einstellungen

Die Europäische Identität der jungen Bulgaren

Die vielseitige Verwendung des Begriffs „Identität“ in den Sozialwissenschaften ist unumstritten: Er ist dermaßen erweitert worden, dass er mittlerweile die Grenze zur Sinnentleerung erreicht hat (Brubacker/Cooper 2000). Diesem Aufsatz liegt die Auffassung zugrunde, dass alle menschlichen Identitäten in gewisser Weise als *soziale* Identitäten zu betrachten sind (Jenkins 1996, zit. nach Jamieson 2006: 4). Die primäre Identität ist das Bewusstsein der Kontinuität des Ichs als menschliches Wesen, das einmalig ist, aber gleichzeitig mit den anderen in Verbindung steht. In ihrem sozialen Zusammenwirken treten die Menschen – bewusst oder unbewusst – mit verschiedenen Gesichtern vor die anderen. In dieser Hinsicht ist die Verwendung des Begriffsplurals „Identitäten“ notwendig, um auf die Aspekte des Ichs hinzuweisen, die nur in einem bestimmten sozialen Kontext in Kraft treten (Goffman 1969, Berger/Luckmann 1966). Die Identitäten werden nicht als beständige, das Ich definierende Charakteristika erlebt, auch wenn einige von ihnen genau als solche erlebt werden *können* (ebd.). Sie betreffen die Prozesse der Selbstidentifikation und Kategorisierung. Das heißt, das Individuum als sozialer Akteur kann sich selbst neu definieren. Seine Selbstidentifikation kommt dabei immer im Rahmen von Kategorisierungen zustande, die mehr oder weniger von außen aufgezwungen sind. Die Identität kann als in eine symbolische Struktur mit zeitlicher Dimension (Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft) integriert betrachtet werden (Jacobs/Maier 2006: 3). Im Jugendalter und besonders zur Zeit der Berufswahl, vor der die Befragten dieser Untersuchung stehen, ist die Identität wesentlich auf die Zukunft ausgerichtet; neben der Bewertung der Bedingungen, Mittel und Möglichkeiten zur Realisierung der Zukunftspläne impliziert sie die Frage *„was will ich werden?“*.

den. Nach diesem Kriterium wurden die jeweils führenden zwei Schulen der betreffenden Städte ausgewählt, die sich stets als ein Sprach- und ein mathematisches Gymnasium erwiesen.

Die nationale wie die über-nationale (europäische, kosmopolitische usw.) Identität können ihrem Wesen als spezifische soziale Identitäten nach als „imaginiert“ qualifiziert werden (Anderson 1998). Die imaginierte Identität ist genauso real wie jede andere, weil sie mit Interpretationen und Plänen beladen ist. Wenn es um die über-nationale Identität der jungen Leute als imaginierte kollektive Identität geht, ist auf jeden Fall zu bedenken, dass die junge Generation unter dem außerordentlich starken Einfluss der elektronischen Medien sozialisiert wurde, die die Menschen jenseits der nationalen Grenzen miteinander verbinden. Zusammen mit den intensiv wachsenden Migrationsströmen unter den jungen Leuten, vor allem aufgrund des angestrebten Auslandsstudiums, führt das zur Formierung der so genannten „diasporischen gesellschaftlichen Sphären“ (Appadurai 2006: 43). Auf der Suche nach Informationen bei der Wahl des Studienortes treten die Studienbewerber in solche Sphären ein, die ihnen über-nationale Horizonte eröffnen und die kollektive Vorstellungskraft herausfordern. Ihre Fantasie und der Wunsch, mobil zu sein, erschaffen eine „imaginäre Welt“ (ebd.: 57), die für sie vermutlich genauso real ist wie die Welt der vertrauten Gemeinschaften und Beziehungen.

Diese diasporischen gesellschaftlichen Sphären bilden die Grundlage für grenzüberschreitende Vergleiche im Bereich des Lebens- und Berufsstandards. Unter den Bedingungen der entscheidenden Berufswahl können sie sich in bedeutende Referenzgruppen verwandeln. Merton und Kitt zufolge verstärkt sich die Hinwendung zu den *sie*-Gruppen, wenn die Entlohnungsstruktur in der eigenen Gruppe als weniger legitim erscheint und/oder wenn die Menschen in ihrer Gruppe isoliert sind (Merton/Kitt 1950). Wenn die Entterritorialisierung eine der zentralen Triebkräfte der gegenwärtigen Welt darstellt (Appadurai 2006: 63), vergleichen die jungen Menschen unweigerlich die Entlohnungsstruktur in der eigenen (nationalen) Gruppe mit jenen der (transnationalen) Referenzgruppe. Sie beginnen, sich selbst *als Teil der transnationalen Gruppe wahrzunehmen*, besonders wenn die Vergleiche der Entlohnungen zu ihren Gunsten ausfallen. Es liegen bereits Untersuchungen vor, die beweisen, dass die anderen Gesellschaften einen relevanten Maßstab zur Bewertung der eigenen Wohlstandssituation darstellen, wobei sich der Stellenwert der nationalen Gruppe mit steigendem Lebensstandard erhöht und umgekehrt (s. z.B. Delhey/Kohler 2006). Die grenzüberschreitenden Vergleiche des Wohlstandes sind innerhalb Europas eine Tatsache und beeinflussen das subjektive Gefühl des Wohlbefindens ähnlich stark wie die Vergleiche im Rahmen der nationalen Gemeinschaft³ (ebd.: 352).

Angesichts der verstärkten Orientierung an den *sie*-Gruppen ist es nicht verwunderlich, dass sich die Bulgaren in den Übergangsjahren immer intensiver als Europäer wahrnehmen, auch wenn dieses Bewusstsein von einem recht niedrigen Ausgangspunkt „startet“. Nationalen repräsentativen Untersuchungen zufolge fühlten sich nicht nur als Bulgaren, sondern auch als vollwertige Europäer 16% der Bulgaren im Jahr 1991, 10% im Jahr 1993⁴, 20,2% waren

³ In Bezug auf die europäische Integration ist festgestellt worden, dass gerade mit der EU-Osterweiterung das Wohlstandsempfinden innerhalb der EU-Grenzen enorm steigt (Alber/Fahney 2004, Heidenreich 2003).

⁴ Das Sinken der Zahlen innerhalb dieser zwei Jahre erklärt sich im wesentlichen aus dem Verarmungsprozess: 1993 erweist sich die Höhe des Einkommens als der bedeutendste differenzierende Faktor bezüglich der Äußerung europäischer Identität; d.h., je ärmer

es 2004⁵ (Topalova 2006b: 239), 48% im Jahr 2005 und 52% im Jahr 2006 (Eurobarometär Herbst 2006)⁶. Diejenigen, die angeben, sich noch nie als Europäer gefühlt zu haben, beliefen sich 2006 auf 39%, d.h. sind zehn Prozent weniger als 2005 (ebd.).

Als Europäer fühlen sich vor allem die Befragten mit Hochschulabschluss, die Intellektuellen, die Manager, die Gutsituierteren und ganz besonders die jungen Menschen (Topalova 2000: 144). Doch auch unter ihnen ist die europäische Identifikation bei weitem schwächer als in den anderen osteuropäischen Ländern⁷. Nach dem Bildungsgrad ist das Alter der zweite entscheidende Faktor für die Äußerung europäischer Identität. Von Bedeutung ist ebenso die Größe der Stadt: Die Einwohner größerer Städte und besonders der Hauptstadt besitzen eine viel stärker ausgeprägte europäische Identität als die Einwohner von Kleinstädten und Dörfern (Topalova 2006c: 133). Die zitierten Untersuchungen bestätigen, dass das europäische Selbstbewusstsein am stärksten unter der jungen, hoch gebildeten städtischen Bevölkerung verbreitet ist.

Verglichen mit der lokalen und nationalen ist die europäische Identität in ihrer Rolle als Kernidentität in Bulgarien außerordentlich schwach verbreitet. Doch auch diesbezüglich belegen die Ergebnisse empirischer Untersuchungen die viel stärkere Verbreitung der originären über-nationalen Identität unter den jungen Bulgaren im Vergleich zur nationalen Gruppe als Ganzes. Einer nationalen repräsentativen Untersuchung von 2004 zufolge ist beispielsweise der Anteil jener Bulgaren, die sich *an erster Stelle* mit über-nationalen Gemeinschaften identifizieren, außerordentlich niedrig: mit Europa 3,1% und mit der Welt überhaupt 2,5% (Topalova 2006a: 458-459). Dieselbe Untersuchung stellt fest, dass sich die jüngeren und gebildeteren Bulgaren in höherem Maße mit Europa identifizieren und bei der Generation der 18-29jährigen diese Identifikation am höchsten ausfällt (6,6% und entsprechend 6,9% mit der Welt) (ebd.).

Die verdichtete soziale Zeit in den Jahren sozialer Transformation führt zu deutlichen Differenzen sogar innerhalb der Gruppe der Jugendlichen. Einer anderen repräsentativen Untersuchung zufolge ist das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa im Alter zwischen 15 und 18 Jahren am stärksten ausgeprägt (36% geben eine starke und 64% eine schwache Identifikation mit Europa an) und unterscheidet sich wesentlich sogar von der unmittelbar folgenden Alterskategorie der 19-25jährigen (26% mit starker und 74% mit schwacher europäischer Identifikation) (Mitev/Matev 2005: 61). Diese Ergebnisse zeugen eindeutig von einem Prozess intensiver „Aneignung“ europäischer Identität, der im Kontext des Prozesses der europäischen Integration Bulgariens verläuft.

man ist, um so geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass man sich als Europäer fühlt (Topalova 2000: 145).

⁵ Zum Vergleich dienen Daten von 1997, die zeigen, dass sich zu diesem Zeitpunkt 28,6% der Studenten als vollwertige Europäer fühlen (Topalova 2006b: 239).

⁶ Es ist anzumerken, dass in allen Untersuchungen der Fantasie der Befragten überlassen wurde, was sie unter „Europäer sein, sich als Europäer fühlen“ zu verstehen haben.

⁷ Wenn wir die soziale Gruppe der Fachleute betrachten, die die angeführten Merkmale aufweist (Hochschulabschluss, intellektuelle Prägung, Wohlstand), so identifizieren sich erst 36,6% von ihnen als Europäer im Vergleich zu 79,7% der rumänischen Fachleute und zu 83,3%-93,5% der Fachleute aus den neuen EU-Beitrittsländern nach der Erweiterung 2004 (Democratic Value Survey 2000, zit. nach Tilkidžiev 2006: 84).

Geschieht dies auf Kosten der nationalen Identität? Im Grunde identifizieren sich die jungen Bulgaren, im Unterschied zu den Bulgaren als Ganzes, viel stärker mit der Nation (obwohl auch in ihrer Gruppe die lokale Identität überwiegt) (s. Topalova 2006a,b,c). Eine Befragung von Studenten fand 1997 heraus, dass für jeden dritten der Befragten die nationale Identifikation ausschlaggebend ist, während sich insgesamt weniger als 25% von ihnen mit über-nationalen Gemeinschaften wie dem Balkan, Europa und der Welt als Ganzes identifizieren⁸ (Kovatcheva 2000: 135-136). Ausgehend von der theoretischen Annahme der Existenz dreier Verhältnisarten zwischen der europäischen Integration und der nationalen Identität: neutrales (eine Beziehung existiert nicht), ergänzendes (die nationale Identität wird durch die aufkommende europäische Identität ergänzt) und ein Konkurrenzverhältnis (die beiden Identitätsarten schließen einander aus) (Haller 1999, zit. nach Brusis 2001: 196), tendieren die Ergebnisse der bulgarischen Untersuchungen in Richtung des zweitgenannten ergänzenden Verhältnisses. Das Aufkommen europäischer Identität vollzieht sich zwar nicht auf Kosten der nationalen⁹, allerdings bei der gleichzeitigen Abnahme der lokalen Identität (Topalova 2006b: 132). Mehr noch, es liegt die Vermutung nahe, dass vor allem bei den Jüngsten die Art und Weise der Konstruktion der nationalen Identität als einer geerbten europäischen und nicht sozialistischen das Phänomen hervorbringt, das Brusis als „europäische nationale Identität“ (Brusis 2001: 196) bezeichnet. Andererseits können die Bulgaren dank ihrer nationalen Identität allein am „Fonds“ der europäischen Identität teilhaben, nachdem sie ja *durch sie* in die EU aufgenommen werden (Jacobs/Maier 2006). Mit anderen Worten, die neuen Formen europäischer Bürgerschaft und Identität überschreiten nicht die Reichweite der nationalen Identität, da sie von ihr abhängig sind.

Bei den Jüngsten korreliert die europäische Selbstidentifikation in viel höherem Maße positiv mit der Verbreitung individualistischer Einstellungen als bei den anderen Altersgruppen; auch sind sie die Gruppe, in der der Individualismus am stärksten ausgeprägt ist (Topalova 2000: 147-148). Ein ebenso positiv auf die europäische Selbstidentifikation wirkender Faktor ist die optimistische soziale Haltung. Am stärksten ausgeprägt ist sie bei den jungen Menschen und wirkt entsprechend am stärksten auf deren europäische Selbstbestimmung (ebd.: 149). Kurzum, mit dem Wohlstand, dem Individualismus und dem Optimismus der jungen Leute wächst die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich als Europäer identifizieren.

Ein Europäer zu sein bedeutet für 80% der bulgarischen Studenten, die europäischen Werte und die europäische Lebensart zu teilen (Kovatcheva 2000: 137). Der bereits zitierten Untersuchung von 1997 zufolge wird der Europa-Begriff der Studenten auf drei Hauptachsen konstruiert: auf der kulturellen/zivilisatorischen Spezifik, der geografischen Definition und auf den Pro-

⁸ Anzumerken ist, dass ein starkes Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa bei 51,5% der bulgarischen und bei 35,1% der französischen Studenten feststellbar ist. Jeder dritte bulgarische Student (29,7%) äußert die Überzeugung, dass eine europäische Identität bereits existiert, während die diese Überzeugung teilenden Franzosen zweimal weniger sind (Topalova 2006b: 243-244). Diese bedeutenden Unterschiede können in erster Linie mit den Wunschprojektionen der bulgarischen Jugendlichen erklärt werden.

⁹ Den Ergebnissen der für die Gruppe der 14-24jährigen repräsentativen Untersuchung zufolge fürchtet allerdings jeder vierte Jugendliche den Verlust der nationalen Identität als Folge der EU-Mitgliedschaft (MBMD 2004: 11).

zessen der EU-Integration. Der Europa-Begriff ist ausschließlich positiv konnotiert (am häufigsten mit Frieden, Harmonie, Prosperität assoziiert) und reicht bis hin zur Idealisierung¹⁰ (ebd.: 149-150).

Die Einstellungen zum EU-Beitritt Bulgariens

Die dominierenden Einstellungen zum EU-Beitritt Bulgariens enthalten drei wichtige Komponenten: begeisterte Befürwortung der Mitgliedschaft; sehr schwache Informiertheit über Wesen, Institutionen und Funktionsweise der EU als wirtschaftliche und politische über-nationale Gemeinschaft; geteilte Meinungen bezüglich der Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf den Wohlstand des Einzelnen. Sie gelten sowohl für die Bevölkerung als Ganzes als auch für die Gruppe der Jugendlichen.

Zum Zeitpunkt von Bulgariens Aufnahme in die EU ist es die Regel, sich über die EU zu äußern, ohne sich darüber informiert zu haben. Obwohl sich die Bulgaren in höchstem Maße an den europäischen Ereignissen interessiert zeigen (30% gegenüber um 11 Punkte niedrigeren Zahlen für die EU25, Eurobarometer 66, 2006), ist die bulgarische Situation, ebenfalls dem Eurobarometer vom Frühjahr 2006 zufolge, „wirklich besorgniserregend, und zwar nicht nur weil die [EU]-Kundigen im Vergleich zu den anderen Ländern am wenigsten sind, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass mindestens die Hälfte der Bulgaren nicht einmal imstande ist, sich mit Antworten auf allgemeinste Fragen zur Europäischen Union zu verpflichten“. In dem vom Eurobarometer angebotenen, aus drei elementaren Fragen zur EU bestehenden kurzen Test haben 73% der befragten Bulgaren nicht eine einzige der Fragen beantwortet. Das Eurobarometer vom Herbst 2006 bestätigt ebenfalls, dass die bulgarische Unterstützung der politischen EU-Integration zu den stärksten zählt. Allerdings ist sie weiterhin eher emotional als rational begründet: Diejenigen, die über die Funktionsweise der EU Bescheid zu wissen vorgeben, umfassen etwas mehr als ein Drittel (35%) und sind somit wesentlich weniger als ihre Mitbürger, die das Gegenteil zugeben (44%), während jeder vierte der Befragten Schwierigkeiten hat, die Frage zu beantworten.

Dass die Bulgaren außerordentlich schlecht informiert sind und allzu wenig über die Probleme der EU-Integration wissen, bestätigen auch die Daten der repräsentativen nationalen Untersuchung von „Alpha Research“ 2006. Ihr zufolge können erst 10% der Befragten die richtige Zahl der derzeitigen EU-Mitgliedsstaaten nennen. Sie zeigt darüber hinaus, dass sich ein Großteil der Bulgaren der eigenen mangelhaften Informiertheit und Vorbereitung *bewusst* ist: 52% fühlen sich auf Bulgariens EU-Mitgliedschaft gänzlich unvorbereitet; 43% halten sich für nicht informiert über das Wesen und die Institutionen der EU; 45% wissen nicht, welche Vorteile Bulgarien haben könnte durch seinen EU-Beitritt (ebd.). Die Gruppe der Jugendlichen bildet hier keine Ausnahme, sie weist fast den gleichen Informiertheitsgrad auf wie die Bevölkerung als Ganzes (MBMD 2004: 13). Sie sucht allerdings intensiver nach Informationen, und

¹⁰ Im Vergleich neigen die bulgarischen Studenten dazu, Merkmale wie Ungleichheit, Risiken, Arbeitslosigkeit zu unterschätzen, die von den französischen Studenten hingegen betont werden. Die Bulgaren verstehen Europa doppelt so häufig wie die Polen in positiven Begriffen, identifizieren sich jedoch in ihren Vorstellungen viermal seltener als sie mit Europa (ebd.).

zwar vor allem über Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten in der EU (ebd.: 14).

Was die persönliche Betroffenheit durch den Beitrittsprozess angeht, behaupten 45% der Befragten einer nationalen Umfrage, sie würden auf keinerlei Art und Weise davon persönlich betroffen werden, 31% erwarten, durch den Beitritt zu Verlierern zu werden, und nur 24% sind der Meinung, von der Aufnahme Bulgariens in den EU-Raum persönlich zu profitieren (Alpha Research 2006). Im Vergleich zur volljährigen Bevölkerung ist unter den Jugendlichen viel stärker die Erwartung verbreitet, durch diesen Wandel zu gewinnen (40% zu 28%); sie sehen sich selbst als Gewinner-Gruppe (MBMD 2004: 6, 11). Der größte Unterschied zugunsten der Jugend-Gruppe betrifft die Erwartungen, die mit einer qualitativ besseren Ausbildung, besseren Chancen bei der Arbeitssuche und der Erhöhung des Lebensstandards im Land verbunden sind (ebd.: 9).

Die Nicht-Informiertheit der Bulgaren und die Tatsache, dass zwei Drittel von ihnen keinen persönlichen Gewinn von dem Beitritt erwarten, hindern sie offensichtlich trotzdem nicht daran, äußerst aktiv und begeistert die EU-Integration zu befürworten (69% einer nationalen repräsentativen Untersuchung vom August 2006 zufolge und 86% laut den Angaben von Eurobarometer vom Herbst 2006). In Bezug auf die Intensität der Unterstützung der künftigen EU-Erweiterung belegt Bulgarien den fünften Platz unter allen europäischen Ländern (62%) nach Slowenien, Polen, Rumänien und Kroatien (Eurobarometer Frühjahr 2006). Die entschlossenste Befürwortung findet die EU-Integration unter den jungen Menschen, wo äußerst selten extreme Gegner des Prozesses anzutreffen sind. Doch am höchsten ist unter ihnen auch der Anteil der Desinteressierten, der vor allem der Altersgruppe der 14-17jährigen geschuldet ist (MBMD 2004: 4).

Nach den Iren und Rumänen haben die Bulgaren das positivste Bild von der EU. Sechs von zehn Bulgaren glauben, ihr Land würde von der EU-Mitgliedschaft profitieren. Die Bulgaren zählen zu jenen, die am stärksten an die positive Auswirkung der EU-Mitgliedschaft auf die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen glauben (Eurobarometer Herbst 2006). Auch die große Mehrheit der bulgarischen Studenten¹¹ (90,4%) schätzen die Folgen der EU-Integration als positiv ein. Dieser Einschätzung liegt ihr Glaube zugrunde, die EU würde ihre Berufschancen erhöhen (Topalova 2006b: 245).

Die angeführten Angaben zeigen, dass im bulgarischen Fall Euro-Optimismus für das Land, eher Euro-Skepsis in persönlicher Hinsicht und weitestgehende Nicht-Informiertheit über die Organisation, der Bulgarien beitrug, problemlos zusammengeführt sind. Die Jugend-Gruppe bildet hier keine Ausnahme. Dennoch zeigt sich die Situation bei ihr nicht ganz so dramatisch: noch stärkere Unterstützung der EU-Integration bei gleicher Nicht-Informiertheit, doch bei intensiverer Suche nach spezialisierten Informationen und bei weitaus schwächerer Reserviertheit in der Bewertung der persönlichen Prosperität. Der Euro-Optimismus ist scheinbar nicht das Ergebnis kundiger und rationaler Abwägung der Vor- und Nachteile für das Land und die einzelne Person, er gründet viel-

¹¹ Die Zahl liefert eine nicht-repräsentative Untersuchung von 1997, die die Bewertungen bulgarischer, französischer und polnischer Studenten vergleicht.

mehr auf der intuitiven verzweifelten Hoffnung auf die Normalisierung¹² der bulgarischen Gesellschaft. Die eingehende Beschreibung dieser Situation bedarf allerdings einer detaillierten Analyse, die den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde.

Die Europäische Union als Chance

Ist die Europäische Union eine Chance für Bulgarien?

Mit dem EU-Beitritt begann für Bulgarien eine neue Übergangsperiode, in der sich die bulgarische Gesellschaft mit neuen wirtschaftlichen, politischen und soziokulturellen Herausforderungen auseinander zu setzen hat. Wie bewerten die Abiturienten diesen Zusammenfall von gesellschaftlichem und persönlichem Wandel? Inwiefern können sie darin eine Chance sehen? Die Antworten, die sie auf diese Fragen gaben, beleuchten vielfältige und nicht selten widersprüchliche Blickpunkte. Vor allem sehen sie die EU-Mitgliedschaft nicht einzig durch das streng individualistische Prisma an, in ihren Überlegungen ist die persönliche Chance mit jener der Generation sowie der Gesellschaft als Ganzes verflochten.

Die Chancen werden als Erwartungen an einen besseren Lebensstandard, eine bessere und zufrieden stellende Tätigkeit und eine höhere Bildungsqualität konkretisiert. Es bleibt allerdings die Frage, wie deutlich diese formuliert werden. Eine der bedeutendsten Schlussfolgerungen der Untersuchung diesbezüglich ist, dass ein Großteil der befragten Abiturienten nicht informiert ist über die EU als über-nationale Organisation, keine klare Vorstellung hat von deren Zielen und Funktionsweise, über konkrete Vor- und Nachteile des Beitritts nicht nachgedacht hat und entsprechend nicht imstande ist, dazu Stellung zu beziehen. Das gilt vor allem, wenn es um die gesellschaftliche Perspektive geht, in den Überlegungen über die eigene Generation nimmt hingegen die Konkretheit zu und wächst noch weiter, wenn die persönlichen Chancen diskutiert werden.

Die nackte Phraseologie

Im Rahmen der qualitativen Untersuchung stellte sich heraus, dass die größte Gruppe der befragten Studienbewerber jene bildeten, die keine klare Vorstellungen von den Folgen des Beitritts für die Zukunft des Landes, der Generation und für die eigene persönliche Zukunft hatten. Was das Land betrifft, tauchen im Nebel vereinzelt Umriss auf, etwa *positive Veränderung*, *wirtschaftliches Aufleben* (#55), *Verbesserung der materiellen Situation* (#50, #51). Geteilt wird die weit verbreitete Vorstellung, *die EU wird uns aufrichten* (#26). Was die einzelne Person betrifft, werden *große Hoffnungen* kundgegeben sowie weitgehend allgemein gehaltene Meinungen über bestimmte *Vorteile* und erneut über eine *Verbesserung der Lage* geäußert.

¹² Die wichtigsten Euro-Erwartungen sowohl der volljährigen Bevölkerung als auch der Jugend-Gruppe sind der „Schutz der Menschenrechte“ und die „Ordnung und Befolgung der Regeln“ (MBMD 2004: 10).

Als Grund, Deutschland als Studienort zu wählen, muss zum Beispiel das nebulöse Argument herhalten, *dies sei Europa* (#9) – ein als äußerst wichtig empfundener Hinweis angesichts der Tatsache, dass *wir ja schließlich in Europa einzutreten wünschen*. Hinter dieser Rhetorik verbirgt sich oft ein wesentliches praktisches Argument: die Aussicht auf die möglichen häufigeren Reisen von Deutschland in die Heimat während des Studiums – ein großer Vorzug gegenüber den USA. Die Erwartung an eine zunehmende Intensität der Beziehungen zwischen Bulgarien und Deutschland nach der Aufnahme des Landes in die EU führt intuitiv einen Teil der Studienbewerber zur Schlussfolgerung, dass *Menschen, die sich zwischen diesen zwei Welten – Deutschland und Bulgarien – befinden, viel besser vermittelbar seien* (#17).

Nur Einzelne geben ehrlich zu, dass sie nicht wissen (#44, #69), keine Meinung haben und nicht auf dem Laufenden sind, was die Beitrittsprozesse betrifft (#55). Dennoch, wie die folgende Passage zeigt, fehlt nicht das Interesse an bestimmten Entwicklungen in der EU, auch eine gewisse Informiertheit ist vorhanden.

Wenn wir jetzt der EU beitreten, wissen wir nicht, wie wir uns entwickeln werden, wie die Milliarden verwendet werden. Innerhalb der EU entwickelt sich Griechenland am langsamsten, Irland dagegen am schnellsten. Ja, Deutschland steckt nun wieder in der Krise. In Frankreich gibt es Aufruhr. Wir wissen einfach nicht, es hängt von den Politikern ab. Ataka [nationalistische Partei in Bulgarien] wird die Macht an sich reißen und ... zweiter Balkankrieg (44, BG, Nautik, Jambol, m.¹³).

Außer dass sie die umfangreichste ist, ist die Gruppe der Nicht-Informierten auch die repräsentativste: Sie umfasst Vertreter sowohl der Klein- als auch der Großstädte. Angesichts der gewählten Studienfächer fällt allerdings auf, dass in dieser Gruppe Bewerber für die englischsprachige Welt gänzlich fehlen. Die Meinungen der letzteren zeugen in der Tat von Informiertheit, in ihren Äußerungen treten klare Haltungen zutage.

Die Nicht-Informiertheit und die unklaren Äußerungen der jungen Befragten über den EU-Beitritt Bulgariens stehen im Einklang mit den Ergebnissen der zitierten Untersuchungen, die den Grad der Informiertheit in der bulgarischen Gesellschaft in Bezug auf die Problematik der EU-Mitgliedschaft ermittelten. Die jungen Leute bilden keine Ausnahme, was auf eine sich breit machende soziale Inkompetenz sowohl in der Gesellschaft als Ganzes als auch in der Gruppe der Jugendlichen schließen lässt.

Die Aussagen, die sich der nackten Phraseologie entziehen, lassen zwei Haupttypen ausmachen: Optimisten und Pessimisten. Im Vergleich überwiegt der gemäßigte, balancierte Optimismus in Bezug auf Bulgariens Entwicklungsperspektive¹⁴. Zwischen den beiden Haupttypen steht der Sonderfall der Optimisten, die gleichzeitig starke Skepsis vor allem in Bezug auf das *Tempo* der posi-

¹³ Legende: Interviewnummer, Land, in dem man sich bewirbt (BG=Bulgarien, D=Deutschland, F=Frankreich), Studienfach erster Wahl, Geburtsstadt des Schülers, Geschlecht (m=männlich, w=weiblich).

¹⁴ Es ist anzumerken, dass die Art und Weise, wie die EU wahrgenommen wird, im Grunde vom Alter abhängt. Den Ergebnissen einer repräsentativen nationalen Untersuchung von 2002 zufolge sehen zum Beispiel 59% der 15-25jährigen und 38% der Älteren (26+) die EU ausschließlich positiv (s. Mitev/Matev 2005: 57).

tiven Veränderungen in Bulgarien an den Tag legen. Der Pessimismus ist gleichermaßen verbreitet wie die Skepsis und äußert sich hauptsächlich im Zweifel an der Fähigkeit der Bulgaren, ihre Entwicklung aus eigener Kraft voran zu treiben. Das Vorhandensein von Skepsis und insbesondere von pessimistischen Einstellungen zur gesellschaftlichen Entwicklung unterstützen die als empirisches Ergebnis von nationalen, für die Jugend-Gruppe repräsentativen Untersuchungen gewonnene These, dass die unter den jungen Menschen verbreitete Haltung die soziale Skepsis ist, die Überzeugung, dass sich nichts wesentlich verändern werde¹⁵ (Mitev/Matev 2005: 51-53), sowie die Skepsis gegenüber ihrer eigenen Zukunft (s. Kovatcheva 2000: 138). In der vorliegenden Untersuchung stellen wir die ebenso charakteristische Kombination von stärkerer *sozialer* Skepsis bzw. Pessimismus und weitaus schwächerer *persönlicher* Skepsis fest, was das genaue Gegenteil bildet von der Kombination starker sozialer Optimismus und persönliche Skepsis, die nämlich für die Nation als Ganzes charakteristisch ist.

Der balancierte Optimismus

Der Optimismus wird hier als balanciert bezeichnet aufgrund des charakteristischen Fehlens an Euphorie und des bewussten Strebens nach gemäßigten Aussagen. Am häufigsten bezieht er sich auf die europäische Zukunft des Landes, und nur in einem einzigen Fall wird ausdrücklich betont, *auch wenn es nicht der EU beitrifft, wird Bulgarien sich trotzdem weiter entwickeln* (#64). Besonders erfreulich ist das begleitende pro-aktive Denken, die Überzeugung, *wir selbst müssen den Staat aufrichten, das ist eine Tatsache* (#1). Aus dieser Perspektive bezieht sich der Optimismus nicht auf eine dem Land dargereichte, sondern auf eine selbst erkämpfte Zukunft in Europa.

Die Perspektiven des Landes werden lang- und kurzfristig gedacht. Im ersten Fall werden sie hinsichtlich des Ziels diskutiert, Westeuropas Standard und Lebensqualität „einzuholen“. Die am häufigsten geteilte Überzeugung diesbezüglich ist, die positive Veränderung werde lange Zeit, ja Jahrzehnte brauchen. Im zweiten Fall gründet der Optimismus auf der Erwartung von Veränderungen, die relativ schnell nach dem Beitritt erfolgen würden. Dazu zählen: die Abschaffung der Visa, die Anerkennung der Hochschulzeugnisse, die Senkung der Studiengebühren an westlichen Universitäten, die *um das zwei- und sogar dreifache niedriger werden würden* (#49), die Zunahme des bulgarischen Einflusses innerhalb der europäischen Institutionen, die Öffnung *weiterer Türchen* zu Europas Arbeitsmarkt (#46), die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die wachsenden ausländischen Investitionen u.a.

Bemerkenswert ist der Wunsch bzw. die Erwartung vieler Befragter, dass sich Bulgariens Image und Gewicht in Europa verbessern würde. Ihr Optimismus bezüglich des Beitritts basiert teilweise gerade auf der Hoffnung, *man werde uns mit anderen Augen ansehen, wenn wir Teil der EU sind* (#19); *wir werden Bulgaren in die europäischen Kommissionen schicken und unsere bescheidene Stimme werde bei den Entscheidungen auf europäischer Ebene Gehör finden* (#1). Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass solche Hoffnungen nur von Bewer-

¹⁵ Die soziale Skepsis führt zum „Verzicht auf jegliche Vorschläge zur Beseitigung bestehender Nachteile im sozialen Leben aufgrund der Annahme, sie würden keine Beachtung finden“ (Mitev/Matev 2005: 51).

bern im Ausland geäußert werden. Für sie ist es nicht ohne Bedeutung, wie man sie in den USA und in Europa als Vertreter ihres Landes empfangen wird.

Der Beitritt wird mit dem für die heutige junge Generation typischen Pragmatismus gesehen. Ein Teil der Befragten – allesamt Studienbewerber in Deutschland – betont die positiven Effekte des Beitritts und kommentiert nicht nur die Chancen für Bulgarien, sondern interpretiert ihn auch als Ereignis, das für Europa von Interesse ist. Bulgarien würde nämlich als künftige Stätte *guter Fachleute* für Europa attraktiv sein, die Europa *zu sich zum Arbeiten holen wird* (#14); Bulgarien wird auch als billiger Arbeitsmarkt angesehen.

Immerhin wird es für sie [die fremden Investoren] in der Tat viel billiger sein, hier zu arbeiten, es würden keine Abfälle u.ä. bei ihnen gelagert werden, überhaupt gibt es viele Pluspunkte. Im Grunde glaube ich, dass sie uns gerade deshalb so sehr in der EU wünschen, damit sie ihren Markt hier ausweiten können (9, D, Physik, Sofia, w.).

Die optimistischen Einstellungen sind sowohl in den Klein- als auch in den Großstädten verbreitet und überwiegen bei den Bewerbern im Ausland.

Die Skepsis hinsichtlich des Tempos des Wandels

Ein anderer Grund, den Optimismus als balanciert zu bezeichnen, besteht darin, dass ein Teil derer, die diese Haltung teilen, gleichzeitig dem Tempo der Veränderung in Bulgarien skeptisch gegenübersteht. Sie sind der Meinung, *es wird uns viel Zeit kosten, bis die Dinge an ihren Platz kommen* (#31). Diese notwendige Zeit wird unterschiedlich geschätzt: als eine 3-5jährige schwere Periode der Adaptation an die EU, oder aber als ein weitaus langwierigerer Prozess des „Einholens“ des westeuropäischen Lebensstandards, der Jahrzehnte dauern wird. In beiden Fällen liefert die Schätzung Gründe für pessimistische Stimmungen, die die Vorstellungen der jungen Menschen ernstlich „trüben“.

Die Europäische Union ist eine gute Sache, ist praktisch. Ich meine, ich teile nicht diesen – um kein grobes Wort zu gebrauchen –, jedenfalls schafsmäßigen Optimismus der Leute, dass wir jetzt der EU beitreten und alles in Ordnung kommt. So ist es nicht. So ist es absolut nicht ... Mit unserem EU-Beitritt werden sich die Dinge nicht sofort ändern – in 10, 15, vielleicht 20 Jahren (1, USA, Sozialwissenschaften, Sofia, m.).

Diskussionsgegenstand bilden im Regelfall der allgemeine Gang und das Tempo des Beitritts. Sehr selten werden konkrete Aspekte der EU-Integration erörtert. Ein Einzelbeispiel für solch einen Aspekt ist die Fähigkeit des Landes, die europäischen Hilfsfonds zu verwenden, die voller Skepsis kommentiert wird.

Die Europäische Union finanziert 50% [der eingereichten Projekte], die anderen 50% muss der Staat aufbringen..., was nicht geschehen wird. Das heißt, dieses Geld werden wir nicht sehen. 30% ist eine realistische Verwendung. Und dennoch, trotz allem, die EU ist ein Plus (1, USA, Sozialwissenschaften, Sofia, m.).

Die Skepsis in den angeführten Formen ist vor allem den aus Großstädten stammenden Studienbewerbern im Ausland eigen. Geäußert wurde sie ausschließlich von Abiturienten, die in den USA und in Deutschland studieren wollen (insgesamt fünf Befragte). Die mit dem Tempo der künftigen gesell-

schaftlichen Veränderungen in Bulgarien verbundenen Befürchtungen bekräftigen allem Anschein nach die Entscheidung für ein Auslandsstudium.

Der Pessimismus

Der Hauptgrund, der (Un-)Möglichkeit eines positiven Wandels in Bulgarien mit Pessimismus zu begegnen, besteht in der Mentalität der Bulgaren – *Sie, die Menschen, sind doch die gleichen* (#66). Betrachtet wird sie als äußerst schwer wandelbar, wenn denn überhaupt der Gedanke an einen möglichen Wandel aufscheint.

Die Denkweise der Menschen in Bulgarien ist so geartet, dass sie es für unmöglich halten, dass sich die Dinge einfach so, in zwei Tagen ändern könnten. Auch wenn wir der Europäischen Union beitreten, werden wir nicht innerhalb von zwei Tagen wie Deutschland werden (53, USA, Internationale Beziehungen, Plovdiv, w.).

In Bulgarien ist nicht nur die Mentalität schwer wandelbar; ein Teil der Befragten bewertet die umfassende gesellschaftliche Veränderung der letzten 16 Jahre als *äußerst gering, als rein politisch* (#4). Es ist sicherlich schwierig, als 18-19jähriger eine eigene Einschätzung der Veränderungen der letzten 16 Jahre abzugeben. Es werden offensichtlich die als bedeutsam empfundenen Meinungen Anderer, wahrscheinlich der Eltern und anderer Nahestehender, reproduziert.

Der Wandel in der Denkart der Bulgaren wird als die dringendste Aufgabe angesehen, deren Lösung von allen Mitgliedern der Gesellschaft abhängt. Würde dies gelingen, wäre eine entscheidende Motivation, das Land nicht zu verlassen, gesichert.

Die Europäische Union ist für mich ein Werteträger, sie wird diesem Land viel bringen. Jetzt ist es an uns, alles weiter zu entwickeln ... Das ist eine Hilfe, die geben sie uns, doch wenn sie uns wieder so entgleitet, wie etwa zur Zeit das Geld der Steuerzahler ... Wenn wir selbst die Dinge in die Hand nehmen, wenn Bulgarien es wirklich schafft, den rechten Weg einzuschlagen, dann werden mehr Menschen – dessen bin ich mir sicher – hier bleiben. Wenn die Gehälter erhöht werden ... Es ist eindeutig einfacher, hier zu leben. Eindeutig einfacher. Doch nur wenn die Lebensqualität verbessert wird. Denn es gibt zwei Möglichkeiten: uns zu verbessern oder sehr tief zu sinken. Es hängt von uns ab. Wie hat sich Griechenland hochgezogen, Spanien hat sich auch gemacht. Ich denke, die Mentalität der Bulgaren wird sich einfach nicht [ändern]. So lange Jahre ging es uns schlecht. Ich glaube, es liegt an der Mentalität. Ich habe gesehen, wie die Menschen draußen denken, ich habe gesehen, wie die Menschen hier denken. Wie viel Geld auch immer in diesen Staat investiert wird, es versinkt irgendwo so oder so. Es wird für uns einfach sehr schwer sein (46, Schweden, Soziologie/ Informatik, Jambol, m.).

Als Hindernis für den Wandel wird die bulgarische Mentalität nur von den Studienbewerbern im Ausland – mit Ausnahme des oberen Beispiels alle in den USA – problematisiert.

Der zweite Grund für den Pessimismus ist die Befürchtung, die Lebenshaltungskosten würden abrupt steigen. Die europäischen Fonds und Programme

werden als eine *absolute Machenschaft* (#15) angesehen, hinter der sich die Erhöhung der Preise und die Senkung des Einkommens verstecken.

Das Leben nach dem EU-Beitritt Bulgariens wird im Prinzip ... hohe Preise und niedrige Löhne. Wie sehr sie das auch zu verbergen suchen, es ist klar, überall war es so – in Polen steckten sie in einer großen Krise, nachdem sie beitraten ... Das ist eine Art öffentliches Geheimnis ... Zum Beispiel die Tschechei, Polen, ... in Ungarn hatten sie große Probleme nach dem Beitritt. Slowenien haben sogar Rückschritte gemacht mit dem EU-Beitritt ... Alle, die der Union beigetreten sind, haben Rückschritte gemacht. Alle, auch Griechenland, als sie damals beigetreten sind ... Wir werden ein wenig vorwärts kommen, aber es wird eine Qual, eine Höllenqual (42, D, Internationaler Business/Internationale wirtschaftliche Beziehungen, Jambol, m.).

Das Katastrophen-Szenario findet unter den Abiturienten relativ wenige Anhänger mit nur zwei der Befragten.

In einem einzigen Fall wird der Beitritt nicht in extremen Kategorien gedacht, sondern als *ein unvermeidlicher Prozess, den wir nicht aufhalten können* (#49), sofern die Welt die Isoliertheit schon „verbietet“. Auch wenn es das wollte, könnte Bulgarien sich nicht gegen die Globalisierungstendenz wehren. Einzig hier wird der Beitritt nicht anhand der Begriffe seines praktischen Wertes interpretiert, sondern als eine Komponente von gesetzmäßigen globalen Prozessen.

Zusammenfassend kann man anhand der Aussagen über Europa und Bulgariens Chancen durch den Beitritt sagen, dass die Informiertheit der Studienbewerber im Ausland höher ist als die der Studienbewerber in Bulgarien. Einzig die Studienbewerber im Ausland geben skeptische und pessimistische Meinungen über die Zukunft des Landes preis. Die unklaren oder eindeutig negativen Erwartungen sind offenbar ein wichtiger Katalysator für die Entscheidung, im Ausland und insbesondere in den USA zu studieren. Insgesamt liefern die Studienbewerber in englischsprachigen Ländern die kündigungsten Meinungen und zeigen sich in höchstem Maße skeptisch und pessimistisch, und zwar unabhängig davon, ob sie aus Klein- oder Großstädten stammen. Die Größe der Stadt scheint bei der Formierung der angeführten Idealtypen keine Rolle zu spielen.

Offensichtlich sind es die Studienbewerber im Ausland, auf die die „diasporischen gesellschaftlichen Sphären“ zutreffen und die die transnationalen Gemeinschaften als Referenzgruppen ansehen. Miteinander verglichen fallen die Lebens- und Berufschancen in der nationalen und in der transnationalen Gruppe zugunsten der letzteren aus, was an und für sich zur sinkenden Zufriedenheit mit der materiellen Situation und entsprechend zu zunehmendem Pessimismus bzw. zunehmender Skepsis gegenüber der nationalen Gemeinschaft führt. Im Zuge der Gestaltung eigener Aspirationen orientieren sich die Menschen an bestimmten Gesellschaften. Nicht selten hat die Orientierung an bestimmten Muster-Gesellschaften historische und kulturelle Gründe (Delhey/Kohler 2006: 354). Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen deutlich, dass als solche Muster-Gesellschaften Deutschland und die USA gelten. Es ist kein Zufall, dass die größten Ströme der Studienbewerber im Ausland gerade diese zwei Länder ansteuern. Es ist auch kein Zufall, dass gerade mit ihnen die Hauptvergleiche in Bezug auf den materiellen Lebensstandard und die Berufschancen angestellt werden. Deutschland nimmt

unumstritten den ersten Platz als Referenzland ein, wenn die jungen Menschen Bulgariens Chancen, Europa „einzuholen“, erörtern. Es wird als das nahestehendste und vertrauteste Land empfunden (Mitev/Matev 2005: 64)¹⁶.

Insgesamt sind die Vorstellungen der jungen Menschen von Europa und der EU nicht klar umrissen und differenziert. Die beiden Begriffe werden als unmittelbar aufeinander verweisend gedacht. Beide Begriffe werden im Sinne von *nach Europa gehen*, aber nicht von dort *existieren* interpretiert. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die junge Generation scheinbar nicht von jeder anderen bulgarischen Altersgruppe. In einer anderen Hinsicht besteht allerdings ein wesentlicher Unterschied. Die Vorstellung der Befragten von der EU und der EU-Mitgliedschaft Bulgariens ist stark utilitaristisch. Sie findet Ausdruck in der Artikulation konkreter Vorteile – wirtschaftlicher, beruflicher, sicherheitsmäßiger Vorzüge und der größeren Möglichkeiten u.a. –, die die Integration bringen soll. Historisch, kulturell oder geopolitisch begründete Überlegungen („Zugehörigkeit“ zu Europa, „Teil“ Europas oder der europäischen Kultur) fehlen gänzlich. Die EU-Mitgliedschaft wird eindeutig als Mittel zur gesellschaftlichen bzw. persönlichen Verbesserung gedacht, wobei die sie begleitenden „Unbequemlichkeiten“ sowie ihr Preis berechnet werden. In diesem Sinne ist die von anderen Forschern beobachtete Tendenz der *Rationalisierung* der mittel- und osteuropäischen Einstellungen zu „Europa“ (s. Drulac 2001) Kanon für die jungen bulgarischen Befragten. Ihre Idee von „Europa“ ist eine nüchterne und illusionsfreie Vorstellung, resultierend sowohl aus dem pragmatischen Geist der jungen Generation als auch aus deren noch begrenzter Erfahrung sowie aus den „technologischen“ Diskussionen über den einen oder anderen Aspekt des Beitritts, deren Zeugen sie sind.

Eine Chance für die junge Generation?

In ihren Überlegungen zum EU-Beitritt Bulgariens gingen die Befragten vergleichsweise am schwächsten auf den Altersaspekt ein. Sie assoziieren die EU-Integration am häufigsten positiv mit zwei miteinander verbundenen Prozessen: dem Ausstellen international anerkannter Zeugnisse an den bulgarischen Universitäten und der Verbesserung der Hochschulbildung in Bulgarien und somit der Motivation der jungen Menschen, in Bulgarien zu studieren bzw. nach Bulgarien zurückzukehren und dort ihr Studium fortzusetzen. Sechs der Befragten, von denen fünf sich in verschiedenen fremden Ländern bewerben, verbinden die Anerkennung der Zeugnisse mit der Einführung europäischer Studienprogramme an den Universitäten, was ihrer Meinung nach das Studium in Bulgarien konkurrenzfähiger und attraktiver machen würde.

Nach dem EU-Beitritt werden wahrscheinlich mehr Universitäten mit den europäischen Programmen arbeiten und international anerkannte Zeugnisse anbieten. Dann würden vielleicht die meisten Bulgaren zum Studieren hier bleiben (25, D, Wirtschaft und Arbeitsorganisation, Šumen, m.).

Deutlich spürbar wird die „Dichte“ des Dilemmas: Bleiben--Abreisen. Die Befragten beschäftigt die Frage, was Bulgarien zu einem attraktiveren Ort ma-

¹⁶ Zum Vergleich kann angeführt werden, dass die älteren Menschen (60+) Russland am vertrautesten empfinden, während es von den jungen Leuten (18-30) erst auf Platz 5-6 neben Italien gestellt wird.

chen und wie die Tendenz zu immer mehr Ausreisenden rückgängig gemacht werden könnte. Sie diskutieren mit Hoffnung und im Glauben, dass einer der für sie wichtigsten Faktoren – die gute Bildung – *auf dem richtigen Weg ist* (14).

Positiv [wird sich die EU-Integration auf die Qualität des Hochschulstudiums auswirken] ... Vor allem deshalb, weil man unsere Zeugnisse im Ausland anerkennen wird, was auch sehr wichtig ist ... Du kannst [jetzt] raus [in den Westen] und es ist so, als hättest du keinen Hochschulabschluss. Wozu hast du so lange gelernt? Das ist eine Motivation. Trotzdem, es ist leichter, hier fertig zu studieren. Wieso irre viel Geld draußen ausgeben? Die meisten Leute würden ihre Meinung ändern, würden hier bleiben und fertig studieren, und erst dann hinausgehen zum Arbeiten, wenn sie denn überhaupt einen Grund fänden, Bulgarien zu verlassen (46, Schweden, Soziologie/Informatik, Jambol, m.).

Nur in einzelnen Fällen wird die Vermutung geäußert, der Beitritt würde die Qualität der Bildung nicht ändern: *Sie werden nicht anfangen, anders zu unterrichten, weil wir in Europa sind* (#35); somit wird der Beitritt als bedeutungslos für die Chancen der Jugend interpretiert. Dieses Dilemma wird von den Schülern sowohl der Klein- als auch der Großstädte erörtert, wobei die Befragten aus den Kleinstädten eher dazu neigen, den pragmatischen Effekt hervorzuheben: Allein auf den Akt der Anerkennung der Zeugnisse weisen beispielsweise vorwiegend die Studienbewerber in Bulgarien und Schüler aus Šumen hin (insgesamt vier Befragte).

In einer einzigen Aussage wird die Chance aufgrund des Alters auch als Chance definiert, beim Aufbau des Staates mitwirken zu können: *Die Politik bedarf dringendst junger Menschen, ... die nicht damit vorbelastet sind, was vor '89 geschehen ist* (#30). Die Periode der EU-Integration wird vom zitierten Mädchen aus Šumen als Chance für die Jugend gedacht, den Wandel zu *gestalten*. Ob sie zu bleiben oder abzureisen gedenken, die Teilnehmer der Untersuchung befinden sich im Grunde völlig außerhalb der Sphäre der Politik und der zivilgesellschaftlichen Teilnahme. Mit Ausnahme des oberen Beispiels enthält das empirische Material keine Anzeichen für die Absicht, in diesen Sphären aktiv zu werden.

Drei andere Befragte, von denen zwei sich in englischsprachigen Ländern bewerben und der dritte in Deutschland, sehen eine Chance für ihre Generation in den neu geschaffenen Realisierungsmöglichkeiten gerade während der Periode der postsozialistischen Transformation. Das sind jene, die auf die *Innovation* setzen – *jetzt hat man die Möglichkeit, in gewissen Dingen, die es bisher aus erklärlichen Gründen einfach nicht gegeben hat, ein Neuerer zu sein, ... man hat die Freiheit, seine Kreativität viel intensiver auszuleben* (#49). In einem anderen Fall wird der Beitritt als eine Situation interpretiert, die neue Möglichkeiten für die Jugend bereithält, sofern man nur gewisse unternehmerische Fähigkeiten besitzt. Dann wird das Auslandsstudium schon allein mit dem Gewinn des *Know-how* gerechtfertigt, das den *unbearbeiteten Boden* veredeln soll (#12).

Nur ausnahmsweise schimmert Skepsis gegenüber der jungen Generation durch, die eng verbunden bzw. praktisch ununterscheidbar ist von der Skepsis gegenüber dem Entwicklungstempo des Landes. Allein die Tatsache, dass dieses Thema das von den jungen Menschen in Bezug auf die EU-Integration

am heftigsten diskutierte ist, zeugt von der engen Beziehung zwischen der gesellschaftlichen, der generationsbedingten und der persönlichen Chance. Das Tempo der Veränderung führt alle diese Chancen zusammen. Wenn sie über ihre Generation diskutieren, weisen die Befragten in der Regel nicht explizit auf diese Beziehung hin; wenn sie hingegen ihre persönlichen Chancen erörtern, wird diese klar und transparent (s. das nächste Kapitel).

Eine Veränderung wird es geben, doch sie wird sehr langsam erfolgen, ich meine, bis man irgendeine Veränderung hier in Bulgarien verspürt, werden wir schon weit weg sein in dem Sinne, dass wir schon gewählt haben werden, womit wir uns beschäftigen wollen; wenn sich die Arbeitsbedingungen hier verbessern, wäre es möglich, dass die Leute beschließen, nach Bulgarien zurückzukehren und hier zu leben und zu arbeiten, doch das wird überhaupt nicht bald sein (8, USA, Physik, Sofia, w.).

Diese vereinzelte Überzeugung, auch diese Generation werde die Tendenz der Bulgarien verlassenden jungen Menschen fortsetzen, kontrastiert mit der stärker verbreiteten Erwartung, dass Motivationen für das Bleiben bzw. die Rückkehr der jungen Generation nach Bulgarien und deren berufliche Realisierung geschaffen werden würden.

Die Tatsache, dass die Chancen der Generation ausschließlich mit der sinkenden Notwendigkeit, Bulgarien zwecks Ausbildung zu verlassen, in Zusammenhang gebracht werden, stimmt völlig mit den Ergebnissen der Migrationsforschung überein, der zufolge immer mehr bulgarische Emigranten ins Land zurückkehren und immer mehr junge Bulgaren Möglichkeiten sehen, berufliche Verwirklichung und Glück im eigenen Land zu finden (Fokus Ost-Südost 2007). Mehr als 700.000 Bulgaren, allesamt junge, hochgebildete Menschen, verließen Bulgarien in den letzten zehn Jahren. Doch in den letzten sieben Jahren hat sich einer Untersuchung von „Mediana“ zufolge der Anteil jener, die auszureisen wünschen, halbiert: von 60% im Jahr 2000 ist er auf 30% im Jahr 2007 gesunken. Auf die Frage, ob sie ernsthaft eine Ausreise in Betracht ziehen, antworten 40% der bulgarischen Gymnasiasten negativ, 31% teilen mit, dass sie schon daran denken, und der Rest zeigt sich unschlüssig. Zu den Hauptgründen für die Abnahme der Emigrationswünsche zählen die deutlich gesunkene Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen, die stabil steigende Tendenz bei den Gehältern der hochgebildeten und -qualifizierten jungen Leute, an denen es auf dem Arbeitsmarkt mangelt, sowie die starke emotionale Bindung an das Land (ebd.). Ob sich diese Tendenz als dauerhaft erweisen wird, hängt davon ab, ob die bulgarischen Universitäten die Erwartungen erfüllen und ihre Attraktivität steigern werden vor dem Hintergrund der immer stärker mit ihnen konkurrierenden westlichen Hochschulen.

Als Ganzes wird der EU-Beitritt Bulgariens von der jungen Generation in erster Linie durch das pragmatische Prisma der Anerkennung von Zeugnissen und der Erhöhung der Bildungsqualität gesehen, was aus ihrer Sicht die nachfolgenden Studienbewerber motivieren würde, in Bulgarien zu bleiben. Obwohl die Chancen der Generation schwach problematisiert werden, ist der Tonfall entschieden optimistischer im Vergleich zur Stimmlage, in der die Perspektiven des Landes erörtert werden.

Der EU-Beitritt als persönliche Chance?

Inwiefern wird der EU-Beitritt Bulgariens in den persönlichen Lebens- und Ausbildungsplänen der Studienbewerber reflektiert? Die Interviews hinterlassen allgemein den Eindruck des Bestehens zweier großer, innerlich undifferenzierter Gruppen. Die erste ist die bereits beschriebene Gruppe, die sich zuversichtlich zeigt in Bezug auf eine positive Veränderung. Die EU ist für sie ein Klischee, das gebraucht wird, wenn eigene Ideologien gefragt sind, so dass durch sie nicht selten praktische Interessen hindurch schimmern.

Die zweite und größere Gruppe äußert die Überzeugung, dass der Beitritt ihre privaten und beruflichen Chancen erhöhen wird. Akzentuiert werden dabei vor allem zwei Erwartungen: (1) an die Erweiterung der Möglichkeiten, gute Arbeit in Bulgarien zu finden, ausgedrückt als Hoffnung auf die Chancen des Berufsfeldes, in dem sich der Abiturient beruflich spezialisieren will, und als Hoffnung, eine Arbeitsstelle bei einem westlichen Arbeitgeber in Bulgarien zu finden; (2) an eine mögliche Arbeit und Spezialisierung in der EU.

Neben diesen beiden Gruppen zeichneten sich noch zwei weitere schwach vertretene ab. Die eine bilden vor allem Schüler aus der Hauptstadt, die den Beitritt in keinerlei Beziehung zu sich selbst setzen: *Ich vermute, für den Staat wird es Vor- und Nachteile geben, für mich konkret glaube ich allerdings nicht* (#13). Die andere kleine Gruppe besteht nur aus Studienbewerbern im Ausland, die ihre Chance in der Möglichkeit erblicken, *nicht* in Bulgarien zu leben, während das Land die ersten und schwersten Jahre der Eurointegration durchmacht. Ihr Denken beschränkt sich auf kürzere Zeiträume und basiert auf der Prognose, dass der Übergang zur Eurozone äußerst schwierig sein wird.

Ich hoffe wirklich sehr, dass wir in die EU kommen, doch dann werden sich in Bulgarien unglaublich schwere Zeiten einstellen, wir sprechen von einer Periode mindestens von 2007-2010, und da wird es für mich viel besser in Deutschland sein (56, D, Internationaler Business, Plovdiv, w.).

Die Skepsis gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung führt zwingend zur Frage, ob die jungen Menschen prinzipiell bereit sind, schwere Zeiten in Bulgarien mitzumachen. Ihre Antwort ist ohrenbetäubend negativ.

Bessere Arbeitsmöglichkeiten in Bulgarien

Es überwiegt die Erwartung an die Verbesserung der Lebensbedingungen als Resultat des EU-Beitritts des Landes, der vor allem dann als persönliche Chance wahrgenommen wird, wenn Aussichten auf eine positive Veränderung innerhalb eines kurzen Zeitraums bestehen (ein paar Jahre, die Studiendauer). Diese Erwartung begründet einerseits die Entscheidung, die Heimat nicht zu verlassen, andererseits wird angenommen, sie werde die ins Ausland strebenden jungen Menschen dazu bringen, in die Heimat zurückzukehren.

Wir wollen zum Beispiel nicht ins Ausland, um dort zu leben ... weil sich Bulgarien momentan ganz gut macht, besonders wenn wir in die EU kommen. Vielleicht in 5-6 Jahren, wenn wir unseren Hochschulabschluss gemacht haben, muss es schon eine stabile Grundlage geben, wenigstens unsere Wirtschaft müsste sich zum Guten gewendet haben. Im Großen und Ganzen sind wir nicht unzufrieden (44, BG, Nautik, Jambol, m.).

Ich denke, der EU-Beitritt wird irgendeinen positiven Einfluss haben ... Das wird sich in der Periode vollziehen, während der ich dort studieren werde, und dann werde ich arbeiten müssen und ... ich hoffe, in der Periode, in der ich dort bin, werden sich die Dinge verbessern, damit ich dann den Wunsch habe, hier zu bleiben und zu arbeiten (20, USA, Innenarchitektur und Design, Šumen, w.).

Viele der Studienbewerber im Ausland sind darauf eingestellt, dass sich die *Dinge* in Bulgarien *für sie* verbessert haben werden, während *sie* im Ausland studiert haben, so dass sie anschließend in ein gewandeltes Land zurückkehren können. Sogar die zur oben erwähnten kleinen Gruppe Zählenden, die ihre Chance gerade darin sehen, durch ihr Auslandsstudium der schweren Periode unmittelbar nach dem EU-Beitritt zu entfliehen, äußern die Meinung, dass ihnen der Beitritt, langfristig gesehen, bessere Möglichkeiten in Bulgarien eröffnen werde.

Schon länger träume ich davon, eine Zeit lang in einem einigermaßen ordentlichen Staat zu leben, denn in Bulgarien, momentan zumindest, gibt es viele Ungereimtheiten. Wir bereiten uns auf den EU-Beitritt vor und es steht uns entsprechend eine sehr schwierige Periode bevor. In Deutschland ist zwar nicht alles geregelt, doch dort sind die Dinge jedenfalls klar, die Gesetze werden befolgt ... Auf meine eigene Entwicklung, zumindest während des Studiums – falls ich es tatsächlich in Deutschland schaffen sollte –, wird er am Anfang keine Auswirkungen haben, doch nach dem Beitritt werden in Bulgarien vielleicht bessere Arbeitsmöglichkeiten eröffnet, was wichtig ist. Zumindest bis jetzt habe ich nicht die Absicht, mein Leben lang in Deutschland zu bleiben (25, D, Wirtschaft und Arbeitsorganisation, Šumen, m.).

So oder so, die Überlegungen der jungen Befragten bestätigen die im vorigen Kapitel geäußerte Vermutung, dass die EU eine persönliche und generationsbedingte Chance für das Bleiben in bzw. die dauerhafte Rückkehr nach Bulgarien darstellt. Ein Teil der Überlegungen der Studienbewerber bleibt auf der allgemeineren Ebene der „besseren Arbeit“, während andere detaillierter ausfallen und vor allem zwei Erwartungen offen legen, nämlich dass das gewählte Studienfach stärker gefragt wird und dass westliche Arbeitgeber in Bulgarien verstärkt auf der Suche nach qualifizierten jungen Leuten sein werden.

Größere Nachfrage nach der gewählten Fachrichtung in Bulgarien

Die Untersuchung zeigt, dass Studienfächer aus den Bereichen Wirtschaft und Jura besonders in Mode sind. Neben ihnen fällt die Vorliebe für Fächer auf, von denen man erwartet, dass sie als Resultat der Öffnung Bulgariens zum europäischen Markt künftig besonders gefragt sein werden. Diese Erwartungen sind vor allem mit der vorrangigen Entwicklung des Tourismus und des Versicherungswesens verbunden. Die Zukunftssicherung im Versicherungsgeschäft erscheint als besonders attraktiv angesichts des rasanten Einzugs europäischer Versicherungsgesellschaften nur einen Monat nach Bulgariens EU-Beitritt. Dennoch sind die Erwartungen an die Nachfrage bestimmter Berufe relativ schwach verbreitet. Die Tatsache, dass sie in konzentrierter Form in zwei der Schulen in Šumen geteilt werden, zeugt vom starken Einfluss der Schulgemeinschaft sowie der städtischen Umgebung auf die Prozesse der beruflichen Orientierung.

Die Chance, für einen westlichen Arbeitgeber in Bulgarien zu arbeiten

Jene Tendenzen, die die Studienbewerber wittern, sind Offshoring und Outsourcing (die Verlagerung der westlichen Produktion auf Gebiete mit niedrigen Transaktionskosten). Diese Prozesse, die mit der Niederlassung von immer mehr westlichen nationalen und multinationalen Gesellschaften auf dem bulgarischen Markt verbunden sind, werden als Chancen interpretiert, „gute“ Arbeit für einen westlichen Arbeitgeber zu finden.

Eine Bekannte von mir studiert jetzt [in Deutschland] ... arbeitet momentan bei Nokia ... und es wird erwartet, dass genau diese großen Konzerne nach Bulgarien kommen, nach Osteuropa, dass sie ihre Produktion hierher verlagern ..., und wenn die Möglichkeit besteht, dass ich in einer Firma hier arbeite ... das sind in der Tat meine Erwartungen, das ist für mich das denkbar Beste (9, D, Physik, Sofia, w.).

Die Studienbewerber in europäischen Ländern nehmen grundsätzlich an, dass der Arbeitsstelle bei einem westlichen Arbeitgeber unweigerlich ein Auslandsstudium vorauszugehen hat, deshalb werden auch solche Hoffnungen ausschließlich von Studienbewerbern im Ausland gehegt. Beim Großteil von ihnen schimmert nicht nur der Wunsch nach einer guten, prestigevollen und einträglichen Arbeit durch, sondern auch die Sehnsucht nach der Möglichkeit, nach dem Studium in ihr Land zurückzukehren.

Ich weiß, dass es in Bulgarien viele ausländische Firmen gibt, das heißt es gibt Verträge zwischen bulgarischen und ... deutschen, und nicht nur deutschen Firmen, die nicht abgeneigt sind, nach Bulgarien zu kommen, und ... ich halte das für eine gute Perspektive für mich, um nach Bulgarien zurückzukommen (21, D, Tourismus und Internationale wirtschaftliche Beziehungen, Šumen, w.).

Nach meinem Studium in Frankreich könnte ich eventuell hier etwas arbeiten, das mit diesen Zentren, die die EU gründet, verbunden ist. Jetzt brauchen sie vor allem Leute mit Französisch, weil wir wenige sind, und ich hoffe ... weil ich, zumindest jetzt noch, nach Bulgarien zurück möchte (19, F, Psychologie/ Geschichte, Šumen, w.).

Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung, die die Studienbewerber im Ausland der guten Beherrschung einer westlichen Sprache zuschreiben. Neben dem ausländischen Zeugnis scheint sie für sie der wichtigere Faktor bei der Suche nach guter Arbeit in Bulgarien zu sein als die real erworbenen Fachkenntnisse.

Ein wenig anders sehen die Studienbewerber in Bulgarien die Arbeit für einen westlichen Arbeitgeber an. Was sie an einer internationalen Firma schätzen, sind die häufigen Reisemöglichkeiten, die ihnen bei ihrer Entscheidung, in Bulgarien zu studieren, abgehen werden.

Es wäre schön, für eine internationale Firma zu arbeiten, die mir die Möglichkeit bieten würde, viele Orte zu besuchen. Ideal wäre es allerdings, wenn sie in Bulgarien ihre Niederlassung hätte (61, BG, weiß noch nicht, Plovdiv, m.).

Wie die angeführten Passagen deutlich zeigen, ist die Arbeit für einen westlichen Arbeitgeber in Bulgarien das *denkbar Beste*. Diese Meinung teilen vor allem die Studienbewerber in Deutschland und Frankreich, und zwar sowohl aus den Klein- als auch aus den Großstädten. Auffallend diesbezüglich ist das

Fehlen an Bewerbern in englischsprachigen Ländern. Das ist die eindeutig dominierende Vorstellung von einer erfolgreichen beruflichen Laufbahn, es ist der süße Traum der Studienbewerber in Europa. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass es sich dabei um den Traum von Berufen handelt, die naturgemäß einer Realisierung in einem Unternehmen bedürfen: Angewandte Physik, Internationale Beziehungen, Wirtschaft, Sozialwissenschaften.

Die Chancen auf Spezialisierung und Arbeit in der EU

Der Versuch, durch die Förderung der Bildungsmobilität eine europäische Identität zu konstruieren, und insbesondere das Bemühen, diese mit Kultur-Fachwörtern zu definieren, führten zum intensiven Austausch von Studenten im Rahmen des Erasmus-Programms. Die jungen Menschen aus den EU-Mitgliedsstaaten, die eine akademische Karriere anstreben oder Anschluss an die nationalen Verwaltungseliten suchen, betrachten die in unterschiedlichen Universitäten erworbene Erfahrung bzw. Ausbildung als unabdingbare Notwendigkeit (Jacobs/Maier 2006). Anhand der Angaben der vorliegenden Untersuchung kann dies auch in Bezug auf die hochgebildeten bulgarischen Studenten behauptet werden. Ein beachtlicher Teil derer, die in Bulgarien zu studieren gedenken, rechnet damit, den Magister oder eine Fachausbildung im Westen zu machen. Aufgrund der Senkung der Studiengebühren betrachten sie den EU-Beitritt als einen Schritt, der die Ausbildungs- und Spezialisierungsmöglichkeiten im europäischen Raum erhöht.

Eigentlich war das einer der Hauptgründe für meine Entscheidung, mich nicht im Ausland zu bewerben, denn wir werden noch nicht in der EU sein und meine Studiengebühren wären riesig ... der Unterschied sind viermal so hohe [Gebühren] und deshalb denke ich, dass wir bereits in der EU sein müssten, wenn Zeit ist für die Spezialisierung, das heißt, ich hoffe es aufrichtig, und auch meine Entscheidung, mich im Ausland zu spezialisieren, hängt davon ab (33, BG, Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Šumen, w.).

Angesichts der intensiven Migration vor allem in Richtung Westeuropa ist es erstaunlich, dass so gut wie keiner der Studienbewerber Bulgariens EU-Beitritt explizit mit der persönlichen Chance verbindet, Arbeit in der EU zu finden. In der Tat meint nur einer der Befragten – Studienbewerber in den USA –, mit dem EU-Beitritt Bulgariens werde er die Chance bekommen, in Europa zu arbeiten.

Ich glaube, sie werden uns [die EU-Mitgliedschaft] aufschieben. Und ... diesbezüglich denke ich, ich würde eventuell, wenn ich könnte, auch in der EU arbeiten. Das ist es eigentlich, was ich am meisten will. Erstens, um in Europa zu sein, denn Amerika ist Amerika – dort sollte man Student sein. Aber zum Leben ... nein ... Ich nehme an, es würde mir nicht so gut gefallen, wie mir ein Europa gefallen würde, und hier würde ich mich viel komfortabler fühlen. Und dass Bulgarien in die EU kommt, öffnet für mich ungeheuer viele Türen zu ... den Institutionen eben (2, USA, Internationale Beziehungen, Sofia, w.).

Doch wenn sie nach ihren Plänen unmittelbar nach dem Studium gefragt werden, antwortet ein nicht geringer Teil der Studienbewerber im Ausland, sie würden Arbeit im betreffenden Land suchen. Offenbar liegt hier die Schlussfolgerung nahe, dass es für jene, die jetzt schon die Entscheidung getroffen ha-

ben, Arbeit im Ausland zu suchen, keine Rolle spielt, ob Bulgarien in die EU aufgenommen wird oder nicht. Solch eine Entscheidung resultiert meist aus der pessimistischen Prognose, die wesentlichen Unterschiede im Lebensstandard und in der Lebensqualität zwischen Bulgarien und der EU würden dauerhaft erhalten bleiben.

Also ich denke, ich würde eine gute Arbeit in einer prosperierenden Firma finden und mir ein gutes Leben sichern. Doch die Realität in Bulgarien kann mir das nicht bieten, deshalb habe ich auch nicht vor, nach dem Studium hierher zurückzukommen. Ich werde versuchen, in Deutschland zu bleiben. Hier kann ich mir meiner Zukunft nicht sicher sein. Es stimmt, dass das Leben hier unterhaltsamer ist und dass die Menschen kontaktfreudiger sind, während sie im Ausland und insbesondere in Deutschland viel kühler sind, doch hier gibt es nicht dieses ruhige Leben, das sie haben (63, D, Marketing/Wirtschaft, Plovdiv, m.).

Viele Befragte sind außerdem der Meinung, in der EU Arbeit zu finden hänge nicht von Bulgariens EU-Integration ab. Einige weisen auf die eventuelle Einführung einer Sperre für bulgarische Arbeitskräfte auf den europäischen Arbeitsmarkt von maximal sieben Jahren hin, andere auf die illegale Arbeitsmigration.

Ob wir in der EU sind [oder nicht], ich werde auch ohne Arbeitsvisum dorthin zum Arbeiten gehen, oder aber ich werde gut genug sein, damit sie mir ein Arbeitsvisum schicken, es ist ganz egal (35, BG, Nautik, Šumen, m.).

Den befragten Studienbewerbern zufolge hängen die Chancen für eine Arbeit in der EU im Großen und Ganzen nicht von der bulgarischen EU-Integration ab. Jene, die in Bulgarien bleiben, hoffen eher, durch sie die Möglichkeit für eine Spezialisierung in der EU zu erhalten. Jene, die zum Studium nach Europa fahren, suchen entweder jetzt schon Wege für ihre Rückkehr nach Bulgarien oder haben vor, im betreffenden Land zu bleiben und zu arbeiten. Im zweiten Fall ist Bulgariens EU-Mitgliedschaft für sie ohne Bedeutung. Jene, die sich in den USA bewerben, haben bis auf eine Ausnahme nicht vor, Arbeit in Europa zu suchen.

Schlussbemerkung

Unter den Bedingungen der ständigen Erschütterungen der Strukturen der bulgarischen Gesellschaft verwandelte sich die Bereitschaft der Menschen, mobil zu sein, in einen der wirksamsten Stratifikationsfaktoren in der Gesellschaft. Eine der anfälligsten Gruppen der bulgarischen Gesellschaft, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, sind die Jugendlichen. Auf diese Anfälligkeit reagierten sie mit stetig wachsender Mobilität. Vor allem ihre Bildungs-Mobilität ist von besonderer Bedeutung für die soziale Schichtenbildung des künftigen Bulgariens, und somit auch für die „Europäisierung der sozialen Ungleichheiten“ (Heidenreich 2006). Sie wird zum Wahlobjekt in einem Alter, in dem die Krise der persönlichen Identität am heftigsten erlebt wird (Erikson 1996). Die Mobilität im Bereich Hochschulbildung wird unter den gesellschaftlichen Bedingungen Bulgariens zum Kreuzungspunkt der persönlichen, nationalen und über-nationalen Identität. Klar umrissen ist die Tendenz zur Entwicklung einer europäischen Identität bei den jungen Menschen, auch wenn sie zum gegenwärtigen

Zeitpunkt noch schwach verbreitet ist. Der EU-Beitritt Bulgariens trägt entschieden zu deren Anstieg bei.

Die Europäische Union wird ausschließlich pragmatisch und als von Europa untrennbar gedacht bzw. „imaginiert“. Die Diskussion über Bulgariens Entwicklungs- und Wohlstandschancen als EU-Mitglied teilt die Studienbewerber in zwei große Gruppen: Bewerber in Bulgarien und Bewerber im Ausland. Erstere zeigen einen unklaren und schlecht begründeten Optimismus bezüglich des Landes. Letztere diskutieren die Chancen des Landes auf eine viel besser artikuliert Art und Weise. Ihre Meinungen schwanken zwischen Optimismus, Skepsis und Pessimismus, was ihre Pläne, in die Heimat zurückzukehren oder im Ausland zu bleiben, stark beeinflusst.

Das generationsbedingte Denken ist außerordentlich gering. Die Generation ist in keiner Weise als ein das Landesbild mitgestaltender Akteur präsent. Sie ist bloß ein stummer, wenn auch aktiver *Beobachter* der Entwicklungstendenzen Bulgariens. Diese Beobachterposition prägt der offengelegte Wunsch bzw. die optimistische Erwartung, dass sich die Qualität der Bildung in Bulgarien verbessern wird, was zusammen mit den Zeugnissen, die eines Tages internationale Anerkennung erreicht haben werden, das Bleiben in Bulgarien attraktiv machen würden. Das Tempo des gesellschaftlichen Wandels ist der Schlüsselmoment, der die gesellschaftliche, die persönliche und die generationsbedingte Chance aneinander „bindet“. Für die jungen Menschen ist es das wichtigste Thema und je nach dem, wie ihre Prognosen diesbezüglich ausfallen, gestalten sie ihre Strategien für die berufliche und persönliche Realisierung.

Als solche werden die persönlichen Chancen durch den EU-Beitritt Bulgariens ausschließlich in Verbindung mit den Aussichten auf eine bessere Arbeit in Bulgarien gesehen. In dieser Hinsicht überwiegt sowohl unter den Bewerbern in Bulgarien als auch unter jenen im Ausland die optimistische Einstellung. Die am stärksten ersehnte berufliche Realisierung ist die Arbeit für einen westlichen Arbeitgeber in Bulgarien. Die Studienbewerber in englischsprachigen Ländern erwarten dabei die wenigsten persönlichen Chancen in Folge der EU-Integration. Eine mögliche Arbeit und Spezialisierung in EU-Mitgliedsländern nehmen die Befragten in viel geringerem Maße als dem EU-Beitritt zu verdankende persönliche Chance wahr. Sie werden nämlich als die Umsetzung persönlicher Strategien angesehen, die kaum mit Bulgariens EU-Integration zusammenhängen.

Inwiefern wird sich die Bildungsmobilität im Bereich der Hochschulbildung nach dem EU-Beitritt Bulgariens verändern? Es zeichnen sich zwei gegenläufige Tendenzen ab. Der ersten zufolge wird die Senkung der Studiengebühren für Studenten aus Bulgarien, einem EU-Mitgliedsstaat, in verschiedenen Ländern und vor allem in England die Bildungsmobilität stimulieren. Die gegenläufige Tendenz gründet auf der Erhöhung der Studiengebühren speziell in Deutschland, was sich am Wechsel vieler Studenten von deutschen zu bulgarischen Universitäten bereits bemerkbar macht. Außerdem äußern die befragten Schüler die Hoffnung, dass sich unter dem Druck der europäischen Forderungen eine qualitative Verbesserung der bulgarischen Hochschulbildung vollziehen wird. Und noch mehr, die Anerkennung der bulgarischen Zeugnisse durch die EU-Mitgliedsstaaten würde einen der entscheidenden Motivationsmechanismen für ein Auslandsstudium beseitigen. Ob sich die Zuversicht der jungen Menschen rechtfertigen lässt, die Überzeugung, dass *eines Tages alle jungen Leute, die*

jetzt in der ganzen Welt verstreut sind, zurückkehren werden und es hier sehr interessant wird (#49), wird die Zukunft zeigen.

Literatur

- ANDERSÄN, B. 1998: Văobrazenite obšnosti [Benedict Anderson: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism]. Sofia.
- ALBER, J., T. Fahney 2004: Perceptions of Living Conditions in an Enlarged Europe. Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions.
- APADURAI, A. 2006: Svobodnata modernost. Kulturni izmerenija na globalizacijata [Arjun Appadurai: Modernity at Large: Cultural Dimensions of Globalization]. Sofia.
- BERGER, P., T. Luckmann 1971 [1966]: The Social Construction of Reality. Harmondsworth.
- BRUBACKER, R., F. Cooper 2000: Beyond "Identity". In: Theory and Society 29: 1-47.
- BRUSIS, M. 2001: Conclusions: European and National Identities in the Accession Countries – The Role of the European Union. In: P. Drulak (Hg.), National and European Identities in EU Enlargement. Views from Central and Eastern Europe. Prag: Institute of International Relations.
- DELHEY, J., U. Kohler 2006: Europäisierung sozialer Ungleichheit. Die Perspektive der Referenzgruppen-Forschung. In: M. Heidenreich (Hg.), Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse. Frankfurt, New York.
- DRULAK, P. (ed.) 2001: National and European Identities in EU Enlargement. Views from Central and Eastern Europe. Prag: Institute of International Relations.
- EVROBAROMETÄR [Eurobarometer] 64, 2005 Herbst. Nacionalen doklad za Bălgarija [Nationaler Bericht über Bulgarien]. Delegacija na Evropejskata komisija v Bălgarija [Delegation der Europäischen Kommission in Bulgarien].
- EVROBAROMETÄR [Eurobarometer] 65, 2006 Frühjahr. Support for Future Enlargement. http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/public_opinion/eurobarometer_spring_2006_en.htm
- EVROBAROMETÄR [Eurobarometer] 66, 2006 Herbst. Nacionalen doklad za Bălgarija [Nationaler Bericht über Bulgarien]. Delegacija na Evropejskata komisija v Bălgarija [Delegation der Europäischen Kommission in Bulgarien].
- ERIKSÄN, E. 1996: Identičnost, mladost i kriza [Erik Erikson: Identity: Youth and Crisis]. Sofia.
- FOKUS Ost-Südost 2007: Junge Bulgaren sehen wieder Zukunft im eigenen Land. 18. Januar.
- GOFFNAM, E. 1969: Presentation of Self in Everyday Life. London.
- HEIDENREICH, M. (Hg.) 2006: Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse. Frankfurt, New York.
- HEIDENREICH, M. 2003: Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 17: 55-77.
- JACOBS, D., R. Maier 2006: European Identity: Construct, Fact and Fiction. <http://users.belgacom.net/jacobs/europa.pdf>

- JAMIESON, L. 2006: Theorizing Identity, Nationality and Citizenship: Implications for European Citizenship Identity. http://www.sociology.ed.ac.uk/youth/docs/State_of_the_Art.pdf
- KOVATCHEVA, S. 1999: The European Identity of the New Generation of Bulgarian Students in a Comparative Perspective. In: P.-E. Mitev (Hg.), Bulgarian Youth Facing Europe. Sofia.
- KOVATCHEVA, S. 2000: Emigration Attitudes of Bulgarian Students – Specific Peculiarities and Determining Factors. In: P.-E. Mitev (ed.), Balkan Youth and Perception of the Other. Sofia.
- MANTAROVA, A. (Hg.) 2006: Predizvikatelstva na evropejskata perspektiva [Herausforderungen der europäischen Perspektive]. Sofia.
- MANTAROVA, A., M. Zaharieva (Hg.) 2006: Bălgarskoto občestvo pred prisăedinjavane kăm Evropejskija săjuz [Die bulgarische Gesellschaft vor der Aufnahme in die Europäische Union]. Sofia.
- MBMD 2004: Mladite hora v Bălgarija i procesăt na prisăedinjavane kăm Evropejskija săjuz [Die jungen Menschen in Bulgarien und der Prozess der Aufnahme in die Europäische Union]. Sofia.
- MBMD 2004: Public Opinion on Bulgaria's Accession to the EU and European Integration. Sofia: MBMD. www.mbmdresearch.com.
- MERTON, R., K. Kitt 1950: Contribution to the Theory of Reference Group Behaviour. In: R. Merton, P. Lazarsfeld (Hg.), Studies in the Scope and Method of the American Soldier. Glencoe.
- MITEV, P.-E. (Hg.) 1999: Bulgarian Youth Facing Europe. Sofia.
- MITEV, P.-E. (Hg.) 2000: Balkan Youth and Perception of the Other. Sofia. http://www.evroportal.bg/article_view.php?id=720572
- MITEV, P.-E. (Hg.) 2005: Novite mladi. Bălgarskata mladež i evropejskata perspektiva [Die neue Jugend. Die bulgarische Jugend und die europäische Perspektive]. Sofia: Institut für soziale Werte und Strukturen „I. Hadžijski“.
- MITEV, P.-E., A. Matev 2005: Novite mladi. Sociologičeski rekursi [Die neue Jugend. Soziologische Rekurse]. In: P.-E. Mitev (Hg.), Novite mladi. Sofia.
- RAJČEV, A., K. Stojčev 2004: Kakvo se sluči? Razkaz za prehoda v Bălgarija 1989-2004 [Was geschah? Eine Erzählung über den Wandel in Bulgarien 1989-2004]. Sofia.
- TILKIDŽIEV, N. 2006: Evropejskata socialno-struktorna identičnost [Die europäische sozialstrukturelle Identität]. In: A. Mantarova, M. Zaharieva (Hg.) Bălgarskoto občestvo. Sofia.
- TOPALOVA, V. 2000: Europe and European Identity Concepts of Young Bulgarians. In: P.-E. Mitev (Hg.), Balkan Youth and Perception of the Other. Sofia.
- TOPALOVA, V. 2006a: Lokalnata, nacionalnata i evropejskata identičnost v konteksta na evrointegracijata [Die lokale, nationale und europäische Identität im Kontext der Eurointegration]. In: P. Bojadžieva, L. Dejanova, S. Koleva, K. Koev (Hg.), Svetove v sociologijata. Sbornik v čest na prof. Fotev [Welten in der Soziologie. Festschrift für Prof. Fotev]. Sofia.
- TOPALOVA, V. 2006b: Nacionalnata i evropejskata identičnost na mladite bălgari v meždukulturna perspektiva [Die nationale und die europäische Identität der jungen Bul-

garen aus einer interkulturellen Perspektive]. In: A. Mantarova, M. Zaharieva (Hg.) Bălgarskoto obštество. Sofia.

TOPALOVA, V. 2006c: Meždu pesimizma i nadeždata: Evropejskata identičnost i otnošenieto na bălgarite kăm evrointegracijata [Zwischen Pessimismus und Hoffnung: Die Einstellung der Bulgaren zur Eurointegration]. In: A. Mantarova (Hg.), Predizvika-telstva na evropejskata perspektiva. Sofia.

Kleinunternehmer in Bulgarien im Prozess des EU-Beitritts: Erwartungen und Erfahrungen

Ivanka Petrova, Sofia

Der Prozess des EU-Beitritts von Bulgarien und Rumänien stellt eine wesentliche Herausforderung für die Gesellschaften beider Länder dar. In Bezug auf das Streben beider Beitrittskandidaten nach einer erfolgreichen Integration werden in der Öffentlichkeit verschiedene Fragen gestellt und diskutiert, etwa in welchem Maße die jeweilige Gesellschaft für den Beitritt bereit ist, wie sich Institutionen und Menschen an die neuen Lebens- und Arbeitsbedingungen anpassen werden, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den neuen und den „alten“ Mitgliedsländern der EU und deren Gesellschaften feststellbar sind. Es handelt sich um Fragen nach dem Charakter der Transformationen, die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Systems zu erwarten sind.

Die Integration beider Länder in die EU erweist sich als ein lange dauernder und schwieriger Prozess der Annäherung und Anpassung des politischen und ökonomischen Systems an die Politik und Wirtschaft der EU. Die Eingliederung in die Strukturen der Gemeinschaft darf aber nicht nur als ein politischer, ökonomischer oder rechtlicher Vorgang betrachtet werden. Die Integration hat auch kulturelle Dimensionen, sie ist auch ein soziokultureller Prozess, denn die EU, die heute zu einer politischen und rechtlichen Union sowie zu einem gemeinsamen Markt zusammenwächst, soll auch ein gemeinsamer kultureller Raum werden. Um erfolgreich zu sein, soll das „von oben“ durchgesetzte politische Projekt der Eliten zu einem Projekt aller Bürger werden, d. h. es muss von den Menschen in den neuen Mitgliedsstaaten auch akzeptiert werden. Das ist um so wichtiger, als der EU-Beitritt keinesfalls ein nur normativer und einseitiger Prozess ist, bei dem sich die neuen Mitglieder lediglich an die europäischen Standards und die etablierten Rechtsnormen anzupassen, und zivilgesellschaftliche Strukturen erfolgreich aufzubauen haben (Roth 2006: 57). Als schwieriger erweist sich die „Europäisierung von unten“, nämlich die Transformation von Werten und Normen, von Verhaltens- und Denkweisen, also von konstitutiven Bestandteilen des kulturellen Systems. Der bulgarische Soziologe Petăr-Emil Mitev hebt die Notwendigkeit der Internalisierung der „europäischen“ Normen durch die Bulgaren als wichtige Voraussetzung für eine steigende Konkurrenzfähigkeit in der EU hervor (Mitev 2007: 135). Es ist allerdings zu berücksichtigen, wie Klaus Roth bemerkt, dass die Versuche, gewisse Veränderungen im kulturellen System durchzusetzen, insbesondere bei einem Druck von außen, zu Widerstand und Widersprüchen in der Gesellschaft führen können (Roth 2006: 58). Ein solcher Prozess könnte sogar eine ambivalente Haltung zur Europäischen Union hervorrufen.

Es stellt sich die Frage, ob es in den Bevölkerungen Bulgariens und Rumäniens lediglich zu einer oberflächlichen bzw. scheinbaren Europäisierung kommt, bei der die Menschen, wie das Beispiel Griechenlands zeigt, die ökonomische Hilfe der EU positiv bewerten und die beachtlichen Transferzahlungen gern annehmen, gleichzeitig aber „das Europäische“, also die als „fremd“ bewerteten Vorschriften und Normen der EU, ablehnen und auf dem „Eigenen“ beharren (cf. Lauth Bacas 2004). Oder kommt es vielleicht doch eher zu einer mentalen

Annäherung an „Europa“ und seine Werte und Normen? Solche Fragen sind von besonderer Relevanz angesichts der historischen Erfahrung der südosteuropäischen Völker, die von fünf Jahrhunderten osmanischer Fremdherrschaft und zudem von den fast fünf Jahrzehnten Sozialismus geprägt ist. Diese Erfahrung beeinflusst stark das Verhältnis zum Staat und dessen Institutionen, die in Bulgarien als fremd empfunden werden und Misstrauen wecken, während die persönlichen Beziehungen und sozialen Netzwerke eine außerordentlich hohe Relevanz genießen und das personalisierte Vertrauen von größter Bedeutung ist (Petrova 2007). Diese soziokulturellen Besonderheiten unterscheiden die Bulgaren wesentlich von jenen Völkern, die „der EU ihre Gestalt gaben und ihre Grundsätze in Verträgen festlegten“ (Roth 2006: 58). Bulgarien und Rumänien wurden durch ihr doppeltes Erbe am stärksten von „Europa“ entfremdet, deshalb wird gerade für diese beiden Länder die Annäherung an die aus der historischen Erfahrung Mittel- und Westeuropas gewachsenen, die Europäische Union konstituierenden Werte und Normen eine besondere Herausforderung darstellen (Roth 2006a: 8).

Die Wirtschaft bildet einen zentralen Bereich der EU und die europäische Integration vollzog sich zunächst vornehmlich unter wirtschaftlichen Aspekten (Schubert 2005: 33; Gerhards 2005: 131). Damit die bulgarische Wirtschaft erfolgreich in die gemeinsame EU-Wirtschaft und deren Institutionen integriert wird, bedarf sie der Unterstützung durch die Individuen als ökonomische Subjekte (Gerhards 2005: 130). Es ist wichtig zu erforschen, ob die ökonomischen Veränderungen, die von Bulgariens Mitgliedschaft zu erwarten sind und schon allmählich zu greifen beginnen, durch die Einstellungen und Handlungen der Akteure unterstützt werden oder ob aufgrund der erwähnten historischen Erfahrungen immer noch solche Wertorientierungen und Normen dominieren, die mit den neuen Wirtschaftsanforderungen nicht kompatibel sind. Dabei werden die Anpassungs-, bzw. die Ablehnungsstrategien der Akteure von großem Interesse sein, da sie für das Gelingen des europäischen Integrationsprozesses in der ökonomischen Sphäre von besonderer Bedeutung sein können.

Ziel meines Beitrags ist es, durch empirische Untersuchungen in bulgarischen Kleinunternehmen die vorherrschenden Erwartungen und Hoffnungen im Bereich der Wirtschaftstätigkeit und die damit verbundenen Aktivitäten und Strategien der Kleinunternehmer im Prozess des EU-Beitritts zu ermitteln. Es gilt herauszufinden, ob ein knappes Jahr nach Bulgariens Beitritt bereits Anzeichen für eine „Europäisierung“ in der Arbeitswelt feststellbar sind, welche faktischen Veränderungen in den für die Berufstätigkeit relevanten Werten, Normen und Verhaltensweisen zu erkennen sind und welche Einstellungen zu den EU-Institutionen und den europäischen Grundprinzipien und Normen¹ unter den Berufstätigen bestehen. Es soll sich zeigen, ob nicht auch Ablehnungsstrategien und Verweigerungen entwickelt wurden, die der in Griechenland festgestellten „Mitnahme-Rationalität“ ähnlich sind. Es handelt sich also um Fragen nach dem praktischen Umgang mit den normativen Vorgaben der EU im Arbeitsalltag: Werden sie wirklich oder nur scheinbar rezipiert oder werden sie gar abgelehnt?

¹ Gemeint sind die für die Arbeitswelt in den „alten“ EU-Mitgliedsländern charakteristischen Werte und Normen wie rationales Denken, strenge Arbeitsdisziplin, formalisierte Beziehungen, große Leistungsbereitschaft und ausgeprägtes institutionelles Vertrauen (cf. Gerhards 2005, Schubert 2005).

Meine empirischen Forschungen sind konkret an fünf bulgarische Kleinunternehmen als leicht überschaubare Kontexte gebunden. Für die Erhebung des Datenmaterials habe ich qualitative Leitfadeninterviews mit den Unternehmern und mit Mitarbeitern sowie systematische Beobachtungen ihres Arbeitsalltags durchgeführt. Die fünf Unternehmen vertreten verschiedene Bereiche der bulgarischen Wirtschaft: Es handelt sich um ein Transportunternehmen mit 22 Mitarbeitern, eine Touristik-Dienstleistungsfirma mit 10 Mitarbeitern, eine Handelsfirma mit 7 Mitarbeitern, eine Versicherungsgesellschaft mit 20 Mitarbeitern und ein Produktionsunternehmen mit 19 Mitarbeitern. Die ersten vier sind in Sofia tätig, das letzte in der Stadt Pernik, etwa 30 km südwestlich von Sofia gelegen. Die untersuchten Firmen wurden in der Periode 1991-1994 als private Kleinunternehmen gegründet² und weisen somit eine ziemlich lange Unternehmensgeschichte innerhalb der 18-jährigen Transformationsperiode Bulgariens auf.

Ich habe Unternehmen aus dem KMU-Sektor aus mehreren Gründen gewählt. Nach den offiziellen statistischen Angaben gehören über 250.000 Unternehmen, d.h. 99,2% der Gesamtzahl aller Unternehmen in Bulgarien, diesem Sektor an (Statistical Yearbook 2006: 298). Inzwischen haben sie einen angestammten Platz in der bulgarischen Wirtschaft und spielen eine wichtige Rolle in mehreren Wirtschaftssektoren (Chavdarova 2005: 5). Die Kleinunternehmen beschäftigen 79% der Berufstätigen in Bulgarien. Somit eignet sich dieses Wirtschaftsumfeld besonders gut für die Erforschung der Perspektive „von unten“. Hinzu kommt, dass das kleine und mittlere Unternehmertum als das „Rückgrat“ der Wirtschaft angesehen wird, so dass Brüssel der Entwicklung dieses Sektors eine besonders große Aufmerksamkeit schenkt. Ein beachtlicher Teil der europäischen Wirtschaft stützt sich ebenfalls auf das Klein- und Mittlerunternehmertum: 99,8% von insgesamt über 20 Millionen Unternehmen der EU-Wirtschaft wurden im Jahr 2005 diesem Sektor zugeordnet. Sie beschäftigen über 78 Millionen Menschen, d.h. 66% aller Berufstätigen in der EU (Eurostat 2006: 1, Europe in Figures 2006/07: 212). In den Jahren 2004 und 2005 wurden 18% der Finanzen des Strukturfonds zwischen 800.000 KMU in der Europäischen Union verteilt (Banker, 18-24.03.2006: 7).

Anfang 2006 startete ich meine Forschungen mit dem Ziel, zunächst die Erwartungen der Kleinunternehmer im Bezug auf die EU sowie ihre Hoffnungen und Ängste sowie ihre Bereitschaft für Veränderungen festzustellen. Alle Befragten äußerten die Überzeugung, dass in ihrer konkreten Wirtschaftstätigkeit im Laufe des EU-Integrationsprozesses gewisse Veränderungen auftreten würden. Dabei wurde auf die steigende Konkurrenz hingewiesen, die in den Medien zu dieser Zeit mehrfach geäußerten Befürchtungen massenhafter Bankrotte im KMU-Sektor fanden dabei allerdings keine explizite Erwähnung. Die mit der EU-Zukunft verbundenen Vorstellungen über die zu erwartenden konkreten Arbeitsperspektiven fielen in den untersuchten Unternehmen unter-

² Anfang 1990er Jahre wurden in Bulgarien zahlreiche Privatunternehmen gegründet, die meisten davon kleine Firmen. Einen besonderen Stellenwert hat das Jahr 1992, in dem die Zahl solcher Firmen um mehr als das Dreifache stieg: Noch 47.878 im Jahr 1991, belief sich die Zahl der Privatunternehmen im nächsten Jahr schon auf 164.932 (Statističeski spravočnik 1993: 165). Die bulgarische Wirtschaftssoziologin Tanya Chavdarova bewertet den raschen Anstieg der Zahl der privaten Kleinunternehmen als eine der Erfolgsgeschichten des postsozialistischen Wandels in Südosteuropa (Chavdarova 2005: 5).

schiedlich aus. Aufgrund des unumgänglichen Prozesses der Konsolidierung im Finanzsektor erwarteten Leiter und Mitarbeiter im Versicherungsunternehmen, entweder von einer ausländischen Firma gekauft zu werden oder mit anderen Firmen aus der Branche zu fusionieren und entsprechend unter neuen Bedingungen arbeiten zu müssen. Die Besitzerin der Touristik-Dienstleistungsfirma sah gute Perspektiven für ihre Tätigkeit und hatte es sich zum Ziel gesetzt, die von ihr angebotenen Dienstleistungen zu vermehren, wobei sie Berufskontakte mit griechischen Partnern aktiv suchte und die schon existierenden Beziehungen mit türkischen Partnern und bulgarischen Kunden intensiv weiter pflegte. Der Inhaber der Produktionsfirma erwartete Einschränkungen in seinem Arbeitsbereich wegen der Konkurrenz, wollte allerdings die Position des Unternehmens auf dem Regionalmarkt aufrechterhalten und war bereit, dafür auf die Expansion in andere Regionen zu verzichten. Die in Partnerschaft mit italienischen Firmen arbeitende Handelsunternehmerin hoffte, ihre Position auf dem heimischen Markt stabilisieren zu können. Der Besitzer des Transportunternehmens hat im Frühjahr 2006 das Angebot eines deutschen Unternehmens, seine Firma zu kaufen, abgelehnt mit dem Ziel vor Augen, auf dem mittel- und südosteuropäischen Transportmarkt selbständig weiter zu agieren und die Beziehungen zu bulgarischen und ausländischen Kunden weiter auszubauen.

Es stellte sich heraus, dass die Unternehmer und Mitarbeiter gerade jener Firmen pessimistische Haltungen bezüglich der künftigen Arbeit und größere Befürchtungen äußerten, die bisher kaum Erfahrungen mit ausländischen Partnern hatten, mit den Leistungsanforderungen der EU-Wirtschaft entsprechend noch nie direkt konfrontiert wurden und ausschließlich auf dem bulgarischen Markt tätig waren. Hierbei handelt es sich um die im Produktionsbetrieb und in der Versicherungsgesellschaft Beschäftigten. Beide Inhaber waren der Meinung, sie bzw. ihre Unternehmen würden in der EU-Zukunft eine eher passive Rolle spielen und die „fremden“ Entscheidungen bedingungslos erwarten und akzeptieren müssen. Sie betrachten die EU als die starke und aktive Seite, die Genehmigungen erteilt bzw. Verbote durchsetzt. Das heißt, die EU wird als eine dominante und zur bulgarischen Arbeitswelt in asymmetrischer Beziehung stehende Macht angesehen, was die Distanz zu ihr, die ja in hohem Maße Fremdheit repräsentiert, symbolisch verfestigt. Ganz unterschiedlich sind die Vorstellungen der anderen drei Unternehmer, die als mäßig positiv eingestuft werden können. Zwar sind diese Vorstellungen von der Meinung geprägt, der EU-Beitritt sei für die betreffenden Firmen mit Schwierigkeiten verbunden und bedeute keinesfalls einen automatischen und schnellen Wirtschaftsfortschritt, doch als Ganzes wird die Integration als eine Chance für die aktive Handelstätigkeit der einzelnen Kleinunternehmen gesehen. Aus dieser Perspektive erscheinen die Akzeptanz neuer Standards und die Anpassungen an die EU-Kriterien unumgänglich und für die weitere erfolgreiche Berufstätigkeit von Interesse. Hierbei sollen die Unternehmer selbst ebenfalls als aktive Seite agieren. Und obwohl die Vorstellungen der verschiedenen Unternehmen voneinander abweichen, erkennen alle Befragten die Notwendigkeit, sich an die neuen Arbeitsanforderungen anzupassen. Den Aussagen ist zu entnehmen, dass die Unternehmer darauf eingestellt sind, sich auch mental auf die Integration vorzubereiten zu müssen.

Insgesamt sind die Haltungen und Erwartungen der Inhaber in Bezug auf die Auswirkungen der EU-Forderungen auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung Bulgariens als ambivalent zu bezeichnen. Als positiv einzustufen ist die Er-

wartung, dass die EU-Institutionen ein stabiles Wirtschaftsumfeld mit einem besseren Geschäftsklima in Bulgarien schaffen werden, indem sie zu einer höheren Qualität der administrativen Dienstleistungen für die Unternehmen beitragen werden. *„Wir erwarten die Herstellung von einer perfekten Kommunikation zwischen Firmen und staatlichen Beamten, die noch nicht existent ist, sowie Hilfe im Umgang mit der Bürokratie,“* teilte der Transportunternehmer mit. Die im Bereich des Tourismus tätige Unternehmerin erzählte, sie erwarte bessere finanzielle Dienstleistungen und weniger administrative Hindernisse, denn *„die staatlichen Organe haben zu viele Verbote und Restriktionen für diesen Sektor durchgesetzt“*. Die Inhaberin der Handelsfirma hofft auf den allmählichen Rückgang der Korruption in den Kontrollorganen, die verheerende Folgen für ihre Tätigkeit habe. Die Beispiele zeigen, dass die Hoffnungen auf Unterstützung und Beistand im wirtschaftlichen Bereich zunehmend auf die EU und auf deren Institutionen übertragen werden. *„Der Staat hilft uns nicht, er stört vielmehr das Business, die EU soll unsere Wirtschaftsentwicklung stimulieren und vorantreiben. Und sie soll die Akzeptanz von Regeln in der Arbeit sichern,“* meint der Besitzer der Versicherungsgesellschaft. Und die Inhaberin der Handelsfirma räumte ein: *„Die Europäische Union wird uns reglementierte Handelsbeziehungen lehren“*.

Die Interviews zeigen deutlich, dass auch heute noch, wie schon früher zur Zeit des Sozialismus, die Erwartungen an den Staat sehr hoch sind, was vor allem für den Wirtschaftsbereich gilt. Nach wie vor wird davon ausgegangen, dass der Staat die ökonomischen Probleme lösen muss, zunehmend richten sich die Erwartungen aber auch an die EU. Was die Kleinunternehmer vom bulgarischen Staat jahrelang erwartet, jedoch nicht oder in nur geringem Maße erhalten haben, hoffen sie nun von „Europa“ zu bekommen. In ihren Vorstellungen wird die EU zum Synonym für ökonomische Stabilität und somit zu einer Gemeinschaft, die mehr Vertrauen verdient als die eigene Regierung. Die Aussagen der Befragten weisen darauf hin, dass zwischen Staat und Unternehmertum eine große Distanz besteht, und sie zeugen vom tiefen Misstrauen gegenüber den bulgarischen Institutionen. Die Inhaberin der Touristik-Dienstleistungsfirma behauptete: *„Der Erfolg des Unternehmens, aber auch des ganzen Tourismussektors ist ausschließlich unserer harten Arbeit zu verdanken und kaum der staatlichen Politik“³*. Unmittelbar nach dem EU-Beitritt und noch wenig später war Brüssel der Hoffnungsträger. Obwohl zwei der Unternehmen die EU-Institutionen als „fremd“ einstufen, bewerten sie diese dennoch positiv, da sie von ihnen die Einführung strenger und objektiver Kontrolle über die Arbeit der bulgarischen Organe erwarten.

Eine weitere positive Erwartung ist mit den Transferzahlungen der EU verbunden. Es zeigte sich, dass alle Befragten eine realistische Vorstellung von der Art und Weise haben, auf die die finanziellen Beihilfen anzufordern sind. *„Die erwartete Finanzierung kommt nicht umsonst, und sie fließt nicht einfach so in die Wirtschaft. Man soll sich bewerben und eine Bewilligung von der EU erhalten... Ich meine, diese Finanzierung wird für die bulgarische Wirtschaft zweifellos nützlich sein,“* teilte der Leiter des Transportunternehmens mit. Solche Aussagen weisen auf den Unterschied zu den in den 1980er Jahren in Grie-

³ Die Ergebnisse einer soziologischen Befragung belegen die Vorherrschaft des institutionellen Misstrauens: Etwa 5/6 der Befragten teilten mit, dass sie bei ihrer Wirtschaftstätigkeit in nur sehr geringem Maße mit der Hilfe der zuständigen Institutionen in Bulgarien rechnen können (Rakadžijska 2007: 286).

chenland aufgekommene Auffassungen von der EU als „cash cow“ oder „donor“, der verpflichtet ist, dem wirtschaftlich rückständigen Mitgliedsstaat Transferzahlungen bedingungslos zur Verfügung zu stellen (cf. Lauth Bacas 2004).

Für negative Einstellungen und Skepsis bei den Befragten sorgen die vielen Unklarheiten in Bezug auf die bevorstehenden notwendigen Veränderungen in der gesamten Wirtschaftsentwicklung, die das ganze Jahr 2006 prägten. Konkret handelte es sich um die neuen komplexen Verfahren sowie um die hohen Standards und Leistungsanforderungen. Dabei betrachteten die Unternehmer hauptsächlich die staatlichen Institutionen als verantwortlich. Die Befragten klagten über das Fehlen offizieller Ankündigungen von Seiten der Ministerien über die für die Wirtschaft äußerst wichtigen Anforderungen und Vorschriften. Die Handelsunternehmerin erzählte, sie hätte unmittelbar vor dem EU-Beitritt keine Information über eine klare Strategie des Staates für ihre Branche gefunden, z. B. ob und wie die Firmen stimuliert werden sollen, was für Investitionen geplant seien usw. Bei ihren ständigen Versuchen, sich mittels offizieller Kanäle über die Veränderungen in diesem Wirtschaftssektor und über die Entwicklung des Marktes zu erkundigen, sei sie auf große Schwierigkeiten gestoßen⁴.

Doch die meisten Befürchtungen und pessimistischen Haltungen hängen mit der erwarteten Formalisierung der Arbeitsbeziehungen zusammen, die hauptsächlich für die „alten“ EU-Mitgliedsländer charakteristisch ist. Der Arbeitsalltag der Bulgaren in den sozialistischen und postsozialistischen Jahren war durch die starke Verflechtung des beruflichen und privaten Lebens geprägt, die als überaus positiv bewertet und als selbstverständlich wahrgenommen wurde und die Bewältigung der Schwierigkeiten und Herausforderungen in der Arbeitswelt erleichterte. Diese Verflechtung charakterisiert heute noch die Beziehungen zwischen Arbeitskollegen, Chefs und Untergeordneten, sowie die Verhältnisse zu Kunden und Geschäftspartnern. Persönliche Netzwerke im Arbeitsumfeld herzustellen und die formalisierten Arbeitsbeziehungen in informelle persönliche, ja sogar familiäre Kontakte umzuformen, gilt als eine wichtige Strategie für den Aufbau von Vertrauen innerhalb der Arbeitswelt (Petrova 2007).

Die hohe Relevanz der Informalität im Beruf lässt sich anhand der Aussage einer Mitarbeiterin der Versicherungsgesellschaft vor Augen führen:

Die Mehrheit meiner Kunden sind Freunde von mir. Deshalb kann ich ihnen keine Leistung verweigern, wenn sie mich anrufen. Es kommt vor, dass mich jemand um 22 Uhr anruft: er braucht eine Autoversicherung, denn er fährt früh am Morgen ins Ausland. Dann fahre ich gleich ins Büro und erledige das. Warum? Na ja, er ist doch mein Freund, er ist in Not und ich kann nicht absagen. Es ist nun mal so gekommen und ich werde ihm helfen. Außerdem kann ich selbst meine Arbeitszeit bestimmen. Wenn ich beispielsweise um 6 Uhr am Arbeitsplatz bin und die Arbeit bis 13 Uhr erledigt habe, kann ich weggehen und niemand wird etwas dagegen sagen. Und wenn es notwendig ist, bleibe ich im Büro bis spät in der Nacht. Wenn wir aber der EU beitreten, dann wird nämlich sie die Regeln

⁴ Auch die Wochenzeitung „Banker“ informiert darüber, dass insgesamt 71% der bulgarischen Unternehmen sehr große Probleme haben, die Veränderungen im jeweiligen Sektor zu verfolgen (Banker, 4-10.11.2006:38).

bestimmen. Dann werde ich nur von 8 bis 17 Uhr arbeiten dürfen, und was mache ich dann in solchen Fällen? Da wird sich sicher kaum jemand dafür interessieren, wer mein Freund ist und wann er mich braucht.

Im Interview mit dem Chef der Versicherungsgesellschaft tauchen auch Befürchtungen auf, die auf eine bevorstehende Krise der beruflichen Identität verweisen. Sie kann infolge der Spannung zwischen den erwarteten Anforderungen einer festen Reglementierung der Arbeitszeit und den in Bulgarien verbreiteten Konzepten für flexible Arbeitszeiten auftreten. Die Krise kann aber auch aufgrund der Konfrontation zwischen der geforderten strengen Formalisierung der beruflichen Verhältnisse und der hohen Relevanz der stark personalisierten Arbeitsbeziehungen ausgelöst werden. Ob und in welchem Maße die zu erwartenden stark formalisierten bzw. sachlichen Beziehungen die alten, vertrauten Personalbeziehungen in diesem Unternehmen verdrängen werden, wird die Zukunft zeigen. Bisher wurden hier noch keine Veränderungen der Arbeitsbedingungen forciert und es wird erst mal auf die übliche Art und Weise weiter gearbeitet.

In den anderen Unternehmen dagegen sind bereits gewisse Veränderungen in Richtung der allmählichen Anpassung an die erwarteten Anforderungen bezüglich der Rationalisierung des Arbeitsalltags und der Formalisierung der Arbeitsbeziehungen festzustellen. Einige Beispiele sollen dies veranschaulichen. Schon Anfang 2006 wurden der Schwiegervater des Transportunternehmers und der Onkel des Chefs der Produktionsfirma entlassen. Beide Männer waren schon über 70 Jahre alt; sie wurden von ihren Verwandten vor ein paar Jahren in den Unternehmen angestellt, weil sich die ziemlich erfolgreichen Unternehmer verpflichtet fühlten, auch für die älteren Mitglieder ihres persönlichen Netzwerks einen Arbeitsplatz zu sichern. Diese Einstellung korrespondiert mit dem Festhalten an den Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen im sozialen Bereich sowie mit der traditionellen Bereitschaft zu materieller und immaterieller Unterstützung innerhalb des persönlichen Netzes, die in den westlichen Industriegesellschaften nur selten anzutreffen ist (Schubert 2005: 39-40). In den schwierigen Transformationsjahren hat die Familien- und Verwandtschaftssolidarität in den Gesellschaften Osteuropas weiterhin eine wichtige soziale Relevanz (Sterbling 2005: 12), die auch in der Arbeitswelt der Bulgaren ihre Gültigkeit behält. Die beiden bejahrten Männer fungierten in den untersuchten Firmen hauptsächlich als „Vertrauenspersonen“, besaßen jedoch nicht die notwendigen beruflichen Kenntnisse bzw. eine entsprechende Qualifikation. Der bevorstehende EU-Beitritt und die damit verbundenen Arbeitsanforderungen und Normen wurden für die Firmeninhaber zu einem mehr oder weniger willkommenen Anlass, die ineffektiven Mitarbeiter zu entlassen und somit ein besseres, rationaleres Mikroklima im jeweiligen Unternehmen zu schaffen. Auf diese Weise tritt das rationale Wirtschaftsdenken an die Stelle der emotionalen Beziehungen und der familiären Verpflichtung zur Hilfeleistung auch in der Arbeitswelt.

Dennoch darf die aufkommende Formalisierung des beruflichen Umfelds nicht überschätzt werden. Der Druck aus Brüssel wird vermutlich eher zu einer eigenartigen Verflechtung persönlicher informeller und geforderter formalisierter Beziehungen in den Kleinunternehmen führen. Auch ist anzunehmen, dass sich rationales Denken und Planen sowie strengere Arbeitsdisziplin neben den emotional geprägten Verhältnissen etablieren werden. Dafür können jetzt schon Beispiele aus der Touristik-Dienstleistungs- und aus der Handelsfirma

angeführt werden. Die Touristikunternehmerin zog es vor, ihren Schwiegersohn anzustellen, der zum damaligen Zeitpunkt noch drei Monate bis zur Beendigung seines Studiums an der Fakultät für Transportwesen brauchte, anstatt eine formelle Ausschreibung dieser Arbeitsstelle zu tätigen, auf die sich dann anonyme Bewerber gemeldet hätten. Die Handelsunternehmerin, die ihre Mitarbeiter immer anhand von Bewerbungen aussucht, d.h. zu keinen Kompromissen bereit ist, was Leistungsbereitschaft und Arbeitsdisziplin betrifft, ist trotzdem immer noch vor allem an Handelspartnern interessiert, die durch persönliche Beziehungen und Referenzen den Weg zu ihr finden. Angesichts dieser Vorgehensweise ist es sehr wahrscheinlich, dass derartige emotional geprägte Verhältnisse im künftigen formalisierte Arbeitsumfeld ihren Platz behalten und ein fester Bestandteil der „europäischen“ Arbeitswelt der Bulgaren bleiben werden. Es handelt sich also um eine Umformung, Rationalisierung und Anpassung der vertrauten personenbezogenen Arbeitsbeziehungen, d.h. um eine Verflechtung aus Altbewährtem und geforderter Formalisierung.

Wie bereits erwähnt, war die allgemein positive Einstellung zu den erwarteten Beihilfen aus den EU-Fonds allen befragten Unternehmern gemeinsam. Was den Umgang der Firmeninhaber mit den Vor-Beitritts-Programmen anbelangt, sind drei unterschiedliche Strategien festzustellen, die einen Zugang zum EU-Geld verschaffen sollen. Die erste Strategie besteht in der Anpassung an alle neuen, für die EU legitimen Anforderungen, was dazu verhelfen soll, einen Wettbewerb zu gewinnen, so dass anschließend diese erfolgreiche Beteiligung an den Vor-Beitritts-Programmen der EU als Vorteil für die künftige Entwicklung des Unternehmens genutzt werden kann⁵. Auf diese Weise geht der Transportunternehmer vor, dessen erster Projektantrag beim Vor-Beitritts-Programm PHARE vom Transportministerium im Februar 2006 abgelehnt worden war. Danach nahm er an speziellen Kursen im Ministerium teil, die zur Vorbereitung von Klein- und Mittelunternehmern auf eine erfolgreiche Teilnahme an Projektausschreibungen organisiert wurden. Dank dieser Veranstaltung konnte er wichtige Kenntnisse erwerben. Dabei lernte er außerdem eine Beamtin des Ministeriums kennen, die ihm bei der tadellosen Vorbereitung aller notwendigen Unterlagen für einen anderen Projektantrag behilflich war. Die Frau hatte sich nämlich das speziell dafür vorgesehene Wissen in Straßburg angeeignet. Solche hoch qualifizierten Angestellten, die große Hilfe bei Projektbewerbungen leisten, sind hoch bezahlt und in den EU-Mitgliedsländern sehr gefragt. Die Anwendung dieser im Sinne der EU legitimen Strategie erwies sich als erfolgreich: Das Ministerium bewilligte die Summe von 50.000 Euro für sein zweites Projekt. Der Unternehmer schätzt diese finanzielle Beihilfe als nicht ausreichend ein – davon hatte er nämlich vor, seinen Projektberater und die Beamtin des Ministeriums zu bezahlen sowie eine neue Arbeitsstelle in seinem Unternehmen zu schaffen, obwohl diese im Grunde nicht unbedingt notwendig war.

Trotzdem zeigte sich der Transportunternehmer mit dem bewilligten Projekt ganz zufrieden: Er betrachtet es als eine Möglichkeit, den EU-Institutionen, die seine Tätigkeit in den nächsten zwei Jahren unter die Lupe nehmen werden,

⁵ Über diese Strategie im bulgarischen Landwirtschaftssektor berichtete die Wochenzeitung „Banker“: „Der Agrarbusiness in Bulgarien legt sich ernsthaft ins Zeug, die europäischen Prozeduren kennen zu lernen, um das EU-Geld für die Landwirtschaft und die Entwicklung der ländlichen Regionen erfolgreich zu verwenden. Mehrere Farmer haben sich sogar eine ‚Projektkultur‘ erworben, d.h. sie haben schon gelernt, erfolgreiche Projekte zu erarbeiten, um Subsidien bekommen“ (Banker, 25-31.08.2007: 12).

seine bzw. des Unternehmens hochqualitative Arbeit und Leistungsfähigkeit zu beweisen. Er hofft, dass er auf diese Weise bei anderen Projektbewerbungen in den nächsten Jahren bevorzugt werden wird. Diese Denkweise ist ein Beweis für die sich durchsetzende Einstellung, dass soziales Kapital, das für eine künftige Projektbewilligung sowie für Hochschätzung des Unternehmens seitens der EU-Institutionen von Nutzen sein kann, durch Leistung und Engagement zu erwerben ist, was den Werten der Europäischen Union entspricht. Der Unternehmer verzichtet auf einen finanziellen Gewinn aus dem Vor-Beitritts-Programm mit der Absicht, in dieser Etappe soziales statt ökonomisches Kapital anzuhäufen. Denn die Leistungsforderung gilt als eine der wichtigsten Wertorientierungen im wirtschaftlichen Umfeld, die die EU schätzt (Gerhards 2005: 157). Damit sein Unternehmen den EU-Arbeitsnormen völlig entspricht, hat der Unternehmer unmittelbar vor seiner Bewerbung beim Programm PHARE einen Mitarbeiter entlassen, der vier Stunden täglich ohne Arbeitsvertrag in der Firma beschäftigt wurde. Das Beispiel zeigt, dass sich die EU-Kriterien auf die rationale Umstrukturierung des Kleinunternehmertums positiv auswirken und die Befolgung der Gesetze fördern.

Eine zweite Strategie für die Teilnahme an den Vor-Beitrittsprogrammen ist beim Produktionsunternehmer aus Pernik zu beobachten. In November 2006 stellte er im Wirtschaftsministerium ein Projekt vor, um Geld vom Programm PHARE für den Kauf einer neuen Maschine zu erhalten. Zwei Monate später wurde sein Projekt jedoch abgelehnt. In dem zur Zeit der Bewerbung geführten Interview erzählte der Unternehmer, welche Pläne er mit der erwarteten Summe von 30.000 Euro realisieren möchte:

Die neue Maschine habe ich schon in Mazedonien zu einem niedrigen Preis gekauft, sie liegt bei mir noch in Kasten. Die Papiere und Quittungen dafür bekomme ich aber später, wenn mein Projekt bewilligt wird. Die Leute in Mazedonien wissen schon Bescheid, sie werden ein anderes Datum und einen anderen Preis darauf schreiben, damit es aussieht, als sei das Geld vom Programm dafür verwendet worden. Natürlich bekommen sie auch etwas von mir als Dankeschön. Und das Geld – wahrscheinlich kaufe ich ein Grundstück in Pernik, das ich später, wenn die Preise steigen, mit Gewinn verkaufen werde.

Diese Strategie der manipulativen Nutzung von Vorteilen der EU-Programme erinnert an jene aus der sozialistischen Periode bekannte Strategie der Anpassung des Systems an die eigenen Bedürfnisse und der Veränderung vorgeschriebener bzw. „von oben“ geplanter Ergebnisse, so dass die sich ergebenden Möglichkeiten für eigene Ziele genutzt werden können (cf. Roth 1999). Der Unternehmer ist bereit, diese bekannte Strategie an die neuen Anforderungen zu adaptieren mit dem Ziel, das gewonnene Geld spekulativ zu verbrauchen und nicht etwa für die Steigerung der Produktivität oder für das Allgemeinwohl der Beschäftigten im Unternehmen zu verwenden. Außerdem gehört das spekulative Investieren in Grundstücke keinesfalls zu den Zielen und Prinzipien der erfolgreichen Entwicklung der EU-Wirtschaft. Diese Akzeptanz der finanziellen Beihilfe bei gleichzeitiger bewusster Ablehnung der Vorschriften für die rationale Verwendung des Geldes und dem Beharren auf vertrauten Mustern im Umgang mit Institutionen ist mit Griechenlands Mitnahmentalität durchaus vergleichbar.

In der Versicherungsgesellschaft und auch in der Handelsfirma ist eine ablehnende Haltung gegenüber den Möglichkeiten, sich Zugang zu den EU-Fonds zu

verschaffen, erkennbar. In beiden Unternehmen verfügten Chefs wie Mitarbeiter über keinerlei Wissen über die Möglichkeiten, eine Unterstützung ihrer Arbeit durch diese Fonds zu erhalten. So behauptete die Handelsunternehmerin: *„Sie fragen mich nach den EU-Fonds, aber das gilt nicht für uns. Ich denke, das Geld ist nur für den Produktionssektor bestimmt und wir als Händler hätten dabei keine Chance“*. Sie hat keine reale Vorstellung, was wohl dadurch zu erklären ist, dass die zuständigen Institutionen die notwendige konkrete Information über die EU-Fonds nicht rechtzeitig und nicht in flächendeckend zur Verfügung gestellt haben. Diese (beabsichtigte) ineffektive Vorgehensweise wird auch in den bulgarischen Medien viel kritisiert⁶, und erst seit Mai 2007 ist eine Zunahme der Informiertheit festzustellen. Die Institutionen halten das Wissen über die Fonds zurück, ebenso auch viele normative Vorgaben und Anforderungen, die von der EU schon längst gestellt wurden. Auf diese Weise etablieren die Beamten in den Staatsinstitutionen im Grunde eine Informationsasymmetrie mit der Folge, dass die Information zu einer wichtigen strategischen Ressource wird, die bestimmte Korruptionspraktiken fördert. Die Beamten bemühen sich, den Zugang zu Information zu begrenzen und dadurch Vorteile für sich selbst zu schaffen. In vielen Fällen wird die Information nur fragmentarisch und sporadisch weitergeleitet, worüber sich die Tourismusunternehmerin beklagte.

Trotz der bestehenden Distanz zwischen öffentlichen Institutionen und Kleinunternehmern sind in den untersuchten Unternehmen bereits gewisse Anzeichen für eine Zunahme des institutionellen Vertrauens festzustellen, das einen der wichtigen Werte im Bereich des wirtschaftlichen Handelns in den „alten“ Mitgliedsländern darstellt (Gerhards 2005: 144). Die Unternehmerin im Tourismussektor hat zum ersten Mal als Firmenbesitzerin einen hohen Bankkredit bekommen, um einen neuen Bus zu kaufen. Diesen Schritt unternahm sie aufgrund ihrer Überzeugung, dass man nach dem Beitritt den Banken mehr Vertrauen schenken könne, weil sie von den EU-Institutionen streng und ununterbrochen kontrolliert würden. Dabei hatte sich die Firmeninhaberin bemüht, die günstigsten Kredite zu bekommen, ohne dabei, wie früher, private Beziehungen in den Banken zu suchen. Auch hat sie nicht in Erwägung gezogen, wie sie es früher getan hätte, kleinere Summen als Privatperson auszuleihen, um sie dann für Firmenzwecke zu verwenden. Das bedeutet, dass sie bereits ihre Einstellung geändert hat und bereit ist, wenn es um Kredite geht, als Unternehmerin direkt mit der Bank als Institution in Kontakt zu treten, was die Formalisierung der Arbeitsbedingungen begünstigt. Hinzu kommt auch die Legalisierung der Unternehmenskredite als Finanzmittel, die direkt zur Stimulierung der Wirtschaftstätigkeit eingesetzt werden können.

Auch ein weiteres Beispiel zeugt vom gestiegenen institutionellen Vertrauen. Die Handelsunternehmerin hat in März 2007 ein gerichtliches Verfahren gegen eine Beamtin im Steuerdienst wegen vorsätzlicher Schädigung der Tätigkeit der Handelsfirma eingeleitet. Im Interview erzählte die Inhaberin, dass die Steuerbeamtin innerhalb der letzten Jahre mehrmals von ihr Schmiergeld verlangt habe. Nachdem sich die Unternehmerin stets geweigert hat, die

⁶ In der Zeitung „Banker“ ist beispielsweise Folgendes zu lesen: „Die meisten Projekte werden durch bürokratische Hemmnisse und durch die geringe Informiertheit der Bevölkerung behindert. Es fehlt die notwendige Information über die Anforderungen für die Bewerber, über die Verfahren der Projektannahme usw.“ (Banker, 29.01.-4.02.2006: 20).

verlangten Summen zu bezahlen, nutzte die Beamtin ihre berufliche Position, um mehrere Schritte zum Nachteil der Handelstätigkeit der Unternehmerin vorzunehmen. Die Firmeninhaberin zeigte sich überzeugt von der guten und anständigen Arbeit der Gerichtsorgane in Bulgarien, die ihrer Meinung nach durchaus dem EU-Beitritt zu verdanken sei. Früher habe sie es gar nicht gewagt, ihre Interessen vor Gericht zu verteidigen, da sie in dies kein Vertrauen hatte. Heute sieht sie den EU-Beitritt als Motor der rechtlichen Veränderungen in Bulgarien. Dabei setzt sie auch auf ihre eigene Initiative bei der Lösung beruflicher Probleme, anstatt wie früher die Strafen der Steuerorgane passiv zu akzeptieren. Dieses Verhalten ist ganz im Sinne der EU-relevanten Werte und Normen, die von der Firmenbesitzerin schon verinnerlicht sind.

Meine Untersuchungen ergaben, dass anhand ihrer Einstellungen und der von ihnen eingesetzten Strategien die befragten Kleinunternehmer in zwei Gruppen aufgeteilt werden können. Die Unternehmer der ersten Gruppe zeichnen sich durch eine größere Aktivität unter den neuen Arbeitsbedingungen aus und sind bereit, die EU-Kriterien in ihrem Wesen zu akzeptieren. Allerdings behalten sie auch einige gut vertraute, die Orientierung in der Arbeitswelt erleichternde Praktiken bei, die ihnen Jahre lang während der Transformationsperiode hilfreich gewesen sind. Die Unternehmer der zweiten Gruppe zeigen sich eher passiv und euroskeptisch und sind nicht bereit, die alten Werte und Verhaltensweisen grundsätzlich zu verändern, und haben Angst davor, dass es zwangsläufig dazu kommen könnte. Doch trotz der entschiedenen Ablehnung „fremder“ Werte ist auch bei ihnen eine gewisse Annäherung an die europäischen Arbeitsanforderungen festzustellen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Wandel der politischen und ökonomischen Bedingungen schneller und leichter vollzogen wird als die Veränderungen kultureller Orientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen, insbesondere wenn es sich um vertraute und emotional sehr positiv besetzte Normen und Werte handelt (cf. Roth 1988: 225, Gerhards 2005: 165).

In allen untersuchten Unternehmen treten Formen der kreativen Verbindung von gut bekannten Verhaltensformen in der Berufswelt und neuen Normen und Vorschriften zutage. Feststellbar sind auch ständige Versuche, sich langsam an die neuen Arbeitsbedingungen anzupassen, ohne jedoch die eigenen Bedürfnisse aus den Augen zu verlieren. Dieser Wandlungsprozess stellt die eigentliche, für die kleinen Unternehmer in Bulgarien charakteristische „Europäisierung von unten“ dar. Man kann diese Vorgänge im Kontext der allgemeinen kulturellen „Europäisierung“ der südosteuropäischen Gesellschaften betrachten, die sich durch einen aktiven und schöpferischen Prozess der Selektion, Vermischung und Adaptation auszeichnet, und nicht durch einfache mechanische Imitation (cf. Roth 1988: 225).

Der Transformationsprozess im KMU-Sektor Bulgariens weist einen komplexen Charakter auf, der vermutlich lange bestehen wird. Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass es sich um Unternehmer der „ersten Generation“ handelt, von denen viele die sozialistische Zeit noch bewusst erlebt und ihre ersten Berufsjahre in sozialistischen Betrieben verbracht haben. Für die Wirtschaftspartner aus den anderen EU-Ländern ist es sehr wichtig, die historischen und kulturellen Hintergründe dieser spezifischen Entwicklung zu kennen und zu akzeptieren, und sie nicht etwa als Unfähigkeit oder Bedrohung einzustufen. Denn

eine Nichtbeachtung der soziokulturellen Unterschiede könnte viele negative Auswirkungen haben und wohl kaum zum Erfolg der EU-Integration beitragen.

Literatur

- CHAVDAROVA, Tanya 2005: The Bulgarian Small Business Owners: Entrepreneurs or Workers without Boss? In: Sociological Problems. Quarterly Journal of the Institute of Sociology, Bulgarian Academy of Science, Special Issue, 5-22.
- GERHARDS, Jürgen 2005: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitritts-Kandidaten und der Türkei. Wiesbaden; Verlag für Sozialwissenschaften.
- LAUTH BACAS, Jutta 2004: Greek Attitudes towards EU Inclusion: Controversial Discourses of Belonging. In: Ethnologia Balkanica 8: 7-21.
- MITEV, Petăr-Emil 2007: Nacionalizăm i/ili optimistična teorija za bălgarskija narod [Nationalismus und/oder optimistische Theorie über das bulgarische Volk]. In: Bălgarija: integracija, transformacija, modernizacija [Bulgarien: Integration, Transformation, Modernisierung]. Sofia, 130-136.
- PETROVA, Ivanka 2007: Männervertrauen – Frauenvertrauen in der Arbeitswelt. In: Klaus Roth (Hg.), Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern. Ethnologische und soziologische Untersuchungen. Berlin: LIT, 303-316.
- RAKADŽIJSKA, Temenuga 2007: Socialnata cena na transformacijata i adaptacijata na bălgarskoto obštestvo v procesa na evrointegracija [Der soziale Preis der Transformation und der Adaptation der bulgarischen Gesellschaft im Prozess der EU-Integration]. In: Bălgarija: integracija, transformacija, modernizacija [Bulgarien: Integration, Transformation, Modernisierung], 269-327.
- ROTH, Klaus 1988: Wie „europäisch“ ist Südosteuropa? Zum Problem des kulturellen Wandels auf der Balkanhalbinsel. In: Nils-Arvid Bringéus u.a. (Hg.), Wandel der Volkskultur in Europa, Bd. 1. Münster, 219-231.
- ROTH, Klaus 1999: Praktiken und Strategien der Bewältigung des Alltagslebens in einem Dorf im sozialistischen Bulgarien. In: Zeitschrift für Balkanologie 35: 63-77.
- ROTH, Klaus 2006: Vom Nutzen der Kulturwissenschaften – Aufgaben und Perspektiven volkscundlich-ethnologischer Südosteuropa-Forschung. In: Südosteuropa Mitteilungen 46: 50-62.
- ROTH, Klaus 2006a: 'Europäisierung'. Zur Problematik eines Begriffs. In: Helga Schubert (Hg.), 'Europäisierung' – Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs. Forst Arbeitspapiere 38, München, 7-10.
- SCHUBERT, Gabriella 2005: Südosteuropäische Identität in einem sich wandelnden Europa. In: Südosteuropa-Mitteilungen 45: 30-40.
- STERBLING, Anton 2005: Aktuelle Identitätsprobleme in Südosteuropa. In: Südosteuropa-Mitteilungen 45: 6-15.

Quellen

- BANKER: Nacionalen sedmičnik za finansi, iekonomika i politika [Bankier: Nationale Wochenzeitung für Finanzen, Wirtschaft und Politik].
- EUROPE IN FIGURES 2006/07: Eurostat-Jahrbuch. In: <http://epp.eurostat.eu/portal/> page.

EUROSTAT 2006: Statistics in Focus. Industry, Trade and Services. In:
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page> .

STATISTIČESKI SPRAVOČNIK 1993: Nacionalen statističeski institut [Statistisches Handbuch.
Nationales Statistisches Institut]. Sofia.

STATISTICAL YEARBOOK 2006: National Statistical Institute. Sofia.

Property Relations and Market Agriculture in Bulgaria in its Accession to the European Union

Milena Benovska-Săbkova, Sofia

Having acceded to the European Union in 2007, Bulgaria is at the start of new sweeping changes. This has been particularly valid for Bulgarian agriculture, which was adversely affected by all the cataclysms during the twentieth century, rife with trials and tribulations. In this paper I intend to map out the fundamental trends in the development of Bulgarian agriculture at the start of the accession process, thus providing the basis for the study of the impact of European membership and, more specifically, European funds. I will focus on the market-oriented agricultural production, which is the object of impact of the European funds. Subsistence oriented agriculture continues to be the mass practice among the broad strata of the Bulgarian population. According to a 2001 census, 1.5 million households in Bulgaria maintained petty subsistence-oriented household farms⁷. Notwithstanding their major social significance, these farms will not be discussed here as they are considered economically ineffective.

In order to clarify the present-day situation, a brief reference will be made to the post-socialist development in Bulgarian agriculture. By order of the 1991 law regarding the restitution of agricultural land, a process of de-collectivization was implemented in Bulgaria, whereby former land owners or their heirs were reinstated with their land (Kaneff 1996: 85-114; Giordano, Kostova 1997: 135-149; Kaneff 1998: 16-32). The actual return of the land, however, has been a complicated and contradictory process continuing for years after the law had come into force. The agrarian reforms in the post-socialist countries have been subordinated to different conceptions⁸ (Hann 2003: 1-47; Kaneff, Yalcin-Heckmann 2003: 219-257). The Bulgarian restitution bill of 1991 was based on "the sanguinist principle": the land was returned to its former owners or to their successors "within real borders"⁹. This caused a large-scale desertion of agricultural land – a phenomenon also experienced by other post-socialist countries. Although towards the end of the 1990s the amount of deserted land was on the decrease, in Bulgaria it continues to be a severe problem. This has been a major challenge to Bulgarian agriculture prior to the country's accession to the European Union.

The following research questions need to be asked within this most general context: What types of agricultural ownership or what types of management of this ownership have been established in Bulgaria during the first decade of the twenty-first century? What have the processes of redistribution and

⁷ I have dedicated several publications to the subsistence-oriented farms, see for example: Benovska-Sabkova 1997: 113-123.

⁸ Extensive literature has been dedicated to the post-socialist transformations of agricultural property. The titles quoted here are those most relevant to my topic.

⁹ This means that the leading principle was to reconstruct the property in its pre-socialist borders, neglecting the transformations which took place during the decades of socialism.

transformation of this ownership been? What social actors are taking part in these processes? What interest have the different agricultural producers expressed in the European funds and agricultural subsidies? Will the European funds and agricultural subsidies stimulate the development of market agriculture and if so, to what extent? Will the funds and subsidies contribute to the development of the rural regions?

For the time being it is too soon to expect final answers to these questions. However, there are clearly discernible trends, which I will present by comparing ethnographic snapshots from three settlements in Bulgaria – two villages and a small town, namely the villages of Selanovtsi (*Selanovci*) and Zverino, both in the region of Vratsa (*Vraca*) and the town of Parvomai (*Părvomaj*), Plovdiv region. The three examples show the importance of the socio-economic, natural, and climatic factors, which have determined the development of agriculture in Bulgaria. Two settlements in the plains (the village of Selanovtsi and the town of Parvomai) and a mountainous one (the village of Zverino) have been included in the comparison. The settlements in the plain point to the significance of the 'size of farm ownership' (the village of Selanovtsi) and the significance of traditional practices in the development of activities which bring in higher revenues, such as fruit and vegetable growing in a region (the town of Parvomai). Factors like '(small) town – village' have not been relevant for my study. In the three settlements chosen, stockbreeding is not a priority activity and will not be an object of attention.

The paper is based on three short field trips, conducted from April until the end of August 2007, including observations and a total of fifteen semi-structured interviews. To begin with, I present some statistics from the Ministry of Agriculture: 'The Structure of the Farms in Bulgaria, 2005'. The statistics compare data from 2003 and 2005, outlining fundamental trends in the development of Bulgarian agriculture in the first decade of the twenty-first century¹⁰.

Holdings and their agricultural area by farm status

Holdings		2003	2005
	number	654,808	520,529
	area (dca)	29,044,796.0	27,293,901.3
farm status			
Natural persons	number	648,274	515,300
	area (dca)	8,796,778.2	9,147,394.6
Sole traders	number	2870	2159
	area (dca)	3,408,613.8	3,545,969.4
Co-operatives	number	1973	1525
	area (dca)	11,693,094.7	8,908,700.4
Companies	number	1,331	1,312
	area (dca)	4,691,970.9	5,225,591.5
Civil associations and others	number	360	234
	area (dca)	454,338.7	466,245.4

The table shows that agricultural activity in Bulgaria has developed five types of holdings which differ in the size of the ownership and the manner in which it

¹⁰ The table presented here is based on an official source, but is not identical, see: www.mzgar.government.bg/StatPazari/Agrostatistika/pdf/publication_FSS

is managed. These are natural persons, sole traders, agricultural cooperatives, companies, and the category referred to as civil associations, among others¹¹. From 2003 to 2005, the total number of the holdings decreased by 134,279, the arable land, respectively, decreased by 175,089.5 ha. The processes taking place, however, have not been unidirectional. The negative trend can be observed as being primarily at the expense of the agricultural cooperatives. Their number dropped by 448, whereby the land, cultivated by them, also decreased by 278,439.4 ha. However, consolidation of property has been observed among the other types of holdings, regardless of whether the number of the holdings themselves has decreased or increased. Most often the consolidation is at the expense of the petty owners, who either sell their land or lease it out. Therefore, the statistics bring to the fore two opposite trends: hardships and reduction of the activities of the largest-scale holdings (the agricultural cooperatives), and the consolidation of the property in the remaining four categories of holdings. There will be a further analysis of the three examples in an attempt to explain these processes, showing them on a micro-level.

The village of Selanovtsi, Vratsa Region

Under socialism this was one of the largest villages in Bulgaria, with a population of 6,600 inhabitants, today reduced to about 4,700. The village is located in Northwest Bulgaria in the Danubian Plain and has moderate continental climate, at an altitude of 170 m above sea level, 7 km away from the bank of the Danube. The land belonging to the village is considered big for Bulgarian standards, 10,568.6 ha, the size of the individual land property is also large and the soil is fertile 'carbonate *black earth*'. Property exceeding 10 ha is not rare. Under socialism, the local cooperative farm was one of the most prosperous in the region, but a significant share of its assets were scattered or plundered during its liquidation in 1991-1992. Despite that, in the spring of 2007, the local people were proud of the fact that the entire agricultural land of the village was being cultivated and that there was no deserted land¹².

In Selanovtsi, as presented by the national statistics, there are now almost all kinds of agricultural holdings. An uncompromising battle is being waged amongst the social actors who are managing them for the redistribution of the main resource – the arable land. The incoming European funds and subsidies are an additional catalyst in this respect. On the micro level it is difficult to differentiate between the companies and the sole traders, or even between the agricultural cooperative and the sole trader. This is due to the disparity between the *emic* terms accepted for these holdings, on the one hand, and the *etic* terms, i.e., the juridical and statistical terminology, on the other. Thus, according to the local inhabitants, three agricultural cooperatives have been operating in the village, while according to an experienced local agronomist, only one of these structures is an agricultural cooperative, while the other two he defines as *arendatori* – private leaseholders (a term I shall elaborate on

¹¹ This is the original terminology used in the statistics and which has been published in both Bulgarian and English.

¹² The data was provided by the local Land Commission in Oriahovo.

later). In order to avoid confusion, I shall use the *emic* terms used by the locals and will show which juridical terms they correspond to.

Let me mention as a reminder that the current agricultural cooperatives were established after 1993 in place of, and to some extent partially with, resources obtained from the former socialist cooperative farms following the liquidation of these cooperative farms in 1991-1992 (see Kaneff 1996: 85-114). The shortcomings of the law on restitution have created a favourable niche for the formation of new cooperatives. These cooperatives are based on private property and are comprised of land owners who are unable, for various reasons, to cultivate the land themselves:: lack of farming equipment, fragmentation of the property, old age, residency far from the agricultural property, etc. Sometimes more than one agricultural cooperative (two or three) is established in the same settlement, reflecting the political opposition between the "democrats" and the supporters of the Bulgarian Socialist Party (BSP) (former Bulgarian Communist Party, BCP). As has already been shown in anthropological literature, the cooperatives which share nostalgia for the socialist cooperative farms also strive to develop socially oriented activities, in addition to production.

The large agricultural cooperative¹³ in the village of Selanovtzi is of a similar type. It was established in 1993 under the name *Agro Firm Solaris*, immediately after the liquidation of the local socialist cooperative, and it operated partially with resources from the defunct cooperative (arable land, farm yard, agricultural machinery). Initially, *Solaris* pooled 3,000 ha of land and was engaged almost entirely in grain production (wheat, maize, barley, sunflower). From its establishment to date the chairman of the cooperative has been M.P., deputy chairman of the socialist cooperative farm prior to 1989. The contracts with the owners (mostly petty owners) are for a term of five years and entitle them to receive rent payment, which comes in the form of wheat, maize, and cooking oil. In 2007 the rent was a minimum of 10 Leva for 0.1 ha of land contributed. There is also an element of social activity: the cooperative supplies the local bakery with some of the wheat for baking bread. In this manner, the owners receive bread free of charge or at a price below the market price. Against payment, the cooperative provides its members the machine cultivation of small plots of land (from 0.1 to 0.3 ha), which the owners still cultivate personally¹⁴.

The precise economic parameters of the activity of *Solaris* are hard to establish. The information is not accessible, because it is an important tool in the struggle for the redistribution of agricultural resources among the different agricultural entrepreneurs. Thus, according to M.P., chairman of *Solaris*, currently it has 3,500 ha, but his opponents claim that the cooperative operates with only 1,500 ha. The latter statement is used as an argument in order to present the activities of *Solaris* as unsuccessful and to serve as a catalyst in redirecting the owners to other entrepreneurs who offer similar contracts.

¹³ This term corresponds to the "cooperatives" in terms of the national statistics referred to above.

¹⁴ This practice is familiar for most of the post-socialist cooperatives in Bulgaria. On this matter, cf. also Benovska 1997.

The story of *Solaris* is indicative of the vicissitudes, entailing bankruptcies and the closedown of agricultural cooperatives – a process that is clearly testified by the statistics. In the mid-1990s another cooperative in Selanovtsi went bankrupt. The 1,500 ha cultivated by the cooperative were added to *Solaris* and extended to 4,500 ha. The instability of the present-day agricultural cooperatives is evident in Bulgaria. In addition to several years of having produced low yields, flaws in management, the monopoly of big economic gamers on determining the prices of the agricultural output, and the difficulties in obtaining credit, there are still other factors aggravating the economic loss and bankruptcy suffered by agricultural cooperatives.. This includes, for example, the struggle of different entrepreneurs for the redistribution of agricultural land. *Solaris* also suffered considerable losses in 2006 for similar reasons. The heaviest loss resulted from a contract for the sub-renting of cooperative land by A., a thirty-seven year old agricultural entrepreneur. The contract between this man and *Solaris* was not implemented by A., and the loss suffered by *Solaris* was to the tune of 653,000 Leva¹⁵. As A. had not paid the rent to the members of the cooperative either, M.P. purchased wheat using personal finances to guarantee the rent. The conflict sharply escalated due to the claims of A. for the produce of *Solaris* and went as far as a physical encounter between the ex-partners, who are now enemies. A. succeeded in receiving a percentage of the produce – with the help of the police, among whom, according to M.P., he had family relations. Confidence in the stability of *Solaris* eroded and a number of land owners, together with 1,700 ha of land, went over to a competing entrepreneur. The trust and the social capital that M.P. has obtained as an agricultural leader in the many years since socialist times have been important factors for the survival of *Solaris/Skakutz* in this difficult situation.

Solaris went into liquidation on 28 March 2007 and was re-established under the name *Skakuts*. My fieldwork in Selanovtsi proceeded two weeks after that event and I therefore was able to witness the preparations for, and the signing of, the new contracts between *Skakuts* and the owners; 1200 new contracts had already been signed.

I have focused in greater detail on the *Solaris* (now *Skakuts*) agricultural cooperative because as the largest holding in Selanovtsi, it has been the target of several attacks from rival entrepreneurs. One of them is known in the village as the “agricultural cooperative” of S.P. The latter is called “*časten arendator*”, which means private leaseholder, by the entrepreneurs. In legal terms, the “private leaseholders” are sole traders whose holdings are operated through cooperation of the rented land. The difference between the agricultural cooperative in its pure form and the *arendatori* (private leaseholders) lies essentially in the fact that the latter do not engage in socially-oriented activities (on *arendatori* see Giordano, Kostova 2002: 74-92, 2004: 379-396).

S.P. is a former partner and assistant of M.P. from *Solaris*. It is precisely to S.P. that the owners, who withdrew from *Solaris* in 2006, have leased out their lands extending to 1700 ha. B.M., the son of the chairman of *Solaris/Skakuts* is also working as a private leaseholder, managing 1000 ha of land, and in ownership of many farming machines; there is an active cooperation and

¹⁵ Approximately 327,000 Euro.

practically a fusion of activities and resources between the holdings managed by the father and the son. Another private leaseholder, S.I., from the neighbouring town of Knezha, operates with about 2000 ha of land, 500 of which are in the territory of Selanovtsi. S.I. has no scruples in the competitive struggle for gaining control over greater areas of land. He promises rent of 150 Leva for a hectare of land, but *"nobody has signed the contracts"*. Sometimes he takes control of other people's lands (of which he is neither owner, nor has he any rights on them), cultivating them during the night. *"He is working at night, sowing 200 ha in one night – and it is already his"*. This case of occupation of someone else's property has not been the only one in Selanovtsi. More importantly, however, are the doubts concerning the origin of the capital of the large-scale entrepreneurs, of political clientelism, and of corruption. *"Deputies, banks, and funds from mass privatization stand behind the big leaseholders."*

The private initiative in its pure form is represented in Selanovtsi by the "sole traders" and by the "natural persons", in terms of the statistics referred to above¹⁶. Partners from two *častni firmi* (private companies) from Sofia had purchased 184 ha of land in Selanovtsi, with the help of Z.A., a local agronomist and ex-leader from socialist times. The agronomist deals with land purchase and is a member of the common holding as he owns 20 ha. The property of 204 ha is used for grain production, and it also includes 2.2 ha of orchards. The farm works successfully and is managed by Z.A. who is satisfied with the results, stating that he *has finally earned some money*. In this case, again, the social capital and the cultural capital have been decisive factors. Z.A. emphasizes that the purchase of land is impossible without the trust in him as a former "boss". This is clear evidence of the direct transformation from social into economic capital. Although there is no open conflict between the cooperatives and the sole traders, there are tensions between them, insofar as they compete for, and are rivals in, the access to the main resource – the land. The sole traders feel unfairly treated by a law, passed on 9 February 2007¹⁷, according to which those wishing to sell land have to offer it *"first to the leaseholder"*, which, according to Z.A., *"is not fair. They want the consolidation to take place this way. And each one to cultivate someone else's land."*

In Selanovtsi there are between fifty and forty individual farmers (*častni stopani*) who are in possession of properties of about 10 ha or more, and about ten per cent of the arable land in the village is controlled by them. The instability and insecurity among this group is even greater. During the past two years alone, two of them, each owning more than 10 ha, went bankrupt. I talked to one of them who owns 11.1 ha and a tractor, but has not been operating for two years now and has leased out his land to the *Solaris* cooperative. The other one has accumulated debts to the tune of about one million Leva¹⁸. The phenomenon denoted by the metaphor "elasticity of land" (see Verdery 1994: 1071-1109) is well known among the big entrepreneurs

¹⁶ It is difficult to differentiate between "sole traders" and "companies" in the actual economic practice in Bulgaria. The economic actors I describe here are registered as "sole traders" and I will therefore use this term.

¹⁷ Published in *Dăržaven vestnik* [State Gazette] on February 13, 2007.

¹⁸ Approximately 500,000 Euro.

and the individual farmers). One of them mentioned the claims of a fellow villager on 0.4 ha of his own land, when air photos clearly show the borderlines between the properties. Some of the holders pool their land in order to apply for European agricultural subsidies. However, there is scepticism regarding the future of the individual farmers: it is estimated that the holding has to be at least 50 ha in size in order to be profitable. *"We cannot do it on our own – one has to have at least 50 ha for something to be done"*. The competition of the big entrepreneurs is likewise stifling: *"one poor owner cannot succeed because of the leaseholders, he cannot develop agriculture"*.

Those escaping attention are the owners of property below 1 ha. They usually either lease out their land to the cooperatives and private leaseholders, or they sell it, as they are not entitled to European subsidies. However, owners belonging to all categories and the entrepreneurs referred to, are registered and apply for the agricultural subsidies of the European Union, while unanimously complaining of the red tape of the procedure.

The situation in Selanovtsi is not unique for the plains parts of the region, where in other larger villages the agricultural property is also comparatively large by Bulgarian standards. The deserted lands are decreasing, grain production is a priority activity, although this also refers to the de-capitalization of the agricultural sector. The large size of the properties and the manner in which they are consolidated show a certain but incomplete parallel with the picture in the Dobrudža, outlined by Giordano and Kostova (2002, 2003). The access to the European funds and subsidies provides a moderate degree of hope for the smaller producers and acts as a catalyst for fierce battles among the large-scale entrepreneurs.

The town of Parvomai, Plovdiv Region

The town of Parvomai lies in the Thracian lowlands, 42 km east of Plovdiv, and at an altitude of 134 m above sea level. It has a transitional Mediterranean climate and the majority of soil is fertile 'black earth'. The town is a centre of a municipality of the same name with a total population of 32,441, 17,832 people living in the town, and the remaining population in sixteen villages. The land belonging to the town covers 1,275.9 ha, while the town itself looks like an agrotown. There are 25.6 ha of deserted lands, mostly due to the fragmentation of property, which makes cultivation difficult¹⁹. The town and municipality of Parvomai had a successful experience in the socialist period with the development of market gardening. The favourable climate and the vicinity of Plovdiv, the second largest city in the country, have stimulated intensive gardening, in spite of the fact that the size of arable land is less than one eighth of Selanovtsi's. The personal property is also smaller, with an average of between 3 and 5 ha. Greenhouse market gardening is emblematic for Parvomai: some 150 ha of land are occupied by greenhouses, 40 ha of them being industrial (glass), and the remaining 110 ha are polyethylene greenhouses in 'the petty sector', including those in peoples' courtyards.

¹⁹ I owe these data to the Land Commission in Parvomai.

As in Selanovtsi, there are almost all types of agricultural holdings in Parvomai. The *Agricultural Cooperative Edinstvo '94* [Unity'94] was established in 1994 and the present mayor of Parvomai, Angel Papazov, an agronomist, was among its founders. Actually, two cooperatives with opposite political orientations were established in 1994, but one of them went bankrupt in 2002. Its arable land "poured" into Edinstvo '94, which now cultivates about 900 ha of land, 100 ha of which belong to neighbouring villages and 800 ha to Parvomai. The cooperative, the largest holding in size in Parvomai, engages in grain production. The fact that in 2006 it was able to buy a combine harvester is evidence of its successful development. In addition, the cooperative develops social activities such as providing cheaper bread to its owners (at the expense of the rent), securing seeds for them and doing the mechanical work on the small plots cultivated by them.

There are also "častni arendatori"²⁰ [private leaseholders] in the Parvomai municipality who do not cultivate their own land, but leased land. One of them, S.B., deals with grain production (sunflower and maize) on 1,500 ha on the area of the village of Bryagovo and another 100 ha in the area of the village of Poroina; there are about 450 owners as members of his holding. The terms of the contracts with them are between five and nine years. The private leaseholders have not "inherited" the agricultural equipment from the former socialist cooperative farms, but buy it themselves. S.B. owns four combine harvesters, eight tractors, and other machinery. He is not engaged in social activities but is proud of the fact that he can distribute an average of approximately 800 tons of wheat per year as rent: "There are 160,000 Leva entering the village". S.B. became a private leaseholder in 1998. In the 1990s he had worked in the office of the company for agricultural machinery *Klass* and had managed to buy some lease tractors, which he rented out. "Initially I was in the services"²¹. In 1998 I started sowing on my own." With regards to the agricultural subsidies of the EU, his expectations are very optimistic: "There are prospects in agriculture, but quite a lot of money is needed. Ten leva per 0.1 ha [in subsidies] – this is a lot of money! If they start subsidizing us, agriculture will be put right."

The activities of a private association of two "sole traders" have also been innovative. They call themselves agricultural producers [*zemedelski proizvoditeli*], and their company is called *Lendor Ltd. Trading and Agricultural Producer*. For Bulgaria it is average in size. Founded in 1995, they have a reputation of being "elite farmers". They cultivate 40 ha of land leased out from the *Edinstvo '94* cooperative, but including also their own land. The farm employs seventy permanent and thirty temporary workers. It has four tractors, two irrigation installations, and other equipment. It is managed by I.F. and Y.Z., the first having been elected "Farmer of the Year" in 2006. Their most promising and innovative project is the growing of lettuce and melons for English supermarket chains in cooperation with an English company, which supplies the seeds and markets the produce. Bulgarian lettuce is an early spring vegetable, while the varieties imported from England also grow in late spring and in the summer. This year the first lettuce was planted on 8 March

²⁰ Plural of "časten arendator".

²¹ Meaning that he used to provide agricultural machinery to the farmers.

and until the end of August, seventeen heavy-duty trucks of produce had been exported. At the end of August, during my field work, a new series of 5 ha of lettuce was planted and seedlings for another 12 ha were prepared. 6.7 ha are planted with melons. The English trade chain exercises stringent on-site supervisions, and the producers take pride in the fact that in 2006 they were registered as bio-producers. The prompt payments of the English partners make reinvestments in new productions possible. This makes up for the great payment delays by the local vegetable processing factories for the peppers cultivated on 12 ha. Y. and I., whose working day begins at 5 a.m. and continues until 11 p.m., also grow cucumbers, tomatoes, etc., on smaller plots. Their tractors run on biological fuel (sunflower oil) and for covering their greenhouses they use *agryl*, a material that is new for Bulgaria. The mixed character of the property is noteworthy. Their production is based mostly on (re)rented agricultural land, but the agricultural machinery is privately owned by the producers and I expect that in the future they will gradually buy the land they cultivate.

Y. and I. have to overcome numerous everyday financial and organizational obstacles,, such as difficulties in obtaining credit, irregular payments for some of the produce, the shortage of manpower, and high rent for the land. However, it is precisely their activities that have clearly demonstrated the real possibilities of agricultural production in Bulgaria and its prospects for development in the European Union.

The activity of the "sole traders" and partners Y.B. and N.V. rests completely on private property. They own 24 ha of glass greenhouses with 350 workers, producing mainly cucumbers. One of them, Y.B., has experience in agriculture from the socialist period and has been actively engaged in agricultural production since 1993 when he began to grow vegetables in the open and in rented greenhouses. The glass greenhouses had been built in 1966 in Parvomai, and in the early 1990s they were still state property, but due to large debts they changed ownership twice. In 1994, the *Obedineni Oranžerii* [United Greenhouses] private company supplied them with gas and resumed production. On 13 August 1999, a devastating hailstorm destroyed them completely. Then Y.B. rented part of the damaged greenhouses, repaired them and declared them for sale in the following year. At that time he joined forces with N.V., and with the help of SAPARD funds they bought 12 ha of greenhouses (later another 12 ha), and gathered the first crop in 2001. The cucumbers yielded a nice profit on the Bulgarian market and in several European countries; they improved the greenhouses, and introduced new technologies. Despite high unemployment in Parvomai, the shortage of manpower does not allow, for the time being, any further expansion of greenhouse production.

The case demonstrates the shift from production based on rented land to production based on private property. The important role of the EU pre-accession funds is obvious. The partners pin their hopes for the development of new agricultural productions on European subsidies. In January 2007, an apple orchard was created on an area of 24 ha and at the end of August the fruit was already being picked. *"If they open the programmes [of the EU], I have another 55 ha prepared [for apple tree orchards]. [Agriculture] will be definitely stimulated"* (Y.B.). The access to subsidies and funds stimulates the partners to extend their property, and they are buying new arable land in

order to launch new productions. They consider the fragmentation of the agricultural land and the lack of strategy of the Bulgarian state as the main obstacles to their activities and the future of greenhouse production. As a positive example they point to the policy of the Romanian government, and voice fears that in Bulgaria there is not sufficient knowledge and capacity for the drafting of successful projects for the use of European funds.

Despite the existence of wasteland and several other problems, a spirit of initiative and entrepreneurship predominates in Parvomai. New technologies are being introduced, such as the local production of biological fuel (sunflower oil) with a Dutch installation. Irrigation is applied to most of the arable land, and according to data of the Land Commission in Parvomai²², there are 1035 agricultural producers in the town and municipality of Parvomai registered for European subsidies. Some of the petty owners have integrated their plots in order to meet the requirements for application for subsidies. The municipal leadership and the village mayors are actively involved in an explanatory campaign and in the registration of applicants. In August 2007, the Land Commission informed the registered applicants by letter of their identification numbers. By all visible signs, there is interest in Parvomai and there are serious expectations regarding the agricultural subsidies of the European Union.

The relatively successful agricultural development in Parvomai can be explained not only by the propitious climate but also by the mobilization of a significant economic and – more importantly – social and cultural capital. The role of the social capital is evident in the activities of the managers of all agricultural enterprises and their access to resources, which relies heavily on past activities and connections with the former socialist cooperative farm and their work in a company marketing farm equipment. The cultural capital, an important factor for all kinds of agricultural producers, consists in the education, the competence and experience (in a “tradition” from the socialist period) in the growing of vegetables for the market. The economic capital is closely connected with the other two types of capital. In the time of socialism, vegetable growing for the market had generated modest, but sometime more significant economic capital, which made investment in that production in the post-socialist development possible. The situation in Parvomai is not at all unique, but it is indicative of the development of agriculture in the regions of Plovdiv and Pazardjik.

The village of Zverino, Vratsa Region

The village of Zverino is located in Northwest Bulgaria, the region of the Western Balkan Mountains, in the gorge of the river Iskăr, about 40 km from the town of Vratsa²³. It has a population of about 2000. The size of the agricultural land is rather limited, and the soils are not fertile. In the period of socialism it was a prosperous village, one of the few in the region which saw an increase in its population.

²² According to the System of Identification of Agricultural Plots (SIAP).

²³ About this village see Benovska-Săbkova 2001.

According to the data provided by the mayor, there is not a single registered agricultural producer in the village today, nor are there any applicants for agricultural subsidies of the European Union. The mayor himself was interested in learning about the conditions for application for EU subsidies from me, although he had already received the information material and letters carrying the signature of the minister of agriculture. There are no agricultural cooperatives in the village. After the liquidation of the cooperative farm in 1992, the only things that have survived and are still functioning is the small *Hristo Botev* factory for wool fabrics and a small number of the glass greenhouses that had been built between 1969 and 1971 on an area of 11 ha.

The example of Zverino is in stark contrast with the previous two examples and raises the question about the reasons for the disengagement from agriculture in a village which had once thrived under socialism. The reasons must be seen in the size of the arable lands, the natural and climatic factors, and in some specifics of the socialist development. In fact, the small size of the arable land and the mountainous location are strongly adverse conditions for the development of market agriculture. Before the socialist period, agriculture had always been insufficiently productive and people had abandoned it or combined it with craftsmanship and petty trade. During the socialist period, the socialist leaders in the region created employment by establishing small industrial or manufacturing enterprises (cf. Creed 1998). In Zverino they developed an industrial production, for instance, in the 1980s, a *Contact Elements Plant* employing about 1000 workers who enjoyed notable social benefits. The local leaders tried to compensate for the adverse conditions for agriculture by introducing modern technologies and developing a small-scale processing industry as part of the cooperative farm. The greenhouses were built against the will of the Ministry of Agriculture, which had plans to limit greenhouse production strictly to southern Bulgaria. As happened everywhere else in Bulgaria, the greenhouses in Zverino went bankrupt in the 1990s due to the high fuel prices. The management of the former *Contact Elements Plant*, renamed *Inco Ms*, is now trying to reconstruct a small section of the greenhouses, an undertaking which has not inspired much optimism among the local population. The inhabitants of Zverino do not have the means to privatize and repair the greenhouses – unlike Parvomai, where part of the personal capital came from the socialist agricultural production and was invested as starting capital in agricultural production in the post-socialist years. In Zverino, the process of disengagement from market-oriented agricultural production began already in the socialist period, but the results became tangible only later. The inhabitants of Zverino looked at my photographs of the melon and lettuce fields of Parvomai with admiration and envy. Again, Zverino is not at all a unique case. It is indicative, although in an extreme form, of the negative development in the vast mountainous regions of Bulgaria.

The three ethnographic snapshots illustrate only part of the most diverse developments in the sphere of market agriculture in Bulgaria, which determine the attitudes towards the EU agricultural subsidies. In trying to answer the research questions formulated in the beginning, I can present a few conclusions. Notwithstanding the private character of agricultural property, guaranteed by Bulgarian law, both the property of arable land and its management are of equal importance for the actual use of land. Poor land

owners most often rent out their land to agricultural cooperatives or private leaseholders who try to consolidate agricultural properties and develop production. With this the access to the property of others and its management often ends up being more important than *de jure* property. Thus, the cooperatives and the private leaseholders indicate that the actual control of the land via the right to use it is more effective at this stage than legal property. This hybrid form of (use of) property, however, is unstable because of its temporary character, and this is indeed one of the serious factors determining the instability of agricultural cooperatives. This is likewise the cause for the acute struggle for the redistribution of property with the clear intention of transforming it into consolidated private property. The EU subsidies, though at the very beginning of their use, are a powerful stimulus along these lines. For the same reason the situation of 'physical persons', i.e., individual farmers with average-size properties, forbodes even greater instability.

The foreseeable consequence is that large-scale private property offers better prospects for development – the examples of Parvomai and Selanovtsi have shown that in practice. The agricultural subsidies of the EU will benefit, in the first place, the big landowners and agricultural entrepreneurs. This also explains the striving of the private leaseholders to become big private owners by purchasing land. These processes will deepen the social differentiation in the Bulgarian village. The social actors in these developments are different. The petty owners are the medium- and long-term losers, as they will not be able to benefit from the EU subsidies. The large entrepreneurs, first of all those who are also owners, are also in a position to transform political resources, by means of political clientelism, for their benefit. For the time being the poor mountainous regions have limited chances of obtaining or putting EU subsidies to use, but those who occupy a favourable ecological niche and/or have larger areas of land at their disposal, regard these subsidies as a source of optimism. In any case, both the positive and the negative examples perfectly illustrate the long-term impact of the socialist legacy. There is ample evidence to show that the initial accumulation of capital in the rural areas of Bulgaria has been an incomplete process, but chances are that the access to EU subsidies and funds will accelerate its completion.

Literature

- BENOVSKA-SABKOVA, M. 1997: Tradition as a Means of Survival Under the Conditions of Economic Crisis in Bulgaria. In: *Ethnologia Balkanica* 1: 113-123.
- BENOVSKA-SABKOVA, M. 2001: *Političeski prehod i vsekidnevna kultura* [Political Transition and Everyday Culture]. Sofia: Marin Drinov.
- CREED, G. 1998: *Domesticating Revolution: From Socialist Reform to Ambivalent Transition in a Bulgarian Village*. University Park, PA: Pennsylvania State UP.
- GIORDANO, C., D. Kostova 1997: Bulgarian Land Reprivatisation Without Peasants. In: *Ethnologia Balkanica* 1: 135-149.
- GIORDANO, C., D. Kostova 2002: The Social Production of Mistrust. In: C. Hann (ed.), *Post-socialism: Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia*. London: Routledge, 74-92.

- GIORDANO, C., D. Kostova 2004: From Local Nomenklaturists to Capitalist Entrepreneurs. Transformation and Continuity in Rural Bulgaria. In: K. Roth (ed.), Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus. Münster: LIT, 379-396.
- HANN, C. 2003: Introduction: Decollectivisation and the Moral Economy. In: C. Hann (ed.), The Postsocialist Agrarian Question. Property Relations and the Rural Condition. Münster: LIT, 1-46.
- KANEFF, D. 1996: Responses to the "Democratic" Land Reforms in a Bulgarian Village. In: R. Abrahams (ed.), After Socialism: Land Reform and Social Change in Eastern Europe. Oxford: Berghahn, 85-114.
- KANEFF, D. 1998: When "Land" Becomes Territory: Land Privatisation and Ethnicity in Rural Bulgaria. In: S. Bridger, F. Pine (eds.), Surviving Postsocialism: Local Strategies and Regional Responses in Eastern Europe and the Former Soviet Union. London: Routledge, 16-32.
- KANEFF, D., L. Yalcin-Heckmann 2003: Retreat to the Cooperative or to the Household? In: C. Hann (ed.), The Postsocialist Agrarian Question. Property Relations and the Rural Condition. Münster: LIT, 219-257.
- VERDERY, K. 1994: The Elasticity of Land: Problems of Property Restitution in Transylvania. In: Slavic Review 53,4: 1071-1109.
- VERDERY, K. 2000: Ghosts on the Landscape: Restoring Private Ownership in Eastern Europe. In: Focaal 36: 145-163.

Confronting Expert Knowledge and Local Experience: Peasants and Farm Directors Facing EU Regulations

Cerasela Voiculescu, Bucharest

Introduction

Agriculture was among the most problematic chapters of negotiation in Romania's accession to the European Union. In comparison with other negotiation chapters that required mainly economic and administrative reforms, agriculture is seen as a sector which requires extensive intervention in the social sphere. Since January 1 2007, Romanian agriculture and the rural environment no longer seem to be confined to the nation state. Rather, they are to be increasingly regulated through the Common Agricultural Policy (CAP), with the fate of various people living in rural areas and the agricultural landscape to be largely decided on by new European rules regarding agriculture.

In recent years, the European Union started reducing the budget allocated for the CAP. The figures show that the EU share of the GDP oriented towards the CAP represented 0.43 per cent in 2004 and it is expected to decrease to 0.33 per cent in 2013. The CAP was also restructured in 2003 in accordance with a budgetary ceiling. The principal measures conceived of on this occasion concerned the subsidies. Subsidies will be granted to farmers in the form of direct payments based on areas under exploitation, irrespective of the volume of production. This means that the relation between subsidies and production was reduced. Other financial cuts concern the subsidies for big farms. These funds are re-directed to the rural development policy. These financial measures, as well as a series of policies falling in this development project, were first implemented in 2007 by new member states such as Romania and Bulgaria. Of the policies which commenced this year, I will make mention of the following: (1) early retirement pension, (2) funding scheme for young farmers and groups of producers, and (3) financial support for semi-subsistence farming, and for every farmer who cultivates land.

The first policy refers to the elderly who wish to withdraw from agricultural activity and transfer – by renting or selling – their plots to other, more productive farmers. In exchange, they will receive special payments from the European Union and the state. This policy is designed to provide the legal base for further land agglomeration and to avoid land fragmentation. The same aim is targeted by the policy that supports setting up groups of producers. This form of organization implies the existence of producer associations to jointly cultivate large areas of land and to sell large quantities of produce.

The support of young farmers is a financial incentive for young persons with a specific competence who are setting up farms for the first time. This measure is meant to be a form of support for small farms. In the same manner, the financial support for subsistence farms works for those who are able to market a small proportion of their production. It must be noted that the new CAP has

two contradictory tendencies: one is to sustain the concentration of land and big farms, while the other seems to encourage the development of small and subsistence farms.

All these policies and measures attempt to construct a new model of European agriculture. As Mariann Fischer Boel (member of the European Commission on Agriculture and Rural Development) stated in the national parliaments' conference held in Helsinki on 12 October 2006, "Thirdly, we need to maintain the diversity of European agriculture. This is one of its strengths. The structural diversity of our farms has become greater with enlargement."

This statement expresses the contradictory perspectives of the CAP. According to this, all types of farms are encouraged to develop. However, after 1989, Romania developed a dual structure of agriculture based on severe social and economic inequalities: 99.5% of the total number of farms cultivate 55.4% of the total land in individual peasant households without a legal status, while 0.5% of the farms are run by supertenants (Verdery 2003) cultivating 44.6% of the total land, with a formal status (Dumitru, Diminescu, Lazea 2004). Both types of farming will probably be affected by the newly designed projects of European agriculture in both the short and long run. The EU appears to decrease the level of subsidies for the big farms (while the state will most probably continue to support them for various reasons) and, more importantly, the EU payments will no longer be correlated with the quantity of production. In theory, the financial support oriented towards small and subsistence farms that will not rent or sell more land to bigger farms can hinder large-scale agriculture. As for the subsistence or smaller farms, the challenge is the difficulty of securing environmental quality and animal welfare. In order to accomplish that, they will need to develop a strong infrastructure. Failing to do so – a high probability as a result of their obvious material limitations – they will be at risk of losing European subsidies.

The European Union, globalization and development: discourses and practices

The European Union projects for agriculture and rural development can generally be seen as big development projects. The concept of "development" was born after the Second World War when different international agencies engaged in the economic homogenisation of the world, which could not be pursued without stimulating growth and competitiveness in the so-called Third World countries.

The era of development corresponds largely and overlaps in many respects with the era of globalization, in which big international structures such as the World Trade Organization, the World Bank, and the European Union focus their attention on transforming the world economy. These powerful actors aim to include all parts of the world in a global circuit of productiveness and commerce, which would promote a single model of development based on structural adjustment (Edelman, Haugerud 2005, Lewellen 2002). In this way, many analysts argue, nation states lose parts of their sovereignty by being forced to adopt certain economic rules oriented towards higher efficiency and productivity of the market and of its actors, rather than focussing on securing

the social welfare of their subjects (Lewellen 2002). Those who are not capable of participating on the market are usually excluded from development projects.

Looking at development in this way is a rather critical approach as it focuses on the negative effects of globalization, which arose from certain development projects. Development, however, was defined and approached differently by many activists and social scientists. An increasingly visible role in these debates has been recently played by social anthropologists. Usually, the proponents of development define development as "improvements in well-being, living standards and opportunities" (Edelman, Haugerud 2005: 1) through the intervention of governmental and non-governmental agencies and by instituting certain normative systems. On the other hand, many anthropologists influenced by Foucault challenge this progressist vision by criticizing the discourse of development itself (Edelman, Haugerud 2005). Their argument is that development programmes favour the market and are aimed to help those actors who are already in the privileged position of being able to bring about high productivity on the market at the expense of other fields such as social life, local culture, and resources. Moreover, they argue that although bringing development to the grassroots level of society is usually seen as a form of empowerment, it is actually a means for losing agency and for disengagement with the local populations. This is the view usually adopted by post-development scholars who prefer to conceive alternative forms of development, such as investing in local resources and knowledge. This perspective criticizes projects defined by external actors who lack a deep knowledge of local realities. My research will follow this approach in order to understand the difficulties emerging in this process of implementing general European policies in rural local contexts in Romania. I will thus attempt to reveal the practices, opinions, and concerns of individuals who regard specific policies and thus go beyond the macro-perspectives on processes of development.

Research questions and methodology

The present paper will try to document and investigate the actual local processes of the implementation of these policies, in order to reveal the particular case of agricultural reform in Romania as a new member of the EU. More specifically, it may serve as a comprehensive image of the ways in which the governing institutions of the EU and of the state conceive national policies and imagine local knowledge and realities. It will try to bring in a local perspective on development, designed and implemented from above, by the EU and the Romanian nation state.

My focus is on the implementation of two pre- and post-accession policy measures in agriculture which are believed, on one the hand, to make agricultural production more effective and, on the other hand, to make a contribution to improving peasants' livelihoods, namely the early retirement pension scheme and the farm registers and subsidies. The main objective is to study both the expectations and the concrete results of implementing such measures at the local level, to see what happens on the spot. It asks whether EU agricultural policies interfere with local knowledge and practices, and how these policies are received and accommodated by their addressees.

The paper is based on ethnographic research carried out in May and June 2006 as well as in July and August 2007 in Călărași County, a district of southeast Romania where agriculture and a dual structure of agricultural exploitations were historically dominant. In my research I will give voice to as many diverse actors as possible (peasants, farmers, state bureaucrats), in order to lay open commonalities and differences in ideas and practices regarding the same problem of EU-driven local development.

The research locations were chosen on the basis of previous observations and brief field trips in the region. I visited two villages relatively close to the town of Călărași that have different structures of farms: Ciocănești (30 km west) and Independența (17 km north-west of Călărași). Ciocănești has a large variety of farms including both small and large ones, with and without legal status, while Independența has only one large farm with legal status and that includes almost all peasants living in the village and beyond. This difference in farming structure enabled me to understand how different types of farms are affected by various policies. For this purpose I carried out interviews with three groups of people:

1. interviews and conversations with peasants on the following themes:
 - practice of land use and their agricultural work invested in land,
 - material and emotional attachment to land and work, if any,
 - practice of land rentals to farms, plus land sales,
 - their own and their kin's (children, nephews) intentions concerning their land, short and long term,
 - their knowledge of the early retirement (ER) scheme and of the farm registers (FR) and the associated subsidies, perceived advantages and fears related to the ER, risks associated with the exploitation of land for their own subsistence, or with renting it out to other, small or big farmers,
2. interviews and conversations with directors of farms concerning
 - local contexts of agricultural production,
 - evaluations of diverse legal forms of land exploitation such as individual semi-subsistence, associations, rent,
 - attitudes towards the ER, FR, and land rent contracts, if any, and
3. interviews and conversations with *state bureaucrats* in charge of promoting and organizing the ER and FR on
 - the implicit or explicit assumptions of these schemes,
 - successes and difficulties in implementing them, particular expectations.

Interviewees from the first two groups require further description, taking into account the large variety of farming that arose in Romania after 1989. In Romania there are mainly three formally defined categories of farms, plus two other categories which correspond to smaller, individual ways of doing agriculture.

Agricultural associations (*societăți/asociații agricole*) are farms that have been set up on the basis of the former socialist cooperative farms. They have a legal basis and function as shareholding enterprises. All members who have an active involvement with land have the right to participate in the process of decision-making and to share the profit and the assets, including machinery. They are market-based as well as socially-oriented enterprises, involved in economic transactions in and outside the village, but also in providing various forms of local social security. Commercial farms (*societăți comerciale*) are set up on a legal basis but are usually run by directors who are also owners of the business. They are mainly market-oriented. Family associations (*asociații familiale*) are often formed by family members or neighbours who share machinery and land. Usually they are smaller than others and do not have a legal basis. Their commercial infrastructure is less developed but they are still market-oriented.

In addition, one may find agricultural exploitations run by numerous individual farmers (*persoane fizice*) registered with the village council as licensed producers. The most numerous exploitations, however, belong to peasant households or subsistence farms that are hardly market-oriented and usually rent their land in full or partially to the bigger farms listed above.

Even if they are in some cases sharply defined from a legal point of view, in everyday practice these categories overlap and are used by different farmers to circumvent or accommodate the rigid regulations of the state which could make their business inefficient. For instance, it is a common practice in south Romanian villages (Ciocănești and Independența are two such cases) for farmers to set up more than one form of agricultural business, either to evade gross taxation or to access EU funding schemes. In my paper I will try to go beyond these categories by looking at farmers' strategies of coping with new EU policies, which sometimes involve changing legal statuses or being involved in more than one economic sector of the village. Thus, setting up a family association, a commercial farm, or an agricultural association is still a complicated endeavour for farm directors. The choice is accounted for in terms of dispensations from some fiscal obligations towards local and central governments, as far as different forms of corporate farming are supposed to bear different duties. These duties can constitute advantages or disadvantages for those who are starting business in agriculture.

For example, setting up a family association, which is exempt from many taxes, is much more attractive than setting up a commercial farm, which has as many taxes as most regular companies. There are, however, some limitations with family associations, such as in the hiring of personnel. Employees are critical for family associations, considering that some of them have expanded to cultivate more than 1,000 hectares. To keep the farm operational, the director of a family farm is dependent on tractor drivers, mechanics, and accountants, and therefore several of these directors set up an additional enterprise, namely a commercial farm, which allows them to hire the personnel they need and, at the same time, to still pay low income taxes and other duties. They choose to have this double farm status for other reasons. This could be, for example, in the case where a family association director is not eligible for certain bank credits, due to the banks being very reluctant to do business with these farms.

It is apparent that the legal forms of farms are manipulated according to various interests and pressures in order to cope with unfriendly policies and regulations of the state and the EU. I will nevertheless keep them as useful empirical references and points of orientation in a very diverse agricultural landscape.

Farmers and the EU

There was much debate about the EU and agriculture in Romania but there was not much solid implementation of policies at the local level. After several years of SAPARD and FERMIERUL programmes, however, there are two policy measures which have recently been implemented and which can be assumed to have a direct influence on farms and peasants in both the short and long run. In the following, I will investigate two cases of policies, the *Early Retirement Scheme* and the *Farm Register*, as well as their implementation in two villages.

Case study 1: *Renta viageră agricolă* – the agricultural Early Retirement

The more visible programme thus far is the early retirement policy with its implementation an ongoing process. *Renta viageră agricolă* (early retirement pension) refers to the financial support available to elderly peasants who wish to discontinue their agricultural activity and transfer (by renting or selling) their plots to other farmers. In exchange, they will receive special payments from the state in accordance with the recommendations of the EU. This policy seems to be designed, in the long run, to offer the legal basis for further land concentration and it clearly entails what Don Kalb (2007; 2005) refers to as pushing peasants off the land (see also Verdery 2003, Bryceson 2000, Voiculescu 2008).

Elderly peasants have to make the choice between cultivating their land and still receiving subsidies from the EU and the state, or selling or renting their land in order to receive early retirement money. The money received for an early pension, however, will be modest. For example, when renting one hectare of land the landowner will receive fifty Euro per year, and selling the same area, will entitle him to one hundred Euro per year. Clearly subsistence farmers are not really stimulated to sell or rent their property due to the limited area of land they usually possess (most of them own up to two hectares each, according to the National Agricultural Census of 2002). In addition, many inheritance-related problems among subsistence farmers – such as brothers and sisters having only one property document – prevent the elderly from applying for early retirement pensions. Therefore, under the given conditions, it will be very difficult to reach the land concentration that the EU is aiming for

From the state's point of view, which is stated in the promotional campaign for ER, this policy addresses the elderly who are no longer able to work their land and who lack material assets and money. It is presented as a supplementary income to their pensions that will ensure an improved and quiet life after long years of work, as well as providing the additional land consolidation necessary for higher productivity.

However, any inquiry on the local level reveals that this policy is not familiar to the elderly, many of whom are poorly informed about the ER. Previous research of the author in other similar regions of southern Romania has shown that almost all of them had already rented out their land to bigger agricultural enterprises in exchange for relatively small rent payments (Voiculescu 2007). Thus, the ER policy does not radically change their options but rather, it offers them some additional resources which will do nothing in the way of helping them to continue working in agriculture. However, in order to receive these funds they must be informed and guided in the process of obtaining their pensions. The necessary information, however, is distributed through neither local nor regional agricultural offices, nor through farm directors. Farm directors are hardly open and willing to provide information about the ER because the missing legal status of some farms does not allow for signing rent contracts. This is the case with agricultural associations whose members are shareholders of common assets and land. The status of members of agricultural associations prevents the peasants from renting their land and from further applying for ER, while the existence of rent or land sale contracts is the necessary precondition for the receipt of ER payment.

When asked why most of the elderly peasants had not applied for ER, the most common answer from an agricultural association's director is likely to be that the peasants are reluctant of any agricultural policy from the state or the EU. One such director from Ciocănești informed me:

The peasant is superstitious and he worries that he will be taken advantage of by me and that in the end he will lose his land. So, I prefer leave him in his state of poverty, rather than taking on too many responsibilities. It is not my duty to go to everyone and tell them about the ER. It is better that he receives what I give him from the association.

It is worth noting that this kind of local discourse about the peasants' incapacity to grasp EU and state decisions on development is utilised by association directors to disguise the impossibility of creating a legal basis for rent. Should all the eligible peasants who are members of the association want to apply for ER money, they would have to withdraw from the association and sign rent contracts with another farm that is able to do so. In this case the association in question would have to reinstate them with their land plus a share of assets which would, in the end, affect the farm's productivity. Therefore, association directors are very interested in promoting this rhetoric about the backwardness of the peasants rather than in popularizing the ER policy. The directors of agricultural associations sometimes persuade the peasants that the state wants to steal their land and that this will happen if they rent out land to legal renters. Through this local practice and the state's contributions to a partial regulation regarding their activity, the agricultural associations prevent peasants from benefiting from the early retirement pensions.

Other associations are creating separate commercial farms which are permitted to sign rent contracts with the peasants as a special option for those eligible to early retirement in order to keep the land. On the other hand, the peasants are "locked" in the socio-economic structure of the association, which offers them basic economic and social security. The director of the agricultural association of Independența for instance, succeeded in including almost all

the land proprietors in his association set up on the basis of the former socialist collective farm. The majority of them do not have sufficient means to cover the regular expenses of individual agricultural work. This is one of the reasons they chose to remain in the association which exempts them from having to pay for agricultural services and machinery. Moreover, the director releases special funds for those in need, e.g. health problems. Members wishing to withdraw are at risk of not receiving their assets back in full value (Voiculescu 2008).

Almost all peasants of Independența remain with the association because they either do not know about the opportunity of receiving ER money or because they are, materially or socially, not in a position to withdraw. Thus, Independența case illustrates how an association can both provide a certain degree of social security and monopoly over the peasant's choices. Paradoxically, in this context where the land is already consolidated by a monopolizing agricultural association, the ER is either not likely to function at all or can constitute a threat to a situation of an already existing land consolidation. In these cases the ER as an ideology aimed at land consolidation loses rationale and consistency.

It is apparent that this policy was conceived of by the EU and the state in disregard of the structure of agricultural exploitations and of local knowledge and practice. The EU policies towards the newly accepted states such as Romania and Bulgaria indicate a growth in policy experience and expertise in rural development which seem to ignore local structures and contexts. The case of Independența is proof that the growing expert knowledge leads to a high degree of ignorance of the local. Knowledge, in this case the policy of the ER, is imposed from above through the exercise of law which has agency in itself (Hobart 1993). In this sense, the ER appears to be conceived of as a policy with its own and independent powers to transform the agricultural landscape. From the data I collected it is apparent that this policy was not directly connected with the specific agricultural landscape and structure of Romania. As a consequence, the associations use diverse local practices and discourses based on their experience in order to avoid the negative consequences of the ER programme. This form of knowledge appears, in contrast to the ideology and the mode of implementation attached to the ER, to be very practical and visible in the confrontations with the sets of rules promoted by external actors (Hobart 1993).

By using the example of Independența in the following section I will introduce an ethnographic snapshot to reveal the power and monopoly of a particular agricultural association. This snapshot will be useful in showing how this farm succeeded in establishing a local model of social security and patron-client relations between farm director and peasant associates. These local practices, knowledge, and relations can explain to some degree why many older villagers did not apply for ER money.

Corporate farm directors and peasants: local practices and ideologies of redistribution and job creation

There are several reasons for agricultural associations always trying to please their members in certain ways. Ostensibly, they try to raise the amount of rent or they provide certain consumer goods (which sometimes can be in scarce supply in rural areas), discounts for certain products (at the local kiosks of some big farms which grow vegetables), as well as other advantages and privileges, all besides the rent payment. Why all that? A possible answer may come from the fact that the members are still in a position of disagreement with many of the directors' intentions to develop the farm, or they may reduce the productivity in many ways. Issues of investment plans, taking up expensive bank credits, and buying costly machinery, for example, are usually met with resistance by members participating in the general meetings of the management of the association.

An association director from Independența suggestively complained to me, during my 2006 field trips in the village, that the peasant members are generally backwards and cannot understand the necessity for high quality and expensive machinery, and that in end effect, production expenses would gradually decrease with the production of crops being on the increase. Four successive general meetings were required before the members gave their consent for the purchase of a "modern" combine harvester for cereals. This provides one of the most crucial reasons for the importance of management to approach and address community needs. It also seems to be important in explaining why the agricultural associations are involved in so many social, political, and religious activities, thus keeping alive a certain socialist ethos (as during socialism the farms were not simply conceived of as purely economic companies, but as rather complex institutions involved in the education of children, in stimulating developments in infrastructure, in organizing leisure activities, etc.).

However, such ideal reciprocal exchanges between the director and members do not always take place. For the large part, the members are relegated powerless and passive when confronted with the decisions made by the "patron", which may be lacking in transparency, and which may be used to manipulate the local knowledge of the members. This general feeling of powerlessness is specially prevalent amongst the elderly members.

The big association of Independența plays the role of main "employer" for the community. As long as wage labour is virtually absent in most of the rural areas of Romania, some of the farm directors are able to create certain community niches which act as local labour markets. In Independența this works quite well. The director is also the mayor. Usually, these administrative positions hold more significance than they appear to. This is especially true for relatively small villages such as Independența. The mayor is usually seen as the major player in job creation and the management of funds and resources provided by the upper administrative levels (county councils) or the central political power in Bucharest. He is thus responsible for the community's infrastructure, the availability of facilities such as telephone, electricity, water, and gas, etc. At the same time, mayors in the countryside are one of the principal advisors in the everyday public life of the villages. How the peasants regard the mayor depends largely on how successfully he approaches both the

people and other administrative and political structures at the local level (the local council, for example).

“Job creation,” including seasonal or day labour, is one such way of approaching the peasants. The agricultural association of Independența cultivates a vegetable garden annually. Over two hundred people (especially young peasants) are invited from the village of Independența to work there seasonally. This is an effective strategy to generate favourable images of both the village council and the agricultural association (as the manager is also the mayor). From the association members’ point of view, job creation and consequently a certain amount of money are persuasive signs that the mayor is taking care of his community. The post-1989 transformations of the rural areas, i.e., the demise of collective farms and industries of the nearby cities, led to the general view that the young people from the countryside constitute a helpless and powerless social group without any source of income. In this context of representation, the annual creation of more than 200 jobs for just one community is a very good exercise for generating political support (the mayor-farm director has held these positions since the fall of socialism) and of making both the agricultural association and the village council very attractive institutions. Interestingly, peasants call the manager “the mayor who gives us jobs.” The situation in Independența is well known throughout Călărași county and the case in itself is a good example of the ways in which agricultural farms seek to ensure necessary labour for their fields (therefore generating “jobs”) and thus to provide means for coping with production emergencies that would otherwise prove more costly. Hiring local people seasonally is also an economizing practice because the employer does not need to provide accommodation or pay for the expenses a more distant labour force would incur. Under these circumstances, even the wages for day labour can be lowered to a minimum because the peasant families will receive various products and money as rent payment for the farm. Thus, diversifying payments in kind and in money lowers the costs of labour and thus reduces the expenses of production. In addition, hiring local people and involving them in production is a good way, in the director’s view, to gain better control over the business: “Otherwise [if not hiring them in the gardens], how could I stop them stealing produce from the gardens?”

The presence (and convergence) of two institutional positions through one person is also interesting as an example of how state and market complement each other in rural Romania and where, when, and how, they meet the locals. In addition, it is proof of the extent to which agricultural business is embroiled in political and administrative relations. The case of being both the community’s mayor and farm director is not a singular one. Rather, it is a widely spread strategy in political and economic terms. What is perhaps exceptional with Independența is the success of the strategy, in comparison with other places where it is not as powerful. In Ciocănești for example, there is a similar situation, in the sense that people are said to be well off as a result of the agricultural association’s social, political, and economic involvement in community life, while the farm director is a successful capitalist entrepreneur and a respectable head of the village council.

Ciocănești: differential impact of ER on different types of farms

Ciocănești offers a different structure of farming and consequently a different picture of how the ER is likely to function through its variety of farms and forms of land exploitation. Basically, Ciocănești has all the agricultural forms of farming outlined before. Having all these farms on the spot, peasants have far greater opportunities to rent their land or to at least benefit from rent contracts instead. On the other hand, the farm directors are far more challenged by the natural competition between them, and also by the various policies which may lead to the withdrawal of members.

Commercial farms are able to provide peasants with rent contracts, thus providing them with the opportunity to apply for the ER. For commercial farms this policy provides a means for attracting peasants' land or to keep it working for business. So, in contrast with the directors of agricultural associations, many of them are involved in active popularizing of the ER amongst peasants and in helping peasants to overcome application-related problems, to solve legal problems, etc.

A family of elderly peasants whom I interviewed provide a case in point. They rented out their land in the mid-1990s to a commercial farm in the area. In early 2007 they were advised by the farm director to apply for early retirement. All the peasants of that commercial farm eligible for ER were asked by the director to hand in their identity cards and application forms for ER, and he then went to the regional agricultural consultancy office and made applications for them. When one of them had problems with receiving his money, the director offered to help the family and went regularly to the office in Călărași to help sort out their problems. This example illustrates the totally different approach to ER by commercial farms,, as compared with agricultural associations.

In order to explain the willingness of farm directors to help peasants apply, it is important to note that the ER plan offers commercial farms many advantages. One of the basic rules when applying for ER, is that there should be new rent contracts between tenants and pensioners. The directors encourage the pensioners to sign contracts for longer periods of up to ten years, in order to keep their business operational. Moreover, for commercial farm directors, the ER programme makes a direct connection between rent and land sale, as the law on rent contracts facilitates the pre-emption right over land by the tenants. Should a proprietor want to sell the land, he will be obliged by the terms of law to sell it to the tenant in the first place. Thus, in long run, the ER facilitates land consolidation. Nevertheless, peasants are emotionally attached to their land. My interviews with elderly peasants revealed that many of them have no intention of selling their land. They consider it an important family heritage that should be passed on to their children, even if they are not sure how the younger generation plan to use the land. They usually say that the children will be free to decide whether to sell or rent the land.

On the one hand, commercial farms or associations base their activity on the participation of peasants with their land either in the form of free association or rent. They usually own little land due to the fact that the circulation of land is somewhat blocked, mainly because the prices offered are very low and the

peasants have an emotional attachment to their land. From this, it follows that the smaller the property, the bigger the farming risks because the commercial farmers have to pay the peasants' rent every year, irrespective of the level of production. An exceptional case is that of agricultural associations, which are not bound to formal contracts. In Ciocănești and everywhere else, the associations can negotiate the rent payments every year according to production and draught. Moreover, the investments are covered by the cooperative members rather than by the director himself, as is the case with commercial farms. In the context of an unstable agricultural infrastructure, agricultural associations have a safer production. As a consequence, ER based on rent contracts seems to challenge the stability of associations and, indirectly, that of commercial farms. However, there are many association directors who plan to overcome the legal limitations by setting up parallel commercial enterprises around their farms, which will provide them with the option of signing rent contracts. At present these are only informal projects that are not yet in operation and that are still surrounded by a degree of ambiguity with regards to how they will actually work.

Perhaps the ER will prove to be effective – as expected by those who conceived of and issued the policy – with those peasants who have worked their land individually and now wish to rent it out, thus entitling them to ER. However, in the two villages under study, there were very few elderly peasants in this situation. The majority of them had already been renting out their land to various farms and tenants long before the ER programme came into place.

In conclusion, the ER scheme is based on the idea of increasing productivity by means of land consolidation and by removing the elderly peasants from their land. In such development projects, "the technological and economic concerns often prevail over social considerations" (Hobart 1993: 10). However, this policy does not really change the situation of agricultural pensioners because in villages with big farms, the peasants were already renting out their land before and remain reluctant when it comes to selling their land.

Agricultural subsidies in Romania: an overview

After EU accession the subsidizing of agriculture became a topic not only for questioning the national government but also the CAP and the EU. In order to understand how subsidies are organized at present – the topic of my second case study, the Farm Register (FR) – it may be useful to provide a brief overview of how subsidies have worked thus far.

The history of post-1989 agricultural subsidies is an example of the hazardous decisions made by all governments. Every single national government since 1989 has produced new packages of subsidies and new forms and methodologies. Moreover, the same government often changed the rules from time to time according to changes in the agricultural budget or populist electoral considerations. Accordingly, the politics of agricultural subsidies alternatively backed up the farm directors or, more rarely, the peasants. Until 2006, for example, there was a period of two or three years in which subsidies were offered, in the form of vouchers, directly to landowners, so that every landowner working his or her land individually or in corporate farming was entitled to receive a number of vouchers according to his/her area of land and

cultivation plan. In villages where peasants and farm directors were embroiled in conflicts, the peasants used the vouchers for a number of means other than farming. They usually sold the vouchers to people interested in partial reimbursement by the state after expending on agriculture.

Vouchers were inefficient. They rarely reached those who really worked the land, who were most often the farm directors. Indeed, they were used according to the landowners' personal interests, especially in the villages where peasants and farm directors were in conflict over rent payment (civil servant, National Agency of Agricultural Consultancy, Călărași county office).

The Romanian accession to the EU imposed a far more restrictive (and in some respects more organized) way to deal with subsidies. As a result, since 2006 many of the "traditional" crops that had been subsidized were defined as not subsidisable. While most individual households and corporate farms were committed mostly to wheat and other cereal crops, the new subsidizing strategy no longer supports this.

But the farm directors should not be deplored. They will grow wheat even if wheat is no longer subsidized. Moreover, the millers will always process their wheat. Do you want to know what is going to happen after 2007? I am telling you that the big and powerful associations will become even more powerful, while the small and weak ones will disappear (ibid.).

This statement from a representative of the state is very interesting and raises questions concerning who is actually supported and who is left behind in this new politics of scarcity. The answer seems to be offered by the same official who stated elsewhere that,

those most affected by the new subsidies are in fact the peasants, the small individual farmers. The best solution for them is to join associative forms; this is also the government's strategy we are talking about. The land is much better worked in this way and the subsidies will finally reach those who need them (ibid.).

In addition, the Farm Register (FR) is a new bureaucratic practice which allows the state and the EU to register all areas of agricultural land under exploitation and, on these grounds, to issue a new subsidy based on size. This policy is part of a larger strategy of development enacted by the CAP and implemented by the Romanian state. As of January 2007, land users have been able to register as farmers and thus to become participants of the farm register. The following section will pay attention to the ways in which farmers perceive these new subsidies.

Case study 2: Farmers' views of *Registrul fermelor* (farm register) and EU subsidies

The FR was designed in order to provide exact evidence of the areas of land under exploitation. It encourages working the land through subsidies, which are directly related to rigid norms of cultivating land and rearing animals. In other words, everyone working land – irrespective of ownership status (proprietor or tenant) – can register as a farmer and receive subsidies in the form of direct payments, from both the EU and the state. Just as with ER, FR also aims for maximum land consolidation. However, in the absence of a

developed rural and agricultural infrastructure, this policy does not really empower the farmers. Many of them complain that their production is running low due to the lack of irrigation systems and public roads.

What do you think of farming subsidies given by the EU in the context of farm registers? What are your expectations with regards to them?

It definitely helps, and even if not much, it is something, at least, better than nothing, but it is still too low. Actually, we do not want to receive any money. We don't want subsidies but we certainly need irrigation systems and we will be ready to pay for it 20 years from now. If you give me 5 million [old Lei] I have to provide so many papers...thousands of papers. If I had proper conditions for production, then I would be happy to sell at market price, which is rather low, but I would not be too concerned because production would be in large quantities. But I do not have irrigation. To carry out agriculture properly I need three basic things: mechanization, chemicalization, and irrigation. If one of them is missing, then nothing works (commercial farm director, Ciocănești).

If FR does not bring too much happiness to commercial farms, it doesn't either to the licensed individual farmers for whom these subsidies prove to be less efficient, as they are not linked to other EU support funds. Thus, as many individual farmers told me, these subsidies cannot cover their general expenses. In order to develop their business they will need to obtain specific types of funds directed towards investments, as was the case with SAPARD. However, agricultural credit schemes based on EU funds, which are the basis of the development of farming in general, are usually handled by commercial banks that impose their own rigid rules and which, in turn, create a great deal of exclusion and inequality between big commercial and small subsistence farmers. They usually need to prove warrants for their loans that can be covered only by large plots of land and by the feasibility of the proposed investment project.

In Ciocănești there are still many small individual farmers who together cultivate almost 2,000 hectares. For several years many of them were involved in a circuit of mixed activities: cultivating the land and using the produce to rear animals, especially pigs for sale on the local and regional markets. They thus secured a profit by selling live animals for higher prices than for those offered for grain. But now they are prevented from selling their animals due to restrictive EU norms on the commercial breeding of animals. As they do not have the resources to invest in their animal business, many subsistence farmers and licensed producers see themselves locked in the new normative system generated by the CAP.

The case of a young family from Ciocănești involved in individual farming is a telling illustration of this. They both work as employees at the local council and school and until recently used their wages to cultivate some seven hectares of arable land, growing wheat, sunflower, and grain. "Without the monthly wages, agriculture would not be an option for us," they said. Ciocănești as described by them, was, four or five years ago, a village in which half of the land owners would work the land privately. Today there are less and less people working their own land, with much of it going to the agricultural associations and commercial farms of the more powerful fellow villagers.

Another family used to breed between forty and fifty pigs per year by using their own agricultural production, with the profit usually reinvested in second-hand. As the majority of individual farmers in Ciocănești owned their own equipment they did not provide machinery services for other locals. They limited their business to breeding animals, but as of January 2007, they have felt pressurised to give up individual farming due to the EU restrictions imposed on the commercial animal breeding. Neither able to afford investing in better technology nor to receive loans, they are giving up their business and renting their land to a big local commercial farm which, happily or not, is run by their kin.

I think that in the next years many people will simply give up doing agriculture. Within five years, peasants in this region will disappear. Agriculture will be harder than gambling, it will depend on luck and it will be risky (individual licensed producer, Ciocănești).

My ethnographic data reveals that the new regimes of subsidies are not immediately effective. Even if individuals are apparently given agency through new forms of subsidies, the other forms of supporting development leave them powerless in the face of the market's ultimate decisions on who wins and who loses. The lack of agricultural infrastructure is also an important factor for concern. The real power and agency are actually in the hands of planners who possess expert knowledge and set up criteria for development and funding. The new resources are created not for all farmers but rather, for the progressive ones (Hobart 1993) who can actively support the development of markets. Planners are those who decide who is excluded and who is not excluded from these programmes.

From another point of view, the implementation of FR is still a problematic process carried out by the Agency for Direct Payments in Agriculture, which recently started a discussion on the protective clause that could reduce the amount of agricultural subsidies by 25%¹. There were three audits between June and October 2007 of the European Commission regarding this implementation process. The last audit concluded that there were certain problems due to the fact that there were more people registered as farmers than there were existing parcels². This shows that the Romanian state and the EU are still unable to set up bureaucratic structures for the proper implementation of such policies. Moreover, the local effects of these EU policies demonstrate that EU regulations were disconnected from the local realities of Romanian agriculture, which is highly fragmented and uneven.

Conclusions

The case studies show that although the EU and its CAP intend to stimulate generalized land use in Romania and the diversity of farming, the inequalities generated and perpetuated between big farms and small peasants over the last seventeen years of post-socialist transformation are reproduced and even further developed in the new context of EU membership. Even if EU

¹ *Evenimentul Zilei*, September 8, 2007.

² *Evenimentul Zilei*, December 7, 2007.

development planners aim to support farming in general, in the end they are still generating restrictive rules. Development thus remains a "struggle for the scarce resource" (Doorman 1995, Simone 1998), which leads to the reproduction of inequality.

The two policies discussed here can be better understood within the larger context of EU policies affecting the farmers, even if they have different goals. As previously mentioned, the new subsidies offered through the FR and aimed at encouraging land use are not sufficient in the absence of an agricultural infrastructure and flexible rules for funding. Neither big commercial farms nor the smaller and individual ones are encouraged to develop. Moreover, the new norms to cultivate land prevent the individual farms from further selling their small quantities of products on the market. The small farms, in particular, are threatened with extinction

In the case of ER, this policy appears to be disconnected from the local realities. Even if ER seems to stimulate further land consolidation, it requires rental contracts which are not legally manageable by agricultural associations. Therefore, ER affects the farms differently, depending on what type of farm they are. FR and ER help commercial farms to keep their business going, but insufficiently because of the lack of infrastructure. Associations (as survivors in the context of a poor infrastructure) are practically threatened by ER. In addition, subsistence farms appear to be doomed under the influence of ER and FR norms (and of EU agricultural norms in general). If these policies hold differential effects, the rural development in the form of investments in agricultural infrastructure (which will begin in 2008) will probably produce more positive results for all.

In all these cases, the knowledge of experts is challenged by the practical long-term experience of the people involved in agriculture, and it is confronted with the local realities in the phase of implementation. From the discontinuities and difficult workings of these policies at the local level, I can state with Hobart (1993: 12) that development follows the same logic of modernization that "omits recognition of wider social and historical processes" of the populations and areas on which it focusses. Thus, in post-EU accession Romania, agriculture appears as a decontextualized activity that has to be developed, rather than as a "performance situated in time and place" (ibid.).

Literature

- ABRAM, Simone 1998: Introduction: anthropological perspectives on local development. In: S. Abram, J. Waldren (eds.), *Anthropological Perspectives on Local Development: Knowledge and Sentiments in Conflict*. London, New York: Routledge, 1-17.
- BRYCESON, Deborah F. 2000: Peasant theories and smallholder policies. In: D. F. Bryceson, C. Kay, J. Mooij (eds.), *Disappearing Peasantries? Rural Labour in Africa, Asia and Latin America*. London: Intermediate Technology Publ., 1-36.
- DOORMAN, F. 1995: Participation, efficiency and the common good: an essay on participation in development. In: G. Ferks, J. H. D. den Ouden (eds.), *In Search of the Middle Ground: Essays on the Sociology of Planned Development*. Wageningen: Agricultural University.

- EDELMAN, Marc, Angélique Haugerud 2005: Introduction: The Anthropology of Development and Globalization. In: M. Edelman, A. Haugerud (eds.), *The Anthropology of Development and Globalization: From Classical Political Economy to Contemporary Neoliberalism*. Malden, Oxford: Blackwell, 1-74.
- HOBART, Mark 1993: Introduction: the growth of ignorance? In: M. Hobart (ed.), *An anthropological critique of development: The growth of ignorance*. London, New York: Routledge, 1-30.
- KALB, Don 2007: Cesta do post-kolonie: proč nás folkloristika nezachrání [The path to the post-colony. Why folkloristics won't save us]. In: *Czech Sociological Review* 43,1: 166-174.
- KALB, Don 2005: From Flows to Violence: Politics and Knowledge in the Debates on Globalization and Empire. In: *Anthropological Theory* 5,2: 176-204.
- LEWELLEN, Ted C. 2002: *The Anthropology of Globalization: Cultural Anthropology Enters the 21st Century*. Westport, London: Bergin & Garvey.
- VERDERY, Katherine 2003: *The Vanishing Hectare: Property and Value in Postsocialist Transylvania*. Ithaca: Cornell UP.
- VOICULESCU, Cerasela 2007: Agricultural Farm Management between Regional Markets and Local Communities: Networks of Production and Distribution in South Romania. In: K. Roth (ed.), *Sozialkapital – Vertrauen – Rechtssicherheit: Postsozialistische Gesellschaften und die Europäische Union [Social Capital – Trust – Rule of Law. Postsocialist Societies and the European Union]*. Berlin: LIT, 141-163.
- VOICULESCU, Cerasela 2008: Are Peasants Disappearing in Post-socialist Romania? Rent Regimes and Control over Land. In: *Focaal: European Journal of Anthropology* 51 (forthcoming).

Für 20 Leva und eine Flasche Schnaps: Der Schnaps im Leben des bulgarischen Dorfes

Radost Ivanova, Sofia¹

Neben der Schließung des III. und IV. Blocks des Kernkraftwerks „Kozloduj“ bewegte im Jahr von Bulgariens EU-Beitritt die Belegung der Herstellung von selbst gebranntem Alkohol mit einer hohen Steuer die Gemüter der Bulgaren, vor allem die der Bauern. Die Steuer überraschte viele der Hersteller, die von ihrer Produktion einen Gewinn erwarten, sehr unangenehm und es kam zu Protesten, die die Missbilligung der neuen, von der Europäischen Union auferlegten Verordnungen aufzeigten. Die Antwort der Regierung fiel klar und kategorisch aus: So sind die Regeln. Der Versuch, die Europäische Union zu einer Korrektur der Höhe der Steuer zu bewegen, schlug fehl. Wie war es dazu gekommen? Hätte die Überraschung vielleicht erspart bleiben und die Frage nach der Höhe der Steuer *vor* und nicht erst *nach* Bulgariens Beitritt diskutiert werden können? Diese und andere Fragen bleiben vorerst ohne klare Antworten.

Die Regierungen, die die Verhandlungen führten, verkündeten brav die Eröffnung von Kapiteln, das Abschließen von Kapiteln und noch weitere, für die einfachen Menschen unklare Dinge, schafften es jedoch nie, ihnen in verständlicher Sprache die Vor- und Nachteile unserer EU-Mitgliedschaft näher zu bringen. Vor diesem Hintergrund erschien die Höhe der Steuer, die unsere Bauern dann so schmerzhaft traf, bloß als ein für die bulgarischen Politiker bedeutungsloses Detail.

All diese gut bekannten Fakten aus der Politik veranlassten mich dazu, voller Sorge über die Lage des bulgarischen Bauern nachzudenken, der es ohnehin verdient, ins Rote Buch der bedrohten Arten aufgenommen zu werden. Der Übergang zur Marktwirtschaft stellte eine Bewährungsprobe für sein Weiterbestehen dar, denn für ihn ist die Landwirtschaft nicht nur Broterwerb, sondern eine Lebensweise. Die Wiederherstellung der Blutsverbindung zum Ackerland in den 1990er Jahren war jener Schicksalsmoment, der die politischen und ökonomischen Veränderungen für den Bauern viel spürbarer als für den Städter machte. Die Einführung der hohen Alkoholsteuer mit Bulgariens EU-Beitritt erwies sich als ein weiterer Eingriff nicht nur in sein Arbeits-, sondern auch in sein Privatleben.

Im vorliegenden Beitrag beschäftige ich mich mit dem Problem der Eigenherstellung und des Konsums von Alkohol im bulgarischen Dorf. Da ich meine Beobachtungen und Recherchen hauptsächlich im Dorf Osoica, Bezirk Sofia, durchgeführt habe, wo es keine Weinreben gibt und entsprechend kein Wein produziert wird, konzentriere ich mich auf den Schnaps (*rakija*). Über den Wein ist mehr geschrieben worden als über den Schnaps, doch erwiesen sich die relevanten Daten und Untersuchungen als zwar dürftig, doch äußerst

¹ Prof. Dr. Radost Ivanova, Volkskundlerin am Ethnographischen Institut der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia, ist Herder-Preisträgerin des Jahres 2002.

wertvoll². Zur Bauernarbeit hat in Bulgarien neben der landwirtschaftlichen Produktion und der Viehzucht schon immer die Herstellung von Wein und Schnaps gehört. Die Alkoholmenge aus Eigenproduktion ist bei den meisten Bauern dafür bestimmt, den Eigenbedarf zu decken. Sogar während des Sozialismus, als Land und Vieh kollektiviert waren, griff niemand das Recht des Bauern an, Wein und Schnaps für den Eigenbedarf herzustellen. Im Gegenteil, die Kessel für das Brennen von Schnaps existierten ganz legal.

Im Dorf Osoica, um das es im Folgenden gehen soll, wird traditionsgemäß Schnaps aus den verschiedensten Früchten hergestellt, am häufigsten aus Zwetschgen und Kornelkirschen. Die alten Dorfbewohner erinnern sich, dass sie früher, vor dem Zweiten Weltkrieg, im Gegensatz zu heute keinen Zucker beigemischt haben, wodurch der Schnaps schwächer war. Während des Sozialismus, als der Zucker billig und in unbegrenzten Mengen zu haben war, fingen sie an, den Sud zu zuckern, was zur Zunahme der produzierten Menge und des Alkoholgehalts des Schnapses führte.

Für das Brennen von Schnaps benötigte man Genehmigungen vom Rathaus, die die Reihenfolge bei der Nutzung der dorfgemeinschaftlichen Brennkessel bestimmten. Meine Interviewpartner gestehen, dass sie stets die Gebühr für das Brennen von nur einem Kessel Schnaps bezahlt haben, also 5 Leva, und zwar nur, damit der Steuerbehörde etwas vorgewiesen werden konnte; in Wirklichkeit haben sie aber 3-4 Kessel Schnaps gebrannt und wurden dafür von niemandem zur Rechenschaft gezogen. Diese Aussagen entsprechen den Beobachtungen von M. Videnov in der Stadt Godeč, wo die Schnapshersteller im Rathaus um das zwei- oder dreifach niedrigere Brennmengeangaben, als sie in Wirklichkeit brannten, denn die Steuer stieg progressiv an und es hätte keinen Sinn gemacht, ein Produkt selbst herzustellen, das dann im Endeffekt teurer geworden wäre als im Supermarkt.

Die Rolle der Kessel im Leben des Dorfes und der Kleinstadt in den 1970er und 80er Jahren sind bildhaft im Buch von M. Videnov „Godečaninăt“ [Der Godečer] beschrieben. Es zeigt, dass das Schnapsbrennen nicht bloß Arbeit, sondern ein wahrhaftes Ritual darstellte. „Wenn die Kessel angeworfen werden,“ schreibt der Autor, „stinkt die Stadt nach diesen Breien, in denen so viel Arbeit, Zucker und Hoffnungen stecken“ (Videnov 1991: 130). Wenn der Schnaps zu fließen beginnt, ist der Höhepunkt der Kesselarbeit erreicht: „Gegen Abend versammeln die aus Lehmziegeln gebauten Ein-Raum-Lokale eine Menge Leute, von denen ein Teil eine ständige Präsenz darstellt, das nicht wegzudenkende Interieur einer bestimmten Spiritusbrennerei. Sie werden dich erst spät nach Mitternacht wieder verlassen, wenn sie für nur kurze Zeit heimkehren, für gerade mal so lange, um von ihren Frauen ausgeschimpft zu werden... Die ständige Präsenz kostet dich mindestens 2-3 Liter, und zwar vom ersten Schnaps, dem 50-60prozentigen. Sie trinken ohne zu essen und bewerten die Ware. Das ist mordswichtig für das Renommee deiner Produktion, denn es gibt Schnaps und Schnaps. Die Stadt wird erfahren, was du hergestellt hast, und die Gefallen, um die du später den einen oder anderen bitten wirst, werden in völliger Abhängigkeit davon stehen, wie du dich bei dieser Verkostung gezeigt hast“ (Videnov 1991: 131-132). Die „ständige Präsenz“ ist dem Autor zufolge eine Männerclique, die Frauen ausschließt und sich

² Vgl. Vito 2003; Rakijata 2005; Lazarov 1988; Videnov 1991 u.a.

kaum noch erinnern kann, wann sie zum letzten Mal nüchtern gewesen ist. Und wenn der Kessel nonstop arbeitet, trinken auch sie nonstop. Sehr gelungen finde ich den Vergleich mit den Donkosaken, die sich vor den Kesselhelden als harmlose Abstinenzler ausnahmen (Videnov 1991: 132).

Die Wende, die unsere Landwirtschaft gründlich erschütterte, traf auch die Brennkessel. Viele von ihnen wurden gestohlen und liquidiert. Jetzt gibt es in Osoica keinen einzigen dorfgemeinschaftlichen Kessel. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Eigenherstellung versiegt wäre und die Bauern angefangen hätten, Schnaps im Supermarkt zu kaufen. Im Gegenteil, für dieses Dorf, wie vermutlich auch für die anderen, gilt die Feststellung des genannten Autors, dass Schnaps schon immer gebrannt wurde, noch immer gebrannt wird und auch in Zukunft gebrannt werden wird, auch dann, wenn keiner mehr in der Stadt geblieben sein wird (Videnov 1991: 132). X aus Osoica teilte mit: „Bei der Demokratie³ haben sie die Kessel gestohlen. Das zwang die Leute, selbst Töpfe, Kessel und alte Waschmaschinen zu dem Zweck umzumodeln. Nur ein Nachbar gründete einen Privatkessel, doch dieses Jahr ist er nicht in Betrieb. Zu alt ist schon der Mann“. Anzumerken ist, dass M. Karamihova zufolge die *Vorliebe für das Schnapstrinken* die erste Abgrenzungslinie bulgarischer Emigranten markiert. Und da im Ausland kein solcher Schnaps verkauft wird, müssen sie sich diesen aus Bulgarien beschaffen oder ihn selbst zu Hause herstellen. Die Autorin verweist auf einige solche Fälle in Nordamerika. Das klassische Gerät für diese Art Herstellung ist der Schnellkochtopf. Bei einem der Fälle in Toronto, Kanada, wurde das Gehäuse eines Feuerlöschers für die Destillation hergenommen. Das Material, aus dem der Schnaps gebrannt wird, ist unterschiedlich: von Orangen und Mango in Florida bis hin zu Pflaumennektar in den Nordstaaten. Weiter erzählt Karamihova: „Ob im Schnellkochtopf oder im Feuerlöscher, der destillierte Schnaps aus exotischen Früchten führte sie wieder zum Kessel im Dorf, zum Sud, entfesselte das Mysterium der männlichen Meisterschaft“. Dabei erinnert die Autorin daran, dass Herstellung und Verkauf jeglichen Alkohols in den USA ein Objekt strengstens kontrollierter Lizenzierung ist. Doch ihre Interviewpartner haben keinen Gedanken daran verschwendet, dass dies eine ungesetzliche und verfolgte Tätigkeit sein könnte (Karamihova 2003: 221-222).

Am 8. August 2007 begab ich mich zu X, um das Schnapsbrennen in seinem Kessel zu bewundern. Gebrannt wurde Birnenschnaps. Der Erstling, ein halber Liter des als erster geflossenen und höchstprozentigen Schnapses (60-70prozentig), war bereits als Heilmittel beiseite getan. Bei Erkältungen und anderen Schmerzen wird man damit eingerieben. In den Kessel, der den fertigen Schnaps auffing, waren schon an die zehn Liter geflossen, und X kostete ihn alle 5 Minuten in einem Halbliterglass. Der Herstellungsprozess näherte sich offensichtlich seinem Ende, denn X demonstrierte seine Fertigkeit, ohne ein Messgerät feststellen zu können, ob der Schnaps immer noch mehr als 40% betrug oder aber „*patoka*“ war, d.h. ob es sich um Schnaps mit niedrigem Spiritus- und hohem Methylgehalt handelte. X nahm in sein Glas eine kleine Menge aus dem fließenden Schnapsstrahl und goss sie ins Feuer. Die Flüssigkeit explodierte in einer großen Flamme und er war sichtlich zufrieden, dass der Destillationsprozess noch andauerte. Andernfalls wäre der Glasinhalt nicht

³ Mit der „Demokratie“ wird umgangssprachlich die Zeit nach der politischen Wende 1989 gemeint.

in Flammen aufgegangen. In diesem Moment strahlten seine Augen – ob vom gewonnenen oder vom getrunkenen Schnaps, weiß ich nicht, doch für ihn war das Schnapsbrennen eine sakrale Handlung. Auch war es glücklich, einer Frau wie mir, die von seiner Produktion nicht einmal gekostet hat, sein Können zu demonstrieren. Als Kenner konnte er mir auch erklären, wie man *mente* [Fälschung] herstellt. Man nimmt von der *patoka*, fügt etwas echten Schnaps hinzu und fertig! Jetzt erst wurde mir bewusst, wie gefährlich es ist, Schnaps von einem unbekanntem, skrupellosen Hersteller zu kaufen, und wie leicht man zum Opfer solch einer nicht kontrollierten Ware werden kann. Jeder Haushalt in Osoica produziert von 60 bis 100 Liter Schnaps in einem eigenen Kessel. Die Menge reicht fast fürs ganze Jahr, d.h. bis zur nächsten Herstellung. Einer meiner Interviewpartner (Y) teilte mit: „Jetzt reicht sie, früher reichte sie nicht ... wir sind alt geworden. Wenn dir jemand ins Haus kommt und du kein Gläschen Schnaps auf den Tisch stellen kannst, wird es schlimm...“. Und seine Frau fügte hinzu: „Ich würde mich schämen, Schnaps zu kaufen“. Von der hergestellten Menge wird die Frau des Hauses eine Zehnliter-Korbflasche auf dem Dachgeschoss verstecken. Diese wird für besondere Anlässe aufgehoben: für Hochzeiten, Namens- und Geburtstage, die Feier zur Verabschiedung eines Rekruten oder eine Abiturientenfeier. Bei den großen Familienfeiern ist es üblich, den Schnaps ins Restaurant mitzubringen, „damit es billiger ist. Sonst wird es zu teuer“ (A).

Auf die Frage, ob es denn Leute gibt, die keinen Schnaps brennen, lautete die Antwort: „Die keinen trinken schon, aber die keinen brennen nicht. Wer zulässt, dass die Früchte in seinem Garten verfaulen, gilt als faul“ (X). Noch mehr, mit ihren Gewohnheiten stecken die Einheimischen auch die Besitzer der Ferienhäuser in der Gegend an, die ebenfalls die Früchte ihrer Gärten zu verarbeiten beginnen, unabhängig davon, ob sie Schnaps trinken oder nicht.

Allen Interviewpartnern stellte ich dieselbe Frage: Was sie über die Steuer denken, die sie seit dem EU-Beitritt Bulgariens zahlen müssen. Die spontanste Antwort gab Z: „Erwischen werden sie mir...“, und es folgte die Geste mit der geballten Faust, dem Anwinkeln des Ellenbogens und Schaukeln des Arms. Ein anderer Befragter (Y) gab direkt zu: „Ich zahle, wenn sie mich erwischen. Wer wird ihn denn reinlassen, damit er sieht, dass wir Schnaps brennen?... An der Tür werde ich ihn aufhalten und nichts wird er sehen“. Ein dritter Befragter: „Wenn es ein normaler Preis ist, zahle ich. Wenn es billig ist, sagen wir 50 *stotinki* pro Kilo, werde ich sie bezahlen und mich nicht verstecken. Aber wie teuer ist die jetzt, ich glaube 2,50 [Leva] das Kilo... *Mente* verkaufen sie jetzt für 2,50. Für so viel werde ich es kaufen“. Der nächste Befragte (X, mit Hochschulabschluss): „Es gibt jetzt keinen offiziell reglementierten Brennkessel. Jeder passt zu Hause an, was er halt hat, und es gibt niemanden [dem man zahlt]. Es gibt nichts zu zahlen. Wir verstecken uns...“.

Es mag wie ein Paradox klingen, doch der EU-Beitritt lässt die Bauern wieder auf stereotype Verhaltensweisen aus der sozialistischen Vergangenheit zurückgreifen, als es eine schizoide Zweiteilung im Verhalten der Menschen gab und die Wahrheit zwei Gesichter hatte, eines für die Öffentlichkeit, vor den Leuten, und eines für zuhause. Deshalb spürte ich zumindest in Osoica, wo Schnaps nur für den Eigenbedarf und nicht zum Verkauf hergestellt wird, keine Anspannung wegen der Sorge, wie man das Problem bewältigen und die niedrigen Renten bzw. Gehälter mit den hohen Steuern in Einklang bringen könnte. Die Strategie ist für sie klar, denn sie wurde in der Vergangenheit bereits

mehrfach geübt: kein Geld, keine Steuer. Alles geht in die Illegalität über, aber die Herstellung wird fortgesetzt.

Und nun zum *Trinken*. Das Bild ist hier ein bunteres. Ich beginne mit den Beobachtungen von Ivan Hadžijski über den patriarchalen Bulgaren, dessen Lebensideal nach einem seiner Befragten aus Zemen, Bezirk Radomir, darin besteht, „sich die Seele zu versüßen, ein wenig zu plaudern, sich zu kleiden“ – und ersteres geschehe vor allem durch die Gastronomie des Bauern: „*Der Bauer, dessen Seele damals näher am Magen lag als jetzt*, versüßte diese Seele nicht mit Romanen und philosophischen Formeln, sondern vielmehr mit *Essen und Trinken*. Doch diese Versüßung gelang dann ganz und vollkommen, wenn sie gemeinschaftlich zustande kam: bei Verlobungen, Verhandlungen, Hochzeiten, Gottesdiensten, religiösen Festen, Volksfesten, unter Freunden und Verwandten, und stets von Gesang, Musik und Tänzen begleitet“ (Hadžijski 1974: 62-63).

Die Situation im Dorf ist heute nicht wesentlich anders. Der durchschnittliche Bewohner von Osoica trinkt niemals allein. Das Trinken ohne Anlass wird von den Bulgaren als bloßes Besäufnis wahrgenommen (Karamihova 2003: 237). Zu den Ausnahmen müssen wir die Dorfsäufer rechnen, etwa zehn Männer von den insgesamt 250 Einwohnern. Alle im Dorf wissen, dass diese den Tag mit Schnaps beginnen und beenden und überhaupt nie nüchtern sind. Bei ihnen reicht die Eigenherstellung nicht aus, ihren Jahresbedarf zu decken. Deshalb trinken sie *mente*, wenn sie die eigene Produktion verbraucht haben. Einer der Säufer, Stojan G., berühmt dadurch, dass er den Tag mit mindestens 300 ccm Schnaps beginnt, hat sich als Helfer auf dem Bauernhof einer betagten Witwe eingenistet. Für die von ihm geleistete Arbeit bezahlt sie ihn mit Schnaps. Andernfalls hätte ihr die Rente nicht gereicht. Offenkundig wird das Verhalten solcher Säufer zuweilen als fast heldenhaft empfunden, denn ihr zerstörerisches Saufen hat Eingang auch in die sehr populäre *čalga*-Musik (s. Ivanova 2004) gefunden. In einem Lied des Orchesters *Sredec* beschwört der Säufersheld die Kellner, als sie ihn aus der Kneipe werfen, „sie sollen ihn vor der Kneipe begraben, wenn er stirbt, in einem Sarg aus Fässern, mit einem Kellner statt eines Popen, mit einer Flasche statt eines Kreuzes, mit Liedern statt Tränen; über seinem Kopf sollen sie ein Pflaumenbaum pflanzen, neben ihn einen Kessel hinstellen, und der scharfe Slivovitz soll in sein Grab fließen“ (Dimov 2003: 191).

Der entgegengesetzte Fall sind die Abstinenzler. „Es gibt Frauen, die trinken, andere trinken nicht. Es gibt auch Männer, die nicht trinken. Keine Zigarette, kein Alkohol. Viele sind es nicht, aber es gibt welche“ (Y). Im Prinzip sind die Dörfler Schnapstrinker. Sie trinken ab dem Mittag, am häufigsten nach 5-6 Uhr nachmittags. Früher (d.h. vor 1990) hatte das Dorf sieben Kneipen und dort haben sich die Männer zum Trinken versammelt. Jetzt gibt es keine einzige mehr. Es gibt das Kneipchen *Rajo*, das als modernes Restaurant gilt und von den Einheimischen nicht betreten wird. Der Treffpunkt der Männer zum Trinken ist jetzt vor dem Lebensmittelladen oder vor dem Container, der ebenfalls die Funktion eines Geschäfts erfüllt. Das geschieht gegen Abend, wenn ihnen ihre Ziegen gebracht werden.

Meine Interviewpartner sind sich einig, dass während des Sozialismus viel getrunken wurde. „Jene, die in der Bauernwirtschaft arbeiteten, tranken den ganzen Tag,“ sagt Y und versäumt nicht hinzuzufügen, dass heute in der priva-

ten Schreinerei die Alkoholkontrolle der arbeitenden Männer viel strenger ist. Der Besitzer erlaubt ihnen nicht, während der Arbeit zu trinken, „denn es sind Maschinen – ein Fehler und du bist weg“ (Y).

Gerade im Sozialismus wurden die kleinen Fingerhut-Gläschen gegen Hundertgrammgläser [100 ccm] ausgetauscht. Damals habe man den Schnaps „nackt“ getrunken, und auch heute wird zum Schnaps nicht unbedingt gegessen. Wie X behauptet, „gibt es Leute, die es vorziehen, Schnaps mit Schnaps zu trinken (d.h. zwei Schnäpse), statt Schnaps mit was zum Essen.“ Heute trinkt man den Schnaps „nackt“ mit Mineralwasser oder gewöhnlichem Wasser. Das Essen dazu, bestehend aus frischen Salaten oder Eingemachtem, wird von den gastfreundlichen Hausfrauen zuhause gemacht und gereicht, wo immer man sich verwandt- oder nachbarschaftlich zum Trinken versammelt. Gerade bei diesen Treffen werden große Mengen hausgemachten Schnaps getrunken. Der Trinkstil unter häuslichen Bedingungen – mit Essen – ist nicht nur in ganz Bulgarien bekannt, er wird von den bulgarischen Emigranten auch ins Ausland übertragen. Dafür sprechen die Beobachtungen von Karamihova in den USA, wo zum Schnaps Salate oder hausgemachtes Einweckgemüse gereicht werden. „Wenn sie Zeit haben, bereiten die Gastgeberinnen original bulgarische Salate: *šopska* und *snežanka*. Getrunken wird langsam, bei Happen und Unterhaltung im Wohnzimmer, seltener vor dem Fernseher“ (Karamihova 2003: 230). In letzter Zeit ziehen manche in Osoica dem Schnaps Wodka-Tonic vor. Das gilt aber vor allem für die zugezogenen oder die sich nur kurzzeitig im Dorf aufhaltenden Sofioter.

Der häufigste Anlass für große Ess- und Trinkgelage sind die Dorffeste und die Treffen der Jagdgesellschaft. An der Jagd nehmen fast alle tauglichen Männer des Dorfes teil. Sie sind gut organisiert und nutzen jede Gelegenheit, Dorffeste in schönen Gegenden am Fuße des Balkan-Gebirges zu organisieren. Solche Feste beginnen am Mittag und enden gegen 6-7 Uhr am Abend. Jede Familie bringt selbst ihr Essen, Trinken und den Grill mit, manchmal sogar auch die Tische und Stühle, obwohl vor Ort immer improvisierte Grillbuden stehen, die Grillfleisch, Bier und andere Alkoholika anbieten. Der nicht an einen hohen Lärmpegel gewöhnte Festteilnehmer kann nur schwer den die Luft zerreißenden Popfolk [*čalga*] und die knallenden Feuerwerke der Jäger – ein Ausdruck ihres Stolzes und Hinweis darauf, dass sie die Fest-Organisatoren sind – ertragen. Hier muss ich erwähnen, dass zu diesen Festen keiner aus dem Dorf zu Fuß geht. Wie schlecht auch immer der Weg sein mag, der an gewissen Stellen sogar fast zum Pfad wird und Gebirgsbäche überquert, alle sind motorisiert – mit Autos, Motorrädern, Traktoren, LKWs, worüber man eben so verfügt. Und man soll ja nicht erwarten, dass es beim Rückweg auch nur einer unterlassen würde, sich wieder ans Steuer zu setzen. Alle trinken und fahren und lärmern. Vor unangenehmen Überraschungen schützt sie nur das Fehlen von Gegenverkehr. Das Schlimme ist aber, dass nicht nur innerhalb des Bereichs von Dorf und Gebirge betrunken gefahren wird. Offensichtlich ist die Kombination Alkohol und Fahren nicht neu und nicht nur für dieses Dorf typisch. „In Godeč,“ schreibt M. Videnov, „ist die Verkehrsregel, nach dem Alkoholkonsum kein Kraftfahrzeug zu steuern, außer Kraft gesetzt. Wenn der Mensch es schafft, nicht vom Fahrersitz zu kippen, indem er sich am Steuer festhält, dann kann er auch fahren. Wenn man sich in Godeč wegen Alkohol am Steuer von seinem Führerschein verabschieden müsste, dann wären die

Godečer längst zum Pferdewagen oder gar zum Ochsenkarren zurückgekehrt“ (Videnov 1991: 179).

Im Trinken erschöpfen sich aber nicht die Funktionen des Schnapses. Der hausgemachte Schnaps hat auch eine weitere wichtige Bestimmung. Er ist ein „*Bonus*“ bei allen wichtigen Geschäften, Ein- und Verkauf u.a. Während des Sozialismus, als auf dem Markt fast alles Mangelware war, fungierte der Schnaps als eine Art Passierschein zum sonst Unerreichbaren. In manchen Situationen verwandelte er sich in jenen magischen Gegenstand, mit dessen Hilfe der Märchenheld sein Ziel erreicht. Manchmal hat er sogar einen Kode. So etwa beim Helden aus „Godečaništ“, ein pensionierter Lehrer, der Ziegeln für sein neues Haus kaufen wollte. Es stellte sich aber heraus, dass die Käufer weitaus zahlreicher waren als die gelieferte Ware. Dann erfuhr er vom Lagerverwalter, dass nur jene Kunden Ziegeln bekämen, die einen bestimmten Zettel vorweisen können. Unser Held wunderte sich und überlegte, wo denn ein solcher Zettel zu bekommen wäre, als ihm ein Lagerarbeiter zuraunte: „Den Zettel kann man genauso gut in den Wind schreiben.“ Es stellte sich heraus, dass die Kneipe „Borovec“ die Zettel ausstellt, die wichtige Person, die sie verteilte, der Kneipenwirt ist und der Zettel selbst eine Flasche Anis-schnaps. Erst dann begriff der naive Lehrer, was Sache ist, brachte von seinem hausgemachten Schnaps mit und äußerte seine Empörung: „Solche Zettel habe ich doch zu Hause, so viele du willst. Wieso sagen diese Leute nicht geradeaus, was sie wollen, und lassen mich ratlos herumgehen und mich blamieren!“ (Videnov 1991: 146-147).

Wie das Beispiel zeigt, ist der Schnaps nicht nur ein Bonus beim Kauf, sondern auch eine anerkannte Währung. In diese Rolle des Naiven geriet auch mein Mann im Sommer 2006. Der Rasen um unser Haus herum musste gemäht werden und die Nachbarn empfahlen ihm einen Mann, der als einziger im Dorf bereit sei, diese Arbeit zu machen. Da erschien der Mann in offenkundigem Rauschzustand und teilte seine Bedingung mit: „Für 20 Leva und eine Flasche Schnaps“. Mein Mann erwiderte gleich: „Gut, 20 Leva, aber Schnaps habe ich keinen“. Ungern machte der Mann sich an die Arbeit, mähte hier und da ein wenig. Plötzlich hielt er inne, überlegte und sagte, er werde am Nachmittag wieder kommen. Er trank ein Bier und ging. Er tauchte nicht wieder auf, weder am Nachmittag noch in den nächsten Tagen. Der Deal kam nicht zustande, denn es fehlte das Wichtigste, der Schnaps, und mit ihm auch die persönliche Motivation. Denn das Geld hätte er nach Hause gebracht, doch der Bonus hätte ihm allein gehört.

Es gibt noch einen weiteren Bereich im Leben des Bauern, in dem der Schnaps eine wichtige Bedeutung hat, und zwar als Ausdruck der Dankbarkeit für einen Gefallen, der einem getan wurde. Die Bauern aus Osoica bilden hier keine Ausnahme. Sie zeigen unbedingt ihre Dankbarkeit, indem sie ihren Wohltäter bewirten oder ihm eine „Flasche Schnaps“ bringen. Das liest man auch bei Videnov: „Für jeden Gefallen einzeln wird dir der Godečer eine Bier-, Schwepes- oder Ölflasche mit hausgemachtem Schnaps bringen... Es ist nicht ausgeschlossen, dass er am nächsten Tag kommt, um sein Leergut abzuholen, damit es dir nicht im Weg steht“ (Videnov 1991: 177).

Beschränkter ist dagegen die Funktion des Schnapses als Heilmittel. Wie weiter oben erwähnt, wird der Schnaps-Erstling, der in den Kessel fließt, beiseite getan für Massagen bei Erkältungen und Schmerzen. So erübrigt sich der Kauf

verschiedener Spiritussorten in der Apotheke. Auch die Entspannung nach der Arbeit mit einem Gläschen Schnaps kann als „Medizin“ verbucht werden. Zwar trinkt der Bauer aus Osoica nicht allein, doch wenn er vom Mähen zurückkehrt, so etwa X, dann reicht ihm seine Frau ein Gläschen mit 20-25 ccm zur Entspannung, und er „wiederholt höchstens einmal“.

Allein kann man auch trinken, wenn man die Lösung für ein Problem oder Trost sucht. Am 7. August 2007 gelang es mir, in der Sendung „Koritarov live“ (*Nova Televizija*) das Interview des Moderators mit einer Frau aus dem Dorf Iskrec aufzunehmen, die 120 Leva Rente bekommt und überlegen muss, ob sie damit in den Supermarkt oder in die Apotheke gehen soll: „Ich stand zwischen dem Laden und der Apotheke,“ sagte sie, „wenn ich meine Arzneimittel kaufe, bleibe ich hungrig. Wenn ich Lebensmittel kaufe, werde ich an meinen Krankheiten sterben. Dann ging ich nach Hause, öffnete den Kühlschrank und nahm das heraus (zeigt eine Flasche Schnaps) – eigene Herstellung, 70prozentig. Ich trinke davon morgens, mittags und abends und beschwere mich nicht“. Ob in diesem Fall der Schnaps eine Medizin ist oder der ohnehin kranken Frau noch mehr Leiden verursacht, wage ich nicht zu raten. Jedenfalls ist er in den Vorstellungen vieler Menschen eine Medizin für die kranke Seele in ausweglosen Situationen.

In allen Fällen, mit all seinen Funktionen stellt der Schnaps und seine Hausproduktion eine tief im Leben des Bulgaren verankerte *Tradition* dar. Je nach ökonomischen Bedingungen verändert er sich: seine Qualität, die Art und Weise seiner Herstellung, doch das Produkt, der *hausgemachte Schnaps*, bleibt bestehen. Nicht nur im Lande, auch außerhalb seiner Grenzen ist der *Schnaps* das von den Bulgaren am meisten geschätzte Getränk, das man mit willkommenen Gästen gern teilt (Karamihova 2003: 219).

Die Herstellung von Schnaps erweist sich als eine ausschließlich männliche Beschäftigung. Früher und auch heute spielen die Männer die führende Rolle sowohl bei dessen Produktion als auch beim Konsum. Die Frau hat nur eine Hilfsrolle, und zwar hauptsächlich bei der Vorbereitung des wichtigsten Prozesses, des Schnapsbrennens. Der männliche Part der Herstellung kommt gut bei der Nutzung der dorfgemeinschaftlichen Kessel zutage, die nur für Männer zugänglich sind, der Herstellung Bedeutsamkeit verleihen und Aufsehen erregen. Ihre Abschaffung „vermindert“ die Rolle des Mannes bei der Herstellung, indem sie ihm den Reiz des öffentlichen Auftritts nimmt, die Möglichkeit, den Stolz auf seine Arbeit und die Qualität der von ihm produzierten Ware auszukosten.

Mit dem Übergang zur Herstellung unter häuslichen Bedingungen wurde das Schnapsbrennen einer anderen häuslichen Hilfstätigkeit gleichgestellt: dem Einwecken für den Winter, dem Konservieren von Obst, Gemüse und Fleisch aus Eigenproduktion. Hier sind die Rollen von Männern und Frauen vertauscht: Die Frau hat die führende Rolle, der Mann ist nur Hilfskraft. Die Eigenproduktion von Nahrung und Getränken ist untrennbar mit den Überlebensstrategien der Menschen in den allgegenwärtigen wirtschaftlichen Krisensituationen verbunden. Auch heute, wo er sich auf sein niedriges Einkommen nicht verlassen kann, ist der Bauer gezwungen, diese Tradition fortzusetzen. Noch mehr, die Abschaffung des öffentlichen Charakters der Schnapsproduktion führt zu einer eigenartigen Retraditionalisierung, indem sie die Herstellung zu einem privaten Problem jedes Haushalts macht. Sie verwandelt sich dabei in eine Herstellung

im Verborgenen, die praktisch weder qualitativ noch quantitativ kontrolliert werden kann.

Bulgaren haben schon immer Verordnungen gehasst. Es genügt, sich an die literarische Figur Andreško von Elin Pelin zu erinnern, oder an die im Sozialismus geradezu zur Norm gemachte Lüge, viel kleinere Mengen anzugeben und zu bezahlen als man tatsächlich hergestellt hat. Der generelle Verfall der Landwirtschaft heute ist nicht nur nicht imstande, zur Überwindung des Negativen aus der Vergangenheit beizutragen, er fördert sogar dessen Transformation, etwa die völlige Geheimhaltung der Schnapsherstellung. Sogar die inoffizielle Kontrolle der Qualität in der Vergangenheit – die oben erwähnte ständige männliche Präsenz während des Sozialismus, die den Schnaps kostete und dessen Qualität in den Kesseln bewertete – gibt es heute nicht mehr. Der Hersteller verlässt sich nur auf seine eigene Erfahrung und auf den Wunsch, das Beste für sich, seine Familie und seine Nächsten zu produzieren. Denn auch heute ist es sein größter Stolz, *hausgemachten Schnaps* – *das Symbol für beste Qualität* – hergestellt zu haben. Und obwohl es auf dem Markt schon etliche für ihre Qualität berühmte Schnäpse gibt (Nenov 2005: 49-52), wird der hausgemachte traditionell bevorzugt. Abgesehen davon, dass man ihn für besser als den gekauften hält, ist er auch für jene zugänglich, um die es materiell schlecht bestellt ist. Wenn aber ein Hersteller hausgemachten Schnapses beschließt, auch etwas Geld mit seiner Ware zu verdienen, dann kann das Fehlen einer Kontrolle verheerende Folgen für den Konsumenten haben, besonders wenn der Schnaps *mente* ist.

Das Verstecken der Herstellung stimuliert aber andererseits die Gründung großer Firmen zur Herstellung von Markenschnaps gerade unter jenen Herstellern, die den Schnaps nicht nur für den Eigenbedarf produzieren, sondern auch einen Broterwerb darin finden. Dieser Prozess allein ist nicht imstande, die Eigenherstellung abzuschaffen, erstens aufgrund der Armut der Bauern und aufgrund ihres Strebens, die Erträge der Bauernwirtschaft und der Natur zu verarbeiten, und zweitens aufgrund der Überzeugung, dass es *keinen besseren als den hausgemachten Schnaps* gibt, so wie es kein besseres als das zu Hause zubereitete Essen gibt.

Abschließend möchte ich auf die Steuer und die Verordnungen der Europäischen Union zurückkommen. Wie schon klar wurde, gibt es Schnaps und Schnaps. Und das nicht nur in qualitativer Hinsicht. Die erste Art Schnaps ist eine *Ware* und ihre einzige Funktion besteht darin, dass sie verkauft wird. Ab dann interessiert es den Hersteller nicht, wofür sie verwendet wird. Die zweite Art, der hausgemachte Schnaps, ist multifunktional. Sie ist dazu bestimmt, die elementaren menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, werk- wie feiertags, bei der Arbeit und in der Ruhezeit, bei Gesundheit und bei Krankheit. Deshalb ist es unangemessen, beide Arten Schnaps gleichzusetzen und beide mit derselben Steuer zu belegen. Dieser grundsätzliche Unterschied zwischen ihnen ist der entscheidende Punkt, der zu einer Senkung der Steuer für den hausgemachten Schnaps bewegen könnte.

Literatur

DIMOV, Vencislav 2003: Dva pesenni obraza na vinoto [Zwei Bilder des Weins im Lied]. In: *Vino i kultura*. MIF 8, Sofia, 176-193.

- HADŽIJSKI, Ivan 1974. Bit i duševnost na našija narod. Săčinenija v dva toma. Vtori tom [Lebensweise und Mentalität unseres Volkes. Werke in zwei Bänden. Zweiter Band]. Sofia.
- KARAMIHOVA, Margarita 2003: Pieneto kato etno-marker za bălgarite-emigranti v SAŠT [Das Trinken als Ethno-Marker der bulgarischen Emigranten in den USA]. In: VINO i kultura, 212-240.
- LAZAROV, Valentin 1988: Bolgaro-Gruzinskie paralely po narodnoj kul'tury vinogradarstva i vinodelija [Bulgarisch-georgische Parallelen in der Volkskultur des Weinbaus und der Weinherstellung]. Tiflis.
- IVANOVA, Radost 2004: Die *čalga* als kultureller Ausdruck der Transformation. In: Ethnologia Balkanica 8: 227-238.
- NENOV, Nikolaj 2005: Rakijata v reklamnite poslanija [Der Schnaps in Werbebotschaften]. In: Rakijata na bălgarina [Der Schnaps des Bulgaren]. Ruse, 49-52.
- RAKIJATA na bălgarina [Der Schnaps des Bulgaren]. Ruse, 2005.
- VIDENOV, Mihail 1991: Godečaninăt [Der Godečer]. Sofia.
- VINO i kultura 2003 [Wein und Kultur]. MIF 8, Sofia.

Progressing Cross-Border Securitisation: Managing Individuals, Business and the State at the Romanian-Serbian Border in the Post-Accession Period

Cosmin-Gabriel Radu, Bucharest

Introduction

Before delving into the main subject of this chapter, I find it necessary to briefly review the pre- and post-1989 developments of the Romanian-Serbian border, especially in terms of “institutional” transformations and the basic elements that define the border as a permeable or restricted area. With regard to this, it is worth beginning with the governmental decree issued in the mid-1960s, which was enacted bilaterally by Romania and Serbia and which set large-scale cross-border petty trade in motion in the disguise of natives visiting relatives residing on both sides of the border. The relatively permissive socialist policy – today often referred to as ‘cross-border cooperation’- is reflected in the availability of socialist border crossing permits, the relative autonomy of the local state offices in setting the rules for border crossing, and the existence of a relatively mixed population living in the borderland. In addition to enabling a great deal of border permeability, these factors have also allowed for various negotiable social relations between the local populations of border crossers and the border posts, where the people and goods crossing the national border are controlled, and which largely lie beyond the immediate, restrictive, and material presence of the socialist state (Radu 2008a, forthcoming). Even if the region was, to a large extent, recognized as one of the principal gates through which the socialist citizens could attempt to escape the totalitarian regime – especially due to the presence of the Danube as a natural border and the inherent difficulties encountered with the surveillance of the waterline – the Romanian-Serbian border proved to be an exceptional case of permissive socialist local policing of cross-border identities and goods. For this reason, along with harsh militarized surveillance maintained to prevent illegal escapes to the West, during the 1970s the borderland became one of the most popular ports of entry for Western goods carried legally across the border from Yugoslavia to Romania.

Immediately after 1989, there was a sudden relaxation of border regulations and a large official movement towards the liberalization of issuing passports. In this context, additionally fuelled by a relative well-being in the Yugoslav border localities – channelled through the remittances the Serbian Vlach population sent regularly from Western Europe to their border home towns and villages – the mass Romanian cross-border seasonal labour and petty trade grew over a very brief period. A few years later, as the Yugoslav Federation dismantled into several nation states, the general war economy of the region was well reflected at the Romanian-Serbian border through the act of extensive petrol smuggling, which was prompted by the embargo upon ex-Yugoslavia. This was a period in which the Romanian state virtually disappeared from the border’s landscape, being subject to various local

contestations and state fragmentations, while at times an active partner in smuggling (Radu 2008b, forthcoming). In other words, various bodies of the state, the local police, the army, the militarized border patrols, the central intelligence services, and notable rulers in the government and parliament of the early post-socialist period were regularly involved in smuggling huge quantities of petrol across the border, along with millions of people, from local peasants to former industrial workers, anglers, and citizens arriving from all over the country.

After the embargo, Romania, as well as other states of the region, aligned to the EU membership scheme and applied for accession. During the pre-accession period, several things occurred on the Romanian-Serbian border. This included, for instance, de-militarizing the border control and surveillance and appointing the border police, in place of the army, as the new institution for border control. The EU pre-accession period saw attempts on behalf of the state to re-establish control over the borders. Furthermore, a flexible strategy for the management of frontiers was produced, which included the concept of cross-border securitisation, along with the introduction of bilateral visas between Romania and Serbia, large restructurings and anti-corruption campaigns in the customs and border police offices, and the closing down of duty-free shops (Radu 2007). All of these things made sense because of the asymmetries between the two neighbouring countries produced during the process of EU governance and membership allocation: while Romania was a relatively successful EU candidate state, Serbia remained on the waiting list. The differences between the two countries and the whole range of cross-border policies aim at either restricting or flexibilizing the cross-border controls, with mobilities to be materially and symbolically enacted on the spot with the construction of an EU external border. After Romania's EU accession on 1 January 2007, some relevant developments took place: Serbia cancelled the visa requirement for Romanian citizens while, according to EU transnational governance and border regimes, Romania maintained, but flexibilized, the visa requirements for Serbian citizens. In addition, duty-free shops, briefly closed in 2006, just before accession, were suddenly re-opened at border-crossing points. In the meantime, there were also changing control and surveillance procedures enacted in accordance with EU regulations.

Cross-border securitisation and contraband disconnects

On Wednesday, 4 April 2007, some breaking news reached the attention of Romanian media. It concerned the amusing fact that in the border area of the town Satu Mare, close to the Hungarian and Ukrainian borders, the contraband in cheap Ukrainian cigarettes was such a safe transnational business that it was carried out by transportation as rudimentary as horse-drawn carts¹. Humour aside, this news pointed towards a phenomenon that has many far-reaching implications. It is estimated that the cigarette producers lose two billion Euros annually due to the increasing smuggling of cigarettes. This meant that the big cigarette producers could put pressure on the state to

¹ Contrabandă de țigări cu căruța, în Satu Mare! [Cigarette smuggle by the horse driven wagon in Satu mare!] ProTV news line, April 4, 2007. News article available online at: <http://www.protv.ro/stiri/justi-ie/contrabanda-de-tigari-cu-caruta-in-satu-mare.html>.

securitise cross-border flows and thus increase the revenue of their business. It is common knowledge that borders are indeed porous and provide ample opportunities to illegally create value outside the national territories – this in spite of the recent rhetoric and operations of cross-border securitisation. Moreover, it was largely believed that by closing the duty-free shops in 2006², much of the pricing asymmetries, unfair competition, and customs revenues in the enlarged European Union would finally be better regulated and governed. Various press releases, however, show that on the contrary, the elimination of duty-free shops on the Romanian border and in other areas, have stimulated the smuggling of cigarettes to flourish³. The obvious disconnection between the practices of securitisation promoted by the state and the EU and the ongoing smuggling occurring at almost every border of Romania, are evidence enough that this question is an interesting and relevant one, thus legitimating further inquiry into the socio-economic and political processes affecting border communities and local state officials.

Smuggling is by no means a new phenomenon. The only thing which seems to be a novelty is the growing awareness that these cases of cross-border, transnational criminality should be addressed not only by the regulatory functions of the state, but also by various public-private partnerships and supra-state (EU) departments and agencies. For example, no earlier than February 2007, just one and half months after the EU accession of Romania, the Romanian Border Police and two major tobacco producers signed an agreement to fight smuggling⁴.

This is a sign that smuggling cigarettes from Ukraine or the Republic of Moldova into the European Union increasingly becomes a transnational process that fuels the desires and imaginations of business of many people living on the margins of their societies and economies. On the other hand, it becomes a pretext for the powerful (such as state apparatuses, big legal business players, or EU agencies) to further strengthen their abilities of regulation (read taxation, increasing customs duties revenues, and controlling cross-border flows). Similar attempts to control the smuggling were insistently taken in Hungary in 2006⁵ – which joined the European Union in 2004 – where smuggling goods from outside the EU is still an issue at stake.

² Special shops located in the neutral space of the borderline which were meant to supply travellers and border crossers with various goods exempted from duties and any kind of taxes, that is, much cheaper as compared with the regular suppliers from the national territory.

³ Depozite cu țigări de contrabandă, în locul magazinelor duty-free [Storing spaces for cigarette smuggle replace the duty-frees] ProTV news line, February 16, 2007. News article available online at: <http://www.protv.ro/stiri/justi-ie/depozite-cu-tigari-de-contrabanda-in-locul-magazinelor-duty-free.html>.

⁴ România împânzită de contrabandiști de țigări și alcool [Romania densely populated by cigarettes and alcohol contrabandists] ProTV news line, March 3, 2007. News article available online at: <http://www.protv.ro/stiri/justi-ie/romania-impanzita-de-contrabandisti-de-tigari-si-alcool.html>

⁵ Hitting the illicit cross-border cigarette trade. Budapest Sun June 8, 2006. News article available online at: <http://www.budapestsun.com/cikk.php?id=20124>.

EU internal and external borders: uneven securitisation?

Furthermore, it should be noted that the media reports mentioned above concern the Romanian-Hungarian border, one of the internal borders of the European Union. Areas as such are presently being disproportionately regulated. In other words, the security measures are not as thorough – as is the case with the external borders of the EU, such as the Romanian-Serbian border, which will undergo severe processes of securitisation that will be completed in a few years⁶. As the intrigue of the story shows, apparently those lesser regulated borders still present opportunities for smuggling and other illicit activities, regardless of how well they are securitised. Nevertheless, there are many aspects of the cross-border flows and practices of border control which are becoming matters of more effective governance, as affected by securitisation.

In this chapter it is intended to make a case for a better understanding of the differences suggested by the following question: What exactly does securitisation mean when looked at from the perspective of the changing nature of the practices of border crossing and border control, and how different are the internal EU borders from the external ones, in the interesting case where both are apparently governed by the same Romanian state together with the EU. To make these differences meaningful and to address fundamental analytical issues in the anthropology of borders and the anthropology of the state, this paper will be devoted to studying the Romanian-Serbian border as an EU external border, and also to the processes of securitisation that this border goes through. Even if the results of re-defining borders and treating them differently are less evident from a shallow look at some press material, the differences between internal and external borders of the EU still exist and the operations of surveillance carried out in those areas differ, while the very dynamics of illicit cross-border trade and seasonal labour can be expected to take different forms and scopes. At the same time, there are significant differences between the internal and external borders. For example, the EU external borders “hosted” by Romania at the moment are those with Ukraine, Serbia, and the Republic of Moldova. Given this diversity of border situations and border governance, why do I choose to deepen the securitisation of the Romanian-Serbian border? The reason is that the Romanian-Serbian border, in comparison with those of Ukraine and the Republic of Moldova, presents the unique case of changing regional economic and political asymmetries in relatively short periods of time (from socialism to post-socialism), which are very well reflected in the nature and scope of cross-border flows, as well as in the special attention the state always paid to (un)govern this border in one way or another.

⁶ Fortăreața de la granițele României [The fortress at the Romania borders]. *Capital* January 3, 2007.
<http://www.capital.ro/index.php?section=articole&screen=index&id=100559&cauta=securizarea%20frontierelor>.

The Romanian-Serbian border pushed toward securitisation

The Romanian-Serbian border is more illustrative than the other Romanian EU external borders because of the paradoxes and the apparently redundant nature of the state decisions related to the governance of flows. The EU accession is a decisive development as the securitisation in effect produces harsher restrictions and regulations of flows in both directions. Nevertheless, the issue at stake, at least until 2004 when the bilateral visas were required for the first time for border-crossings, was not really the intense mobility of Serbs into Romania, which in fact was low. Rather, it was the reverse which seemed to be true, that is, the Romanians seeking massively to trade or work in Serbia, and the war economy prompted by the embargos of the 1990s in which the Romanians (border people, but from more remote areas as well) were very active players. However, the EU accession of Romania and the cross-border securitisation or construction – symbolically as well as materially – of the EU external border was able to signal the re-scaling of the border in the regional political economy and to change, even if not yet fully, the power relations between the cross-border neighbours.

However, there are not only the recent developments that increase the securitisation of the border. The Romanian-Serbian border has undergone deep changes during the last four decades. It was relatively accessible during socialism, then it became a site of general illicit cross-border trade culminating with the embargos, and now it is being securitised. However, the securitisation already began in the late 1990s, when the first attempts to curb the cross-border war economy were orchestrated, without much effect. But the current phase of securitisation is certainly the most systematic attempt towards controlling cross-border flows’.

What can cross-border securitisation express, analytically?

Moving to another level of reflection, this paper is also about the idea that there is widespread evidence to show that national borders are no longer the formal limits for the power monopolies of nation-states, but rather sites for the strategies of a multitude of actors, including new state and supra-state entities acting to ward off threats of a global nature and to implement processes of securitisation of a flexible regulation and control of flows. In addition to the difficulties of implementing such a project with a diversity of actors competing and cooperating to produce expertise, ideologies, and new technologies of control, the results seem to indicate that local sites become places for creating politics and administration aimed at serving global actors and causes. At the same time, and even more than ever, borders seem to become very special places in themselves, through their strategic role in implementing global projects.

These points are magisterially expressed in the making of the European Union’s external border. On the one hand, the Romanian-Serbian border is more or less visibly transformed along with the state. This transformation aims at creating a secure space to act as an effective buffer against undesirable flows of people and commodities. The other side of the story consists in the presence of circumventing populations living on the border (and not only

there), whose livelihoods were dependent on activities such as cross-border smuggling, petty trade, fishing, seasonal labour, i.e., cross-border activities that largely evade the state and other actors aimed at ensuring border surveillance. The case of the Romanian-Serbian border thus becomes an extremely interesting subject for studying the dialectics of power and resistance, of state, supra-state, and society; a perspective from which a social anthropological view of the border has much to gain from. Along with the challenge of redefining borders at sub- and supra-state levels of governance, which seems in itself a *terra incognita* for state and international agencies designing and implementing them, there is indeed a growing need to understand these transformations from a more analytical social science point of view. Hence, there arises the need to make such studies available, thus indicating the particular relevance of my research.

On the border one encounters the state, to which I will repeatedly refer to as the local state, that is, the local offices of the officials in charge of border control and securitisation on the spot. However, the border area is also inhabited by people, a fact from which follows an opposition which is basic to the analysis of securitisation. I will avoid polarizing the border people and the state, though, and follow Trouillot (2001) who maintains that the state should be conceived of and constructed anthropologically beyond its institutional fixity. This does not mean that the state disappears from the analysis, but rather that the researcher should rather look at the state at alternative places, at people and even commodities, and examine the traces that securitisation leaves behind by changing the scale and position of a particular borderland in the individual subjectivities (through various state effects) and the larger regional and global economy, politics, and society. The point advanced by Trouillot (2002) is consistent with the shift in the social anthropological focus from the state itself as a bureaucratic rational power produced and enacted by institutions, in a pure Weberian view (or Marxist, which is quite similar), to the Foucauldian notion of governmentality, a new state of theoretical mind prompted by the capitalist crisis of late Fordism (Nugent 2004). While the Weberian and Marxist notions of the state were based on various binary models of state and society (from Marx to Poulantzas – all neo-Marxists asserted it, with a few exceptions such as Gramsci or Althusser, who complicated the equation), which were to explain processes such as state-building, state-making, etc., carried out by legitimate and rational institutions acting unitarily and coercing local or national populations (Nugent 1994, Sharma, Gupta 2006), the Foucauldian alternative of governmentality admits the presence of competing structures, both of a public and private nature, employed to negotiate the possibility to govern and regulate populations on bases different to the previously celebrated legitimate violence. Governmentality, as a mechanism of control, is a lot more subtle than the state, and the legitimate violence of the state seems to be replaced by a disciplinary concern of those in charge with producing knowledge, identifying, and monitoring the objects of regulation (Foucault 1991).

About data collection

This paper will elaborate on these topics at different levels of analysis but for the most part, will concentrate on the border zone. It will focus on

ethnographic data collected through fieldwork in the summers of 2006 and 2007, and on secondary data provided by additional sources such as newspaper articles. The 2006 fieldwork entailed a period of approximately three weeks spent on both Romanian and Serbian border spots. In Serbia I carried out research in the town of Negotin and the village of Dušanovac, where I interviewed several native Vlachs and seasonal workers and traders from Romania. In Romania I was mostly concerned with conducting my research in the town of Orșova, the village of Eșelnița, and the border post of Poștile de Fier I. The 2007 fieldwork focussed predominantly on the Romanian side of the border. The ethnographic research of about two weeks was based in various locations such as Orșova, the Poștile de Fier I border post, the village of Coronini, Naidăș border post, and Moravița village and border post. The research design was constructed on the basis the obvious advantages (for an exploratory study like this) of a multi-local and multi-vocal ethnography. The main research instruments of my ethnography were participant observation of the border control on site, in addition to unstructured and semi-structured conversations with locals, border policemen, and customs officers. Inherently, various connections to my previous field research trips of 2002, 2004, and 2005 also provided sources to be used in the articulation of my argument.

Research problem and questions

The research is based on the following question, which has been developed into two steps. Firstly, I am interested in describing and analyzing the ways in which the new approach to border control is set in motion with the case of the Romanian-Serbian border as a specific EU external border. The first question is concerned with how the cross-border securitisation is understood and implemented in the border zone, and what the securitisation produces or what its effects are on the border people in terms of creating new subjectivities, as well as its effects on the local state. To put it more generally, I question how cross-border securitisation changes the social, economic, and political landscape of the border. I will furthermore inquire into the various presences which make the cross-border securitisation a meaningful and observable process. In the field of ethnography, the state was long considered a very difficult object to study, as it is both localized in certain local offices and institutions and it is necessarily a trans-local entity (Gupta 1995). What makes the presence of the state visible? What makes the presence of the EU visible? How do these presences act to cooperate in the field of securitisation, and how do they react to or approach the cross-border flows and the border people? These are just a few of the general questions through which I will attempt to piece together the puzzle of seeing the state in the border area as both an administrative unit and a cultural/representationist entity seeking to implement securitisation procedures aimed at regulating the flows.

Governmentalities of cross-border flows: blind spots in the ethnographies of the state and of borders?

In the following I try to capture meaningful debates on the state and globalization by emphasizing an intermediate sequence of social, economic, and political processes taking place currently with the enlargement of the European Union by the inclusion of Romania, that is, the securitisation and the creation of the external EU border between Romania and Serbia. Clearly, this helps crafting this chapter in various ways, but above all it is aimed to make the possible connections between the state, its borders, and the flows of people and commodities understood, as well as to refine my research in a more analytical manner. I will take the current sequence of cross-border securitisation as a particular empirical instance through which one can better understand how the state power is re-fragmented and how the mobile populations and goods are becoming governed and regulated in new ways in their attempts to cross the borders. Perhaps the most useful starting point in this undertaking is the vast anthropological literature on the state.

Anthropology of the state

Following Michel-Rolph Trouillot (2001), it would be reasonable to start from the point at which anthropologists realized that the state can be depicted and understood as having no institutional fixity, as having no effects channelled exclusively through institutions, while being even more diffusely spatialized and displaced in the context of globalization. What Trouillot spoke of has far-reaching consequences for the study of the state, because if we consider the three statements above, it becomes imperative to extend the empirical boundaries of the inquiry. The state should therefore be extended beyond the empirically obvious, i.e., the loci of governments, government agencies, and institutions. This is actually a long-standing challenge for anthropologists and social and political geographers who have felt that their special contribution to research of the state could be meaningfully done in this area. It is namely about conceiving the state beyond modernist canons, such as methodological nationalism.

Neil Brenner (2004), for example, develops his argument of *New State Spaces* from the intriguing fact that the social sciences have long considered states in a way that naturalized the territoriality of the nation. Spatial fetishism, methodological territorialism, and methodological nationalism were three important assumptions falling into this approach. On the contrary, more recent strands of research have argued that given globalization as a new container of social, political, and economic relations, one can only conceive of the state as a de-territorialized entity. One of Brenner's important claims is that in this way we get rid of state-centrism and its assumed territorial fixity, but on the other hand the de-territorialization thesis has as many disadvantages as advantages. The disadvantages are, as Brenner says, that many of the new ways in which the state re-territorializes under the impact of currently spreading capitalism fall out of the analytical reach. The task of anthropologists and geographers, the representatives of two disciplines which seemingly make a common effort in understanding the new shapes of the state, is thus to understand the state

without downplaying a relational perspective which might give interesting insights into how the states restructure in relation with neoliberal capitalism, for instance.

Possible answers to these dilemmas come from the state fragmentation thesis, which can take on various forms. The first mode would be the fragmentation stemming from the analytical, (semi-)autonomous categories of thinking the social world, such as the state, society, economy, extant since Enlightenment and its powerful project of modernization. Therefore, there is a long standing literature on a binary opposition between state and society. This is, however, just one part of the story. Inspired by their empirical insights collected throughout various areas of the world, anthropologists have tried to conceive of this fragmentation differently. Taking the process of state building, David Nugent (1994), for example, argues against the oppositional model by emphasizing the case of Peru as an even more complex instance of fragmentation, in which state and society are not really two separate things. The question seems not necessarily to be the effort of the centralizing power of setting up central state institutions, but rather to account for all the possible negotiations and situations of conflict and cooperation that can impose certain forms of power, which finally appear embedded in the state apparatuses. Ferguson and Gupta (2002), following the earlier reflections on the translocality of the state (Gupta 1995), make a similar powerful point by showing how the states are spatialized, in terms of representations and images encountered at the grassroots levels of inquiry. By criticizing two analytical and popular images of the state – verticality and encompassment, which basically force many to represent the state as a top down entity powerfully imposed on the local populations – the authors try to depart from the stereotypical image of the state contemplating, acting upon, and encompassing society from above. To some extent, the two authors speak about spatiality of the state as a way to solve the puzzle of the oppositional model of state versus society. However, they go a little further and formulate the need to readdress the issue of spatiality. They produce a new model of seeing the spatializing of the state through the notion of transnational governmentality, closely connected to globalization debates and to the fact that in the last decades the global political economy and the state have been friendlier with each other than ever before.

“Claims of verticality that have historically been monopolized by the state (claims of superior spatial scope, supremacy in a hierarchy of power, and greater generality of interest and moral purpose) are being challenged and undermined by a transnationalized ‘local’ that fuses the grassroots and the global in ways that make a hash of the vertical topography of power on which the legitimation of nation-states has so long depended. For increasingly, state claims of encompassment are met and countered by globally networked and globally imaged organizations and movements – manifestations of ‘the local’ that may claim (in their capacity as ecological ‘guardians of the planet’, indigenous protectors of ‘the lungs of the earth’, or participants in a universal struggle for human rights) a wider rather than narrower spatial and moral purview than that of the merely national state” (Ferguson/Gupta 2002: 995).

Seemingly, their argument is that the state requires a new analytical nerve because it is no longer exclusively spatialized by the images of verticality and encompassment promoted by the governmental agencies. Rather, the new

spatialization of the state should be directly related to globalization and the involvement of various actors which make connections between the local and global under the umbrella of a statelike discourse and imagery. Among these, it is likely that there is a myriad of NGOs, both local and global.

How to conceive of the securitisation?

At this point I will return to the puzzle of my cross-border securitisation research, which is given by a two-step question: firstly, identifying the new actors and technologies of power put to work for the cross-border securitisation project, and secondly, understanding what form the state takes on at the border during the whole process, and how it can be viewed in a new light in relation to the cross-border flows of people and commodities. Analytically speaking, the question formulated in the research is consistent with what John Gledhill (2000), following Michel Foucault, refers to as regimes of truth. Securitisation is a new way to conceive of border control and, by extension, it can be viewed as a way to produce regimes of truth to the extent to which people subjected to the border control internalize power and discipline themselves by virtue of governmentality. However, my research will inquire into the transformation of a new regime of truth, such as cross-border securitisation, in a critical manner. The critical perspective is due to the fact that the border is, on the one hand, the contested place in which the new regulations are taking effect and, on the other hand, the privileged site for studying the disaggregation of the image of the monolithic state and the dialectics of power and resistance. In the context in which "smuggling and petty-consumer contraband seem to constitute the borderland occupation par excellence, especially in areas where different levels of economic development and tax regulations create favourable conditions for border crossing co-operations" (Wendl, Rosler 1999: 13), the state and the other actors carrying out securitisation have a difficult job. It is reasonable to admit that the borders are sites for many

"... institutions of global governance [which] are not simply replicating on a bigger scale the functions and tasks of the nation-state, as both proponents and opponents of transnational governmentality often assume. Verticality and encompassment continue to be produced, but not in the same way by the same institutions and groups (¼) The ethnographic challenge facing us today with neoliberal globalization is to understand the spatiality of all forms of government, some of which may be embedded in the daily practices of nation-states while others may crosscut or superimpose themselves on the territorial jurisdiction of nation-states" (Ferguson, Gupta 2002: 996).

The border

Given these new challenges of conceiving differently the global neoliberal spatialities of the state, it is the right moment to expand one of the important elements of my research puzzle: the border. As Wilson and Donnan (1998) put it, the anthropology of borders would be best suited to a kind of critical inquiry into the state and would help envisioning the approach of the state, because they are sites systematically neglected in the discussions about state-building.

Why would approaching borders be so useful in studying states? For the reason that, as the following research clearly shows, there is one open possibility to understand the state, even the central structures of the state, by analysing the peripheral, local state in its efforts to carry out such a big project as cross-border securitisation. Borders were systematically removed from being any serious challenge to the nation-state because of their peripheral location and marginality. It was misleadingly largely believed that the only possible flows of power would come from the centre towards the peripheral territories of the state (Kearney 1998, Wilson/ Donnan 1998; Donnan/Wilson 1999) and, from this point of view, the borders were under less consideration for the big transformations occurring in state and society. Nevertheless, borders in general and my case in particular, are particularly relevant areas for observing such big processes. Following Gledhill's (2000) suggestion that social anthropology can account for macro-structures by following the micro-politics and apparently micro-events consumed between local authorities of the state and local people, I will show that the border under study can hardly be considered a marginal place of the nation-state. It was given crucial significance during socialism when the biggest power plants in Eastern Europe were jointly constructed and exploited by Romania and Serbia on the Danube. Now it seems it will be of even greater relevance and centrality when the European Union sets its margins and the whole structural landscape of the border is expected to change. Even if I am not speaking of the state building through border events, such as securitisation, I will look at the ways in which the local state is restructured in the process and I will also question the possible transformations that may occur at the central agencies of the state and of the European Union, as a result of the events and processes taking place at the border. In this way, my research will take the recommendations of the anthropology of borders very seriously and try to establish how the shifts in positionality and scale of the border can challenge the assumption of marginality of the border areas.

Alternative state fragmentations

Another mode of fragmentation, which is not necessarily different from the first one outlined above as a reaction to the oppositional model, is, as I see it from the available literature, taking the shape of public-private, on the one hand, and legal-illegal orders, on the other. In both cases the states seem to participate intensively, contrary to any other assumptions about the nature of the state. This dynamic seems to be closely related to globalization and to the violence that globalization generates. It simply says, somewhat following the Marxian thesis, that the state is just an instrument for legitimizing the influence and power of the bourgeoisie and that the state is just one of the possible competitors for wealth and power that might appear from the interstitial relations of society, economy, and the central power. In this manner, the state should be viewed as a fragmented entity, according to the multiplicity of instruments, resources, and factions within it which might struggle to achieve preponderance over one another. Therefore, the state is captured by the contradictions and opposing interests which lie right at its institutional bases. From this point of view, the anthropologists and political scientists dare to speak about the state in a challenging manner as a private

entity, divided into various conflicting state subunits, or as a predator, actively taking part in the processes of banditism, occult accumulation, all which were instances of new state fragmentation (Sampson 2003, Friedman 2003a, Friedman 2003b. Hozic 2004, Volkov 2002).

So far, the missing element seems to be the populations which states have long been supposed to govern. The questions are: why talk so much about fragmentation, once we have agreed to devoid the state of institutional fixity? Or, how to conceive of the analysis of the state beyond the empirically obvious Trouillot was speaking of? It seems obvious that if our analysis has limited coherence when focussed on institutional loci of the state, we still have a chance to depict and analyse the state by inquiring into whom the state affects, that is, the populations as both collective entities and individual subjectivities encountered with the de-localized, fragmented state. In other words, many anthropologists and social scientists in general, inspired by many (including above all, Michel Foucault 1991), wanted to decipher the traces of the state in the individual or collective bodies of the supposedly state subjects.

Following the seminal Foucauldian contribution on governmentality, it was largely acknowledged that the state cannot be conceived of as a form and source of absolute, sovereign power. Stressing the notion of governmentality, Michel Foucault and his followers have stressed the nature of power, not as an enforcement or monopoly of a given institutional body, be it autonomous (in Weberian theses) or interdependent (in the finer conceptions of Gramsci and his followers). Governmentality is a notion which Foucault proposed to mark the shift from what he calls sovereign power to disciplinary power (Foucault 1991, Deleuze 1988) and clearly includes the different rationalities that may come across in various contexts such as "governing the self" or "governing the others." The shift to disciplinary power is in fact an analytical mode to understand the changing technologies of power. Changing technologies take place as the power manifestation itself becomes a much more subtle concern of those governing. Disciplinary power simply means that the state is concerned with governing populations, that is, applying more invisible and subtle methods and techniques in order to obtain submission to power so that avoid overt conflicts, contestations, and mobilizations may be avoided. Nevertheless, the effects of this disciplinary rule are extremely powerful. For example, using a Foucauldian frame of analysis, Aihwa Ong (2000) has shown how the (strong) states of South East Asia do not lose control and sovereignty with the pressures of multinational capitalist corporations spreading the neo-liberal global rule, but rather they improve their administrative and coercive apparatuses so that they may govern the various populations encompassed by the national territories – which are supposed to fulfil different functions in the neo-liberal rule – far more efficiently. In this manner, the state establishes a mode of "graduated sovereignty," by actively governing different populations.

On the road together with the cross-border traders, July 2006

On 1 July 2004 most of the bus lines operating either formally or off the books between Romanian and Serbian border localities were affected. From this date, travelling between, for example, Negotin and Drobeta Turnu-Severin on a daily basis, was only possible with a private bus, jointly owned by a Romanian

woman, still a trader-tourist, and a driver who formerly worked in a Serbian state owned transportation company. It leaves at 3 am from Drobeta Turnu Severin and arrives at no later than 5 am right in front of the open-air marketplace of Negotin, the destination for the majority of the travellers. The tourists travelling on this bus, and I call them tourists because their travel is actually justified and disguised as tourism, strictly speaking from the point of view of how local border guards see them from the point of view of the state, while at the same time being acknowledged by the fact that they travel for daily cross-border commerce, are residents of the border town Turnu-Severin. Very few of them come from Craiova, Caracal, or other south-eastern places in Romania. The group of passengers, most of them women, is always comprised of the same passengers travelling daily between the two cross-border locations. All the cross-border traders staying together in this manner know each other and have been doing this cross-border commuting for a long time. They are involved in various and complicated commodity exchanges with various persons. Among them are the Serbs visiting the marketplace of Negotin, the other vendors of the marketplace, and their kin and neighbours in their hometowns. Important relationships of commodity exchange also occur among the cross-border traders themselves, between the passengers and the driver and his associate, between themselves and the duty-free shop keepers, as well as various retailers from other marketplaces such as Kladovo, which they pass on their way. Perhaps the most intriguing personal contacts they establish during their intermittent border-crossings are those with the border guards and the customs operators of Porțile de Fier I.

After a long market day, which encompasses approximately ten hours of selling in the open-air from the stall, the bus driver calls for the passengers and everybody boards on, although not before depositing some of their merchandise with their Serbian friends around the marketplace. The bus then drives on to Romania. On the way, they discuss and exchange various things. The bus stops in Kladovo, a Serbian border village just five minutes away from the border checkpoint, for approximately thirty minutes while the passengers get off and buy various things in large quantities – alcohol, shampoo, sugar, oil – from the local marketplace. Once the bus departs from Kladovo, the trader women start talking about who has been appointed to do the border control that day. They seem to know every border guard and every customs officer more or less personally and their knowledge about them is very relevant for the simple fact that this alerts them to any problems and obligations they might encounter at the border offices. Moreover, upon leaving Kladovo, the driver held a strange conversation with his associate, repeatedly asking her if she had bought “something for them [the border guards]”, and whether she already knew who was on the post, etc. In the meantime, almost all the merchandise supplied from Kladovo had been carefully hidden in some sort of sleeping area inside the bus and under the seats.

Upon arrival at the Serbian border checkpoint, I could see two border guards relaxing in a booth and watching a DVD from a laptop inside. They suddenly became very angry while carrying out the routine passport checks of the passengers travelling on the bus. I was surprised to observe the Serbian border police resentfully complaining, in Romanian,, to the leader of the traders’ group (the woman associate of the Serbian driver) about the fact that during their previous border crossing, the traders had been very generous with

the customs officers, but rude towards the border police in post. "So, you give the customs whiskey, but nothing to us [the border police]." The woman replied in a benevolent and humble manner that she had not given anything to the customs officers. Nevertheless, our bus passed through the Serbian checkpoint without any control of the luggage and everybody seemed happy. On the other hand, all our passports were stamped and one of the women mentioned to me that traders like her usually have to get a new passport issued every two months because of the daily traffic. Shortly afterwards, the driver, visibly affected by the remarks of the Serbian border police, asked his associate to buy some Marlboro cigarettes and drinks from Drobeta Turnu-Severin or from the duty free shops on the border to secure the way back to Serbia

In the front of the Romanian checkpoint still on the Porțile de Fier bridge over Danube, the spectacle of border crossing was even more animated. Firstly, there was a long queue of cars waiting in line for the checking procedures. As the wait was expected to be a long one, some of the passengers got off the bus. The woman in charge met another woman from Drobeta Turnu Severin and discussed something about the duty free shops at the border checkpoint. The woman was driving to the bridge and passed the Romanian guards towards Serbia to re-supply her shop in Turnu-Severin with some cheap cartons of cigarettes from duty-free shops.. It is noteworthy that during that period there had been a moderate campaign and news largely publicising that all of the duty-free shops would be closed due to the EU accession, thus preventing any unfair competition in the new member or associate states. However, I could see that even if the shops had apparently been closed, their merchandise (mainly duty-free cigarettes and drinks) were still available to certain clientele from Drobeta Turnu-Severin, arriving especially, probably on appointment, to supply various shops in town. It was not only the woman I saw buying cigarettes from the shop, there were also several cars waiting in the Romanian customs that were actually not returning back from Serbia, but from the bridge. Basically, they pass the Romanian offices, shortly after they stop at the duty-frees, and then they drive ahead towards Serbia just for convenience, as they actually never reach the Serbian customs. After a few hundred metres, they make a u-turn and enter the waiting line to return to Romania.

The woman in charge went to one of the shops but she soon returned looking somewhat disappointed. She told me that it is difficult to buy cigarettes as the shopkeepers have their own clients from Turnu-Severin, and that the one she visited did not want to sell her anything cheaper. Other women confirmed this reluctance of the duty-free shops in relation with the passengers of their bus.

After some ten minutes we had to face the border guards and the customs officers. We were told to get off the bus again with our hand luggage and then a small routine control took place. We did as told and shared a feeling of gravity and seriousness, all of us under the impression that something important was happening, even though the routine-like aspect of the whole thing was quite natural for everyone. However, it was like a ritual in which the passengers were to obey some rules nobody actually knew of. The passports were all stamped, our hand bags scrutinized, and finally the bus was permitted to cross the barrier without any further control of the bus interior, although this was only a short conversation between the driver and the customs officers

had taken place. When driving ahead to Turnu-Severin, I had the feeling that everybody on the bus was somehow relieved, as if we had all just successfully passed through some sort of danger. I have often asked myself in similar occasions what all these people feared, as they all knew (even personally) the people carrying out the control checks.

The control on both the Romanian and the Serbian side seems to be something that people should be apprehensive about, and at the same time it seems to be a rather simple but threatening task. The border guards, that is, the state, carry out the control checks in a very visible manner: the passengers are asked to exit the bus, open their hand luggage, and hand in their passports. However, the bus remains untouched by the control, at least in the cases where I was present, and the whole procedure of checking the hand luggage and passports takes no longer than fifteen minutes for some thirty people. People making these trips regularly told me that prior to 2004, the border controls used to be longer. This visible difference of approach on the side of the state control institutions relates to statements made by border policemen and customs officers, that once the border is securitised, the control procedures will need to be even more simplified. As a result of the various training they receive to learn about what securitisation is, they strive to show that the border is really an area of effective security, from which the threat is removed permanently. The effect of visibility – visible, but not through control – legitimizes many of the state actions and directives, and this perfectly fits the expectations of how an EU external border should look. However, behind these routine procedures remain many of the former flows of commodities, categorized as illicit in state reports, including those issued by the border police, and customs, etc.

On the visible side, the creation of the EU external border brings in a very different approach to flows, harsher in many respects, at least at an ideological level. Since it appears as such, the border is suddenly constructed and imagined as a secured place, whereas in recent years it had been intensively blamed for being one of the most permeable borders of the Romanian state and a cradle for trafficking and contraband. In practice, though, the control is even much more simplified and reduced to a routine from which everybody has to understand that it could never have been otherwise. As a particular kind of ideological apparatus, cross-border securitisation seems not to really radicalize the practices of the local state in controlling or stopping the flows. Rather, it is aimed at imposing a certain kind of discipline among the border-crossers and also among the local state institutions. Not only those crossing the border in order to make a living are to be disciplined, but also the state appointees (border guards, customs officers and tax collectors working on the border crossing point) are to be subjected by the same governmentality. The disciplining effect of this new way to approach the flows is easily observable in the fear and respect of institutions of the border crossers, and in the hastiness with which the state appointees carry out the control. The people are not clearly separated and polarized in the process. Rather, they are subjected, even differently and in different aspects of their activities, to the same governmentality. If the border-crossers learn that they have to obtain visas from the Serbian consulates, that they have to show respect and speak humbly, answering questions promptly, the local state present at the border will also learn that they will have to assure everyone that the border is both

safe and civilized, that crossing the border is a comfortable undertaking, and that everything is normalizing at the border. This concept is in stark contrast with the former images and representations of the same place. Above all, what the governmentality disciplines in the border offices, is the practice which is referred to as corruption. They will have to visibly prove that all accusations of corruption are groundless..

Going ahead with the ethnography of checkpoints

As mentioned earlier, in 2006 there was a governmental ordinance to stop the activity of duty-free shops on the border crossing points in order to prevent tax evasion and to conform to the European Commission's recommendations. Along with the introduction of visas, the shutting down of duty free shops jeopardised one of the 'natural' activities of border natives – cigarette smuggling. In 2007, Serbia gave up all kinds of visa requirements for Romanian citizens, while Romania demanded visas for Serbs. At almost the same time, in the spring of 2007, the duty free shops were re-opened by a law issued by the acting President Nicolae Văcăroiu, and passed by the parliament, while Traian Băsescu was still suspended. Several duty-free businesses returned to their activities, smuggling flourished, and the border control institutions were concerned. To illustrate this, I will present three empirical cases – three border crossing points on the Romanian-Serbian border, *Porțile de Fier I*, *Naidăș*, and *Moravița*, as they reveal the diversity of situations of risk analysis and cross-border securitisation on the same border.

Porțile de Fier I (Iron Gates I), Mehedinți County

For a realistic picture of the activities carried out at this border post, it is sufficient to say that out of about one hundred cars crossing the border to Serbia daily, 98 went only to buy cigarettes from the duty free shops and returned to Romania immediately afterwards. Thus, most of the daily cross-border traffic consisted of small-scale cigarette smuggling. Most of the smugglers come from Turnu Severin and from the villages around this border town in the Mehedinți region. There are two duty-free shops at the checkpoint and another one will be opened soon. Most of the border policemen and customs officers come from Gura Văii, the village next to the border post, and from the town of Turnu Severin, just 12 km to the east.

Naidăș, Cara-Severin County

When compared with *Porțile de Fier I*, the *Naidăș* checkpoint was characterized by one of the head customs officers as a "monotonous checkpoint with low traffic most of the time." Actually, there is no industrial commercial traffic, the checkpoint being maintained only for the local people to go shopping or visit their relatives in Serbia. Many people walk through the customs and buy cigarettes or drinks from the duty-free shop that was recently re-opened. Both border police and customs officers are generally relaxed and hold that "illicit crossings go through the larger checkpoints." The state officials come from the surrounding villages and towns. The following example is typical of the behaviour of the local population: A group of four persons crosses the border

on foot three times a week to buy Marlboro cigarettes (nine euros for a box of ten packages) and whisky. They do not walk down the strip to the Serbian border guards, but stop at the duty free shop and then come back. Five minutes later, a group of women arrive and return to Romania with a few bags carrying sweets and clothes from a Serbian market on the border. About half an hour later, a group of people talking in a bar next to the border offices comment on their back and forth border crossings during the day. They try, and sometimes succeed, in crossing the border to go shopping several times a day – even if this is not formally permitted, it is allowed by certain policemen in exchange for small gifts from the duty free shop.

Moravița, Timiș county

There are three duty-free shops on the spot. This is one of the busiest checkpoints, both day and night. It is also one of the few checkpoints on the Romanian-Serbian border which received, after 1 January 2007, policemen and customs officers from the Romanian-Bulgarian and Romanian-Hungarian borders, i.e., from the internal EU-borders, which were restructured as they no longer need customs offices.

By way of conclusion: constructing external EU borders and the state

Apparently, cross-border securitisation, in the definitions given by the state under the recommendations of the EU, besides technologizing the border and bringing in new notions of control, surveillance, and cooperation, is aimed at making everything easier and more flexible but, at the same time, to provide the state and the EU with a more effective means of controlling the flow of people and commodities. From this point of view, the state decision to open the duty-free shops and thus secure the business interests of the shop owners lays the ground for smuggling cigarettes and other goods. Obviously, this petty trade contradicts the discursive and practical aspirations to securitise the border. The border natives take different opportunities according to location, but the combination of local knowledge constructed between the state in its local variants and border crossers make the small cigarette trade a secure activity carried out on a regular basis, which is legal as long as certain quantities are not exceeded.

According to these different situations and cross-border traffic figures, the risk analyses carried out by the border police and customs are very situational and differ from one checkpoint to the next. Although all checkpoints have to apply the same set of national and European regulations, they are adapted and reformulated in operational terms according the local situations.

Cross-border securitisation appears as an incentive for new definitions of the status of a person. Generally, third state (non-EU) citizens entering the EU have to undergo more detailed controls including the examination of travel destinations, personal details, visas and other documents, luggage, and the automobile. On the other hand, border controls have simplified, as EU citizens' passports are no longer stamped. While the quantity of commercial goods crossing the border has increased, people are subjected to new restrictions and regulations.

There is a considerable lack of scholarly concern with how the states of this region re-territorialize, fragment, and re-establish themselves under the pressures of globalization and regionalisation. I propose that studying the vast evidence with adequate analytical tools, social anthropologists could better understand not only the post-socialist transformations, but also processes of globalization from a regional, East European perspective. My central argument is that the cross-border securitisation is an excellent illustration of a new approach to governing local marginal populations through re-scaling (from national to European level and significance, in this case) and re-technologizing the borders. It stands for a process which involves a massive production and transfer of new technologies and expertise in which not only the state structures take part. On the contrary, the success of the making of the EU external border between Romania and Serbia depends on the coordinated actions of a diversity of actors.

My argument is that after the fall of socialism in the late 1980's, the East European states and borders have entered complicated and heterogeneous processes of restructuring. Their paths were very different, though. The Romanian case of the state and its borders took various forms in the 1990s according to global, regional, national, and local imperatives: from overt predation, along with transnational counterparts, clients, and beneficiaries, to contending neo-liberal structural reforms and strategies (Radu 2008b, forthcoming). EU and NATO accessions were crucial in establishing the Romanian state as a contending, neo-liberal client of the global actors. From this follows my important claim that cross-border securitisation and the creation of the EU external border are part and parcel of this contending, neo-liberal re-arrangement and re-fragmentation of the state. Therefore, studying the making of the cross-border securitisation beyond the institutional reach, i.e., including the new governmentalities inscribed in the border-crossing people and commodities, provides a valuable contribution to the state and border restructurings in the newly enlarged European Union.

Literature

- BRENNER, Neil 2004: *New state Spaces: Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford, New York: Oxford UP.
- DELEUZE, Gilles 1988: *Foucault*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- DONNAN, Hastings, Thomas M. Wilson 1999: *Borders: Frontiers of Identity, Nation and State*. Oxford: Berg.
- FERGUSON, James, Akhil Gupta 2002: *Spatializing States: Toward an Ethnography of Neoliberal Governmentality*. In: *American Ethnologist* 29,4: 981-1002.
- FOUCAULT, Michel 1991: *Governmentality*. In: G. Buchell, C. Gordon, P. Miller (eds), *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*. Chicago: University of Chicago Press, 87-104.
- FRIEDMAN, Jonathan 2003a: *Introduction*. In: J. Friedman (ed.), *Globalization, the State, and Violence*. Walnut Creek, New York, Oxford: Altamira Press, vii-xv.
- FRIEDMAN, Jonathan 2003b: *Globalization, Dis-integration, Re-organization: The Transformation of Violence*. In: J. Friedman (ed.), *Globalization, the State, and Violence*. Walnut Creek, New York, Oxford: Altamira Press, 1-34.
- GLEDHILL, John 2000: *Power and its Disguises: Anthropological Perspectives on Politics*. London: Pluto Press.
- GUPTA, Akhil 1995: *Blurred Boundaries: The Discourse of Corruption, the Culture of Politics, and the Imagined State*. In: *American Ethnologist* 22,2: 375-402.
- HOZIC, Aida A. 2004: *Between the Cracks: Balkan Cigarette Smuggling*. In: *Problems of Post-Communism* 51,3: 35-44.
- KEARNEY, Michael 1998: *Transnationalism in California and Mexico at the end of Empire*. In: T.M. Wilson, H. Donnan (eds.), *Border Identities. National and State at International Frontiers*. Cambridge: Cambridge UP, 117-141.
- NUGENT, David 1994: *Building the State, Making the Nation: The Bases and Limits of State Centralization in Modern Peru*. In: *American Anthropologist* 96,2: 333-369.
- NUGENT, David 2004: *Governing States*. 198-215 In: D. Nugent, J. Vincent (eds.), *A Companion to the Anthropology of Politics*. London: Blackwell.
- ONG, Aihwa 2000: *Graduated Sovereignty in South-East Asia*. In: *Theory, Culture and Society* 17,4: 55-75.
- RADU, Cosmin 2008: *Moving the Border to the West: Paradoxes of Europeanization and Transnational Migration at the Romanian-Serbian Border*. In: K. Roth (ed.), *Sozialkapital – Vertrauen – Rechtssicherheit. Postsozialistische Gesellschaften und die Europäische Union*. Berlin: LIT, 165-182.
- RADU, Cosmin 2008a: *We are all tourists: Informal Labour Markets and Socioeconomic Practices on the Romanian-Serbian Border in Different Mobility Regimes*. In: J. Lauth Bacas, W. Kavanagh (eds.), *Asymmetry and Proximity in Border Encounters*. Oxford: Berghahn Books (forthcoming).

- RADU, Cosmin 2008b: Enduring Commodities, Border Tricksters, and the Predatory State: Contraband at Romania-Serbia Border during the Embargo upon Former Yugoslavia. In: Focaal: European Journal of Anthropology 52 (forthcoming).
- SAMPSON, Steven 2003: Trouble Spots: Projects, Bandits, and State Fragmentation. In: J. Friedman (ed.), Globalization, the State, and Violence. Walnut Creek, New York, Oxford: Altamira Press, 309-342.
- SHARMA, Aradhana, Akhil Gupta 2006: Introduction: Rethinking Theories of the State in an Age of Globalization. In: A. Sharma, A. Gupta (eds.), The Anthropology of the State: A Reader. Oxford: Blackwell, 1-41.
- TROUILLOT, Michel-Rolph 2001: The Anthropology of the State in the Age of Globalization: Close Encounters of the Deceptive Kind. In: Current Anthropology 42,1: 125-138.
- VOLKOV, Vadim 2002: Violent Entrepreneurs: The Use of Force in the Making of Russian Capitalism. Ithaca, London: Cornell UP.
- WENDL, Tobias, Michael Rosler 1999: Introduction: Frontiers and Borderlands. The Rise and Relevance of an Anthropological Genre. In: M. Rosler, T. Wendl (eds.), Frontiers and Borderlands: Anthropological Perspectives. Frankfurt/M.: Lang, 1-27.
- WILSON, Thomas M., Hastings Donnan 1998: Nation, State and Identity at International Borders. In: T.M. Wilson, H. Donnan (eds.), Border Identities. Nation and State at International Frontiers. Cambridge: Cambridge UP, 1-30.

Seit April 2001 sind bei *forost* folgende Arbeitspapiere erschienen:

Forost-Arbeitspapiere

Seit April 2001 sind bei *forost* folgende Arbeitspapiere erschienen:

2001

Arbeitspapier Nr. 1 **Wandel und Kontinuität in den Transformationsländern Ost- und Südosteuropas:**
Übersicht über laufende Projekte
September 2001

2002

Arbeitspapier Nr. 2 Barbara Dietz, Richard Frensch
Aspekte der EU-Erweiterung: Migration und Währungsbeziehungen.
März 2002

Arbeitspapier Nr. 3 **Jahresbericht 2001**
Mai 2002

Arbeitspapier Nr. 4 Edvin Pezo
**Südosteuropa – Minderheiten im Internet
Kategorisierte Datenbank der Websites
von Minderheitenorganisationen und –
institutionen**
Juli 2002

Arbeitspapier Nr. 5 Richard Frensch / Christa Hainz
**Transition Economies: Cyclical Behaviour,
Tariffs and Project Financing**
August 2002

Arbeitspapier Nr. 6 Petr Bohata / Andrea Gyulai-Schmidt /
Peter Leonhardt / Tomislav Pintaric /
Niels v.Redecker / Stefanie Solotych
Justiz in Osteuropa: Ein aktueller Überblick
September 2002

Arbeitspapier Nr. 7 Albrecht Greule / Nina Janich
Sprachkulturen im Vergleich: Konsequenzen für Sprachpolitik und internationale Wirtschaftskommunikation
Oktober 2002

Arbeitspapier Nr. 8 R. Ch. Fürst / R. Marti / B. Neusius /
A. Schmidt-Schweitzer / G. Seewann/
E. Winkler
**Minderheiten: Brücke oder Konfliktpoten-
tial im östlichen Europa**
Oktober 2002

Arbeitspapier Nr. 9 Kathrin Boeckh / Aleksandr Ivanov /
Christian Seidl
**Die Ukraine im Aufbruch: Historiographi-
sche und kirchenpolitische Aspekte der
postsozialistischen Transformation**
November 2002

Arbeitspapier Nr. 10 Friedrich-Christian Schroeder
**Die neue russische Strafprozessordnung –
Durchbruch zum fairen Strafverfahren?**
Dezember 2002

2003

Arbeitspapier Nr. 11 Dalibor Dobiáš / Petra Huber /
Walter Koschmal
**Modelle des Kulturwechsels – Eine Sam-
melmonographie**
Februar 2003

Arbeitspapier Nr. 12 Ursula Trettenbach
**Die neue tschechische Verwaltungsge-
richtsordnung – Einführung und Überset-
zung**
März 2003

Arbeitspapier Nr. 13 Franziska Schaft / Patricia Schläger-Zirlik / Mo-
nika Schnitzer
**Privatisierung in Osteuropa: Strategien,
Entwicklungswege, Auswirkungen und
Ergebnisse**
März 2003

Arbeitspapier Nr. 14 Peter Leonhardt
Justizreform in Rumänien
Juli 2003

- Arbeitspapier Nr. 15 Roman Cech / Christa Hainz
General Equilibrium Model of an Economy with a Futures Market / Are Transition Countries Overbanked? The Effect of Institutions on Bank Market Entry
Oktober 2003
- Arbeitspapier Nr. 16 Petr Bohata
Justizreformen in der Tschechoslowakei und ihren Nachfolgestaaten
November 2003
- Arbeitspapier Nr. 17 Helga Schubert (Hrsg.)
Wandel und Kontinuität in den Transformationsländern Ost- und Südosteuropas. Ergebnisbericht
Dezember 2003
- Arbeitspapier Nr. 18 Diane Mehlich / Rainer Arnold / Nicola Grau / Juraj Dolnik Meinolf Arens / Vasile Dumbrava
Nationale Sprachpolitik und europäische Integration
Dezember 2003
- 2004
- Arbeitspapier Nr. 19 Richard Frensch / Vitalija Gaucaite-Wittich
Product differentiation, transition, and economic development 1
März 2004
- Arbeitspapier Nr. 20 Klaus Roth (Hrsg.)
Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus
April 2004
- Arbeitspapier Nr. 21 Tomislav Pintarić
Justizreform in Kroatien
April 2004

- Arbeitspapier Nr. 22 Jörg Maier (Hrsg.)
Vertrauen und Marktwirtschaft - Die Bedeutung von Vertrauen beim Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen in Osteuropa
Mai 2004
- Arbeitspapier Nr. 23 Herbert Küpper
Justizreform in Ungarn
Juli 2004
- Arbeitspapier Nr. 24 Tina de Vries
Justizrecht und Justizreform in Polen
September 2004
- Arbeitspapier Nr. 25 Wolfgang Quaisser / Steve Wood
EU Member Turkey? Preconditions, Consequences and Integration Alternatives-
November 2004
- 2005
- Arbeitspapier Nr. 26 Boris Neusius (Hrsg.),
Sprache und Kultur in Südosteuropa
Januar 2005
- Arbeitspapier Nr. 27 Jörg Maier (Hrsg.)
Die Rolle von Vertrauen in Unternehmensplanung und Regionalentwicklung - ein interdisziplinärer Diskurs
Januar 2005
- Arbeitspapier Nr. 28 Herbert Küpper
Die Vollstreckung von Gerichtsurteilen in Ungarn. Unter besonderer Berücksichtigung der Vollstreckung ausländischer Urteile
Mai 2005
- Arbeitspapier Nr. 29 Peter Haslinger / Nina Janich (Hrsg.)
Sprache der Politik – Politik mit Sprache
Juni 2005

- Arbeitspapier Nr. 30 Peter Bohata
Die Vollstreckung von Gerichtsurteilen in den Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei
August 2005
- Arbeitspapier Nr. 31 Marek Nekula / Jiří Nekvapil /
Kateřina Šichová
Sprachen in multinationalen Unternehmen auf dem Gebiet der Tschechischen Republik
September 2005
- Arbeitspapier Nr. 32 Tomislav Pintarić
Die Vollstreckung von Gerichtsurteilen in Kroatien
Oktober 2005
- Arbeitspapier Nr. 33 Stela Ivanova
Die Vollstreckung von Gerichtsurteilen in Bulgarien
November 2005
- Arbeitspapier Nr. 34 Barbara Dietz
Europäische Integration von unten? Mittel- und osteuropäische Migranten in Deutschland und die Rolle transnationaler Netzwerke im EU-Erweiterungsprozess
November 2005
- 2006
- Arbeitspapier Nr. 35 Stefanie Solotych
Die Vollstreckung von Gerichtsurteilen in Russland
Juni 2006
- Arbeitspapier Nr. 36 Richard Frensch
Product Differentiation, Transition, and Economic Development - 2
August 2006
- Arbeitspapier Nr. 37 Walter Koschmal (Hrsg)
Europabilder und Europametaphern
November 2006

Arbeitspapier Nr. 38 Helga Schubert (Hrsg)
Europäisierung – Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Dialog
Dezember 2006

2007

Arbeitspapier Nr. 39 Axel Bormann
Die Vollstreckung von Gerichtsurteilen in Rumänien
Juni 2007

Arbeitspapier Nr. 40 Julia Bürger / Alexander Thomas
Erfolgreiche Personalführung in der deutsch-tschechischen Wirtschaftskooperation
Juli 2007

Arbeitspapier Nr. 41 Veronika Wendland
Wie wir die Karten lesen: Osteuropäische Fragen an Europäische Geschichte und Europäische Einigung
Oktober 2007

Arbeitspapier Nr. 42 Barbara Dietz / Richard Frensch
Different Dimensions of Diversity across Europe / Aspekte von Diversität im Prozess der Europäisierung
November 2007

Arbeitspapier Nr. 43 Wolfgang Quaisser / Manfred Wegner
What Future for the European Union? An Economic Debate and Perspective
Februar 2008